

dravaDiskurs

Brigitta Busch

Sprachen im Disput
Medien und Öffentlichkeit
in multilingualen
Gesellschaften

Drava

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums
für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Wien

bm:bwk

Das Verlagsprogramm wird gefördert durch



Fotos auf dem Umschlag: Martina Böse

© 2004 Drava Verlag Klagenfurt/Celovec
Satz: Tiskarna/Druckerei Drava
Herstellung: Books on Demand, Norderstedt

www.drava.at

dravaDiskurs 1
ISBN 3-85435-428-2

Inhalt

| | | |
|-------|--|----|
| | Vorwort: Zum Aufbau des Buches | 7 |
| 1 | Theoretische Ansätze | 13 |
| 1.1 | Sprachenpolitik und Medien: sprach- und medienwissenschaftliche Ansätze | 13 |
| 1.1.1 | Im Zeichen des Nationalstaats | 14 |
| 1.1.2 | Unter veränderten Vorzeichen | 19 |
| 1.1.3 | Transnationale Herausforderungen | 24 |
| 1.2 | Umrisslinien des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Feldes | 29 |
| 1.2.1 | Sprachenpolitik und Medien | 29 |
| 1.2.2 | Medien und Gesellschaft | 33 |
| 1.2.3 | Gesellschaft und Öffentlichkeit | 35 |
| 1.2.4 | Öffentlichkeit und Staat | 39 |
| 1.2.5 | Staat und Medien | 42 |
| 1.3 | Medien als sprachpolitische Akteure: ein Modell der Analyse | 46 |
| 1.3.1 | Wer wird angesprochen – Vorstellungen von der Rezipientenschaft | 46 |
| 1.3.2 | Welche Gestaltungsmittel werden eingesetzt – Multimodalität | 51 |
| 1.3.3 | Worauf wird zurückgegriffen – Intertextualität | 55 |
| 1.3.4 | Wie wird Sprachenpolitik realisiert – Der Text als Indikator | 58 |

| | | |
|-------|--|-----|
| 2 | Empirische Untersuchung von Sprachenpolitik im Medienbereich | 61 |
| 2.1 | Dezentrierung der nationalen Öffentlichkeit – Entwicklungstendenzen in Westeuropa | 64 |
| 2.1.1 | Regionalisierung – Regional- und Minderheitensprachen | 65 |
| 2.1.2 | Urbane Räume – Sprachliche Vielfalt als Herausforderung | 103 |
| 2.1.3 | Das Projekt Europäische Öffentlichkeit – Mühen und Lohn der Mehrsprachigkeit | 148 |
| 2.1.4 | Global players – Sprachen im Dienst von Politik und Markt | 164 |
| 2.1.5 | Fazit: Homogenität, Fragmentierung, Vernetzung | 185 |
| 2.2 | Zwischen Renationalisierung und europäischer Integration – Transformationsprozesse in Südosteuropa | 191 |
| 2.2.1 | Sprachen und Medien im Prozess der Transformation | 191 |
| 2.2.2 | Die Rolle der Medien in der Propagierung ›neuer‹ Nationalsprachen | 197 |
| 2.2.3 | Diaspora – Nationale Vereinnahmung oder Marktpotential? | 211 |
| 2.2.4 | Minderheitenmedien – Zwischen Ausgrenzung und Anerkennung | 218 |
| 2.2.5 | Fazit: Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen | 227 |
| 2.3 | Die angefochtene Dominanz der Kolonialsprachen – Am Beispiel Madagaskar und Südafrika | 231 |
| 2.3.1 | Vom Kolonialfunk zum Nation building | 234 |
| 2.3.2 | Madagaskar: Wechsel in der Sprachenpolitik, Konstanz in den Medien | 240 |
| 2.3.3 | Sprachenpolitische Dynamik im informellen Sektor | 252 |
| 2.3.4 | Südafrika: Das Fernsehen als multilinguales Laboratorium | 263 |
| 2.3.5 | Fazit: Der lange Weg zu sprachlicher Gleichberechtigung | 274 |
| 3 | Schlussfolgerungen und Ausblick – Medien als Ausdruck gesellschaftlicher Heteroglossie | 278 |
| | Bibliographie | 291 |

Vorwort: Zum Aufbau des Buches

Wer einen Blick auf einen frequentierten Zeitungskiosk in Wien, Berlin oder jeder anderen größeren Stadt wirft, dem springen Titel in Dutzenden Sprachen und unterschiedlichen Schriften ins Auge. Sie richten sich an eine vielfältige Leserschaft: Geschäftsleute, MigrantInnen, TouristInnen oder Lesergruppen, die sich über gemeinsame Interessen oder Stilrichtungen definieren. Ein Wiener Pressegroßvertrieb gibt an, Zeitungen und Zeitschriften in über sechzig Sprachen zu importieren. In Europa sind 3.000 Satelliten-Programme zu empfangen, die ein vergleichbares Sprachenspektrum abdecken. Sucht man in größeren Städten die Frequenzskala am Radio ab, so stößt man nicht nur auf den internationalen Kurz- und Mittelwellefrequenzen, sondern auch auf dem lokalen FM-Band auf eine unerwartete Sprachenvielfalt. Spitzenreiter in Sachen Multilingualität aber ist das Internet, auch wenn dessen Übersetzungstools derzeit großteils noch für Erheiterung sorgen. Dass ein Medienangebot babylonischen Ausmaßes verfügbar ist und sein Publikum findet, verweist auf den gemischtsprachigen Alltag urbaner Lebenswelten. Gleichzeitig fällt aber auf, dass sich die einzelnen Produkte überwiegend an eine Sprache halten. Medienproduzenten, so scheint es, stellen sich ihre Rezipientin oder ihren Rezipienten in der Regel weiterhin monolingual vor.

In Schule und Bildungswesen wurde Multilingualität längst nicht nur von der Wissenschaft als Gegenstand entdeckt, sondern auch im Alltag und in der Politik, wo das Für und Wider assimilie-

render, integrativer oder segregierender Modelle debattiert werden. Im Gegensatz dazu ist Multilingualität im Medienbereich kaum ein Thema, und dies obwohl Medien als Teil der öffentlichen Sphäre entscheidend Anteil daran haben, wie sich Sprachen entwickeln, ob sie erhalten oder verdrängt werden, wie Zugang zu Information und Teilhabe an Öffentlichkeit gewährleistet, wie soziale Beziehungen und Identitätswürfe gestaltet werden. Erst in jüngster Zeit beginnt sich ein gewisses Problembewusstsein abzuzeichnen. So wird im Rahmen der Europäischen Union die Frage vor allem im Zusammenhang mit dem Desiderat einer »europäischen Öffentlichkeit« und mit dem Sprachenlernen diskutiert. Demgegenüber befasst sich die OSZE mit Mehrsprachigkeit und Medien vorwiegend aus dem Blickwinkel des Zusammenlebens in multiethnischen Gesellschaften.

Ausgangspunkt dieses Buches ist der aktuelle Prozess der Dezentrierung nationalstaatlich geprägter Medienordnungen, der etwa in den 1980er Jahren eingesetzt hat. Durch Entwicklungen wie Regionalisierung, Privatisierung, Internationalisierung und globale Vernetzungen fragmentieren und rekonfigurieren sich mediale Räume. Neben national orientierten Medien treten globale Akteure auf den Plan, aber auch lokale Medieninitiativen, die sich untereinander vernetzen. Diese Entwicklungen im Mediensektor sind Teil der Dezentrierung des nationalstaatlichen Rahmens als gesellschaftliches Organisationsprinzip. Es gewinnen nicht nur suprastaatliche Zusammenschlüsse wie die Europäische Union oder, in jüngerer Zeit, die Afrikanische Union an Einfluss, sondern auch Instanzen wie die World Trade Organisation, die auch im Mediensektor die Deregulierung vorantreiben.

Im Gegensatz zur Medienpolitik ist die Kulturpolitik und damit auch die Sprachenpolitik eine der letzten Domänen, in der staatliche Souveränitätsrechte noch weitgehend ausgeübt werden können. Dennoch muss die Sprachenpolitik den geänderten Voraussetzungen Rechnung tragen und Antworten auf die postnationale Herausforderung finden. Diese Herausforderung besteht nicht nur in den wachsenden internationalen Verschränkungen, sondern auch darin, dass Lebenswelten – insbesondere in urbanen Zentren

– durch Migration und arbeitsbedingte Mobilität zunehmend von Mehrsprachigkeit geprägt sind.

Angeichts dieser aktuellen Umgestaltung von Medienlandschaften und der sich abzeichnenden ›Entstaatlichung‹ von Sprachenpolitik stellt sich die Frage, wie sprachenpolitische Akteure, darunter insbesondere Medien, in dem sich verändernden Umfeld agieren, wie sie multilingualen Herausforderungen gerecht werden, wie sie gesellschaftlichen Zusammenhalt begünstigen oder umgekehrt Brüche akzentuieren.

Zur Untersuchung der genannten Fragen bietet sich interdisziplinäre Forschung im Bereich »Sprachenpolitik und Medien« an, einerseits auf grundlagentheoretischer Ebene, andererseits auch im Hinblick auf mögliche Praxisrelevanz. Die Analyse von Sprachenpolitik im Medienbereich kann Hinweise darauf geben, welche Maßnahmen im Hinblick auf eine Förderung individueller und gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit zielführend bzw. dazu geeignet sind, einer Fragmentierung von Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Sie kann Medien und Medienschaffenden Anregungen für den Umgang mit mehrsprachigen Situationen liefern.

Kapitel 1.1 gibt einen Überblick zum Stand sprach- und medienwissenschaftlicher Forschung im Bereich »Sprachenpolitik und Medien in mehrsprachigen Situationen«. Besonders hervorgehoben wird ein erkennbar werdender Paradigmenwechsel: Nationalstaatlich geprägte Konzepte werden zunehmend in Frage gestellt. Deshalb wird in der Erfassung des gesellschaftlichen Feldes (1.2) besonders jenen Ansätzen Rechnung getragen, die aktuelle Prozesse der Fragmentierung von Öffentlichkeit und die wachsende Multidirektionalität von Kommunikationsflüssen berücksichtigen. Teil 1.3 entwirft einen Analyserahmen, mit dessen Hilfe sich mediale und sprachliche Entwicklungen erfassen lassen. Er greift auf medien- und sprachwissenschaftliche Ansätze zurück und verknüpft diese zu einem integrierten Instrumentarium, das auf den konkreten Fall angewendet werden kann. Als zentrales Element wird eine diskursanalytische Betrachtung von Medientexten herangezogen, die im Gegensatz zu quantitativen Erhebungen auch präzisere Aussagen über Repräsentation, Identitätsentwürfe und -projektionen sowie

über hidden agendas von Medienproduktion und Sprachenpolitik erlaubt.

Die empirische Analyse (Kapitel 2) fokussiert auf drei unterschiedliche geographische Räume, in welchen Sprachenpolitik im Medienbereich aktuell ist, da sie sich in Phasen eines tiefgreifenden Wandels befinden. Bei der Sammlung des Materials kam mir zugute, dass ich in diesen drei Regionen über mehrere Jahre nicht nur wissenschaftlich tätig war, sondern auch in Projekte im Bereich Mehrsprachigkeit involviert war. In Westeuropa (2.1) stehen die Diskussionen um eine (multilinguale) europäische Öffentlichkeit im Zeichen der Dezentrierung nationaler Öffentlichkeit sowie der wachsenden Bedeutung regionaler und in urbanen Zentren entstandener Medien, während sich internationale Medien als globale Akteure positionieren. Im Raum des früheren Jugoslawien (2.2) hatten Medien in jüngster Vergangenheit Anteil an einer Sprachenpolitik, die auf Abgrenzung nach außen und nationale Einheit nach innen abzielte, während sich gleichzeitig im Transformationsprozess das Medienangebot diversifizierte und der Anschluss an den globalisierten Markt erfolgte. In den beiden afrikanischen Ländern, die in Teil 2.3 betrachtet werden, ist die mediale Öffentlichkeit immer noch von der Dominanz einer von einer Minderheit gesprochenen Sprache geprägt: Das madagassische Beispiel ist vor allem deshalb relevant, weil es aufzeigt, wie in einer relativ homogenen sprachlichen Situation trotz gezielter Sprachenpolitik diese Dominanz in den Mainstreammedien bisher nicht überwunden werden konnte, während im informellen Sektor eine Trendwende zu beobachten ist. Südafrika hat insofern eine Sonderrolle, als hier eine bewusste Sprachenpolitik im Medienbereich eingeleitet wurde, die darauf abzielt, Gleichheit im Zugang zur Information herzustellen und der vielsprachigen Nation Kohärenz zu verleihen.

Beschreibung und Analyse von Sprachenpolitik im Medienbereich in südosteuropäischen und afrikanischen Ländern erlauben einen Einblick in Situationen, die in Westeuropa noch zu wenig rezipiert werden, und legen eine Relativierung westlich geprägter Sichtweisen nahe. In der Beschreibung von sprachpolitischen Tendenzen und medialen Entwicklungen in diesen drei unterschiedlichen

Räumen geht es nicht darum, Vergleiche und Wertungen vorzunehmen, sondern generelle Tendenzen und sprachpolitische Orientierungen festzumachen, die in allen drei Räumen aus der Dezentrierung des nationalstaatlichen Paradigmas resultieren. Nicht selten lösen Entwicklungen, die zunächst an den ›Rändern‹, zumal im wenig geregelten informellen Sektor, ihren Anfang nehmen, in der Folge eine breitere Dynamik aus (Kapitel 3). So wird zum Beispiel deutlich, dass der monolinguale Habitus der Medien tendenziell am Aufbrechen ist. Fiel der Presse nach Erfindung des Buchdrucks die Rolle zu, in einer europäischen Lebenswelt, die auch damals weithin mehrsprachig war, die Einbahnstraße zu vereinheitlichten Nationalsprachen zu öffnen, so tragen heute elektronische und neue Medien dazu bei, ›unreine‹ sprachliche Praktiken öffentlichkeitsfähig zu machen, sprachliche Standards aufzuweichen und Mehrsprachigkeit hör- und sichtbar zu machen. Neben die lange Zeit dominierende, auf Vereinheitlichung und Ausschluss basierende nationale Öffentlichkeit, ist eine Vielzahl von supra- oder subnationalen Teilöffentlichkeiten getreten. Entscheidend für den sozialen Zusammenhalt ist die Frage, ob diese sich (auch in sprachlicher Hinsicht) voneinander abschotten oder ob es gelingt, Schnittstellen zu schaffen, wo Differenzen ausgehandelt werden können. In dieser Sichtweise kann Öffentlichkeit nicht mehr als etwas Statisch-Institutionelles begriffen, sondern muss durch wechselnde Bündnisse und Vernetzungen um gemeinsame Themen ständig neu definiert und zusammengefügt werden.

Über den Anspruch hinaus, Anstöße für die wissenschaftliche Diskussion zu geben, hoffe ich, dass dieses Buch auch jenen etwas bietet, die auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene Sprachpolitik mitgestalten, nicht zuletzt den Medienschaffenden, die wie meine zahlreichen InterviewpartnerInnen täglich mit sprachpolitischen Entscheidungen konfrontiert sind. Ihrem Interesse am Thema und ihrer Bereitschaft, Auskünfte zu erteilen, verdanke ich das empirische Datenmaterial, auf dem dieses Buch basiert.

Grundlage des Buches ist die von mir im November 2003 an der Universität Wien eingereichte Habilitationsschrift. Besonderen Dank schulde ich Professorin Ruth Wodak, die ich von Anbeginn dieser Arbeit an in allen Fragen zu Rate ziehen konnte und der ich

wertvolle Anregungen verdanke. Weiters gilt mein Dank den Professoren Rudolf de Cillia und Wolfgang U. Dressler, die das Fortschreiten meiner Arbeit verfolgt und kritisch kommentiert haben, sowie allen Kolleginnen und Kollegen am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien, die mich in ihren Kreis aufgenommen und mir ein im höchsten Maß anregendes wissenschaftliches Umfeld geboten haben. Zu danken habe ich auch Edith Himmelbauer für das beharrliche Korrekturlesen des Manuskripts sowie dem Drava Verlag für die Publikation des Buches.

Brigitta Busch
Wien, im März 2004

1 Theoretische Ansätze

1.1 Sprachenpolitik und Medien: sprach- und medienwissenschaftliche Ansätze

Wenn der Konnex zwischen Sprachenpolitik und Medien untersucht werden soll, so müssen sprachwissenschaftliche und medienwissenschaftliche Ansätze berücksichtigt werden. Eine Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass der Zusammenhang zwischen Mehrsprachigkeit und Medien in beiden Disziplinen, wie Boyd-Barrett et al. (1996: 426) im Handbuch der Kontaktlinguistik festhalten, als Feld wissenschaftlicher Forschung nicht gut etabliert ist und meist nur als Neben aspekt innerhalb breiterer Fragestellungen behandelt wird. Paradoxerweise gibt es dagegen eine nahezu unüberblickbare Fülle von Fallstudien und Einzelanalysen zu bestimmten sprachlichen Minderheiten oder einzelnen Medien in Minderheitensprachen.

In der Beschäftigung mit der wissenschaftlichen Literatur zeigt sich, dass die Auseinandersetzung mit den Prozessen der Globalisierung und der europäischen Integration sowohl in der politischen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion um Sprachenpolitik eine neue Dynamik ausgelöst hat. Dabei zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab: Die zentrale Rolle des Nationalstaates wird in Frage gestellt, internationale und interkulturelle bzw. transnationale und transkulturelle Betrachtungsweisen rücken in den Vordergrund. Dieser Paradigmenwechsel ist sowohl in sprachwissenschaftlichen als auch in medienwissenschaftlichen Zugängen erkennbar. Anstatt die beiden Stränge getrennt zu verfolgen, halte ich es daher für schlüssiger, Parallelitäten und Berührungspunkte zwischen diesen Zugängen herauszuarbeiten.

1.1.1 Im Zeichen des Nationalstaats

Noch in den 1980er Jahren galt der nationalstaatliche Rahmen als *der* Ausgangspunkt für die wissenschaftliche Beschäftigung mit Sprach- und Sprachenpolitik¹ und wurde als solcher kaum hinterfragt. Haarmann (1987: 1661) geht in seinem Artikel »Sprachen- und Sprachpolitik« im Handbuch der Soziolinguistik (Ammon et al. 1987) davon aus, dass

sich jegliche Gesellschaftsform – dies gilt in jedem Fall für die Neuzeit – innerhalb nationalstaatlicher Grenzen entfaltet. [...] Die politische Regelung des Status sowie der Verwendung von Sprachen in Staaten ist somit ein Schlüsselbereich im Rahmen der Existenzbedingungen von Sprachgemeinschaften sowie ihrer staatlich eingebetteten interethnischen Beziehungen.

Sowohl innerstaatliche Fragen (Minderheitensprachen) als auch internationale Fragen (Sprachaußenpolitik) konnten – entsprechend der weltpolitischen Ordnung, die auf der Souveränität von Nationalstaaten und der Unantastbarkeit von Grenzen beruhte – weitgehend im staatlichen Paradigma erfasst werden.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Sprachenpolitik und Sprachenplanung setzte Mitte des 20. Jahrhunderts ein. Impulse gingen meist von Situationen aus, wo der Sprache oder den Sprachen eine wichtige Funktion im Prozess des *nation-building* zugebracht wurde² bzw. wo Sprachenfragen in innerstaatlichen Konflikten eine Rolle spielten, oft im Zusammenhang mit Prozessen der Entkolonialisierung und der damit einhergehenden Schaffung neuer Nationalstaaten. Am Ende des 20. Jahrhunderts zieht Labrie (1996: 828) eine vorläufige Bilanz:

Après une quarantaine d'années d'évolution, les connaissances au sujet de la «politique linguistique» demeurent néanmoins fragmentaires. On ne peut pas dire qu'une théorie interdisciplinaire se soit établie jusqu'à maintenant.

Insbesondere beklagt Labrie, dass die Sprachenpolitik politikwissenschaftlichen Theorien zu wenig Beachtung geschenkt habe. Un-

1. Ich halte mich hier an die Unterscheidung, die von Glück (2000: 654) getroffen wird, um mit Sprachpolitik politische Maßnahmen innerhalb einer Einzelsprache zu bezeichnen und mit Sprachenpolitik das Verhältnis zwischen verschiedenen Sprachen. Der Übergang zwischen diesen Begriffen ist fließend. Zur leichteren Lesbarkeit des Textes verwende ich den Begriff Sprachenpolitik auch als Oberbegriff, der beide Bedeutungen umfasst.
2. So geht der Begriff Sprachenplanung auf Haugen (1966) zurück, der sich mit Fragen der Standardisierung des Norwegischen befasste.

terschieden wird in Staaten mit parlamentarischer Demokratie im Allgemeinen zwischen zentralistischer und subsidiärer Sprachenpolitik, wobei Nelde (2003: 29) als Prototyp für die zentralistische Frankreich nennt, für die subsidiäre Deutschland, wo Kulturangelegenheiten und damit auch Sprachenpolitik Ländersache sind. Bezogen auf Staaten mit nichtparlamentarischen Systemen wird Sprachenpolitik häufig als dirigistisch bezeichnet (Calvet 2002).

Zwar wird Sprachenpolitik nicht auf die deklarierte oder implizite Politik von Staaten eingeschränkt, sondern bezieht eine Vielzahl von Akteuren und Faktoren ein (de Cillia 2003: 14 f.). Dennoch ist auffallend, dass in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Sprachenpolitik ein deutlicher Schwerpunkt auf Bereichen liegt, die mehr oder minder direkt einem staatlichen Zugriff unterliegen. Dazu zählen vor allem der Bildungsbereich und Amtssprachenregelungen. Allerdings wird immer wieder auf die Wichtigkeit hingewiesen, Medien in die sprachenpolitische Diskussion einzubeziehen.¹ In der Kommunikationswissenschaft werden sprachenpolitische Aspekte zwar am Rande mitbehandelt, doch wird auch hier von Autoren die Feststellung getroffen, dass dem Konnex Medien und Mehrsprachigkeit bisher nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet wurde.² Möglicherweise ist der Fokus auf den Top-down-Aspekt von Sprachenpolitik und auf die Rolle von Staaten dabei der Grund, warum das Thema Medien und Sprachenpolitik kaum in Angriff genommen wurde. Das Prinzip des freien Verkehrs von Ideen und Information, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 bestätigt wurde, schränkt Eingriffe von Staatsseite ein und hebt somit die Sprachverwendung in Medien aus der direkten Verfügung der Gesetzgeber heraus.

Minderheiten und Medien

Untersuchungen zum Konnex Medien und Mehrsprachigkeit konzentrieren sich v. a. auf zwei Gebiete: auf Minderheitenmedien und auf internationale Kommunikation. Obwohl es zahlreiche Fallstudien zu Minderheitenmedien (sowohl in autochthonen Minderheiten- als auch in Migrantensprachen) gibt, treffen AutorInnen immer wieder die Feststellung, dass ein kohärenter Überblick über

1. Vgl. Kremnitz 1990: 96; Bamgbose 1991; Leitner 1997; Boyd-Barret et al. 1996; Calvet 2002.
2. Vgl. Robins 1997; Hasebrink 2001.

das Gebiet ausständig ist.¹ Während das Bild von Minderheiten in Mainstream-Medien, also Medien in dominanten oder Staatssprachen, in der ideologiekritischen Auseinandersetzung mit Texten, in der Vorurteils- und Stereotypenforschung sowie in diskursanalytischen Betrachtungen und in den Cultural Studies ein häufigeres Thema ist, bleibt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Minderheitenmedien bzw. mit Medien in Minderheitensprachen oder mit Medien und Mehrsprachigkeit marginal. Es liegen vor allem Fallstudien zu spezifischen Situationen in einzelnen Ländern bzw. zu einzelnen Minderheitengruppen vor. In Australien, Kanada, den USA und in manchen westeuropäischen Ländern² wie Großbritannien, den Niederlanden, Spanien oder Deutschland ist das Thema bereits in den 1970er und 1980er Jahren präsent. Umfangreichere Darstellungen und Analysen von Minderheitenmedien sind in Österreich durchwegs neueren Datums.³

In der Beschäftigung mit Minderheitenmedien lassen sich zumindest tendenziell verschiedene Phasen und Forschungsschwerpunkte festmachen. In den früheren Arbeiten zu diesem Thema steht die Frage nach dem Zugang von Minderheiten zu Information und Kommunikation bzw. nach der Realisierung von kulturellen und sprachlichen Rechten im Vordergrund – ein Zugang, der sich unter dem Titel *menschenrechtlicher oder minderheitenrechtlicher Ansatz* zusammenfassen ließe. Tatsächlich ist der Impuls für Forschungsarbeiten oft von internationalen Institutionen, insbesondere der UNESCO (Husband 1994) und dem Europarat (Franchon/Vargaftig 1995),⁴ ausgegangen. Es geht dabei um vergleichende Untersuchungen, welche Rechte zur Teilhabe an der (nationalen) Öffentlichkeit einzelnen Minderheiten zugestanden werden. Ein zweiter Strang könnte unter dem Titel *sprachenpolitischer Ansatz* gebündelt werden: Hier stehen soziolinguistische Fragen des Erhal-

1. Vgl. Riggins 1992: 3; Husband 1994; Cormack 1998: 33; Browne 1999: 62.

2. Einen gewissen Überblick über Fallstudien in westeuropäischen Ländern geben Cormack (1998) (vor allem für Medien in den Sprachen autochthoner Minderheiten) und Browne (1999) (vor allem für Medien in Sprachen von Migranten).

3. Der Frage widmen sich AutorInnen in Luger/Renger 1995. Monographische Darstellungen: Kogoj 1997; Busch 1999; Herczeg/Kaiser 1999.

4. Beide Publikationen (Husband 1994 und Franchon/Vargaftig 1995) wurden von den respektiven Institutionen gefördert und beinhalten Referenzen zu Konferenzen und Kolloquien sowie zu Berichten und Publikationen, die im Rahmen dieser Institutionen zum Thema Minderheitenmedien realisiert wurden.

tens oder des Zurückdrängens von Minderheitensprachen im Mittelpunkt. Impulse zur wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas aus diesem Blickwinkel sind oft von sozialen Bewegungen, die sich für Minderheitenrechte oder Sprachenrechte einsetzen, ausgegangen. Auf institutioneller Ebene ist in diesem Bereich auch das EU-Büro für weniger verbreitete Sprachen EBLUL zu nennen, das eine Abteilung für Medien und eigene Forschungsprojekte betreibt, sich allerdings ausschließlich mit den Sprachen autochthoner Minderheiten oder Regionalsprachen innerhalb der Europäischen Union beschäftigt.¹ Der staatlichen Politik gegenüber Minderheiten kommt in den raren vergleichenden Arbeiten meist das Hauptaugenmerk zu. Unterschieden wird zwischen integrierenden, assimilierenden und ethnizierenden Praktiken, zwischen zentralistischen und föderalistischen Strukturen.² Tatsächlich scheint eine eindeutige Zuordnung schwierig, vielmehr bewegen sich staatliche Politiken je nach politischer und wirtschaftlicher Konjunktur zwischen diesen Polen und tendieren phasenweise eher dem einen oder anderen zu. In den letzten Jahren ist eine Verschiebung des Forschungsschwerpunkts eingetreten. Die Frage nach der Rolle von Minderheitenmedien bei der *Konstruktion von nationalen, ethnischen und kulturellen Identitäten* ist in den Vordergrund gerückt, und die qualitative Rezeptionsforschung sowie ein umfassenderer Cultural-Studies-Zugang bekommen mehr Gewicht.³ Festzustellen ist, dass in all diesen Ansätzen, dem menschenrechtlichen, dem sprachpolitischen und dem Cultural-Studies-Ansatz, mehrere Ebenen weitgehend ausgeklammert sind. Ein Mangel besteht auf Seiten der medialen Produktion (Zugang zu Informationsquellen, zu leistende Spracharbeit wie Übersetzungen, Schaffung von Neologismen, Zugang zu Hilfsmitteln wie Wörterbüchern, Online-Datenbanken, Ausbildungsmöglichkeiten für JournalistInnen, die in Minderheitensprachen arbeiten). Ein anderer Mangel besteht darin, dass textanalytische Studien weitgehend fehlen und damit wesentliche Elemente nicht erfasst werden können. In meiner Studie zu den slo-

1. Mercator Media ist ein Informations- und Dokumentationszentrum des Europäischen Büros für weniger verbreitete Sprachen und gibt u. a. seit 1995 ein jährliches Bulletin zur Situation von Minderheitenmedien heraus.
2. Vgl. etwa Riggins 1992; Husband 1994; Franchon/Vargafitig 1995; Cormack 1998; Kogoj 1997.
3. Mehrere Beiträge in Busch/Hipfl/Robins (2001) gehen von diesem Ansatz aus.

wenischen Medien in Kärnten (Busch 1999) hat die Einbeziehung einer inhalts-, text- und diskursanalytischen Ebene beispielsweise gezeigt, dass sich das Themenspektrum in den slowenischen Medien zwischen den 1960er und dem Ende der 1990er Jahre drastisch verengt hat, obwohl kein quantitativer Rückgang in der Sendezeit bzw. im Umfang der Printmedien festzustellen war.

Internationale Kommunikation

Im Bereich der internationalen Kommunikation ist die Literatur in Bezug auf sprachenpolitische Aspekte und Medien noch bruchstückhafter. In einer ersten Phase, die politisch vom Kalten Krieg gekennzeichnet war, fokussierte die internationale Kommunikationsforschung¹ auf Fragen der Modernisierung und Dependenz von Entwicklungsländern. In der Modernisierungstheorie wurde aus westlicher Perspektive davon ausgegangen, dass Massenmedien einen wichtigen Entwicklungsschritt auf dem Weg von einer traditionellen über eine transitionale zu einer modernen Gesellschaft darstellen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage nach der Rolle von indigenen Sprachen in den Medien, insbesondere im Radio, gestellt. Sprachenvielfalt in den Medien wurde zwar als Mittel zur Erreichung von breiten Schichten in einer edukativen Absicht gesehen, jedoch gleichzeitig auch als ein Faktor, der die Kosten in die Höhe schnellen lässt und daher zu limitieren sei – gelegentlich auch mit dem Hinweis, dass Sprachenvielfalt den nationalen Einigungsprozess behindere. Die Dependenztheorie geht im Gegensatz dazu davon aus, dass die Internationalisierung der Massenkommunikation – wie andere Wirtschaftsbeziehungen – zu einer Dominanz des Westens (v. a. der USA), einem Medienimperialismus gegenüber der Dritten Welt geführt hat. Wichtige Impulse gingen von den emanzipatorischen Bewegungen in den 1960er und 1970er Jahren und von der UNESCO aus, in deren Rahmen mit dem Mac Bride Bericht (1980) ein Entwurf für eine neue Weltkommunikationsordnung geschaffen wurde. Die auch hier nur am Rande behandelte Sprachenfrage wird im Unterschied zu früher zumindest ansatzweise in einen Konnex mit Kultur gestellt: kulturelle (sprachliche) Dominanz der ehemaligen Kolonialsprachen (insbesondere des Englischen) vs. kulturelle (sprachliche)

1. Einen Überblick über internationale Kommunikationsforschung und ihre wechselnden theoretischen Rahmen geben z. B. Mattelart 1999, Thussu 2000, Hepp 2001.

Selbstbestimmung und Autonomie. Einen eher marginalen Platz in der internationalen Kommunikationsforschung nehmen Untersuchungen zur Sprachaußenpolitik bzw. Außenkulturpolitik einzelner Staaten – z. B. Alliance Française, British Council (Mattelart 1999) – sowie über die Bedeutung von Auslandsdiensten staatlicher und öffentlich-rechtlicher Radio- und Fernsehanstalten ein.¹

Von den 1980er Jahren an verschob sich das westeuropäische Interesse in der internationalen Kommunikationsforschung von den Nord-Süd-Beziehungen weg zu innereuropäischen Fragen wie dem europäischen Einigungsprozess und der Position Europas in der internationalen Medienindustrie. Impulse gehen hier auch von der Europäischen Union und vom Europarat aus. Auf sprachpolitischer Ebene stehen Fragen der Produktion und Erschließung von Medienprodukten für vielsprachige Märkte im Mittelpunkt. Eine erste Studie des Europäischen Medieninstituts zu Praktiken der Untertitelung und Synchronisation wird 1991 unter dem Titel »Overcoming language barriers in television« abgeschlossen (Luyken 1991), weitere Studien zu diesem Thema folgen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen: mit einer medientechnischen (Dries 1995), einer kulturwissenschaftlichen (Pruys 1997), einer linguistischen (Herbst 1994), einer minderheitenpolitischen (Mercator Media 2000), einer übersetzungswissenschaftlichen (Gambier 1997). Mit den Möglichkeiten, die das Satellitenfernsehen allgemein für den Fremdsprachenerwerb bietet, setzt sich Meinhof (1998) auseinander, Untertitelung und Fremdsprachenerwerb stehen im Zentrum der Arbeit von Koolstra und Beentjes (1999).

1.1.2 Unter veränderten Vorzeichen

Der Prozess der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union und die Globalisierungsdebatte lösen einen neuen Schub in der Beschäftigung mit Sprachenpolitik aus. Rund um den Millenniumswechsel erscheint eine Reihe von Publikationen, die sich mit der Zukunft von Sprachen unter dem Vorzeichen der Globalisierung beschäftigen. Einerseits kommt darin eine eher kulturpessimistische Sicht zum Ausdruck, die kleinere Sprachen in ihrer Existenz bedroht sieht und vor einer sprachlichen Vereinheitlichung unter Dominanz

1. Vgl. Thussu 2000; Mattelart 1999; Kleinsteuber 2002.

des Englischen warnt, andererseits werden die aktuellen Transformationsprozesse auch als Chance gesehen, die Vielfalt begünstigen kann.¹ Die Ausrufung des Europäischen Jahres der Sprachen 2001 war Anlass, über Sprachenpolitik in Europa nachzudenken, und führte zu einer Reihe von Konferenzen², Publikationen³ und Forschungsprojekten⁴, die den Umgang mit sprachlicher Vielfalt thematisieren. Gemeinsam ist den neueren sprachpolitischen Arbeiten, dass der nationalstaatliche Rahmen an Bedeutung verliert. Das wissenschaftliche Interesse wendet sich vermehrt größeren multinationalen Räumen zu. Gleichzeitig rücken oft mehrsprachige Räume wie urbane Zentren oder Grenzregionen in den Vordergrund. Erst im Rückblick wird auch die Auseinandersetzung mit dem Konzept Nation zu einem wichtigen Gegenstand in den Geistes- und Kulturwissenschaften. Begriffe wie Volk, Nation, Ethnie etc. werden nicht mehr als gegebene Kategorien gesehen, sondern als imaginierte, erzählte, diskursiv konstruierte Gemeinschaften.⁵ Das territorial fixierte Epochenbild, das die politische, soziale und wissenschaftliche Imagination während zwei Jahrhunderten geprägt hat, löst sich auf. Beck (1998: 13) formuliert die aktuelle Fragestellung folgendermaßen:

Inwieweit ist den Kategorien und Theorien der Ersten Moderne ein territorialer Bias eigen? Werden also Ideen wie Volk, Nation, Kultur, Gesellschaft, System, Klasse, Staatsbürger, Staat, selbst parlamentarische Demokratie nicht erst dann verständlich, wenn man aufdeckt, was mit ihnen mitgedacht wird: die Territorialität, das Innen-Außen, die Wechselwirkung von staatlicher Hegemonie und kultureller Homogenität?

Die Rolle der Sprachen im Werden und Funktionieren des Nationalstaates wird einer Revision unterzogen:⁶ Hauptthese ist, dass

1. Z. B. Language Death (Crystal 2000), The Rise and Fall of Languages (Dixon 1997), Halte à la mort des langues (Hagège 2000), L'Europe parlera-t-elle anglais demain? (Chaudeson 2001), Pour une écologie des langues dans le monde (Calvet 1999), Le marché aux langues. Les effets linguistiques de la mondialisation (Calvet 2002), Words of the World. (De Swaan 2001), Weltgesellschaft, Weltverkehrssprache, Weltkultur (Wilss 2000).
2. Z. B. Europaratskonferenz, Innsbruck 1999; »Which languages for Europe?«, Oegstgeest 2000; »Die Zukunft der europäischen Mehrsprachigkeit«, Wien, November 2001; »Die Kosten der Mehrsprachigkeit – Globalisierung und sprachliche Vielfalt«, Wien, Juni 2001.
3. Z. B. Extra/Gorter 2001; Krumm 2003; Besters-Dilger et al. 2003; Ehlich 2002; Kelz 2002.
4. Z. B. das Projekt Language and Global Communication an der Universität Cardiff: <http://www.cf.ac.uk/encap/global/structure.html>
5. Z. B. Die Erfindung der Nation (Anderson 1983); narration of the nation (Bhabha 1994); diskursiven Konstruktion von nationaler Identität (Wodak et al. 1998); Erfindung des Balkans (Todorova 1999); Imagination Afrikas (Ranger 1983).
6. Vgl. Ehlich 2000, Ammon 2002, Gogolin 1998.

Sprachen als zentrale Kommunikationsmedien zu einem fundamentalen Aspekt des Projekts Nation wurden, womit Sprache und Nation – oder nationale Identität – eng verknüpft wurden. Kramsch (2001/1998: 73) spricht von *linguistic nationism* und schreibt bezogen auf die traditionelle Auffassung vom Nationalstaat:

It has been mirrored by a similar view of language as shared patrimony, a self-contained, autonomous, and homogenous linguistic system based on a homogenous social world – in other words, a linguistic utopia.

Bevor sich der Nationalstaat durchsetzte, kommunizierten die herrschenden Stände in verschiedenen *linguae francae*, die Untertanen sprachen ihre jeweiligen regionalen Volkssprachen. Im Projekt Nation wurde die Sprache zu einem zentralen Faktor der Vereinheitlichung, eine Nationalkultur wurde den regionalen ›Volkskulturen‹ übergestülpt. Für den bürgerlichen Nationalstaat besaß die Regelung der Sprachenfrage einerseits praktische Gründe in Bezug auf den neu errichteten Verwaltungsapparat und das Militär. Andererseits aber sollte die gemeinsame Sprache dem Gebilde Nationalstaat Leben einhauchen (Ehlich 2000: 187 ff.). Das Streben nach einheitsstiftender Ordnung äußert sich in der Strategie der Homogenisierung nach innen bei gleichzeitiger Abgrenzung nach außen. Oder um mit Gogolin (1998: 81) zu sprechen:

Grundzug des abendländischen Denkens ist die manichäische Ordnungsweise, nach der die Welt in paarweise Gegensätze aufgeteilt wird und der Modus vorherrscht, Einheitlichkeit und Allgemeinheit nach innen zu verlegen, Uneinheitlichkeit und Besonderheit nach außen.

Aus linguistischer Sicht stellt Ehlich (2000: 194) fest, dass die Zukunft der Sprachen in der Postnationalität eine drängende Frage ist, dass aber die Fortdauer nationalsprachlich gefestigter Rahmenbedingungen, die als gegeben betrachtet werden, dafür aufgebrochen werden müssen.

Wir behandeln heute in Deutschland die deutsche Sprache weithin als etwas ganz selbstverständlich Vorhandenes und Gegebenes. Dieses aber ist sie nicht, sondern sie ist das Produkt einer gesellschaftlichen Arbeit von mehreren Jahrhunderten. (Ehlich 2000: 191)

Die gleiche Infragestellung der bisherigen, nationalstaatlich geprägten Paradigmen findet auch in der Kommunikationswissenschaft statt. Mattelart (1999: 204 f.) sieht in der essentialischen Staatskonzeption, die wie die bildungsbürgerliche Konzeption von Kultur mit dem Makel des Logozentrismus – dem Glauben an die universelle Gültigkeit rationaler Modelle – behaftet war, für die internationale Kommunikationswissenschaft ein Hindernis, zentrale Fragen zu

stellen. Fragen wie die nach der historisch-geographischen Verortung von Medien, dem Zusammenspiel verschiedener Medien innerhalb eines Landes und auf internationaler Ebene, aber auch Fragen nach den wirtschaftspolitischen Vorgaben, die die Funktionen und den Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien durch die Gesellschaft mitprägen. Robins/Aksoy (2001: 74) beklagen, dass die Analyse transnationaler Medien in der konventionellen Idee von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und einer gemeinsamen Kultur verhaftet bleibt, und plädieren für den »Abschied von Phantomen«, worunter sie die »vorgestellte Sicherheit von vorgestellten Gemeinschaften« (2001: 106) verstehen.

Abschied von überkommenen Normvorstellungen

Indem die Rahmen, in denen Sprache bisher gedacht wurde, aufgebrochen werden, nimmt sich die wissenschaftliche Debatte nun vermehrt solcher stillschweigender Annahmen an, die bisher schon ein gewisses Unbehagen verursacht haben, und richtet ihr Augenmerk auf Fragestellungen, die eine Art blinden Fleck gebildet haben. Zu den derzeit diskutierten Fragen gehören die Annahme, dass Monolingualismus der »Normalfall« ist, das Konzept des Muttersprachlers oder *native speakers*, das Gebot sprachlicher Reinheit, also Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Sprache und Kultur bzw. Sprache und Identität.

Michael Clyne weist im Einleitungsartikel zum Handbuch der Kontaktlinguistik (1996: 13) darauf hin, dass die Bedeutung der Kontaktlinguistik erst klar wird, wenn man bedenkt, dass es mehr Multilinguale als Monolinguale gibt und dass keine Sprache »rein« ist, egal wie stark die in diese Richtung unternommenen Planungsmaßnahmen sein mögen: »Dennoch bauen die theoretischen Modelle der Linguistik auf monolingualen Normen auf.« Die Kontaktlinguistik benötige aber »Rahmen, bei denen die Einsprachigkeit und nicht die Zweisprachigkeit »markiert« ist«. Damit erfahren auch Konzepte der Sprachgemeinschaft und der Sprachgrenzen eine neue Bewertung.¹

In Studien zu Bilingualismus ist die Vergleichsnorm meist der Einsprachige, eine statische Standardnorm. Abweichungen von der statischen, monolingualen Norm wurden sowohl bei Mehrsprachi-

1. Vgl. z. B. Busch/Kelly-Holmes (in Druck).

gen als auch bei Lernern in den 1970er und 1980er Jahren noch als Semilingualismus tituliert. Heute wird dieser Begriff durch das Konzept der *Nearnativeness* ersetzt (Lainio 1996: 243). Konzepte der ›Reinheit‹ wurden in der Vergangenheit sogar auf nichtschriftliche Formen, auf Dialekte und Pidgins ausgeweitet (Lainio 1998: 238). Sprachpurismus oder ›sprachliche Reinheit‹ wird nun zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzung.¹ Gogolin (1994) spricht in Bezug auf das Bildungswesen von einem »monolingualen Habitus« der Institution Schule. Während das Reinheitsgebot im schulischen Bereich – einer bisher noch vergleichsweise intakten Institution des Nationalstaates – nach wie vor unbestritten Geltung zu haben scheint, dringen ›unreine Praktiken‹ und ›sprachliches Grenzgängertum‹ in anderen Bereichen rasch vor. In den letzten Jahren ist ein verstärktes Interesse der Soziolinguistik an Studien zu Medien und Medientexten feststellbar. Es gilt v. a. Themen wie Sprache und Werbung², Code-switching und Language crossing in Musiktexten und Jugendprogrammen³ oder genereller, multilingualen Elementen in Medien- oder literarischen Texten⁴.

Die Verwendung von Anglizismen in Werbung und Medientexten ist kein neues Thema. Während es früher vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Verunreinigung und ›Überfremdung‹ diskutiert wurde, stellen neuere Arbeiten Stil und Hybridität in den Mittelpunkt und stützen sich dabei auf das Theorieangebot der *postcolonial studies*. Die kulturelle Identität multilingualer Sprecher wird nicht als Addition verschiedener einsprachiger Praktiken aufgefasst, sondern als eine Vielfalt sozialer Rollen oder Subjektpositionen, die situativ eingenommen werden. Die Diskussion um Englisch als *Lingua franca* weist ebenfalls in diese Richtung.⁵ »English as a global language, is necessarily a discursive construct in need of deconstruction« (Seidlhofer 2001: 135). Der »Besitzanspruch der ›Native Speakers‹ auf das Englische wird in Frage gestellt« (Schendl et al. 2003: 192), die Autorität des Zentrums und die Konformität mit ihm wer-

1. Z. B. Thomas (1991), Gogolin (1998).

2. Z. B. Martin 2002; Muhr/Kettemann 2002.

3. Z. B. Androutsopoulos 2001; Benthalia/Davies 2002.

4. Für einen Überblick zu literarischen Texten im deutschsprachigen Raum vgl. Kucher 2003. Zu mehrsprachigen Elementen in Mainstreamprogrammen vgl. Jaworski et al. 2003.

5. Seidlhofer (2001) gibt einen Überblick über die umfangreiche Debatte.

den als Widerspruch zu einer Verbreitung des Englischen als *Lingua franca* gesehen. Der *Lingua franca*-Sprecher soll als solcher anerkannt und Non-Konformität nicht als Mangel, sondern als Faktor von Veränderung begriffen werden. Es kommt zu einer Entkopplung von Sprache und Nation, aber nicht von Sprache und Kultur, denn das Englische als *Lingua Franca* ist mit nichtnationalen Formen von Kultur und Wissen verbunden, mit Aspekten von globalen Beziehungen und Dominanzen (Pennycook 1994: 12 f.).

1.1.3 Transnationale Herausforderungen

Die Sprachenpolitik wird aus doppelter Perspektive herausgefordert. Aus der Makroperspektive der sich transformierenden Weltordnung, in der die Bedeutung von Nationalstaaten relativiert wird, und aus der Mikroperspektive der sich ändernden individuellen Lebenswelten, wo multiple und hybride Identitäten und Mehrsprachigkeit gelebter Alltag sind. Die Herausforderung, der sich die Wissenschaft zu stellen hat, besteht darin, beide Perspektiven zu verknüpfen.

Für eine Beschäftigung mit Sprachenpolitik im Kontext der Globalisierung reicht der Fokus auf den Staat als zentraler Akteur nicht mehr aus. In dem »im Entstehen begriffenen Machtvakuum« gewinnen supranationale und subnationale Ebenen – und hier nicht nur die regionaler öffentlicher Strukturen, sondern auch die der Gemeinden und privater Zusammenschlüsse – an Bedeutung (Nelde 2003: 39). Auch ohne Miteinbeziehung von Marktfaktoren kann die Sprachenpolitik nicht mehr auskommen (Calvet 2002, Labrie 2003, Nelde 2003). Mit den Wechselbeziehungen zwischen sprachlichen und wirtschaftlichen Variablen beschäftigen sich u. a. Grin (1996), Grin/Vaillancourt (1999) und Coulmas (1992), doch weist Grin (1996) darauf hin, dass derzeit ein geeignetes Instrument zur Erfassung von Kosten und Nutzen der Mehrsprachigkeit noch ausständig ist. Dass der Sprachenmarkt an sich ein wirtschaftlicher Faktor ist, unterstreicht Nelde (2003: 135) am Beispiel von Großbritannien, wo der Sprachenmarkt im Bruttosozialprodukt an zweiter Stelle hinter dem Nordseeerdöl steht. Die Einbeziehung von Marktfaktoren ist nicht nur auf internationaler Ebene von Bedeutung, sondern auch auf der Ebene individueller Lebenswelten, wo »eine ökonomisch, durch Angebot und Nachfrage bestimmte Sprachenwahl bei der Motivierung zur Mehrsprachigkeit erfolgreicher« sein kann »als eine zentralisierte Spra-

chenplanung, die – statisch und somit weniger flexibel – sich nur schwer dem sich ständig ändernden Sprachbedarf anpassen kann«, wie Nelde (2003: 38) anhand des belgischen Beispiels ausführt.

In der aktuellen Debatte um die Zukunft der Sprachen in der Europäischen Union stellt sich die Frage, inwieweit eine Trennung in eine innerstaatliche und eine zwischenstaatliche Sprachenpolitik noch sinnvoll ist. Innerhalb des Zusammenschlusses verlieren nationalstaatliche Grenzen an Bedeutung. Es war der nationalstaatliche Rahmen, der in der Moderne die Relation Mehrheit–Minderheit definiert hat, denn erst innerhalb nationalstaatlich abgegrenzter Territorien wurden Gruppen, deren Sprache sich von der Nationalsprache unterschied, begrifflich zu Minderheiten. Ist dieser Rahmen nicht mehr der zentrale, so ändern sich auch die Relationen. Damit ist der Minderheitenbegriff nicht obsolet geworden, genauso wenig wie der Staat als Akteur, doch genauso wie der Staat erfährt er eine Transformation. Auf die EU bezogen meint Nelde (2003: 32), dass

sich begrifflich die bodenständigen Minderheiten von den Migranten nicht mehr deutlich abgrenzen. Die Klassifizierung der europäischen Minderheiten der neunziger Jahre in allochthon und autochthon lässt sich gegenwärtig kaum noch aufrecht erhalten.

Die europäischen Minderheiten unterscheiden sich heute deutlich von ihren Vorgängergenerationen, die zum Teil bis in die 1970er Jahre noch einsprachig waren. Sie sind mehrsprachig und halten trotzdem an ihrer Minderheitensprache fest. Nelde (2003: 40) meint, dass sich »die Prognosen der Kontaktlinguistik der sechziger und siebziger Jahre – Zweisprachigkeit bzw. Mehrsprachigkeit sei zwangsläufig der Anfang vom Ende der Minderheitensprache – nicht bewahrheitet« haben. Wo Multilingualismus zur Norm einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft wird, verfügen Sprachminderheiten über einen strategischen Vorteil durch ihre Erfahrungen mit multilingualen Praktiken. Für Labrie (2003: 208) stellt die Globalisierung auch eine Möglichkeit dar, dass Minderheiten »symbolische oder materielle Produkte in ihren Sprachen auf erweiterten Märkten verbreiten können.« Nelde (2003: 36 f.) schlägt vor, auf eine zahlenmäßige Erfassung von Sprechern als Grundlage von Sprachenpolitik zu verzichten – oder zumindest ihr mit größter Vorsicht zu begegnen. Sie liefere keine zuverlässigen Informationen über die Größe einer Sprechergemeinschaft, weil Präferenzen für

die eine oder andere Sprache von Fragen wie sozioökonomischem Status und Konzeption von kultureller Identität geprägt sind.

Damit kommt auch eine neue Dynamik in die Diskussion um Minderheitenmedien¹, die nun weniger im nationalen Kontext als in einer transnationalen, transkulturellen Perspektive gesehen werden. Unter dem Einfluss der Cultural Studies gewinnen kulturtheoretisch begründete Forschungsansätze an Bedeutung. »Kulturen werden dabei nicht als ›in sich geschlossen‹ und ›von außen durch Medien beeinflusst‹ begriffen, sondern als mediatisiert, multiethnisch und stark differenziert nach Milieus, Lebensformen und Lebensstilen, die über Lokalitäten weg bestehen.« (Löffelholz, Hepp 2002: 17) Internationale Medienkommunikation und interkulturelle Medienkommunikation sollen nicht mehr getrennt betrachtet werden, sondern in einem transkulturellen Rahmen (Hepp 2001).

Medien wird in den aktuellen Transformationsprozessen eine Schlüsselstellung zugeschrieben. Konnten in den 1980er Jahren die Entwicklungen noch weitgehend im Rahmen der Opposition öffentlich-rechtlicher vs. kommerzieller Sektor sowie in der Opposition Medien im Rahmen einer nationalen Öffentlichkeit vs. international orientierte Medien erfasst werden, so sind seit den 1990er Jahren die Kommunikationsflüsse multidirektionaler geworden und neue mediale Räume entstanden (Robins 1997). Diese neuen medialen Räume schaffen einerseits neue globale Regionen, die Bevölkerungen benachbarter Länder verbinden, und fassen andererseits in der Diaspora lebende Gemeinschaften zu einer Rezipientenschaft zusammen (Robins 1997: 17 f.). Gleichzeitig ist ein verstärktes Interesse an lokalen Medien festzustellen, die lokalen Gemeinschaften und marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine öffentliche Sphäre bieten. Solche zivilgesellschaftlichen Initiativen nutzen sowohl ›alte‹ Medien, v. a. Radio und Video, als auch neue Medien wie Satellit und Internet (Robins 1997: 26). Es konstituieren sich auf diese Weise neue Räume, welche durch das Konzept der vorgestellten nationalen bzw. ethnischen Gemeinschaft nicht erfassbar sind. Morley/Robins (1996) sprechen im Zusammenhang dieser Rekonfiguration von »Spaces of identity«. Dennoch

1. Die Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft widmet 1999 ihre Tagung dem Thema »Migranten und Medien« (Schatz et al. 2000). In Großbritannien beschäftigt sich ein großes transdisziplinäres ESRC Forschungsprojekt mit dem Thema »Transnational Communities«, das von der Universität Oxford koordiniert wird.

bleiben für den Moment Medien, die auf einen bestimmten Staat ausgerichtet sind, von zentraler Bedeutung für das politische und gesellschaftliche Leben (Robins 1997: 27). Allerdings stehen sie vor der Herausforderung, sich den Fragen der Transkulturalität zu stellen.

In den Kommunikationswissenschaften wird seit einiger Zeit die Debatte um die nationale bzw. um eine europäische Öffentlichkeit geführt.¹ Ein zentraler Punkt ist dabei, dass das Ideal einer einheitlichen nationalen Öffentlichkeit, das eng mit dem territorialen Nationalstaat verbunden war, nun neu gedacht werden muss, um der Diversität Rechnung zu tragen. Dass die Überstilisierung der bürgerlichen Öffentlichkeit zu einer Idealisierung geführt hat, dass es falsch war, »vom Publikum im Singular zu sprechen«, weil »ein anderes Bild [entsteht], wenn man von Anfang an mit konkurrierenden Öffentlichkeiten rechnet und dabei die Dynamik der von der dominierenden Öffentlichkeit ausgeschlossenen Kommunikationsprozesse berücksichtigt«, räumt Habermas (1990:15) selbst im Vorwort zur Neuauflage seines Buches ein.

Festzustellen ist, dass auch in den aktuellen Diskussionen innerhalb der Kommunikationswissenschaft die Sprachenfrage kaum oder nur sehr allgemein angeschnitten wird, denn nur wenige Arbeiten beziehen den Text als Analyseebenen ein. Sprachpurismus und ein bewusstes Einsetzen von Akzenten als Marker für ethnische Identitäten analysiert Kosnik (2002) als sprachliche Realisierungsform einer auf ethnisch definierten Multikulturalismus basierenden Medienpolitik im öffentlich-rechtlichen Sektor. Die Präsenz vieler Sprachen in den Medien wird als Mittel gesehen, Zugangsbarrieren abzubauen, die Förderung von multilingualen Programmen als eine Voraussetzung für kulturelle Begegnung und für das Schaffen von Schnittstellen (Robins 1997: 34; Busch 2003). Beobachtet wird, dass sich außerhalb des öffentlich-rechtlichen Mediensektors neue sprachliche Praxen entfalten, die oft auf urbanen Soziolekten aufbauen, wie z. B. Spanglish (Fjelstad 1999), Hinglish (Thussu 2000) oder ›Türkendeutsch‹ (Androutsopoulos 2001), aber auch, dass Programmformate entwickelt werden, die zwei oder mehrere Sprachen integrieren (Busch 2003).

1. In Großbritannien hat eine breitere Auseinandersetzung mit den Theorien von Habermas zum Strukturwandel der Öffentlichkeit erst 1989, also 27 Jahre nach der Publikation des Originaltexts, eingesetzt und damit eine breitere internationale Debatte ausgelöst (Kleinstüber 2001).

Auf der Basis kulturtheoretisch begründeter Konzepte findet eine Annäherung von Forschungsrichtungen innerhalb der Sprachwissenschaft und der Medienwissenschaft statt. Gleichzeitig lässt sich sagen, dass das Forschungsinteresse sowohl in der Beschäftigung mit Sprachenpolitik als auch mit internationaler bzw. interkultureller Medienkommunikation sich entweder auf Entwicklungen auf der Makroebene oder auf solche auf der Mikroebene konzentriert.

Aus methodischer Sicht sind Arbeiten auf der Makroebene sowohl im Bereich der Kommunikationswissenschaft als auch in der Beschäftigung mit Sprachenpolitik vorwiegend theoriegeleitet. Im Bereich der Sprachenpolitik entwickelt beispielsweise Calvet (2002) ein *model gravitationnel*, mit dem Veränderungen auf dem internationalen Sprachenmarkt erfasst und Gegensteuerungsinstrumentarien vorgeschlagen werden. Aus soziologisch-wirtschaftswissenschaftlicher Sicht entwirft de Swaan (2001) eine Formel für den Kommunikationswert (communicative value) von Sprachen, aus der sich ihre Marktposition ableiten lässt. Andererseits entstand auf der Mikroebene eine nahezu unüberblickbare Fülle von Fallstudien, die sich des gesamten Methodenkanons der empirischen Forschung bedienen. Quantitative Ansätze sind hier ebenso vertreten wie qualitative und Mischformen aus beiden. Für die Kommunikationswissenschaft spricht Mattelart (1999: 258) das Dilemma an, vor dem die Forschung steht. Die Gefahr bestehe darin, »sich auf den Bereich des ›Internationalen‹ zu beschränken, wie sich umgekehrt, am anderen Ende der Begriffskette, manche im Ghetto des ›Lokalen‹ einzumauern drohen«. Die Herausforderung wäre demnach, internationale und interkulturelle Sichtweisen zu einer transkulturellen zu verschmelzen. Das wirft die Frage nach methodischen Zugängen auf, die geeignet sind, lokale, regionale, nationale und globale Zusammenhänge zu erfassen und zu integrieren, also überspitzt gesagt, sich vermehrt dem etwas vernachlässigten Feld zuzuwenden, das sich zwischen identitären Lebenswelten und Welt-Theorie spannt.

1.2 Umrislinien des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Feldes

Die Rolle von Medien im Rahmen von Sprachenpolitik steht im Zentrum dieser Arbeit. Sprachenpolitische Orientierungen einzelner Medienunternehmen werden erst im größeren strukturellen Zusammenhang erfassbar, dennoch sind sie die zentralen sprachpolitischen Akteure, die in ihrer täglichen Arbeit sprachpolitisch wirken. In meiner Arbeit geht es mir darum, eine Makroperspektive und eine Mikroperspektive miteinander zu verknüpfen. Mikrosituationen sollen in den Zusammenhang größerer Entwicklungen gestellt und die Interaktionen zwischen den verschiedenen Ebenen hervorgehoben werden. Es sollen nicht nur Gegensätzlichkeiten und Problematiken aufgezeigt, sondern zwischen den Dimensionen wirksame Übergänge und Vermittlungsformen ausfindig gemacht werden.¹ Dieser Fokus macht es notwendig, in theoretischer und methodischer Hinsicht Anleihen von verschiedenen Seiten zu nehmen, das Feld wechselseitig aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten.

1.2.1 Sprachenpolitik und Medien

Ich gehe von einem umfassenden Begriff von Sprachenpolitik aus und beziehe mit Haarmann (1987) »Sprachenpolitik auf politische Gegebenheiten, [...] die Sprachen im Hinblick auf deren Status sowie deren gesellschaftliche Funktionen einschließen«. Sprachenpo-

1. Mit der Integration dieser beiden Ebenen beschäftigen sich u. a. Knorr-Cetina/Cicourel 1981. In der Kommunikationswissenschaft gehen beispielsweise Mattelart 1999 und Morley 2000 von einem integrierenden Ansatz aus.

litik ist demnach »jede öffentliche Beeinflussung des Kommunikationsradius von Sprachen« (Haarmann 1987: 1661). Sie umfasst daher nicht nur explizite Maßnahmen wie Gesetze oder sprachpolitische Richtlinien von Medienunternehmen, sondern auch implizites¹ sprachpolitisches Handeln, das sich an stillschweigenden Konventionen und Usancen orientiert. Diese Definition schließt eine Vielzahl von Akteuren, von supranationalen Organisationen über Staaten und Gemeinwesen bis zu Individuen, ein. Als Ganzes lässt sich Sprachenpolitik nicht als unidirektionaler Prozess von oben nach unten beschreiben, sondern als Prozess der Aushandlung, der zwischen größeren gesellschaftlichen Interessen und Gruppeninteressen vermittelt und der wie jedes politische Handeln Kräfteverhältnissen unterliegt und sie zum Ausdruck bringt.²

Medien nehmen in diesem Prozess in gewissem Sinn eine Mittelstellung ein. Als staatsferner Bereich sind sie in nichtdirigistischen Systemen vor unmittelbaren staatlichen Eingriffen weitgehend geschützt. Eine Sonderstellung nimmt der öffentlich-rechtliche Sektor ein, der von Staatsseite auch als Mittel zur Umsetzung von Sprachenpolitik und Sprachenplanung gesehen wird. Im privaten Sektor kann das nur über indirekte Maßnahmen geschehen. Da kommerzielle Medien primär einer Marktlogik folgen, sind auch ihre sprachpolitischen Entscheidungen von dieser bestimmt. Historisch gesehen sind das Entstehen und die Verbreitung der Massenmedien mit dem Aufkommen der industriellen und kommerziellen Bourgeoisie im wirtschaftlichen Bereich und parallel dazu mit der Schaffung einer öffentlichen Sphäre im politischen Bereich verbunden. Einerseits müssen sich Medien auf dem Medienmarkt und in den meisten Fällen zusätzlich auf dem Werbemarkt behaupten, andererseits stellen sie Öffentlichkeit her (Habermas 1990). Wenn auch in etwas abgewandelter Form, wird diese duale Rolle den Medien auch in kulturwissenschaftlichen Zugängen zugesprochen:

1. Es gibt hier in der wissenschaftlichen Literatur verschiedene terminologische Ausrichtungen: Manche Autoren (z. B. Kremnitz 1990; Haarmann 1987) unterscheiden zwischen expliziter und impliziter Sprachenpolitik, andere (z. B. Glück 2000: 654) zwischen deklariertem und faktischem. Ebenso gibt es Differenzen zwischen einzelnen Sprachräumen: Im französischsprachigen Raum unterscheiden etwa Guespin/Marcellesi (1986) zwischen *glottopolitique* als dem übergeordneten Begriff und *politique linguistique* als dem engeren, bewussten.
2. Zur Vielzahl von Akteuren vgl. Glück (2000: 654), Labrie (1996), Kremnitz (1990), Calvet (2002), de Cillia (2003).

Medienprodukte als Ware bzw. Artefakte und Medienkommunikation als Ausdruck und Strukturierung sozialer Beziehungen.

In meiner Arbeit konzentriere ich mich im Wesentlichen auf jenen Bereich, der von der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK 2001: 3) als »klassische Massenmedien wie Zeitung, Hörfunk und Fernsehen sowie Nachrichtenagenturen« definiert wird. Auf die Problematik, dass eine anerkannte Definition, was ein Medium ist, im Fach Kommunikationswissenschaft ausständig ist, weist Hummel (2003) hin. Er schlägt einen integrativen Ansatz für die Definition von Medien vor, den ich auch meiner Arbeit zugrunde lege. Ein Medium ist immer gleichzeitig durch folgende Faktoren bestimmt: als spezifischer Übertragungskanal für Informationen in bestimmter physikalischer Form; als spezifische Organisationsform der Produktion und Distribution von Information; als spezifischer sozialer Gebrauch von Inhalten, welche technisch übermittelt und organisiert produziert wurden (Hummel 2003: 30).

Der Konnex zwischen Medien, Sprache und Gesellschaft/Staat wird in Untersuchungen verschiedener Disziplinen angesprochen. So wird den Medien neben dem Bildungswesen eine wichtige Rolle in der Konstituierung von Standardsprachen und der Durchsetzung von Nationalsprachen zugeschrieben.¹ Ihre sprachenpolitische Bedeutung lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Massenmedien verfügen über Reichweite, sie erreichen sowohl Multiplikatoren als auch breite Bevölkerungsschichten und sind Teil des Lebensalltags jedes Einzelnen. Selbst wenn der Kontakt mit Medien häufig ein beiläufiger ist, kann man davon ausgehen, dass Medien allein schon deshalb eine gewisse Aufmerksamkeit genießen, weil ihre Rezeption weitgehend auf Freiwilligkeit beruht. Indem sie Teil der öffentlichen Sphäre sind, gewinnt, was in den Medien vorkommt, einen höheren Stellenwert. Sie greifen sprachliche Ressourcen auf, transformieren sie und stellen sie wieder zur Verfügung. Sie produzieren, wie Bourdieu (1990: 35) bezogen auf das literarische Feld sagt, »Wort- und Gedankenverbindungen [...] und ganz allgemein Diskursformen, die dazu bestimmt sind als ›Autorität‹ angesehen und als Beispiel für den ›richtigen‹ Sprachgebrauch

1. Innis (1949/1997) aus wirtschaftssoziologischer Sicht, Anderson (1983), Hobsbawm (1992) aus einer historischen Makroperspektive.

zitiert zu werden«. Damit können sie Sprachwandel verstärken oder bremsen. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang,¹ dass Medien Akteure und Plattform für sprachreflexive, metasprachliche Diskurse sind, die oft wissenschaftliche Perspektiven, Volksmeinungen und politische Aussagen amalgamieren. Sprachkritische Aspekte werden ebenso wie sprachsoziologische angesprochen. Das trägt nicht nur zum sprachlichen Bewusstsein bei, sondern baut mit an einem Umfeld für Sprachüberwachung.

Die Rolle von Medien im sprachlichen Wandel ließe sich inner-sprachlich zum Beispiel an der jüngsten Reform der deutschen Rechtschreibung aufzeigen, die auf der politischen Ebene der betroffenen Staaten und Länder ausgehandelt und, obwohl heftig umstritten, zunächst im Schulwesen und in Amtssprachenregelungen für obligatorisch erklärt wurde. Zeitungs- und Buchverlage reagierten abwartend. Der Wendepunkt trat ein, als sich die deutschsprachigen Presseagenturen und mit ihnen nahezu die gesamte Presse zu einem Stichtag entschlossen, die Umstellung zu vollziehen, wobei sie sich auf eine eigene Agenturschreibweise einigten. Einzelne Redaktionen erstellten ihr eigenes Regelwerk, in welchen Fällen und wie die neue Rechtschreibung übernommen wird. Damit ist jeder Zeitungleser im deutschsprachigen Raum sozusagen täglich mit dem neuen Schriftbild konfrontiert, was diesem jedenfalls eine wesentlich schnellere Verbreitung sichert, als wenn sich die Reform nur über die Schule oder den Amtsgebrauch durchsetzen müsste.

Darauf, dass ein Konnex zwischen der Mediennutzung und dem Gebrauch von bzw. der Haltung gegenüber Fremdsprachen besteht, weist die Eurobarometerumfrage, die im Auftrag der Europäischen Union 2001 in den Mitgliedsstaaten erstellt wurde, hin. Auf die Frage nach der Verwendung von Fremdsprachenkenntnissen wird der Medienkonsum (hinter dem Urlaub) in vielen europäischen Staaten an zweiter Stelle genannt (Eurobarometer 2001). In Ländern, wo Fremdsprachen durch die Praxis der Untertitelung von Fernsehfilmen sozusagen zum Medienalltag gehören, schätzen Befragte ihre Fremdsprachenkenntnisse als besser und wichtiger ein als in jenen Ländern, wo die Praxis der Filmsynchronisation angewendet wird (European Commission 2002). Aus der spärlichen Rezeptionsfor-

1. Cameron (1997: 65) weist darauf hin, dass in der Beschäftigung mit Sprachwandel metasprachliche Praktiken größere Aufmerksamkeit verdienen.

schung zum Thema Mehrsprachigkeit und Medien gibt es Hinweise darauf, dass sich Rezipienten auch Medien zuwenden, die nicht in der ›eigenen‹ Sprache gestaltet sind. Größere Aktualität, Perspektivenvielfalt, Internationalität des Gegenstandsbereichs (weltweite Communities), Sprachenlernen, größere Authentizität sind einige der Gründe, die genannt werden. Allerdings wird, sobald es Medienangebote mit ähnlichen Inhalten in der ›eigenen‹ Sprache gibt, eine Präferenz für diese deutlich (Hasebrink 2001: 239 f.).¹

1.2.2 Medien und Gesellschaft

Die Diskussion um die Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (NIKT) und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen steht seit mehreren Jahren ganz oben auf der politischen und wissenschaftlichen Tagesordnung. Optimistischen Szenarien zufolge versprechen die NIKT einen erleichterten Zugang zum und eine demokratische Teilhabe am weltweiten Kommunikationsprozess. Pessimistische Szenarien warnen vor der Gefahr der kulturellen Vereinheitlichung und Monopolisierung. Diskutiert wird auch die Frage, ob durch die neuen Kommunikationstechnologien eine Chance für Sprachenvielfalt bzw. die Gefahr einer Dominanz des Englischen mit sich bringen. Beide Lager neigen einem technologischen Determinismus zu und verstärken, um mit Mattelart (1999: 260) zu sprechen, »ohne es zu wissen, den Mythos von der Allmacht der Medien«.

In vielem erinnert die aktuelle Debatte um die neuen Medien an jene Debatte, die in den Anfangszeiten des Radios geführt wurde. Nachdem die damals neue Radiotechnologie zunächst für militärische Zwecke eingesetzt wurde, fand sie ihren Weg in den zivilen Bereich zuerst als eine Attraktion auf Jahrmarktähnlichen Anlässen, und Amateure beschäftigten sich mit dem Bau von Empfängern und Sendern, die dazu dienten, innerhalb einer Community zu kommunizieren. Bert Brecht (1992/1914–1933: 553) entwickelte eine Radiotheorie, die den Rundfunk nicht als Distributionsapparat und den Empfänger nicht als isolierten Zuhörer sehen wollte, vielmehr sollte er ein Kommunikationsapparat zwischen aktiven Teilnehmern am Kommunikationsprozess sein. Pessimistische Einschätzungen sahen in den neuen Medien die Gefahr des kulturel-

1. Hasebrinks Studie bezieht sich auf Umfragedaten aus Deutschland.

len Verfalls.¹ Die Diskussion, ob ein staatliches Monopol gerechtfertigt sei oder ob analog zur Presse grundsätzliche Medienfreiheit bestehen sollte, zog sich durch die 1930er Jahre. Als Propagandainstrument spielte das Radio während des Zweiten Weltkriegs eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt deshalb einigten sich die europäischen Staaten in der Folge auf eine Beibehaltung des Rundfunkmonopols, das bis in die 1980er Jahre bestehen blieb.

Bis zur massiven Verbreitung des Fernsehens galt das Radio als Leitmedium. Diese Position verlor es zwar, doch begünstigte die Verwendung der Transistorentechnologie seine Weiterentwicklung zu einem Begleitmedium. Mit der Deregulierung des Rundfunks sind nicht nur kommerzielle Anbieter auf den Plan getreten, sondern auch eine Reihe von nicht-kommerziellen. Diese fassen das Radio als ein Mittel auf, marginalisierten Bevölkerungsgruppen Zugang zur Öffentlichkeit zu verschaffen, und wollen die Vielstimmigkeit und Vielsprachigkeit der Gesellschaft präsent wissen. Sicher haben das Radio und später im Verbund mit dem Radio das Fernsehen die Gesellschaft geprägt, denn in der europäischen Medienordnung galt der öffentlich-rechtliche Rundfunk einerseits als *die* politische Öffentlichkeit für den Nationalstaat und andererseits als zentrale Institution, durch die Hörer und Seher dazu gekommen sind, sich als Mitglieder einer vorgestellten nationalen Gemeinschaft zu fühlen (Morley/Robins 1996). Diese kurze Skizze der Radiogeschichte zeigt, dass gesellschaftliche Veränderungen zwar mit medientechnologischen Erneuerungen verbunden sind, aber dass die Art, wie Medien in die Gesellschaft und damit in die Lebenswelt des Einzelnen eingebaut werden, hier einen wesentlichen Anteil hat. Neue Medien werden also in das Gesamtsystem entsprechend ihren Vorzügen eingepasst, doch sie ersetzen die alten nicht, sondern wirken auf länger bestehende zurück und drängen sie in eine stärker spezialisierte Funktion (Boeckmann 1994: 210 f.).

Medientechnologische Entwicklungen können nicht als gesellschaftlich »neutral« gesehen werden, entscheidend ist, wie die Gesellschaft sie sich aneignet. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und Kommunikation bzw. Kommunikationstechnologien beschäftigt die Sozialwissenschaften seit dem

1. Vgl. Horkheimer und Adorno (1986/1936) oder Anders (1956).

Anfang des 20. Jahrhunderts. Mattelart (1999) gibt einen ausführlichen wissenschaftshistorischen Überblick aus der Sicht der Kommunikationswissenschaft und erörtert die verschiedenen Ansätze: Während in einer ersten Phase das Primat des Inhalts vor der Form postuliert und die aufklärerische oder manipulative Rolle der Medien diskutiert wird, verschiebt sich die Diskussion zunehmend auf das Medium selbst, das diesen Einschätzungen zufolge den Charakter der übermittelten Botschaft¹ bestimmt. An diesem Ansatz kritisiert Mattelart (1999: 133), was er die Vernachlässigung des kulturellen Umfeldes nennt, in welchem diese Technologien weiterentwickelt werden und welches ihnen auch ihre Bedeutung vermittelt. Robins und Webster (1999), die sich mit der »Zeit der Technokultur« auseinandersetzen und ebenfalls verschiedene wissenschaftliche Ansätze kritisch diskutieren, warnen vor einer Neuauflage deterministischer Konzepte: Technologien und die Art, wie sie entwickelt und eingesetzt werden, bringen gesellschaftliche Werte und Prioritäten zum Ausdruck, sind ein Indikator für soziale Beziehungen und Kräfteverhältnisse und wirken auf sie zurück (Robins/Webster 1999: 4). Während Kommunikation in frühen Ansätzen als eine lineare Beziehung Sender–Empfänger gesehen wurde, hat dieses Modell, das den Medien eine große Macht zuschrieb, einem dynamischeren Modell Platz gemacht, das dem Rezipienten eine aktivere Rolle zuerkennt.² Gleichzeitig findet eine Verlagerung von einer politisch-ökonomischen zu einer kulturellen Perspektive statt. Der kulturell orientierte Ansatz³ ist für meine Arbeit insofern relevant, als er vielfältige Perspektivenwechsel zulässt und gleichzeitig soziale Beziehungen und Kräfteverhältnisse miteinbezieht.

1.2.3 Gesellschaft und Öffentlichkeit

Es ist kein Zufall, dass in der aktuellen Diskussion um neue Kommunikationstechnologien und um politische Neuordnungen die Frage nach der öffentlichen Sphäre wieder verstärkt in den Mittelpunkt rückt. Die zentrale Frage ist, wie soziale Beziehungen und Kräfteverhältnisse in einer so schwer fassbaren Sphäre wie der Öff-

1. Vgl. Mc Luhan (1984/1967) »The medium is the message«.

2. Vgl. Stuart Halls Kommunikationsmodell (Hall: 1980).

3. Ein kulturell orientierter Ansatz wird u. a. von Morley/Robins (1996), Morley (2000) und Mattelart (1999) vertreten.

fentlichkeit wirken. Dabei wird oft kritisch auf das von Habermas Anfang der 1960er Jahre entworfene Modell Bezug genommen, das die bürgerliche Öffentlichkeit in einer Mittlerrolle zwischen Gesellschaft und staatlicher Gewalt sieht. Unter Gesellschaft subsumiert Habermas (1990/1962: 89 f.) den (privaten) Bereich der Ökonomie unter Einschluss der familiären Intimsphäre. Die Öffentlichkeit sieht er als politische und literarische und fasst beides unter dem Begriff Kultur zusammen. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit ist eingebettet in die Transformation von Staat und Ökonomie, Öffentlichkeit wird aber stets als nationale Öffentlichkeit verstanden. In Habermas' Modell kommt den Medien eine Schlüsselstellung zu: In einer ersten Phase trugen sie wesentlich zur Konstituierung der nationalen Öffentlichkeit bei, in einer späteren Phase – auf Grund ihrer Kommerzialisierung und der immer engeren Verschränkung von Staat und Ökonomie – zur Erosion derselben. Das Publikum wurde von einem aktiv »kulturräsonierenden« zu einem passiv »kulturkonsumierenden« (Habermas 1990: 248).

Die Kritik an Habermas setzt an seiner Idealisierung der frühbürgerlichen Öffentlichkeit als rational-aufklärerisch und seiner kulturpessimistischen Sicht ihrer späteren Auflösung an. Morley (2000: 113) charakterisiert das treffend als »tragic rise and fall myth«. Zentral für meine Fragestellung ist ein anderer Aspekt dieser Diskussion, nämlich die Kritik daran, dass Habermas von einer Öffentlichkeit im Singular ausgeht. Wichtige Impulse kommen aus der feministischen Wissenschaft,¹ die den Ausschluss der Frauen aus dem universalistischen Modell der öffentlichen Sphäre damit erklärten, dass Männlichkeit als die unmarkierte, unsichtbare Kategorie des ›Normalen‹ oder Rationalen angenommen wird, während Weiblichkeit mit dem Markierten, dem Privatbereich verbunden wird.² Den gleichen Gedanken formuliert Morley (2000: 120 f.) in Bezug auf Ethnizität: In der (britischen) Öffentlichkeit wird *whiteness* als die farblose neutrale Folie angenommen, von welcher sich alles andere als ›Ethnizität‹ abhebt. Habermas (1990: 15 ff.) räumt im Vorwort zur Neuauflage seines Buches ein, dass er die Existenz

1. Habermas (1990: 18 ff.) weist im Vorwort der Neuauflage seines Buches ausdrücklich auf die Relevanz des feministischen Ansatzes hin, der ihn zu einer Neubewertung seines Modells veranlasst.

2. Young 1987 zit. nach Morley 2000: 115.

von Gegendiskursen, Gegenöffentlichkeiten oder Gegenkulturen, die bereits in der klassischen bürgerlichen öffentlichen Sphäre vorhanden waren, unterschätzt hat. Unter Berufung auf Foucault gelangt er zu einer Revision seines Modells: Der Ausschluss des ›Anderen‹ ist ein konstitutives Moment in der Herausbildung von Öffentlichkeit, machthabende Diskurse formieren sich auf der Basis von Ausschlussmechanismen. Abgewehrte Gegenöffentlichkeiten, die aus der ›Volkskultur‹ hervorgehen, können sich wiederum nach dem Muster der nationalen Öffentlichkeit formieren und transformierend auf den dominanten Diskurs wirken. Zwischen dominanten und ausgeschlossenen Diskursen, zwischen Innen und Außen gibt es »keine gemeinsame Sprache« (Habermas 1990: 20).

Bemerkenswert ist, dass die Sprachenfrage bei Habermas wie bei seinen Kritikern ausgeblendet bleibt, obwohl auch Sprache eine Zugangsbarriere zur öffentlichen Sphäre und Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs darstellen kann. Das idealtypische Modell von einer einheitlichen Öffentlichkeit setzt die Annahme von gesellschaftlicher Einsprachigkeit stillschweigend voraus, welche auch in der Zeit der Konstituierung von Nationalstaaten der gesellschaftlichen Realität nicht entsprochen hat. So wie sich die nationale Kultur in Abgrenzung zu ›Volkskulturen‹ formiert hat, wurde Nationalsprache in Abgrenzung zur Heteroglossie der ›Volks Sprachen‹ geschaffen. Sprachenpolitisch vollzog sich die Abgrenzung der öffentlichen Sphäre nach außen mit einem Prozess der Homogenisierung nach innen. Offensichtlich wird das in Staaten, wo das Ideal der Deckungsgleichheit von Staat, Sprache und Nation mit gesetzlichen und anderen Mitteln weitgehend durchgesetzt wurde. Es trifft aber auch weitgehend auf jene Staaten zu, in denen die Durchsetzung dieser Einheit nicht möglich war. Auch Staaten mit mehr als einer Staatssprache verfahren im Allgemeinen nach dem monolingualen Prinzip. Der Status der einzelnen Sprachen wird in Relation zueinander festgelegt, der Geltungsbereich ›räumlich‹ (territorial und/oder sozial) abgesteckt. Innerhalb der gezogenen Grenzen gilt wieder die Fiktion der sprachlichen Homogenität. Die Anerkennung von Minderheitensprachen folgt einem ähnlichen Prinzip, wobei hier die Grenzen der Geltungsbereiche entsprechend enger gezogen werden. Wenn nicht bewusst nach Schnittstellen gesucht wird, führt das monolinguale Prinzip letztendlich zu einem Neben-

einander oder einer Hierarchie von miteinander konkurrierenden und einander ausschließenden getrennten Öffentlichkeiten und zu Mediensystemen, die vorwiegend an Binnenkommunikation orientiert sind. Bezogen auf Sprachenkonflikte hält Bourdieu (1982: 137) fest:

Les luttes à propos de l'identité ethnique ou régionale [...] sont un cas particulier des luttes des classements, luttes pour le monopole du pouvoir de faire croire, de faire connaître et de faire reconnaître, d'imposer la définition légitime des divisions du monde social et, par là, de faire et de défaire les groupes: elles ont en effet pour enjeu le pouvoir d'imposer une vision du monde social à travers des principes de di-vision qui, lorsqu'ils s'imposent à l'ensemble d'un group, font le sens et le consensus sur le sens, et en particulier sur l'identité et l'unité du groupe, qui fait la réalité de l'unité et de l'identité du groupe.

Bourdieu verknüpft das Prinzip der sprachlichen Abgrenzung (di-vision) mit dem Anspruch, gesellschaftliche Visionen durchzusetzen, also den öffentlichen Diskurs innerhalb der Gruppe zu bestimmen.

In der Definition dessen, was nationale Öffentlichkeit ist, spielte in der westeuropäischen Medienordnung über Jahrzehnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk die zentrale Rolle. Morley (2000: 107) umreißt diese Rolle folgendermaßen:

National broadcasting can thus create a sense of unity – and of corresponding boundaries around the nation; it can link the peripheral to the centre; turn previously exclusive social events into mass experiences; and, above all, it penetrates the domestic sphere, linking the national public into the private lives of its citizens, through the creation of both sacred and quotidian moments of national communion.

Damit wird der nationale öffentlich-rechtliche Mediensektor auch zum idealen Indikator, welcher Stellenwert Sprachen und Diskursen in der nationalen Öffentlichkeit zufällt. In meiner Arbeit kommt dieser Verknüpfung zwischen Sprachenpolitik und Diskursen ein besonderer Stellenwert zu. Ich möchte das hier am Beispiel der slowenischen Sendungen im Österreichischen Rundfunk (ORF) erläutern.¹ Während im österreichischen Rundfunk Radioprogramme in Burgenlandkroatisch erst 1979 eingeführt wurden, wurden die ersten slowenischsprachigen Programme 1946 von der britischen Besatzungsmacht eingerichtet und vom Nachrichtendienst gestaltet. Explizites Ziel war es, dem offiziellen jugoslawischen Diskurs, der auch innerhalb der slowenischen Volksgruppe in Kärnten griff, einen kontrastierenden Diskurs entgegenzusetzen, mit dem zugleich HörerInnen in Jugoslawien erreicht wurden. Die Sendung war als Programm *für* Slowenischsprachige kon-

1. Ich stützte mich dabei auf meine eigenen Recherchen (Busch 1999).

zipiert. Dass dem slowenischen Kulturverband eine auf kulturelle An-
gelegenheiten eingeschränkte eigene Sendezeit eingeräumt wurde, war
nur ein kurzes Intermezzo. Auch nach dem Abzug der Alliierten blieb
dieses Top-down-Prinzip bestehen. Man versteht sich als Miniaturaus-
gabe des deutschsprachigen Radioprogramms, als Programm »in der
Nusschale«. Nachrichten werden aus dem Deutschen übersetzt, tages-
politische Auseinandersetzungen ausgeklammert, das Slowenische
wird als »nationale Eigenart im Rahmen des österreichischen Kultur-
kreises und des österreichischen Staatsgedankens«¹ gepflegt. Die von
den slowenischen Verbänden geführten Diskurse bleiben aus der Sen-
dung ausgeschlossen, was im Zuge der sozialen Bewegungen der
1970er Jahre zu heftigen Protesten führt. Der zuständige Redakteur re-
pliziert, man sei kein politisches Radio, »so daß wir uns Abweichungen
von der Politik der österreichischen Regierung nicht leisten können«².
Bis heute steht die Pflege des slowenischen Wortes und Liedes im Mit-
telpunkt, slowenische Stimmen finden nur gefiltert Widerhall. Um
sich Gehör zu verschaffen und den ›Binnendiskurs‹ innerhalb der
Volksgruppe zu entwickeln, ist die slowenische Volksgruppe auf eigene
Printmedien angewiesen, die von der breiten Öffentlichkeit nur im
Zerrspiegel der deutschsprachigen Medien wahrgenommen werden.

1.2.4 Öffentlichkeit und Staat

Zur Zeit fehlt es noch an einer kohärenten Einschätzung und Theorie
jener Transformationsprozesse von Gesellschaft, Öffentlichkeit und
Staat, die unter dem Stichwort ›Globalisierung‹ zusammengefasst
werden. Ich will hier nur einige Elemente skizzieren, die mir im Zu-
sammenhang mit Medien und Sprachenpolitik wichtig erscheinen.³

Der Begriff ›globale Informationsgesellschaft‹ erhält mit dem
G7-Gipfel 1995 seine offizielle Weihe. Fünf Jahre später verabschie-
det der inzwischen zur G8-Gruppe angewachsene Gipfel die »Char-
ta von Okinawa über die globale Informationsgesellschaft«. Um-
schrieben wird damit der Übergang von einer Gesellschaft, in der
die Industrieproduktion die dominante Rolle innehat, zu einer Ge-
sellschaft, in der Besitz und Transfer von Wissen, Information und

1. Radio Klagenfurt: Hauptreferat slow. Sendungen, Interne Mitteilung, 10. 1. 1962,
zit. nach Busch 1999: 91.
2. Zeitschrift Stop 1971 zit. nach Busch 1999: 104.
3. Ich stütze mich hier hauptsächlich auf Beck (1998), Bauman (1998), Castells (2002,
2003), Hardt/Negri (2002).

Know-how zu entscheidenden Faktoren werden; der Übergang von auf dem Territorialprinzip begründeten Nationalökonomien zu einem globalisierten Markt, der mit der Aufhebung von zeitlichen und räumlichen Distanzen (Bauman 1998: 18) einhergeht. Diese Entwicklung birgt die Gefahr einer wachsenden gesellschaftlichen Segregation und weltweiten Polarisierung (›digital divide‹). Hochentwickelte Zentren oder Knotenpunkte rücken immer enger zusammen, dazwischen entstehen ›Niemandsländer‹, die von diesen Kommunikationsflüssen weitgehend ausgeschlossen bleiben. Einer globalisierten Elite steht der Rest gegenüber, der zu einer lokalisierten Existenz verurteilt ist, welcher der ökonomische Boden entzogen wird (Bauman 1998: 18). In dieser Hinsicht stellen neotribale, neonationalistische oder fundamentalistische Tendenzen nur eine Kehrseite der globalen Informationsgesellschaft dar, ebenso wie das Phänomen der Massenmigration. Die auf kollektiven Organisationsformen beruhenden traditionellen Arbeitsverhältnisse werden durch erhöhte Mobilität, Flexibilität und Individualisierung auf einem prekären Arbeitsmarkt verdrängt. Das spiegelt sich auch in einer Transformation individueller und familiärer Lebenswelten wider, an die Stelle von festen Bindungen und Verankerungen tritt rascher Wechsel.

Die bereits von Habermas beschriebene Kommerzialisierung und somit Privatisierung der öffentlichen Sphäre schreitet in Form internationaler medialer Verflechtungen voran. Was von ›öffentlichem Interesse‹ war, wird zunehmend zur ›Privatsache‹, im Gegenzug wird Privates auf der öffentlichen Bühne in oft show-haften Inszenierungen nach außen gekehrt. Neben der nationalen Öffentlichkeit, die an identitätsstiftender Kraft einbüßt, entstehen neue transnationale öffentliche Räume, »soziale Landschaften, welche Auswanderungsorte und Ankunftsorte verbinden und verändern« (Beck 1998: 51). Appadurai (1998: 11 f.) spricht in diesem Zusammenhang von *ethmospaces*, von Räumen der Konstruktion von Gruppenidentitäten, die nicht mehr territorial fixiert und kulturell keineswegs homogen sind. Migranten, Geschäftsleute, Touristen »verlassen ihre traditionellen Orte, finden sich an anderen neu zusammen, bestimmen die Geschichte ihrer Gruppe neu und definieren ihre ethnischen ›Projekte‹ um.« Beides, die Kommerzialisierung und die Entstehung gruppenspezifischer Kommunikationsräume,

trägt zu einer Fragmentierung der Öffentlichkeit bei. Dabei können Sprachen ebenso wie religiöse und kulturelle Unterschiede soziale Bruchlinien markieren. Die Gefahr des Verlustes an sozialer und kultureller Kohäsion wird v. a. von nichtstaatlichen Organisationen thematisiert, die sich, neben Staat und Markt, als Dritter (zivilgesellschaftlicher) Sektor verstehen und nach und nach von internationalen Organisationen als solcher anerkannt werden. Unter anderem initiierte dieser Dritte Sektor auf dem Weltsozialforum 2002 eine »Kampagne für das Recht auf Kommunikation in der Informationsgesellschaft« (Mattelart 2003). In einem ähnlichen Sinn plädiert Husband (2001: 17) für die Schaffung von Schnittstellen und das Konzept einer polyethnischen Öffentlichkeit:

Ein Babel von parallelen öffentlichen Sphären wird die kollektive Mobilisierung oder eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft nicht wirklich fördern. Es scheint daher, dass die Förderung von hybriden Identitäten durch Diversität in den Medien eine zusätzliche Infrastruktur erfordert, welche den Dialog zwischen Identitäten ermöglicht.

Schließlich wird auch die Institution des Staates einer Erosion und Dezentrierung unterworfen. Er verliert an Souveränität und, weil er einige der grundlegenden Versprechen, die im Wohlfahrtsstaat verkörpert sind, nicht mehr einhalten kann, auch an Glaubwürdigkeit (Castells 2003: 397). Seine Rolle als zentrale Ordnungsmacht und gesellschaftliches Regulativ wird von mehreren Seiten unterhöhlt. Er steht unter dem Druck der (internationalisierten) Wirtschaft, die bestrebt ist, ihre eigenen Freiräume zu vergrößern, und sich ehemals staatlich organisierte Domänen (z. B. Infrastruktur, öffentliche Dienste) aneignet. Er gibt Kernkompetenzen an supranationale Organisationen und international besetzte Expertengremien ab, die sich weitgehend einer politischen Kontrolle entziehen. Er verlagert, nicht zuletzt bedingt durch Budgetrestriktionen, die Sorge um das Gemeinwohl in stärkerem Maß auf die substaatliche Ebene von Regionen und Gemeinden, aber auch an Private oder an NGOs. »Die Globalisierung des Kapitals, die Multilateralisierung der Machtinstitutionen und die Dezentralisierung von Autorität an regionale und lokale Staatsorgane führen zu einer neuen Geometrie der Macht und vielleicht auch zu einer neuen Staatsform, dem Netzwerkstaat« (Castells 2003: 398). Dennoch hat der Nationalstaat als gesellschaftliches Organisationsprinzip nicht ausgedient, sondern muss seine Rolle im gesellschaftlichen Wandel laufend

neu definieren. Ich halte mich daher im Folgenden an Foucault (1986: 16, zit. nach Mattelart 1999: 205), der für das Verwerfen einer allgemeinen Staatstheorie plädiert und stattdessen vorschlägt, das *ordinaire de l'État*, d. h. die konkreten Aufgaben des Staates zu betrachten; erst durch eine Analyse der konkreten Situation, der *gouvernementalité*, wird es möglich zu verstehen, wie sich der Staat definiert und immer wieder redefiniert, was als Zuständigkeit des Staates aufgefasst wird, was als öffentlich oder privat, als staatlich oder nichtstaatlich gilt. Gerade die Kultur- und damit auch die Sprachenpolitik gehören zu den Domänen, die nach wie vor vom Staat beansprucht werden, obwohl auch sie in vermehrtem Maß multiplen außerstaatlichen Einflüssen unterworfen sind.

1.2.5 Staat und Medien

Die oben skizzierten Veränderungen werfen die Frage auf, wie Medien multilingualen Rezipientenschaften gerecht werden können. Das gilt sowohl für die internationalisierten Medien, die so genannten Global players, als auch für Medien, die sich an ein lokales Publikum wenden. Für die Sprachenpolitik im Medienbereich sind im Wesentlichen folgende Ebenen maßgebend: die supranationale, die staatliche und die der einzelnen Medien.

Auf supranationaler Ebene verlangt die UNESCO die Wahrung der Kultur- und Sprachenvielfalt, damit die wirtschaftliche Globalisierung nicht zu kultureller Verarmung, Unausgewogenheit und Ungerechtigkeit führt – allerdings ohne über ein wirksames Instrumentarium zu verfügen, diese Politik tatsächlich umzusetzen. Die Welthandelsorganisation WTO versteht sich primär als Hüterin des Freihandels und als Motor der Deregulierung. Obwohl die WTO auch auf eine Freigabe der kulturellen Dienstleistungen abzielte, konnten von staatlicher Seite noch gewisse Einschränkungen für diesen Bereich erwirkt werden. Wie weit der vorhandene Spielraum genützt wird, bleibt den einzelnen Staaten freigestellt. So haben Staaten wie Frankreich oder Schweden Quotenregelungen eingeführt, um ihre kulturelle Produktion vor dem internationalen Markt zu schützen. Die Kommunikations- und die Medienindustrie unterliegen jedoch keinen Wettbewerbseinschränkungen, was kulturprotektionistische Maßnahmen letztlich unterläuft.¹ Die OSZE legte 1991 fest, dass Fragen nationaler Minderheiten nicht aus-

schließlich innere Angelegenheiten von Staaten seien und leitete daraus ein Interventionsrecht der internationalen Gemeinschaft ab. Eine ausgeklügelte Definition des Begriffs »nationale Minderheit« sorgte dafür, dass dieses Interventionsrecht auf Osteuropa beschränkt blieb, während Minderheitenkonflikte in westlichen Ländern davon ausgespart wurden (Beck 1998: 44). OSZE, Europarat und Europäische Union haben mit dem Jahr der Sprachen 2001 öffentlichkeitswirksam auf die Bedeutung der sprachlichen Vielfalt und der Mehrsprachigkeit hingewiesen. Kulturpolitik zählt aber derzeit (noch) nicht zum Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union, sondern bleibt nach dem Subsidiaritätsprinzip Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. Durch die Regelungen von Amts- und Arbeitssprachen beeinflusst sie indirekt den Status der einzelnen europäischen Sprachen. Regional- und (autochthone) Minderheitensprachen finden Berücksichtigung im European Bureau for Lesser Used Languages (EBLUL), einer Vorfeldorganisation der EU, die eine eigene Medienabteilung unterhält. Einen effektiveren Einfluss übt die Europäische Kommission über diverse Förderungsprogramme in den Bereichen Kultur, Film und Medien, grenzüberschreitende und regionale Kooperation aus. Der Europarat gibt insbesondere durch die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen sowie durch die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten sprachpolitische Standards vor. Der Beitritt zu diesen beiden Vertragswerken beruht aber auf Freiwilligkeit, zudem lassen sie den Staaten großen Spielraum, sowohl bei der Definition, welche Sprachen bzw. Gruppen erfasst werden, als auch bei der Interpretation der Bestimmungen. Nicht zu unterschätzen ist die Rolle des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der wiederholt in minderheiten- und sprachrechtlichen Fragen angerufen wurde und dessen Entscheidungen in nationale Gesetzgebungen einfließen.¹

Insgesamt lassen die Vorgaben auf supranationaler und europäischer Ebene den Einzelstaaten ein relativ großes Maß an Freiheit bei der Ausgestaltung ihrer Sprachenpolitik. Im Medienbereich wird die staatliche Einflussnahme in demokratischen Staaten

1. Vgl. Mattelart 2003; Thussu 2000.

1. Der Einfluss der supranationalen Ebene auf nationale Gesetzgebungen wird in Kapitel 2.2.1 ausgeführt.

durch die auf Meinungs- und Informationsfreiheit begründete Unabhängigkeit der Medien eingegrenzt. Beim Versuch, diese Freiheiten einzuschränken, können sich Staaten allerdings auf die auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention enthaltene Formel des ›staatlichen Interesses‹ berufen. Die staatliche Einflussnahme auf die sprachpolitische Orientierung von Medien erfolgt zunächst über ein legislatives Instrumentarium, das insbesondere die Sprachen-, die Medien- und die Minderheitengesetzgebung umfasst. Föderalistisch organisierte Staaten verlegen die legislative Kompetenz teilweise auf eine regionale Ebene. Die Gesetzgebung kann sowohl auf die Produktion als auch auf die Rezeption Einfluss nehmen. So kann der Empfang von Satellitenprogrammen durch staatliche Verbote behindert werden, aber z. B. auch durch Verordnungen zur Wahrung des Stadtbildes. Neben dem Gesetzesinstrumentarium verfügen Staaten aber auch über andere sprach- und medienpolitische Lenkungsmechanismen, deren Auswirkungen oft nicht weniger effektiv sind. Zum einen sind hier v. a. kultur-, medien- und minderheitenpolitische Förderinstrumente zu nennen, zum anderen die Vergabe von Frequenzen und Lizenzen im audio- und audiovisuellen Bereich. Die Qualität staatlicher Sprachenpolitik im Medienbereich misst sich letztlich daran, was der drohenden Fragmentierung der Öffentlichkeit entgegengesetzt und wie die gesellschaftliche Kohäsion begünstigt werden kann. Robins et al. (1997: 27) umreißen die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien folgendermaßen:

No longer can they assume a unified national identity, as they tended to in the past. The collective identity of the nation must now be created out of the diversity of its multicultural elements.

Sprache darf also nicht zu einem Ausschlussgrund vom Zugang zu Information und öffentlicher Kommunikation werden. Es genügt auch nicht, Programme *für* Sprachminderheiten zu produzieren, sondern die Pluralität der Diskurse muss gewährleistet werden. Und schließlich muss für Schnittstellen zwischen Teilöffentlichkeiten gesorgt werden, damit Differenz ausgehandelt werden kann.

Die einzelnen Medien – und innerhalb dieser die einzelnen Redaktionen und Medienschaffenden – treffen ihre (bewussten und unbewussten) sprachpolitischen Entscheidungen innerhalb des durch die staatlichen Regulationsmechanismen gesetzten Rah-

mens. Je mehr sich die staatlichen Domänen im Rückzug befinden, umso wichtiger werden die einzelnen Medien als sprachpolitische Akteure. Die aktuelle Herausforderung besteht für sie darin, auf die gesellschaftliche Mehrsprachigkeit zu reagieren und Formen des Umgangs mit Mehrsprachigkeit zu entwickeln. Das Bündel von Faktoren, die sprachpolitische Orientierungen in Medien beeinflussen, versuche ich im folgenden Kapitel nach drei Gesichtspunkten zu gliedern:

- die Vorstellung von der Rezipientenschaft
- die Art der Übermittlung und die Nutzung verschiedener Modi wie Sprache, Bild etc.
- die Abhängigkeit von Ressourcen und Ausgangstexten

Wichtigster Indikator, wie sprachpolitische Orientierungen umgesetzt werden, d. h. zum Beispiel welchen Sprachen welche Funktionen zugewiesen werden, welche Diskurse in welchen Sprachen realisiert werden, ist der Medientext.

1.3 Medien als sprachpolitische Akteure: ein Modell der Analyse

Um, was Gegenstand meiner Arbeit ist, sprachpolitische Orientierungen von Medien erfassen zu können, kann ich auf kein bereits ausgearbeitetes analytisches Instrumentarium zurückgreifen. Den Rahmen für die Analyse sprachpolitischer Orientierungen im Medienbereich habe ich deshalb in einem Wechselspiel zwischen der Aufarbeitung theoretischer Literatur und einer pilotmäßigen Analyse meines empirischen Materials entworfen. Ich verknüpfe dabei sprach- und kommunikationswissenschaftliche Ansätze und versuche diese im gesellschaftlichen und kulturellen Kontext, wie im vorigen Kapitel umrissen, einzubetten.

1.3.1 Wer wird angesprochen – Vorstellungen von der Rezipientenschaft

Ich gehe davon aus, dass in jeder Äußerung ein ›Gegenüber‹, ein Gesprächspartner präsent ist, wie Bakhtin (1981) in den 1930er Jahren in seinem dialogischen Prinzip dargelegt hat. In der Medienkommunikation – mit ihren räumlich und fallweise auch zeitlich versetzten Rezeptionsbedingungen – ist das anders als in der direkten Kommunikation, ein gedachtes Gegenüber, ein gedachter ideeller Gesprächspartner.

Anhand von Beobachtungen, wonach Radiosprecher, welche an zwei verschiedenen Stationen die Nachrichten verlasen, deutlich wahrnehmbare und konstante Stilveränderungen zeigten, je nachdem, an welcher Station sie das Bulletin präsentierten, entwickelte Bell das Modell des »Audience design«.¹ Während sich die Sprecher

in Nachrichtensendungen der Public Service Radiostation an einer formelleren Aussprache orientierten, flossen in Nachrichtensendungen der Lokalradiostation umgangssprachliche Praktiken ein. Bell (1997: 242) folgerte daraus, »style shift occurs primarily in response to the speaker's audience than to amount of attention or other factors«. In der Medienkommunikation, hält Bell fest, ist der individuelle Stil eines Sprechers dem generellen Stil des Mediums untergeordnet, der sich an der »Zielgruppe« (target audience) orientiert.

Die Idee der Zielgruppe umfasst eine räumliche Dimension oder, anders gesagt, das Verbreitungsgebiet, die Reichweite des Mediums, die lokal, regional, national, supranational, global etc. sein kann, und eine soziale Dimension (Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund, Einkommen, Mittel zum Zugang, Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe etc.). Sowohl die räumliche als auch die soziale Dimension stecken bereits einen Rahmen für bewusst getroffene und implizite sprachpolitische Weichenstellungen ab. Dass diese Weichenstellungen nicht nur offensichtliche Entscheidungen wie etwa die Orientierung auf einen Sprachraum oder eine regionale Sprachgruppe betreffen können, sondern auch auf einer subtileren Ebene erfolgen, zeigt Bells Beobachtung.

Dennoch scheint mir, dass die Idee der Zielgruppe die Beziehung zwischen Medien und Rezipienten nur ungenügend erfasst und als Erklärungsansatz für sprachpolitische Orientierungen nicht ausreicht. Reichweitenuntersuchungen und Zielgruppendefinitionen sind Instrumente der Marktforschung und werden entsprechend den Kriterien der Werbewirtschaft durchgeführt. Ang (1991) macht deutlich, dass dieser Zugang zur Rezipientenschaft ein diskursives Konstrukt von Rezipientenschaft ist und wenig über die tatsächlichen Beziehungen zwischen bestimmten Medien und Rezipienten aussagt.

1. Bells Arbeit stammt aus den 1980er Jahren und konzentriert sich der Labov'schen Tradition folgend auf Mikroaspekte der sprachlichen Struktur. Stilwechsel macht er beispielsweise konkret an der unterschiedlichen Realisierung des intervokalischen /t/ als stimmloses /t/ oder stimmhaftes /d/ in Wörtern wie *writer* oder *latter* fest. Die Bedeutung des rezipientenspezifischen Zuschnitts wird in der Konversationsanalyse unter Gesichtspunkten wie Themen- und Wortwahl untersucht und unter dem Begriff *Recipient design* zusammengefasst (Sacks, Schegloff, Jefferson 1978 zit. nach Dittmar 1997: 88). In Untersuchungen zu Code-switching wird auch auf die zentrale Bedeutung des Gesprächspartners verwiesen.

Ang (1991) unterscheidet in der Strukturierung der Beziehung zwischen zwei grundsätzlichen Vorstellungen von Rezipientenschaft: *audience-as-public* und *audience-as-market*. Die erste wird mit dem öffentlich-rechtlichen Mediensektor assoziiert, in dem Rezipienten als Bürger gesehen werden, d. h. es soll ein Programmauftrag, der Information, Bildung und Unterhaltung umfasst, als Dienst am Rezipienten erfüllt werden. Dieser Vorstellung von der Rezipientenschaft liegt das traditionelle Konzept von Kommunikation zugrunde, das den Rezipienten als einen Empfänger einer Nachricht/Botschaft sieht und die Übermittlung von Bedeutung als Kommunikationsabsicht. Die zweite Ausrichtung wird mit privaten kommerziellen Medien assoziiert, Rezipienten werden als Konsumenten, die gewonnen werden sollen, verstanden und zwar in einem doppelten Sinn – sowohl als Konsumenten des Medienprodukts als auch als potentielle Konsumenten von in diesen Programmen beworbenen Produkten. Kommunikation wird bereits als erfolgreich verstanden, wenn Beachtung erweckt wurde, der Transfer von Bedeutung spielt aus Sicht der Medienbetreiber eine sekundäre Rolle (McQuail 1987: 219–220 zit. nach Ang 1991: 28 f.). Die Vorstellung vom Rezipienten als Bürger gilt nicht nur für den öffentlich-rechtlichen Sektor und in gewissem Maß für ›Qualitätszeitungen‹, sondern auch für den so genannten Dritten Sektor¹ der privaten nichtkommerziellen Medien. Im klassischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk konzipierte man die Beziehung mit dem Rezipienten als eine paternalistische Top-down-Beziehung, d. h. der Staatsbürger sollte informiert und kulturell erbaut werden. Im nichtkommerziellen privaten Bereich ist die Anbieterschaft sehr heterogen: traditionelle Akteure sind Kirchen mit ihren verschiedenen Medien, Vereine, Verbände (beispielsweise Minderheitenorganisationen); mit den sozialen Bewegungen haben Alternativ- und Bürgermedien, die sich als ein Forum für jene verstehen, denen der Zugang zur Öffentlichkeit verwehrt ist, an Bedeutung gewonnen. Es gibt in die-

1. Traditionell ging man von einem dualen System aus, dem privaten Mediensektor einerseits und dem öffentlich-rechtlichen Sektor andererseits. Das Ringen um Anerkennung von Alternativ- und Bürgermedien als einem eigenen Sektor, der nicht nach der Marktlogik funktioniert, hat dazu geführt, dass in einigen Ländern der Dritte Sektor als solcher anerkannt wird und zwischen kommerziellen und nichtkommerziellen Privatmedien unterschieden wird. Die Übergänge zwischen diesen drei Sektoren sind fließend.

sem Sektor also sowohl Medien, die von einem paternalistischen Verhältnis zur Rezipientenschaft ausgehen als auch solche, die einen emanzipatorischen Ansatz verfolgen.

Die Vorstellung von der Rezipientenschaft als Öffentlichkeit bzw. von der Rezipientenschaft als Markt umreißt eine grundsätzliche Ausrichtung, eine Art Unternehmensphilosophie, die die Beziehung zwischen Mediengestaltern und Rezipientenschaft strukturiert. Veränderungen in der Medienlandschaft sind verknüpft mit Veränderungen der Vorstellungen von der Rezipientenschaft. So ist im Vergleich zu den Frühzeiten des öffentlich-rechtlichen Sektors in den meisten Ländern eine langsame Aufweichung in Richtung Marktorientierung festzustellen, Rezipienten werden zunehmend auch als Konsumenten aufgefasst. Während sprachpolitische Orientierungen im frühen öffentlich-rechtlichen Rundfunk als nahe der Standardsprache beschrieben werden, zeigt Fairclough (1995a: 11 ff.), dass der Prozess der Kommerzialisierung auf sprachlicher Ebene mit einem Zunehmen von *conversationalization* verbunden ist, das er als ein Mischen von Elementen aus dem öffentlichen und privaten Sprachgebrauch versteht. Bells Beobachtung der Ausspracheunterschiede am öffentlich-rechtlichen und am privaten Radio ist in diesem Licht also nicht nur eine Frage des sozialen Status der Zielgruppe, sondern auch eine Frage des institutionellen Kontexts. Das Bemühen um sprachliche ›Korrektheit‹ bzw. sprachpuristische Tendenzen scheinen eher mit einer paternalistischen Auffassung von Rezipientenschaft zu korrelieren, während sprachexperimentierende Formen v. a. im Dritten Sektor zu finden sind.

Die inhaltliche (propositionale) Funktion von Kommunikation kann nicht von ihrer sozialen (interaktiven) und personalen (emotiven) getrennt werden.¹ Es besteht also eine Wechselwirkung zwischen Vorstellungen von der Rezipientenschaft seitens der Medienschaffenden und der Realität der Rezipientenschaft. Primär aus der sozialen oder beziehungsstiftenden Dimension und der emotiven oder identitätsstiftenden Dimension der Kommunikation lassen sich nicht nur die heute oft zitierten virtuellen Gemeinschaften erklären, sondern auch die Fähigkeit von bestimmten Medien, Rezipientenschaften zu binden und zu Stilgemeinschaften zusammenzufassen.

1. Jakobson 1979 und Halliday 1973.

Im Rahmen der generellen Ausrichtung eines Mediums spielt auch die spezifische Kommunikationssituation, die Art der sozialen Interaktion im Kommunikationsprozess eine Rolle in Bezug auf sprachliche Realisierungsstrategien. In einzelnen Texten kann etwa die Unterhaltung oder das Spielerische, in anderen die Information oder Bildung¹ im Vordergrund stehen, und damit können unterschiedliche sprachliche Praxen verknüpft sein. Hier kommt also die Frage des Mediengenres, der Textsorte ins Spiel. Während in einer früheren Phase mediale Repräsentation ebenso wie gesellschaftliche mediale Praxen als etwas relativ Kohärentes und Stabiles gesehen werden konnten und klaren Mustern folgten, ist das heute nicht mehr der Fall. War vor einigen Jahren eine einigermaßen klare Abgrenzung zwischen verschiedenen Textsorten in Medien noch möglich, so lässt sich diese Abgrenzung heute nicht mehr halten (Burger 2000: 614). Bezeichnend dafür sind immer neue Genreklassifikationen, die von der Medienindustrie eingeführt werden wie *edutainment*, *infotainment* oder *reality soap*. Angesichts der raschen medialen Entwicklung wird das Dilemma der Textsortenlinguistik mit statischen Beschreibungskategorien für Medientexte offensichtlich.² Burger (2000: 617) schlägt vor, von einem rezipientenorientierten Ansatz auszugehen:

Für eine Textklassifikation ist hier vor allem *ein*³ Aspekt relevant: Die Kommunikatoren (insbesondere die Redakteure) machen sich in der Regel ein bestimmtes Bild von den Textsortenvorstellungen und -erwartungen der Rezipienten, und nach diesem Bild gestalten sie ihre Texte. Der Text ist also in erster Linie ein Produkt dieser Vorstellungen.

Auch wenn sich einzelne Programm- oder Textelemente in einem Medium in ihrer sprachlichen Realisierungsform oft deutlich voneinander unterscheiden lassen, so müssen sie dennoch im Gesamtkontext gesehen werden. Bells Audience design-Modell schließt diesen Aspekt mit ein, indem es differenziert zwischen direkt Angesprochenen (addressees), Hörern (auditors), die zwar in einem be-

1. Zusätzlich zu den traditionellen Funktionen Unterhaltung und Information wird heute von einer dritten, der Orientierungsfunktion, gesprochen. Darunter wird die Vermittlung von Gebrauchs- und Handlungswissen verstanden, das die Rezipienten befähigt, in individuellen und sozialen Situationen adäquat zu operieren (Löffelholz, Altmeyen 1994: 585).
2. Auch aus den Ausführungen von Schmitz (in Druck) in der in Druck befindlichen Neuauflage des Handbuchs der Soziolinguistik, die einen Überblick über Forschung zu Sprache und Massenkommunikation bieten, wird deutlich, dass Kriterien zur Beschreibung und Analyse von Textsorten und -gattungen in Medien immer wieder revidiert werden mussten.
3. Hervorhebung im Original.

stimmt Moment nicht direkt angesprochen, aber als Zielgruppe wahrgenommen werden, und Dritten (overhearers), von denen der Sprecher annimmt, dass sie anwesend sind, sie aber nicht zur Zielgruppe rechnet. Eine weitere Gruppe bilden die ›Lauscher‹ (eavesdroppers), deren Anwesenheit dem Sprecher nicht bewusst ist (Bell 1997: 241 ff.). Diese Differenzierung in Bells Modell scheint mir insbesondere für eine Analyse auf der Mikroebene wichtig, etwa wenn es darum geht, in mehrsprachigen Programmen Hierarchien festzumachen, oder um Phänomene der Selbstbeschränkung oder Selbstzensur zu verstehen. Medienschaffende in Minderheitenmedien stehen unter erhöhtem Erwartungsdruck ihrer Zielgruppe, den ›eigenen‹ Belangen und den Anforderungen nach sprachlicher ›Korrektheit‹ gerecht zu werden. Gleichzeitig fühlen sie sich von der Mehrheit beobachtet. Sie müssen also den Spagat schaffen, die unmittelbaren Lebenswelten ihrer Rezipientenschaft zu spiegeln und nach außen als ›Visitenkarte‹ zu dienen (Busch 1999: 217 ff.). In mehrsprachigen Medientexten zeigt sich, dass unterschiedliche Adressatengruppen oft in unterschiedlicher Weise einbezogen werden. Sie können sich beispielsweise an eine Sprachgruppe richten, einer anderen aber durch sprachliche Hilfestellungen ein Mitverfolgen ermöglichen.

1.3.2 Welche Gestaltungsmittel werden eingesetzt – Multimodalität

Die Umsetzung von Sprachenpolitik steht auch im Zusammenhang mit den technischen Möglichkeiten der Übertragung und, damit verbunden, mit den verschiedenen Kommunikationsmodi, die eine bestimmte Art der Übertragung bieten. In Printmedien stehen z. B. die geschriebene Sprache, graphische Elemente (wie z. B. Hervorhebungen, Tabellen, visualisierte Statistiken) und Farben sowie das Bild zur Verfügung. Im Radio tritt die gesprochene Sprache zusammen mit Musik und Geräuschen auf. Bildschirmmedien erlauben die Kopräsenz einer Vielzahl von Modi. Das sind in Zusammenspiel mit dem bewegten Bild auch jene Modi der Kommunikation, die bereits in gedruckten Medien und Audiomedien vertreten sind. In Bezug auf Sprache bedeutet das die Möglichkeit zur gleichzeitigen Präsenz von Schriftlichem und Mündlichem. Während Printmedien an eine Konvention der Verschriftlichung gebunden sind und

mit der Herausbildung der Standardsprachen verknüpft werden,¹ können am Radio nichtverschriftlichte Sprachen, Regiolekte etc. Verwendung finden. Z. B. haben afrikanische Sprachen vor allem mit dem Radio Eingang in die Medien gefunden. Steht das Bild im Zentrum, kann die Sprache in den Hintergrund treten.

Obwohl es mir zentral um Sprachenpolitik geht, scheint es mir sinnvoll, im Kontext der Medienkommunikation nicht nur Sprache im mündlichen und schriftlichen Modus zu betrachten, sondern von der Multimodalität von Medientexten auszugehen. Ich stütze mich hier auf den Rahmen einer Theorie der Multimodalität (*multimodal social semiotic theory*), den Kress und van Leeuwen² für die Analyse von medialer Repräsentation und Kommunikation entwerfen. Ein Zugang, der die verschiedenen Modi der Kommunikation integriert, kann den aktuellen raschen Veränderungen in der Medienkommunikation eher gerecht werden³ als ein Ansatz, der Sprache isoliert betrachtet. Im Zusammenspiel der Modi wird nicht nur das Verständnis vom Schreiben transformiert, sondern auch das Verständnis von Sprache selbst (Kress 2002: 6):

A multimodal approach assumes that the message is ›spread across‹ all the modes of communication. If this is so, then each mode is a partial bearer of the overall meaning of the message. All modes, speech and writing included, are then seen as always partial bearers of meaning only. This is a fundamental challenge to hithero current notions of ›language‹ as a full means of making meaning.

In Anlehnung an Hallidays funktionale Linguistik entwickeln Kress und van Leeuwen (2001: 20 f.) vier Bereiche oder Strata, in welchen Bedeutung geschaffen wird. Auf inhaltlicher Ebene sind das Diskurs und Design. Diskurs wird verstanden als sozial konstituiertes Wissen über Aspekte von Realität, Design als jener Moment, wo Diskurs im Kontext einer bestimmten Kommunikationssituation mit den zur Verfügung stehenden Modi realisiert wird. Auf der Ausdrucksebene sind das die Produktion als die materielle Realisierung

1. Innis (1997) beschäftigte sich in den 1930er/1940er Jahren mit dem Zusammenhang zwischen Übertragungs- bzw. Verbreitungstechniken und gesellschaftlichen Transformationen.
2. Kress/van Leeuwen (1996, 2001), Kress (2002).
3. Kress (2002: 16) weist darauf hin, dass der Rahmen für eine *multimodal social semiotic theory* noch lückenhaft ist. Der Vorteil dieses Rahmens ist, so Kress, dass es das aktuelle Dilemma vermeiden hilft, dass Veränderungen in den Modi neue Arten der Beschreibung und neue Theorien nötig machen.

eines semiotischen Artefakts und mit gewissen Einschränkungen auch die Distribution.¹

Welche Modi zur Verfügung stehen, ist zwar durch die Art der Übertragung vorgegeben, wie sie eingesetzt werden, hängt aber nicht nur von technisch gegebenen Möglichkeiten ab, sondern von kulturellen und sozialen Faktoren und Konventionen. Kress (2002: 10) zeigt das daran, dass in den letzten Jahrhunderten der kanonische Modus der schriftliche war, kanonisches Wissen wurde und wird immer noch im schriftlichen Modus repräsentiert, auch wenn vielleicht ein anderer Modus geeigneter wäre. Oder um ein Beispiel aus der Mediengeschichte zu nehmen: In der Anfangszeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde der Großteil der Texte, die am Radio gesendet wurden, zuerst schriftlich verfasst und dann von Sprechern verlesen. Sprache im mündlichen Modus orientierte sich also sehr nahe an der Sprache im schriftlichen Modus. Ähnlich wurden in den Frühzeiten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens Nachrichten verlesen, ohne dass SprecherInnen oder Bilder zu sehen waren. Sprachliche Praktiken und Textsorten aus den ›älteren‹ Medien haben zunächst bei ›neueren‹ großen Einfluss, werden übernommen, dann aber sehr schnell medienpezifisch adaptiert und weiterentwickelt (Holly/Püschl 1993: 141).

Umgekehrt wirken in ›neuen‹ Medien entwickelte Kommunikationspraxen auf die ›alten‹ zurück. Um das an einem Beispiel zu illustrieren: Aktuelle mediale Entwicklungen werden oft als eine Verschiebung von Printmedien zu Bildschirmmedien beschrieben. Weder Fernsehen noch computervermittelte Kommunikation haben die Printmedien verdrängt. Allerdings hat sich der Printmediensektor verändert, Fachzeitschriften und Magazine haben am Medienmarkt den Tageszeitungen den Rang abgelaufen, und auch traditionell konservative Tageszeitungen sehen ihre Aufgabe nicht mehr ausschließlich in der Information, sie wollen auch unterhalten und zerstreuen. Das Dogma der Bildlosigkeit und des Einfarbindrucks ist selbst bei der Times und der Neuen Zürcher Zeitung gefallen. Aus der Perspektive der semiotischen Modi bedeutet die Verschiebung von Print- zu Bildschirmmedien eine Verlagerung von der Repräsentation durch Sprache und Schrift zur Repräsentation

1. Die Autoren weisen ausdrücklich darauf hin, dass dieses Modell auch die Interpretation betrifft (2001: 8).

tion in einem multimodalen Zusammenspiel, in dem das Bild eine zentralere Rolle spielt (Kress 2002: 9). In Printmedien etwa kann das geschriebene Wort zwar dominant bleiben und das Visuelle primär in der Rolle von »Prosodie« auftreten, es kann aber auch an Bedeutung verlieren, indem das Visuelle die Botschaft enthält und das Wort als Kommentar und Elaboration funktioniert (Kress/van Leeuwen 1998: 187). Durch eine stärkere Betonung der ›Bildsprache‹ ergeben sich für mehrsprachige Medientexte neue Möglichkeiten.

Im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit kann das Zusammenspiel verschiedener Modi eine wichtige Rolle spielen. Beispiele dafür lassen sich in verschiedenen Mediengattungen finden. Im Fernsehen wurde aus dem Kino die Praxis der Synchronisation, der Untertitelung und des Voice-over übernommen, um Filme für verschiedensprachige Rezipientenschaften zu erschließen. Das bewegte Bild steht im Zusammenspiel mit anderen Modi im Zentrum. Während in der Synchronisation die Originalsprache ausgeblendet wird, ist in der Untertitelung die Originalsprache im gesprochenen Modus erhalten, die zweite Sprache erscheint im schriftlichen. Im Voice-over sind zwei Sprachen im mündlichen Modus präsent, wobei die zweite Sprache sozusagen als Kommentar – in einem ›neutralen‹, emotionslosen Ton – über der Originalsprache liegt. Die verschiedenen Systeme werden von ihren Anhängern z. T. sehr emotional mit einer Vielzahl von Argumenten verteidigt (Herbst 1994: 23).¹ Es scheint, dass der Umgang mit der Kopräsenz von zwei Sprachen im Zusammenspiel mit anderen Modi eine Frage der Rezeptionsgewohnheit ist, eine Technik, die man erlernen kann. Während in der Frühzeit des Radios die gesprochene Sprache im Zentrum stand, definieren sich heute viele Radiostationen als ›Begleitprogramme‹ primär über ihren Musikstil. Musik und eingestreute Moderationstexte sind die konstitutiven Programmelemente, die den Hörer durch den Tag begleiten. Der Text ist in seinen Funktionen und seiner sprachlichen Gestaltung vom Charakter der

1. Die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführte Eurobarometer Untersuchung (2001) wurde in einem eigenen Dokument im Hinblick auf Untertitelung/Synchronisation (European Commission 2002) ausgewertet. Sie zeigt, dass in den ›Untertitelungsländern‹ nicht nur eine deutliche Präferenz für diese Praktik besteht, sondern dass auch eine Korrelation zwischen dem Erwerb und Gebrauch von Fremdsprachenkenntnissen und der Untertitelungspraxis besteht.

Musik geprägt. In der Musik sind Liedertexte in anderen Sprachen als der Sendesprache gang und gäbe. Ein Vordringen von jugendsprachlichen Elementen und Anglizismen in die Radiomoderation wird beobachtet (Burger 2000: 619).

1.3.3 Worauf wird zurückgegriffen – Intertextualität

Die mediale Produktion ist geregelt durch institutionelle Routinen, sie ist ein arbeitsteiliger Prozess, an dem in verschiedenen Momenten verschiedene Akteure, wie Produzenten, Journalisten, Techniker, beteiligt sind. Diese Routine umfasst auch das Sammeln und Auswählen von Materialien. In jedem Moment des Produktionsprozesses werden frühere Versionen eines (multimodalen) Textes transformiert und neu kontextualisiert, und zwar in einer Art, wie sie den Prioritäten und Zielen des momentanen Stadiums entspricht. Die Produktion von Medientexten kann also als eine Serie von Transformationen in einer Kette von Kommunikationsvorgängen begriffen werden, die Ausgangsereignisse und frühere Texte in der öffentlichen Domäne mit der privaten Domäne der Rezeption verbinden (Fairclough 1995a: 48 f.). Zurückgegriffen wird auf vielfältiges Material: Reden, Interviews, Agenturmeldungen und -bildmaterial, Archivmaterial, Presseaussendungen, andere Medientexte etc. Im multimodalen Kontext können in der Transformation die Modi entkoppelt, also etwa Bilder mit einem ›neuen‹ Text versehen werden. Fairclough (1995a) spricht im Zusammenhang mit der Analyse von Texttransformationen während des medialen Produktionsprozesses von *intertextuality*.

Dabei wird auch auf ›anderssprachige‹ Texte zurückgegriffen. Die Anderssprachigkeit ursprünglicherer Texte muss im Medienprodukt nicht mehr unbedingt ersichtlich sein, denn der Transformationsprozess kann in verschiedenen Stadien eine Übersetzungsarbeit umfassen. Übersetzen ist teuer und zeitaufwendig, daher muss im Produktionsprozess diese Arbeit oft von Journalisten und nicht von dafür ausgebildeten Spezialisten geleistet werden. Spuren der Übersetzungsarbeit können im Produkt erfahrbar bleiben, wie etwa das Zitieren von Begriffen in der Ausgangssprache, wenn dafür in der Zielsprache Neologismen geschaffen werden müssten. Häufig werden Übersetzungen für einen gesamten Sprachraum angefertigt. So werden etwa Spielfilme für den gesamten deutschen

Sprachraum synchronisiert und nicht getrennt für das österreichische, schweizerische oder deutsche Publikum. Aus der Synchronisierung von Spielfilmen ließen sich zahlreiche Beispiele dafür anführen, dass auch bei einer professionellen Übersetzung das Original oft ungewollt durchscheint: Um die Synchronität von Mundbewegungen im Bildablauf und zugehörigem Ton zu gewährleisten, ist es häufig am Einfachsten, sich nahe an den Originaltext zu halten und zu wortwörtlichen Übersetzungen zu greifen, die nicht der sprachlichen Praxis in der Zielsprache entsprechen.

Die Sichtbarkeit einer anderen Sprache kann auch gewollt und bewusst eingesetzt werden, um auf eine andere soziale Gruppe, auf eine andere Kultur zu verweisen. Kress und van Leeuwen (2001: 10) sprechen in diesem Zusammenhang von Provenienz (*provenance*). Sie bezeichnen damit den ›Import‹ von Zeichen aus anderen Kontexten (einer anderen Ära, einer anderen sozialen Gruppe oder Kultur), der mit dem Ziel erfolgt, »to signify ideas and values which are associated with that other context from which we import the sign«.¹ In Bells Konzept entspricht diese Art des Zitierens dem, was er *referee design* nennt.² *Referees* sind für Bell (1997: 248) dritte Personen oder Gruppen, »who are so salient for a speaker that they influence style even in their absence. Initiative style shift is essentially a redefinition by the speaker of their own identity in relation to their audience«. Dieser Aspekt des bewussten Zitierens kommt beispielsweise in der Werbung oder in Liedertexten häufig vor.

Mediale Produktionsroutinen sind Veränderungen unterworfen. Das betrifft die Arbeitsorganisation, die tendenziell einerseits durch eine Verschmelzung von technischen und journalistischen Tätigkeiten und andererseits durch eine größere Spezialisierung von Einzelpersonen auf die Gestaltung spezifischer Berichterstattungsbereiche gekennzeichnet ist. Beides führt dazu, dass Journalisten mehr Verantwortung für das Gesamtprodukt, z.B. für eine Zeitungsseite oder einen Sendeblock, erhalten (Löffelholz, Altmeppen 1994: 586 f.). Medientexte werden zunehmend nicht mehr vom Journalisten geschrieben und vom Layouter in einen graphischen Kontext gesetzt, der Journalist ist als Gestalter (Designer) eines

1. Kress und van Leeuwen stützen sich hier auf Barthes' (1964) Ausführungen zu den Mythen des Alltags (Kress, van Leeuwen 2001: 10).

2. Bell (1997: 248) beruft sich hier auf Bakhtins (1981) Arbeiten zur Literatur.

multimodalen Textes tätig, was zu einer Dezentrierung von Sprache führt (Kress 2002: 14 f.). Eine Ausnutzung der multimodalen Dimension ist im Zusammenhang mit vielsprachigen Rezipientenschaften nicht nur in Werbetexten zu beobachten. Richardson/Meinhof (1999: 76 f.) zeigen am Beispiel EuroNews, dass weniger gesprochener Moderationstext vorkommt als in vergleichbaren Nachrichtenprogrammen, die für eine ›einsprachige‹ Rezipientenschaft produziert werden. Er wird ersetzt durch graphisch gestaltete Inserts, die sich häufig einer »Euro-Interlanguage« bedienen.

In der Medienproduktion geht es, wie Siegert (2003: 24) festhält, zum einen immer stärker um eine

editorial production, um die Komposition eines Mischsortiments, das nutzungsschwache Medienangebote mit nutzungsstarken kombiniert und zweitens um *flow production*, also indirekt um die Produktion von anhaltendem Publikumskontakt.

Das beinhaltet eine konzeptionelle Entwicklungsleistung, eine Selektionsleistung, eine Produktionsleistung einzelner Teile und des verbindenden Rahmens, eine Präsentationsleistung, eine Sortimentsleistung, eine Materialisierungsleistung und eine Distributionsleistung. Gleichzeitig regiert der Imperativ der Fixkostendegression, was sich darin auswirkt, dass stärker auf ›Fertigprodukte‹, also z. B. auf Agenturmeldungen statt auf eigene Recherche, auf vorproduzierte Sendeblocke oder -formate, zurückgegriffen wird. Die Selektionsleistung wird tendenziell wichtiger, während die Entwicklungsleistung v. a. in Bezug auf den verbindenden Rahmen Gewicht bekommt. Oder anders gesagt, das Zitieren, das Übernehmen von ganzen (oft kaum mehr transformierten) Programmblöcken gewinnt an Bedeutung. Diese Entwicklung wird auch durch die oligopolistische Anbieterstruktur im Mediensektor und durch die wechselseitige Orientierung untereinander, durch die so genannte Verwertungsketten entstehen, gefördert. Medienverbundaktionen und Mehrfachverwertung führen zu spezifischen Themenkarrieren und Medienarenen (Siegert 2003: 27). Aus Kostengründen können Programmblöcke oder Textblöcke unübersetzt bleiben. In den meisten europäischen ›Synchronisationsländern‹ werden daher Dokumentarfilme immer häufiger nicht mehr synchronisiert, sondern ›nur‹ Untertitelt. Die Bedeutung des Kostenfaktors wird besonders bei kostenintensiven Medien deutlich,

wenn ganze Programmteile, wie das z. B. in Madagaskar der Fall ist,¹ nicht untertitelt werden.

Es müssen aber auch neue Ideen und Werke in den medialen Kreislauf eingespeist werden. In diesem Sinn werden »alltagsweltliche Nischen, Subkulturen, Milieus und Szenen routinemäßig nach kreativem Potential, d. h. nach medial verwertbaren Rohstoffen abgesehen«. Subkulturelle Symbole und Rituale werden dabei entwirrt, Experimentelles und Avantgarde auf ein »verdauliches« Maß reduziert, Authentisches durch Inszenierung von Authentizität ersetzt (Siegert 2003: 27 f.). Das kann mit einem medial stilisierten Gebrauch von Szenenjargons gekoppelt sein.²

Die Bedeutung des verfügbaren Ausgangsmaterials ist im Zusammenhang mit der sprachlichen Gestaltung von Medientexten nicht zu unterschätzen. Medienschaffende in Minderheiten-, Regional- oder indigenen Sprachen müssen meist auf Quellen zurückgreifen, die in anderen Sprachen verfasst sind. Wo es an Institutionen zur Sprachnormierung und Terminologieentwicklung und an Hilfsmitteln wie ständig aktualisierten Wörterbüchern fehlt, haben Medienschaffende über die Übersetzungstätigkeit hinaus eine ständige Spracharbeit zu leisten, die erheblichen Aufwand erfordert. Als positives Beispiel kann in diesem Zusammenhang die Schweiz genannt werden, wo eine von staatlicher Seite finanzierte rätoromanische Presseagentur Ausgangsmaterial in der vierten Landessprache zur Verfügung stellt.

1.3.4 Wie wird Sprachenpolitik realisiert – Der Text als Indikator

Im Zusammenhang mit Minderheitenmedien beklagt Riggins zu Recht (1992: 3), dass der soziale und sprachpolitische Impact von Minderheitenmedien (im Hinblick auf Spracherhalt und sprachliche Revitalisierung) noch zu wenig erforscht ist, da Medientexte kaum in wissenschaftliche Untersuchungen einbezogen werden. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Studien, die dem Text als Analyseebene hohen Stellenwert einräumen, sind nach wie vor selten.³ Wie zentral der Text als Analyseebene ist, zeigt ein Vergleich von Kosniks (2002) und Vertovecs (2000) Einschätzung der mehrsprachigen Ber-

1. Siehe Kapitel 2.3.2.

2. Vgl. Androutsopoulos 2001.

3. Kosniks (2002) Dissertation zu Migrantenmedien in Berlin ist eine der wenigen Fallstudien, die diese Ebene in ihre ethnographische Studie einbezieht. Jaworski et al. (2003) analysieren mehrsprachige Mainstreamprogramme im britischen Fernsehen.

liner Rundfunkstation Radio MultiKulti, die von öffentlich-rechtlicher Seite betrieben wird. Vertovec stützt sich in seiner Analyse v. a. auf Interviews mit ProduzentInnen und auf das Programmschema, während Kosnik von einem ethnographischen Zugang ausgeht und einzelne Programme im Detail textanalytisch betrachtet. Den Slogan, »wir sprechen mit Akzent«, mit dem MultiKulti für seine deutschsprachigen Programme und die multikulturelle Zusammensetzung des Moderatorenteams wirbt, interpretiert Vertovec (2000: 22 f.) als einen Ausdruck für die kosmopolitische Praxis des Senders. Kosnik (2002: 125) zeigt hingegen, dass der Akzent in den Programmen nicht als Spiegelbild der Heteroglossie der Gesellschaft, sondern oft als hörbarer Marker für ethnische Differenz eingesetzt wird.

In der Beschäftigung mit Medientexten ist ein deutlicher Trend zu einer Fokusverschiebung von einem auf den Text zentrierten Zugang, der Rezipienten als Entschlüssler von im Text enthaltenen fixen Bedeutungen begreift, zu dynamischeren Modellen, die dem Rezipienten eine aktivere Rolle zuschreiben, feststellbar (Wodak/Busch in Druck). Barthes (1968/1994) unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen dem vom Autor geschaffenen *oeuvre* und dem vom Leser geschaffenen *texte*. Fiske (1989: 14) trifft, bezogen auf das Fernsehen, die gleiche Unterscheidung zwischen Programm und Text: »A programme is produced by the industry, a text by its readers«. Wie vom Leser Bedeutung geschaffen wird, wie die sprachpolitische Orientierung interpretiert wird, ist Aufgabe der Rezipientenforschung und bleibt in meiner Arbeit ausgeklammert. Aber auch im Sinn von *oeuvre* oder *programme* stellt der Text ein Moment dar, in dem bewusste oder unbewusste sprachpolitische Orientierungen von Medien bzw. Medienschaffenden sichtbar werden. Der Text repräsentiert, wie Halliday (1978: 109) festhält, bereits eine Wahl, die in einer bestimmten sozialen Situation getroffen wird:

A text is »what is meant«, selected from a total set of options that constitute what can be meant. In other words, text can be defined as actualized meaning potential.

Es geht hier sowohl um die Frage, welche Codes gewählt werden und ob diese Wahl in einer bestimmten Situation markiert ist, als auch um die Frage, welche Themen in welchen Sprachen in den Medien präsent sind. In Minderheitenmedien, beispielsweise in den slowenischen Medien in Kärnten, kann es zu einer Verengung des Themenspektrums auf minderheitenspezifische Fragen kommen. Diese

Themenreduktion in der medialen Kommunikation hat ihre Auswirkungen auf Perzeptionen in Bezug auf den Status (Busch 1999). Erst anhand einer Textanalyse wird sichtbar, welche Diskurse in welcher Sprache realisiert werden und wie einer sprachlich heterogen zusammengesetzten Rezipientenschaft Rechnung getragen wird.

2 Empirische Untersuchung von Sprachenpolitik im Medienbereich

Über den Projektverlauf und die empirischen Daten

Es schien mir sinnvoll, die Untersuchung der Fragen, wie sprachpolitische Akteure im Medienbereich multilingualen Rezipientenschaften gerecht werden und wie durch die Schaffung von Schnittstellen gesellschaftliche Kohäsion gefördert werden kann, nicht nur auf eine Fallstudie bzw. Länderstudie zu stützen. Der Fokus auf unterschiedliche Situationen erlaubt nicht nur einen Perspektivenwechsel, sondern ermöglicht es auch, aktuelle Tendenzen und Orientierungen, die über das Spezifische der einzelnen Situation hinausreichen, festzumachen. Von besonderem Interesse sind hier solche Räume, in welchen sprachpolitische Parameter in einem Prozess beschleunigter Veränderung begriffen sind. Denn gerade in solchen Momenten eines Aushandlungsprozesses treten Widersprüchlichkeiten stärker hervor als in Phasen relativer Stabilität. Das trifft auf alle drei Räume zu, aus welchen das empirische Datenmaterial stammt: auf das im europäischen Einigungsprozess befindliche Westeuropa, auf Südosteuropa, das sich, nach einer Phase der Renationalisierung, in einem Demokratisierungsprozess befindet, und auf afrikanische Länder, wo durch den aktuellen Transformationsprozess und die Stärkung der afrikanischen Einheit Sprachenpolitik neu konzipiert wird. Der Wahl der konkreten Fallbeispiele hatten allerdings auch subjektive Faktoren an. Es war mir daran gelegen, primär solche auszuwählen, wo meine eigenen sprachlichen Kompetenzen ausreichen, um selbst an Texten arbeiten zu können. Nur in Einzelfällen habe ich auf die Hilfe von ÜbersetzerInnen zu-

rückgreifen müssen. Die westeuropäische Situation wird zunächst an Beispielen aus Österreich dargelegt, der Blick auf Situationen in anderen Ländern kann sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede deutlich machen. Mehrmonatige Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in Ländern des früheren Jugoslawien sowie in Madagaskar und Südafrika haben es mir möglich gemacht, Datenmaterial zu sammeln und vor Ort einen tieferen Einblick zu gewinnen.

Die Datensammlung erstreckte sich im Wesentlichen über drei Jahre (2000–2003). In einer Anfangsphase stand die Sammlung und eine vorläufige Analyse von multilingualen Medientexten bzw. von Texten, die sich an mehrsprachige Rezipientenschaften wenden, im Vordergrund. Die in dieser Arbeit berücksichtigten Medientexte stammen sowohl aus Printmedien als auch aus Radioprogrammen, die sich in der Entwicklung multilingualer Formen als besonders produktiv erwiesen haben, zu einem geringeren Teil auch aus Fernsehsendungen.

Ein nächster Schritt bestand in einer genauen Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen, die Sprachenpolitik im Medienbereich regulieren und beeinflussen. Zu beachten waren dabei nicht nur gesetzliche Bestimmungen im Bereich Sprachenpolitik, sondern auch solche, die sich auf Medien oder Minderheiten allgemein beziehen. Analysiert wurden internationale standardsetzende Dokumente und Förderungsinstrumentarien sowie einzelstaatliche Gesetzestexte, Verordnungen und Förderungsrichtlinien. Hintergrundinformationen zu sprachpolitischen Orientierungen einzelner Medien stammen aus dem von ihnen veröffentlichten PR-Material, aus Jahresberichten und von den Internetseiten dieser Medien.

Auf der Grundlage der vorbereitenden Textanalyse und der zusätzlichen, kontextualisierenden Recherche wurden qualitative Interviews mit Medienschaffenden durchgeführt. Meine eigenen journalistischen Erfahrungen in Printmedien und im Radio in den 1980er Jahren halfen mir dabei, die Bedingungen der Produktionslogik und daraus resultierende Zwänge und Freiräume besser zu verstehen. Während der Arbeiten an diesem Projekt hatte ich Gelegenheit, einen internationalen Workshop zum Thema der mehrsprachigen Gestaltung von Radioprogrammen mit JournalistInnen, die an nichtkommerziellen Radiostationen tätig sind, zu lei-

ten. Die einleitende Gruppendiskussion, die an diesem Workshop stattfand, wurde aufgezeichnet und ist in diese Arbeit eingeflossen.

Die Auswertung der Daten erfolgte unter Einbeziehung aller dieser Quellen (Medientexte, Hintergrundmaterial, Interviews) sowie unter Bezugnahme auf bestehende wissenschaftliche Forschungsarbeiten.

2.1 Dezentrierung der nationalen Öffentlichkeit – Entwicklungstendenzen in Westeuropa

In der westeuropäischen Medienordnung nach dem Zweiten Weltkrieg wird der öffentlich-rechtliche/staatliche Rundfunk als Kernstück der nationalen Öffentlichkeit gesehen. Deshalb war er auch bis in die 1980er Jahre durch Monopole geschützt. Während die Printmedien nach 1945 in Westeuropa auf Grund ihrer Ausdifferenzierung nach weltanschaulichen, klassen-, regional- oder sprachenspezifischen Gesichtspunkten nur Segmente der nationalen Öffentlichkeit erreichten, wandte sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk an die Nation in ihrer Gesamtheit. In seiner Philosophie sah er sich in der Anfangszeit als eine Art Klassenzimmer der Nation, die er nicht nur versorgte und repräsentierte, sondern auch konstituierte (Morley 2000: 105 ff.). Das damalige Leitmedium Radio hatte seinen fixen Platz in der Alltagsroutine in den Haushalten. Dadurch dass es zeitgleich national relevante Information bzw. symbolträchtige identitätsstiftende Massenergebnisse auch in die entlegensten Gebiete bringen konnte, wurde eine nationsweite Gleichzeitigkeit geschaffen, die von Printmedien niemals erreicht werden konnte (Morley 2000: 108).

Grundsätzlich ging man im öffentlich-rechtlichen Rundfunk von der Selbstverständlichkeit der Staatssprache aus. Sie wurde als eine Art Klammer gesehen, die nationale Identitäten festigen sollte. Im Fall mehrsprachiger Staaten wie der Schweiz oder Belgien wurden für die jeweiligen Staatssprachen parallele Systeme innerhalb der nationalen Rundfunkordnung geschaffen. Die Vorstellung von der Rezipientenschaft als einer nationalen Gemeinschaft und die unidirektionale Strukturierung dieser Beziehung in paternalistischer Top-down-Art, in der Information als Auftrag und Unterhal-

tung primär als Erbauung gesehen wurden, prägte auch die Art der sprachlichen Gestaltung. Die Pflege der Standardsprache wurde auch in speziellen Sprachratgebersendungen mit metasprachlichen Diskursen unterstrichen. In Österreich war man nach 1945 bemüht, die österreichische Varietät der deutschen Sprache zu fördern und abzugrenzen, und das österreichische Deutsch wurde zum ersten Mal in der Geschichte als identitätsstiftendes Element relevant (de Cillia 2003: 25). Das österreichische Deutsch und die ›Burgtheaterausprache‹ waren nicht nur in von SprecherInnen gelesenen Texten die Norm, sondern es gab auch zu einer günstigen Sendezeit über Jahrzehnte die wöchentliche Sendung ›Achtung, Achtung: Sprachpolizei‹, in der ›korrekter‹ Sprachgebrauch normativ vorgegeben wurde. Zunächst wurden Textsorten nach dem »stilistischen Trägheitsgesetz« aus den Printmedien übernommen und erst langsam medienspezifisch weiterentwickelt (Bausinger 1972, zit. nach Schwitalla 1993: 11). Lange Zeit dominierte in der Mehrzahl der Sendungen die Praxis, Texte schriftlich zu verfassen und von geschulten SprecherInnen lesen zu lassen. Diese Praxis hat sich zumindest in den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten bis heute erhalten, obwohl Untersuchungen zur Verständlichkeit von Nachrichtentexten immer wieder darauf hingewiesen haben, dass syntaktische Komplexität, fehlende Redundanz, Abstraktheit und fachspezifische Lexik sowie schnelles Sprechen das Verständnis erschweren (Schwitalla 1993: 12).¹ Durch die Praxis, schriftlich Abgefasstes zu verlesen, war zu den Anfangszeiten die Dominanz der Standardsprache und Standardausprache im Programm sozusagen automatisch gegeben.

2.1.1 Regionalisierung – Regional- und Minderheitensprachen

Rückblick: vom zwischenstaatlichen Minderheitenschutz zum Revival der Regionalsprachen

Obwohl die Berücksichtigung von anderen Sprachen als den Staatssprachen in den öffentlich-rechtlichen Mediensystemen von einer

1. Mit der Verständlichkeit von Nachrichtensendungen im österreichischen Rundfunk beschäftigen sich Lutz/Wodak 1987.

Reihe spezifischer Faktoren – wie der Staatsform, dem Status und der Größe der Sprechergruppe oder von außenpolitischen Erwägungen – abhängt, so lassen sich doch gewisse Muster für den westeuropäischen Raum festmachen, die in Korrelation mit wechselnden minderheitenpolitischen Orientierungen stehen. Von einigen mehr oder weniger kurzlebigen Versuchen zu den Pionierzeiten des Radios abgesehen, kam es zu einer ersten größeren Welle von Programmen in Minderheitensprachen um und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Aufwertung von Minderheitensprachen wurde als Antithese zur totalitären Politik der faschistischen Staaten gesehen. Nicht zuletzt in Abgrenzung zum Deutschen Reich betonte die Schweizerische Rundfunkgesellschaft in den deutschsprachigen Kantonen das Schweizerdeutsche und führte noch vor dem Zweiten Weltkrieg sporadische Sendungen in rätoromanischer Sprache ein, ab 1946 wurden sie in das Regelprogramm aufgenommen (Kogoj 1997: 283). Die internationale Staatengemeinschaft fand nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Konsens, in welcher Form Minderheitenrechte in den Menschenrechtskanon aufzunehmen seien, zu verschieden waren die Interessen der einzelstaatlichen Vertragspartner. Minderheitenrechte wurden daher in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1953 nicht explizit genannt, sondern sind nur implizit in den Nicht-Diskriminierungsparagrafen und in den Bestimmungen zum Schutz der kulturellen Rechte präsent (Thornberry 1992). Damit wirkte das Völkerbündkonzept der Zwischenkriegszeit insofern weiter, als Minderheitenrechte oft eine Frage bilateralen Beziehungen zwischen einzelnen Staaten blieben. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Minderheitensprachen in Medien war deshalb Teil von Paketen, die, wie etwa im österreichischen Staatsvertrag von 1955, zwischenstaatlich ausgehandelt wurden. Im Zug der internationalen Verhandlungen um die Grenzziehung zwischen Jugoslawien und Italien kam es so 1955 auch zur Einführung slowenischsprachiger Programme in Italien, bereits 1954 wurden italienischsprachige Programme Teil des Rundfunkprogramms der slowenischen Teilrepublik. Im selben Zug startete die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in Italien auch mit Programmen in Ladinisch. Auf Druck der Alliierten begann der österreichische Rundfunk 1946 mit Sendungen in slowenischer Sprache, Programme in den anderen Minderheitensprachen wurden erst viel später einge-

führt. Das Interesse der britischen Besatzungsbehörden galt dabei nicht nur der slowenischsprachigen Volksgruppe in Kärnten, sondern auch der Möglichkeit, mit dem in Kärnten platzierten Großsender, der weit in den jugoslawischen Raum hinein zu hören war, ein Propagandamittel im Kalten Krieg zur Verfügung zu haben (Busch 1999: 48). Mit dem Österreichischen Staatsvertrag von 1955 wurde im Artikel 7 der slowenischen und kroatischen Minderheit das Recht auf »eigene Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache« zugestanden und neben den Alliierten auch Jugoslawien als Schutzmacht bestellt.¹ Zusammenfassend kann für die Nachkriegsperiode gesagt werden, dass die Einführung von Minderheitenprogrammen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk v. a. von bilateralen bzw. geopolitischen Erwägungen getragen war.

Eine neuerliche Welle der Ausweitung des Angebots an Programmen in Regional- und Minderheitensprachen in öffentlich-rechtlichen Radiostationen ist erst wieder in den 1970er Jahren zu verzeichnen. Dazu zählen beispielsweise in Österreich Burgenlandkroatisch (1979), in Frankreich Provenzalisch (1977) und Korsisch (1972). Diese Erweiterung, die in den 1970er Jahren begann, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Soziale Bewegungen forderten mit emanzipatorischen Zielsetzungen lautstark Minderheitenrechte ein, kritisierten die fehlende Präsenz von Minderheitensprachen in Medien bzw. die Tendenz der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Programme *für* eine Minderheit zu produzieren anstatt Minderheiten in *von* ihnen produzierten Programmen eine Stimme zu geben. Im Printmedienbereich entwickelte sich zu dieser Zeit ein breites Spektrum an Alternativmedien in Minderheitensprachen. Parallel dazu bemühten sich die sozialen Bewegungen darum, Schnittstellen zu den Medien in den dominanten Sprachen herzustellen, vereinzelt erschienen auch zwei- und mehrsprachige Alternativmedien wie etwa die slowenisch-deutsche Monatszeitung *Kladivo* in Kärnten. Angespornt durch den Fall des Rundfunkmonopols in Italien 1976 war europaweit eine Erstarbung der »Piratenradiobewegung« zu verzeichnen, die das Recht reklamierte, mit alternativen Stimmen im Äther präsent zu sein.

Diese weitreichende, von den sozialen Bewegungen initiierte Auseinandersetzung um Minderheitensprachen und Medien, die

1. Österreichischer Staatsvertrag 1955, Art. 7 Abs. 1, BGBl. Nr. 152/1955.

mit der Forderung nach einem Zugang zur nationalen Öffentlichkeit verbunden war, war ein neues Element der Minderheitenpolitik. Offizielle Minderheitenvertreter hatten bis in die 1970er Jahre der Frage der Präsenz von Minderheitensprachen und Minderheitenanliegen in der nationalen Öffentlichkeit erstaunlich wenig Bedeutung zugemessen. Mit der nun breiteren Diskussion um Spracherhaltung, Sprachverfall und Sprachtod und dem Widerstand, der der sprachlichen Verdrängung entgegengesetzt wurde, konnte die Debatte um Sprache und Öffentlichkeit nicht mehr ausgespart werden.¹ Die Diskussion um Minderheitenrechte war in eine allgemeine Tendenz zur Betonung des Regionalen eingebettet, die als Gegenbewegung zur in den 1960er Jahren forcierten politischen und wirtschaftlichen Zentralisierung entstand. Auf politischer Ebene war die Forderung nach stärkerer regionaler Autonomie festzustellen, die, wie beispielsweise im Zusammenschluss der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (ARGE ALP), oft von Regionalregierungen ausging. Traditionalistisch Bewahrendes mischte sich fallweise mit sozial Emanzipatorischem, fallweise brachen auch Konflikte auf. Im Hörfunk fand zeitgleich mit der Schaffung von Regionalprogrammen eine Ausdifferenzierung nach Stilrichtungen statt. In Österreich wurden etwa Anfang der 1970er Jahre drei volle Hörfunkprogramme geboten, wobei Ö1 bewusst kulturell anspruchsvoll sein sollte, Ö3 als Unterhaltungsprogramm konzipiert war und Ö Regional als Sender, der »die Reflexion des Bundeslandes, die Wiedergabe der österreichischen Vielfalt und die Pflege der bodenständigen konservativen Unterhaltung«² zum Ziel hat. Programme in Minderheitensprachen blieben auf die regionalen Programme begrenzt. Diese Marginalisierung im sich differenzierenden Unterhaltungs- und Informationsangebot dürfte vor allem bei Jugendlichen ein Gefühl der »Rückständigkeit« ausgelöst haben (Busch 1999: 98). Auch etwa zur selben Zeit, also in den 1970er Jahren, wurde das Radio zu einem Begleitmedium und verlor innerhalb des

1. Zur Rolle von Medien und Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Spracherhaltung, Sprachverfall und Sprachtod vgl. Dressler, de Cillia (in Druck). In Österreich wurde diese Frage im Bericht der Österreichischen Rektorenkonferenz »Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich« (1989) behandelt. Menz/Lalouschek/Dressler (1989) zeigen die Abwertung der slowenischen Sprache in Verbindung mit minderheitenfeindlichen Mediendiskursen.

2. ORF (1974) ORF-Almanach. Wien, S. 70.

öffentlich-rechtlichen Rundfunks seine Position als Leitmedium an das Fernsehen. Die Radiosendezeit wurde weniger ›kostbar‹, Nischen für Minderheitensprachen konnten leichter freigemacht werden. Etwas später als im Radio fand auch im Fernsehen eine Regionalisierung statt, und Minderheitensprachen fanden auch dort in Nischen Berücksichtigung. Mit der stilistischen und regionalen Ausdifferenzierung und den Funktionsverschiebungen trat eine Veränderung im Zusammenspiel der Modi und ein Wandel in medialen Textsorten ein. Der Musik kommt stärkere Bedeutung zu, der Musikstil eines bestimmten Senders entwickelt sich nach und nach zu seinem Markenzeichen, wobei dem verbindenden Moderationstext gegenüber den traditionellen Textsorten, wie Feature, Hörspiel, Interview, mehr Gewicht zukommt. Verbindende Moderationstexte sind häufig eine Mischung aus kurzen (schriftlich) vorbereiteten Texten und ›spontanen‹ bzw. spontan wirkenden Abschnitten. Ong (1982) spricht in diesem Zusammenhang von einer sekundären Oralität, die im Gegensatz zur primären Oralität von der geschriebenen Sprache abhängig ist. Holly/Püschl (1993: 133) führen für das Fernsehen aus, dass diese sekundäre Oralität durchaus auch Spontaneität hervorbringt, die jedoch ›nicht wildwüchsig, sondern gewollt, kultiviert und kontrolliert‹ ist. Auf der Suche nach Neuem und Unkonventionellem werden Elemente z. B. aus der Jugendsprache, aus Subkulturen und der gesprochenen Nähekommunikation geborgt (Schwitalla 1993: 16). In Sendungen in Minderheitensprachen ist im Gegensatz dazu ein stärkeres Festhalten am sprachlichen Standard festzustellen.

Setzen europäischer Standards für Regional- und Minderheitensprachen

Bereits in den 1980er Jahren begannen auf Initiative der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen beim Europarat die Arbeiten zur Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen, sie wurde jedoch erst 1992 unter dem Druck der ethnischen Konflikte in Südosteuropa fertiggestellt und zur Unterzeichnung aufgelegt. 1997 konnte die nötige Zahl von sieben ratifizierenden Staaten erreicht werden, sodass die Charta 1998 in Kraft treten konnte. Die lange Zeit, die zwischen den ersten Initiativen zur Kodifizierung von Minderheitenrechten auf europäischer Ebene und

deren vertraglicher Festlegung verstrichen ist, zeigt deutlich, wie zögerlich Staaten in diesem Bereich waren bzw. sind. Durch die Charta für Regional- und Minderheitensprachen des Europarats¹ sind in den Unterzeichnerländern Bestimmungen, die Minderheitensprachen und Medien betreffen (Artikel 11 der Charta), Teil nationaler Sprachengesetzgebungen geworden. Die Charta wurde bewusst als ein Instrumentarium konzipiert, das das Recht auf den Gebrauch von Regional- und Minderheitensprachen schützen soll, und nicht als ein Instrumentarium zum Schutz von Minderheitenrechten an sich. Trotz der Freiwilligkeit des Beitritts sollte dennoch nicht unterschätzt werden, dass sie in der Verankerung von sprachlichen Rechten als Menschenrechte einen Paradigmenwechsel darstellt. Durch die Charta sind sprachliche Rechte erstmals völkerrechtsverbindlich und bei der Europäischen Menschenrechtskommission individuell einklagbar. Außerdem beinhaltet die Charta einen Kontrollmechanismus, denn die beitretenden Staaten müssen im Dreijahresrhythmus einen Bericht vorlegen. Waren bisherige internationale Vereinbarungen im sprachenrechtlichen Bereich rein auf die Nichtdiskriminierung beschränkt (Skutnabb-Kangas/Phillipson 1995), so wird in der Charta ein erster Schritt getan, Minderheitensprachen einen rechtlichen Platz einzuräumen, bzw. werden Staaten verpflichtet, sie zu fördern.

Allerdings steht es Vertragsparteien zu, festzulegen, auf welche Sprachen sich ihre Verpflichtungen beziehen, wobei »Dialekte der Staatssprachen« und »Sprachen von Zuwanderern« sowie »Staatsprachen« explizit ausgeschlossen sind. Eingeschlossen sind hingegen »nicht territorial gebundene Sprachen« – gemeint sind damit v. a. Jiddisch und Romanisprachen (Jensdottir 1999: 15). Der Einschluss der nicht-territorialen Sprachen war für die SprecherInnen des Romani, das dadurch eine europäische Aufwertung erfuhr, ein wichtiger Schritt (Bakker 2001: 301). Obwohl Roma in allen europäischen Ländern präsent sind (Bakker 2001: 296), erkennen nur Österreich, Finnland, Deutschland, die Niederlande, Slowenien, die Slowakei und Schweden durch die Ratifikation der Charta sprachliche Rechte für Roma an. Andere Länder, in denen größere Romagruppen leben, wie Kroatien und Ungarn, hingegen nicht.

1. Council of Europe (1992) European Charter for Regional or Minority Languages. European Treaty Series Nr. 148. Strasbourg: Council of Europe.

Die enge Definition, welche Sprachen unter die Bestimmung der Charta fallen, ist in mehrerer Hinsicht problematisch: Einerseits nimmt sie die heikle Unterscheidung in autochthone und allochthone vor, und andererseits schließt sie Staatssprachen explizit aus und schreibt damit implizit einen Minderheitenstatus für nichtdominante Sprachen fest. Letzteres stellt in Staaten, die wie Frankreich von einer Philosophie der Staatsnation ausgehen und daher den Minderheitenbegriff ablehnen, ein Problem dar. Aber auch SprecherInnen von nichtdominanten Sprachen, wie etwa die albanische Bevölkerungsgruppe in Makedonien, lehnten die Ratifizierung der Charta ab, da sie sich als Staatsvolk verstehen und nicht als Minderheit. Von den 45 Mitgliedsstaaten des Europarats haben nur 17 bis dato die Charta ratifiziert. Bezeichnend ist, dass unter den langjährigen Mitgliedsstaaten des Europarats beispielsweise Belgien, Frankreich, Italien, Griechenland und die Türkei nicht zu den ratifizierenden gehören und unter den ›neuen‹ Mitgliedsstaaten weder die drei baltischen noch Makedonien.¹

1995 wurde die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vom Europarat zur Unterzeichnung aufgelegt.² Sie trat 1998 – zusammen mit der Charta für Regional- und Minderheitensprachen – in Kraft, nachdem die nötige Anzahl von 12 ratifizierenden Staaten erreicht war. Anders als die Charta versteht sich die Rahmenkonvention als ein Schutzinstrument für Minderheitenrechte in verschiedenen gesellschaftlichen Domänen. Dazu zählen auch die Sprache und die Medien. Interessant an der Rahmenkonvention ist, dass sie über den reinen Schutz hinausgeht, indem sie die Vertragspartner dazu verpflichtet, einen interkulturellen Dialog zu fördern – insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien (Artikel 6, Abs. 1). Dieser Gedanke kommt noch einmal im Medienartikel (Artikel 9) zum Ausdruck, in dem ausdrücklich die Förderung von Toleranz und kulturellem Pluralismus eingefordert werden. In seinen anderen Bestimmungen geht der Medienartikel nicht wesentlich über bestehende internationale Vereinbarungen hinaus. Eine Besonderheit ist nur, dass er eine Diskriminierung von Minderheiten bei der Lizenzerteilung für

1. Die aktuelle Liste der Unterzeichnungen und Ratifikationen ist verfügbar über <http://conventions.coe.int/treaty/EN/cadreprincipal.htm>
2. Council of Europe 1995: Framework Convention for the Protection of National Minorities. European Treaty Series 157. Strasbourg, 1. 2. 1995.

Medienunternehmen verbietet. Die Rahmenkonvention wurde von 35 der 45 Mitgliedsstaaten des Europarats sowie von der Bundesrepublik Jugoslawien ratifiziert. Auffallend ist, dass ähnlich wie bei der Ratifizierung der Charta für Regional- und Minderheitensprachen jene Staaten nicht ratifiziert haben, die von einer Staatsnationsphilosophie ausgehen. Die Konvention sieht keine Definition von Minderheit vor und überlässt es den Staaten zu bestimmen, welche Bevölkerungsgruppen in den Schutz der garantierten Rechte kommen. Obwohl es durchaus möglich wäre, auch »neuere« Minderheiten miteinzubeziehen, handhaben die meisten Staaten die Konvention restriktiv, indem sie ihre Wirkung auf anerkannte Minderheiten beschränken.

Die Verhandlungen um die Charta und die Rahmenkonvention haben auch in Ländern, die diesen Verträgen nicht beigetreten sind, Bewegung in die sprachpolitische Diskussion gebracht. Das soll hier am Beispiel von Frankreich aufgezeigt werden. Frankreich wird vielfach für seine zentralistische Sprachenpolitik und die mangelnde Förderung der Regionalsprachen kritisiert. Eine genauere Betrachtung des Mediensektors zeigt, dass eine nuancierte Einschätzung angebracht wäre (El Atia/Kibbee 2001: 29). Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern wurden die ersten Sendungen in Regionalsprachen in den 1970er Jahren eingeführt. Eine merkliche Trendwende erfolgte durch die Debatte um die Unterzeichnung der Europaratscharta, die Mitte der Neunzigerjahre einsetzte. Sie hat dazu geführt, dass in einigen Bereichen der Gesetzgebung »La langue française« mit »et les langues de France« ergänzt wurde. So hat die französische Regierung 2001 die *Délégation générale à la langue française* (DGLF), die mit der Förderung des Französischen in Frankreich und als Sprache der internationalen Kommunikation betraut war, in die *Délégation générale à la langue française et aux langues de France* (DGLFLF) umgewandelt und ihre Mission um die Förderung der Mehrsprachigkeit als Garant der kulturellen Vielfalt erweitert. Zu den *Langues de France* zählen nicht nur die in Frankreich gesprochenen Regionalsprachen wie Baskisch, Bretonisch, Provenzalisch, sondern auch die Sprachen in den DOM-TOM (Départements d'Outre Mer und Territoires d'Outre Mer) wie die Sprachen Neukaledoniens, Thaitisch und die Kreolsprachen. Die Liste der DGLFLF, die als nicht endgültig bezeichnet wird, umfasst derzeit ca. 30 Sprachen, extensivere Auslegungen sprechen von wesentlich mehr – konkret 75 (u. a. auch Ara-

bisch), die unter die Bestimmungen der Europaratscharta (Cerquigni 1999) fallen sollten. In der extensiven Auslegung fällt somit die Unterscheidung zwischen autochthonen und allochthonen Minderheitensprachen. In diesem Sinn modifizierte Frankreich im Jahr 2000 seine Mediengesetzgebung: Das Gesetz zur *Liberté de la communication* wurde ergänzt durch: »Elles [die Medien, private eingeschlossen] assurent la promotion de la langue française et mettent en valeur le patrimoine culturel et linguistique dans sa diversité régionale et locale.« Gleichzeitig wurde auch die Position des Französischen gestärkt: »Les organismes du secteur public de la communication audiovisuelle, pour l'exercice de leurs missions, contribuent à l'action audiovisuelle extérieure, au rayonnement de la francophonie et à la diffusion de la culture et de la langue française dans le monde.«¹ Trotz dieser ersten Anzeichen einer auf Pluralität abzielenden Sprachenpolitik, bleibt der Schutzgedanke fest verankert. Zurecht hält Jacques Leclerc in seiner Einschätzung der aktuellen französischen Sprach(en)politik fest, dass Frankreich die jakobinische Rigidität noch nicht mit der Flexibilität der Girondisten eingetauscht hat (Leclerc 2002b).

Im Zugang der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen ist noch deutlich die minderheitenpolitische Ausrichtung der 1980er Jahre, die unter dem Stichwort Multikulturalismus zusammengefasst werden könnte, sichtbar. Regional- und Minderheitensprachen, die territorial und historisch in den jeweiligen Nationalstaaten verankert sind, wird ein bestimmter Status zuerkannt. Es sind auf bestimmte Gruppen maßgeschneiderte Rechte, die eine Anerkennung bedeuten, gleichzeitig aber von fixen und räumlich fixierbaren Gruppenidentitäten ausgehen. Das Konzept der identitätsstiftenden Muttersprache wird nicht in Frage gestellt, und die Förderung von Mehrsprachigkeit findet keine Beachtung. Die Sorge um einen interkulturellen Dialog, um Schnittstellen innerhalb nationaler Öffentlichkeiten wird erst in der Europäischen Rahmenkonvention spürbar, für die die Vorarbeiten erst in den frühen 1990er Jahren begonnen haben, als mit dem Ausbrechen von ethnischen Konflikten in Ost- und Südosteuropa Minderheitenrechte und Fragen des interkulturellen Dialogs an vorderste Stelle in den politischen Tagesordnungen rückten.

1. Loi no 2000-719 du 1er août 2000, J.O. Numéro 177 du 2 Août 2000, page 11903 Article 3.

Implementierung der europäischen Standards am Beispiel Österreich

In Österreich finden die politischen Entwicklungen nach 1989 ihren Niederschlag in einer Reihe von gesetzlichen Maßnahmen, die die Sprachen der autochthonen Minderheiten aufwerten: Als anerkannte Volksgruppen gelten nun nicht mehr nur Slowenen, Kroaten, Tschechen und Ungarn, sondern seit 1992 auch Slowaken und seit 1993 Roma und Sinti. 2000 beschließt der Nationalrat eine im Verfassungsrang stehende »Staatszielbestimmung«¹, in der jener Artikel, der die deutsche Sprache als Staatssprache festlegt, um eine Bestimmung ergänzt wird, in der sich die Republik »zu ihrer gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt, die in den autochthonen Volksgruppen zum Ausdruck kommt«, bekennt. Die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen sowie die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten werden ratifiziert.

In mehreren europäischen Staaten wurden in der Zeit der Auseinandersetzung um die Europäische Charta Sprachenpolitik und -gesetzgebungen auf politischer Ebene breit diskutiert. In der Schweiz wurde etwa ein Gesamtsprachenkonzept für den Bildungsbereich vorgelegt und Vorschläge zur Neuordnung der Sprachengesetzgebung öffentlich besprochen. In Österreich ist auf politischer Ebene wenig Initiative festzustellen, und die Debatte um die Ratifizierung der Charta hat wenig Echo in der Öffentlichkeit gefunden. Darauf, dass es in Österreich an einer bewussten und geplanten Sprachenpolitik fehlt, hat der Verband für Angewandte Linguistik Verbal in einer Enquete zur Sprachenpolitik 2001 hingewiesen (Busch/de Cillia 2003).

Die Charta funktioniert nach einem »à la carte«-Prinzip, d. h. die Unterzeichnerstaaten müssen aus 68 konkreten Maßnahmen, die den Gebrauch von Regional- und Minderheitensprachen regeln, mindestens 35 auswählen. Diese Maßnahmen beziehen sich auf sieben Gebiete des öffentlichen Lebens: Bildung (Art. 8), Justizbehörden (Art. 9), Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe (Art. 10), Medien (Art. 11), kulturelle Tätigkeiten und Ein-

1. Artikel 8 (2) der Bundesverfassung. Zit. nach Rechtsinformationssystem der Republik Österreich: <http://www.ris.bka.gv.at/>

richtungen (Art. 12), wirtschaftliches und soziales Leben (Art. 13) sowie grenzüberschreitender Austausch (Art. 14). Es muss nicht ein und derselbe Status für alle Regional- und Minderheitensprachen innerhalb eines Staates festgelegt werden, sondern die Umsetzung kann auch regionalspezifisch oder sprachenspezifisch erfolgen.

Vertragsparteien müssen aus Artikel 11 (Medien) nur eine Bestimmung auswählen. Der Artikel geht von einem pluralen Mediensystem (öffentlich-rechtliche und private Anbieter) aus und bezieht Radio, Fernsehen und die Printmedien ein. Die Bandbreite der möglichen Maßnahmen ist sehr groß: Sie reicht bei den Audio- und audiovisuellen Medien von der Verpflichtung, eine Radio- und eine Fernsehstation in Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlich-rechtlichen Sektor einzurichten (Art. 11 (1), a, i), bis zum äußerst vagen Versprechen, die »regelmäßige Ausstrahlung von Fernsehsendungen bzw. Hörfunksendungen zu ermutigen/oder sie zu erleichtern« (Art. 11 (1), b, ii und (1), c, ii), bzw. bis zur noch weniger verpflichtenden Formulierung, »zur Produktion und Verbreitung von audio- und audiovisuellen Werken in Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen« (Art. 11 (1), d). In den Verhandlungen zur Charta berief sich Österreich darauf, dass die Verpflichtungen bereits erfüllt seien.¹ Im Wesentlichen hat Österreich den im Audio- und audiovisuellen Sektor bestehenden Status quo festgeschrieben bzw. ist sogar darunter geblieben. Obwohl es derzeit Sendungen in Minderheitensprachen im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen (ORF) gibt, ist Österreich hier keine einklagbare Verpflichtung eingegangen, sondern hat sich nur auf die vagen Ermutigungen und Erleichterungen für den privaten Sektor festgelegt.

Für die Printmedien sieht die Charta die Möglichkeit vor, Zeitungen in Minderheitensprachen zu fördern und/oder zur regelmäßigen Veröffentlichung von Artikeln in den Minderheitensprachen zu ermutigen. Auffallend ist, dass die Unterzeichnerstaaten überwiegend die Förderung von eigenen Zeitungen in den Minderheitensprachen wählen und nicht an Anreize denken, Printmedien in den dominanten Sprachen zu einem Gebrauch von Minderheitensprachen zu motivieren. Artikel 11 (1), f bezieht sich auf die Finan-

1. Österreichischer Nationalrat (2001) Stenographisches Protokoll des Nationalrats XXI. GP; Regierungsvorlage Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen. Wien, Nr. 437, 6. 3. 2001.

zierung von Minderheiten medien allgemein. Ein äußerst wichtiger Bereich, wenn man bedenkt, dass staatliche Interventionsmöglichkeiten in Bezug auf Privatmedien begrenzt sind und eine Steuerung vor allem durch Förderungen erfolgen kann. Paragraph f, i sieht vor: »i) die zusätzlichen Kosten derjenigen Medien zu decken, die Regional- oder Minderheitensprachen gebrauchen, wenn das Recht eine finanzielle Hilfe für die Medien allgemein vorsieht, oder ii) die bestehenden Maßnahmen finanzieller Hilfe auf audiovisuelle Produktionen in Regional- oder Minderheitensprachen zu erstrecken«. Bezeichnend ist, dass von den 17 ratifizierenden Staaten (im Jahr 2003) nur drei (Ungarn, die Slowakei und die Schweiz) die erste Möglichkeit in Betracht ziehen, d. h. dass die überwiegende Mehrheit der Vertragspartner nur auf eine Gleichstellung abzielt und nicht auf eine Abgeltung von Spracharbeit. Auch der Paragraph, der eine Unterstützung der Ausbildung von Journalisten und Personal in Medien, die Minderheitensprachen gebrauchen (Art. 11 (1), g), vorsieht, wird nur von ungefähr der Hälfte der Staaten gewählt. Österreich ist nicht darunter. Mit jener Bestimmung, die den freien Empfang von Medien aus dem benachbarten Ausland vorsieht (Art. 11 (2)), haben die Staaten weniger Schwierigkeiten, denn tatsächlich lässt sich weder terrestrischer Overspill von Radio- und Fernsehwellen noch der Empfang von Satellitenprogrammen verhindern. In Paragraph (3) verpflichten sich die Vertragsparteien, dass in Gremien, die für die Gewährleistung von Freiheit und Pluralismus der Medien verantwortlich sind, die Interessen der Sprecher von Minderheitensprachen vertreten oder berücksichtigt werden. Dieser Paragraph verpflichtet also nur dazu, Interessen zu berücksichtigen und nicht zu einer Vertretung. Er wurde von der Mehrheit der Staaten gewählt. In Österreich hat es dazu geführt, dass zum ersten Mal in der Geschichte des ORF ein Minderheitenvertreter in den Gremien präsent ist.

Österreich stellt die sechs anerkannten Volksgruppen, für die ein Volksgruppenbeirat besteht, auch unter den Schutz der Europäischen Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten. In ihrem Bericht¹ beruft sich die Republik im Medienartikel – ähnlich wie bei der Ratifizierung der Charta für Regional- und Minder-

1. Bericht der Republik Österreich gemäß Artikel 25 Abs. 1 des Rahmenschutzabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten 2000.

heitensprachen – grundsätzlich darauf, dass durch die bestehenden Minderheitenmedien die aus dem Vertrag erwachsenden Verpflichtungen erfüllt seien. Die Rahmenkonvention fordert ausdrücklich eine Förderung des interkulturellen Dialogs in den Medien (Art. 6 (1) und Art. 9). Hier hält die Republik zugute, dass die Minderheitenredaktionen des ORF verschiedene interkulturelle Projekte durchführen. Auf Erleichterungen, die in der Konvention (Art. 4) für Minderheiten bei der Lizenzvergabe für Audio- und audiovisuelle Medien gefordert werden, geht die Regierung nicht ein.¹ Wie bei der Charta für Regional- und Minderheitensprachen haben Vertreter der Zivilgesellschaft Parteienstellung und können dem Europarat Stellungnahmen zukommen lassen, die von der Europaratskommission, die die Einhaltung des Abkommens überwacht, miteinbezogen werden müssen. In Österreich wird diese Möglichkeit vom Österreichischen Volksgruppenzentrum wahrgenommen. Es fordert in seinem Bericht im Jahr 2000 vor allem eine signifikante Erhöhung der Förderung für Volksgruppenmedien², damit der Bestand und die Weiterentwicklung dieser Medien garantiert werden können. Außerdem regt es dazu an zu klären, ob eine explizitere Berücksichtigung der Volksgruppen im Rundfunkgesetz bzw. im Regionalradiogesetz erfolgen kann.

Förderungsinstrumentarien als Mittel sprachpolitischer Lenkung

Für die österreichischen Minderheitenmedien ist die Volksgruppenförderung von zentraler Bedeutung. Seit 1977 werden in Österreich Budgetmittel für jene Volksgruppen, die im Volksgruppenbeirat des Bundeskanzleramts vertreten sind, zur Volksgruppenförderung reserviert. Standen in der ersten Dekade für alle Volksgruppenaktivitäten insgesamt ca. 5 Mio. Schilling für die Volksgruppen der burgenländischen Kroaten, der Ungarn und der Tschechen zur Verfügung, so wurde der Betrag 1989, als der Volksgruppenbeirat für die slowenische Volksgruppe konstituiert wurde, ungefähr verdreifacht. Eine neuerliche Erhöhung auf 34 Mio. Schilling wurde 1992 durchgeführt, als der Volksgruppenbeirat für die tschechische

1. Ebenda, S. 47–58.

2. Bericht des Österreichischen Volksgruppenzentrums zur Durchführung des Europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten in der Republik Österreich. Wien, Jänner 2000, S. 34 f.

Volksgruppe in einen für die tschechische und einen für die slowakische geteilt wurde und der Beirat für die ungarische Volksgruppe auf die in Wien lebenden Ungarn ausgeweitet wurde. Eine neuerliche Steigerung auf knapp über 50 Mio. Schilling erfolgte 1995 vor dem Hintergrund des Sprengstoffattentats in Oberwart, dem Angehörige der Roma-Volksgruppe zum Opfer fielen. 1998 und 1999 wurden je 15 Mio. Schilling zum laufenden Budget dazugeschlagen und für die privaten Volksgruppenradios reserviert, die 1998 im Burgenland und in Kärnten eingerichtet wurden. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 ist die Förderung – mit knapp über 50 Mio. Schilling im Jahr 2000 – rückläufig.¹ Zusätzliche Mittel für die Volksgruppenradios stehen seit 2001 nicht mehr zur Verfügung, der Betrieb ist daher in Frage gestellt. Die Budgetentwicklung zeigt deutlich, wie sehr Zuwendungen von der politischen Konjunktur abhängig sind. Da sie nur knapp dazu ausreichen, bestehende Volksgruppenstrukturen zu erhalten, gibt es kaum Spielraum, um neue Aktivitäten zu beginnen, und die Medienförderung beschränkt sich im Wesentlichen auf die traditionellen Volksgruppenzeitungen.

Der Zugang zur allgemeinen Presse- und Publizistikförderung wird für Printerzeugnisse in den Volksgruppensprachen insofern erleichtert, als Voraussetzungen bezüglich der Mindestauflagezahl und der Beschäftigung von hauptamtlichen Redakteuren außer Kraft gesetzt sind. Insgesamt beträgt die Presse- und Publizistikförderung für alle sechs Volksgruppen ca. 100.000 Euro pro Jahr – eine äußerst geringe Summe, wenn man bedenkt, dass Publikationen in sechs verschiedenen Volksgruppensprachen gefördert werden sollten. Die Gesamtsumme für die Volksgruppenzeitungen bleibt hinter jener zurück, die für einzelne große Tageszeitungen wie etwa die Neue Kronenzeitung ausgegeben werden. Angesichts steigender Produktions- und Portokosten haben selbst die von Minderheitenverbänden herausgegebenen etablierten Printmedien mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Während der letzten Jahre mussten die seit den 1940er Jahren bestehenden slowenischen Wochenzeitungen *Naš tednik* und *Slovenski vestnik* immer wieder ihren Umfang reduzieren und Mitarbeiter entlassen. 2003 haben die Wochenzeitungen ihr Erscheinen eingestellt, es erscheint nun nur mehr eine einzige

1. Bericht der Republik Österreich zum Rahmenschutzabkommen (2000) 27 f.

Wochenzeitung unter dem Titel Novice. Noch prekärer ist die Situation in den elektronischen Medien, da es in diesem Bereich keine gesetzlichen Regelungen gibt. Seit mehreren Jahren wird in Österreich eine Neuordnung der Presse- und Publizistikförderung und deren Ausweitung auf andere Medien als Printmedien diskutiert. Als Vorbild dienen hier Modelle, wie sie in anderen europäischen Ländern bereits Anwendung finden. Gebührensplittungs- oder Ausgleichsfondsmodelle gehen davon aus, dass private Medien einerseits zur Vielfalt beitragen und andererseits Aufgaben übernehmen, die im öffentlichen Interesse stehen, aber von den öffentlich-rechtlichen Medien nicht im notwendigen Ausmaß wahrgenommen werden.

Die Schweiz hat ein Förderungsmodell des Gebührensplittings eingeführt, bei dem ein geringer Teil (derzeit knapp unter 1 %) jener Einnahmen, die aus den Rundfunk- und Fernsehgebühren erwachsen, zur Unterstützung privater Rundfunk- und Fernsehanbieter verwendet werden. Ursprünglich war dies hauptsächlich dazu gedacht, kommerzielle Radiostationen in Berg- und Randregionen, in welchen kein genügendes Werbeaufkommen zur Finanzierung eines eigenständigen Lokalprogramms generiert werden kann, zu fördern. Später wurde es auf die werbefreien bzw. auf die »schwach kommerziellen« Privatradiostationen, die ein »Kontrastprogramm« in den größeren Agglomerationen senden, erweitert. Kriterien für die Förderungsvergabe und die Höhe der Förderung sind Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen sowie spezielle Programmleistungen. Dazu zählen Sendegefäße für spezielle Publikumssegmente (fremdsprachige Sendungen sowie Sendungen, die von Jugendlichen oder älteren Menschen produziert werden). Ein ähnliches Modell des Gebührensplittings kommt auch in Deutschland zur Anwendung, nur gibt es hier keine expliziten Bestimmungen zur Förderung von »fremdsprachigen Programmen« wie in der Schweiz. De facto kommen aber die Förderungen aus dem Gebührensplittung den Offenen Kanälen und den Privatmedien zugute, die sich der Mehrsprachigkeit geöffnet haben (Buchholz 2002). In Frankreich wird ein Ausgleichsfonds aus einem Promillesatz der Werbeeinnahmen kommerzieller Medien gespeist und an private Medien umverteilt, die regionalspezifische Programme mit hohem Wortanteil senden.

Die Schweiz hat darüber hinaus ein Instrument entwickelt, das die Medienarbeit in rätoromanischer Sprache wesentlich erleichtert. Eine eigene rätoromanische Presseagentur (Agentura da Novitads Rumantscha ANR) wird weitgehend von öffentlicher Hand finanziert. Die einzelnen Medien können dadurch auch auf Texte in der kleinsten der vier Landessprachen zurückgreifen, ein wesentlicher Teil der Übersetzungs- und Terminologieentwicklung wird von den Presseagenturen geleistet. Davon profitieren sowohl private Print- und Audiomedien, darunter die rätoromanische Tageszeitung La Quotidiana mit einer Auflage von 5.800 Stück (Blum/Ochsner 2003: 142), als auch das öffentlich-rechtliche Ganztagsradio und die rätoromanischen Fernsehprogramme. Die Presseagentur erleichtert nicht nur rätoromanischen Medien die tägliche Arbeit, sondern motiviert auch Mainstream-Medien, Spalten oder Sendeblocke in rätoromanischer Sprache einzubauen. Mehrere kommerzielle Medien in Graubünden (Radiostationen und Tagespresse) haben regelmäßige rätoromanische Anteile. Die rätoromanische Presseagentur beschränkt sich dabei nicht nur auf lokale Information, die das Leben der rätoromanischen Volksgruppe betrifft, sondern informiert umfassend. Die Schweiz beabsichtigt, den Zugang zu umfassender Information in allen Landessprachen zum Gesetz zu erheben. Im Entwurf für ein neues Sprachengesetz, der im Herbst 2002 in das Vernehmlassungsverfahren gekommen ist, ist (in Artikel 19) die Förderung von Agenturen vorgesehen, die im Auftrag des Bundes zu einer »landesweiten Grundversorgung mit Berichten aus allen Landesteilen, über alle Landesteile und in allen Landessprachen« beitragen.¹

Minderheitensprachen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk am Beispiel des ORF

Die bisher letzte Phase der Ausweitung von Programmen in Minderheitensprachen in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten setzte Mitte der 1990er Jahre ein. In manchen Ländern verläuft sie parallel mit einer Tendenz zur Auslagerung von Programmen in Minderheitensprachen an private Anbieter oder in Nischenkanäle

1. Paritätische Arbeitsgruppe Sprachengesetz Bund und Kantone (2001) Erläuterungen zur Entstehung und Bedeutung des Vorentwurfs für ein Sprachengesetz (SpG), 29. März 2001.

abseits des Mainstream. Diese Tendenz zur Auslagerung dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass sich im Lauf der Zeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen die Vorstellung von der Rezipientenschaft gewandelt hat. Nachdem in den meisten europäischen Ländern Mitte der 1980er Jahre die Rundfunk- und Fernsehmonopole fielen, drängten kommerzielle Anbieter mit zielgruppenspezifischen Flächenprogrammen auf den Markt. Öffentlich-rechtliche Anbieter waren unter Anpassungsdruck im wirtschaftlich enger werdenden Markt. Stand in der Anfangszeit der Informations- und Bildungsauftrag im Vordergrund, so ist es heute zunehmend eine kommerziell orientierte Vorstellung, Massenpublika mit Spartenprogrammen zu erreichen. Nischenprogramme in Minderheitensprachen werden als ›Störfaktor‹ im einheitlichen Flächenprogramm wahrgenommen, als potentieller Abschalt- oder Umschaltgrund. Öffentlich-rechtliche Anstalten finanzieren sich meist aus Hörer- und Sehergebühren. In vielen – v. a. kleineren – Staaten reichen diese zum Betrieb nicht aus. In Mischfinanzierungssystemen werden zusätzliche Mittel teils aus staatlichen Zuwendungen, teils aus Werbeeinnahmen lukriert. Damit steht der öffentlich-rechtliche Sektor auf dem Werbemarkt in einem unmittelbaren Konkurrenzverhältnis zu den privaten kommerziellen Anbietern. In größeren Sprachräumen kann diese Konkurrenz beträchtlich sein. Zum Beispiel sind im deutschsprachigen Raum derzeit über 30 deutschsprachige Fernsehprogramme via Satellit zu empfangen. Programme in Minderheitensprachen sind für den ›großen‹ Werbemarkt nicht attraktiv. In der Konkurrenz mit den kommerziellen Radio- und Fernsehangeboten regiert die Einschaltquote. Welche Haushalte an der Einschaltquotenerhebung beteiligt sind, gehört zu den bestgehüteten Geheimnissen der Anstalten. Obwohl gerade in größeren Agglomerationen der Bevölkerungsanteil an Personen, die ihren Lebensalltag in anderen Sprachen als den Staatssprachen bewältigen, beträchtlich ist, wird dieser Aspekt in Reichweitenuntersuchungen kaum berücksichtigt.

In Österreich waren in den vor 2001 erlassenen Rundfunkgesetzen keine expliziten sprachlichen Regelungen enthalten.¹ Im Rahmen der Neufassung des ORF-Gesetzes vom 31. Juli 2001 wurde ein

1. Bundesgesetz über die Aufgaben und die Einrichtung des Österreichischen Rundfunks (Rundfunkgesetz RFG), BGBl 1987/606.

»besonderer Programmauftrag« erlassen, in welchem der ORF verpflichtet wird, für »jene Volksgruppen, für die ein Volksgruppenbeirat besteht«, ein »angemessenes Programm« zu senden.¹ Das betrifft also Programme in Burgenlandkroatisch, Slowenisch, Ungarisch, Romanes, Tschechisch und Slowakisch. Die Sprachen der in Österreich lebenden MigrantInnen werden nicht erwähnt. Um diesem Programmauftrag nachzukommen, kann der ORF auch Kooperationen mit anderen (privaten) Anbietern eingehen. Damit verwischen sich die Trennlinien zwischen dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Sektor. Das Gesetz beinhaltet im Abschnitt »Besondere Aufträge« die Verpflichtung, die Informationssendungen des Fernsehens »nach Maßgabe der technischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Tragbarkeit« so zu gestalten, dass »gehörlosen und gehörschwachen Menschen das Verfolgen der Sendungen erleichtert wird«. Nach dem ORF-Gesetz vom Juli 2001 soll das dritte österreichweit empfangbare Hörfunkprogramm »in seinem Wortanteil vorwiegend fremdsprachig« sein. Gemeint ist damit das Hörfunkprogramm FM 4, »fremdsprachig« bedeutet in der Praxis Englisch. Während das Bundesgesetz von 1987 noch die Betreuung eines Auslandsdienstes vorsah, überlässt es das Bundesgesetz von 2001 dem ORF, ob er einen Auslandsdienst betreibt und in welchen Sprachen die internationale Medienpräsenz auf Kurzwelle und Mittelwelle erfolgen soll.

Das in den 1970er und 1980er Jahren erkämpfte Sendeausmaß in den Regionalprogrammen des ORF ist im Wesentlichen bis heute gleich geblieben, Ausweitungen finden derzeit eher in Form von Auslagerungen statt. Im Kärntner Regionalprogramm wird Slowenisch im Ausmaß von ca. 50 Minuten täglich gesendet. Dazu kommen wöchentlich zweisprachige (Deutsch und Slowenisch) bzw. dreisprachige (Deutsch, Slowenisch, Italienisch) Magazinsendungen mit einem überwiegenden deutschsprachigen Wortanteil. Studio Burgenland hat eine tägliche kroatische Sendeleiste von 40 Minuten, zusätzlich wird an die Mittagsnachrichten ein kroatischer Sendeblock angehängt bzw. den Abendnachrichten ein ungarischer Nachrichtenblock vorangestellt. Dazu kommen wöchentlich eine halbstündige ungarische Magazinsendung und eine einstündi-

1. Bundesgesetz über den Österreichischen Rundfunk (ORF-Gesetz) 2001 BGBl I Nr. 83, §5, 31. 7. 2001.

ge zweisprachige Sendung (Ungarisch, Kroatisch). Im Januar 2003 kam eine wöchentliche 15-minütige Sendung in Roman, der im Burgenland gesprochenen Romani-Varietät, dazu. Die Landesstudios in Kärnten und im Burgenland verfolgen eine unterschiedliche Politik: Während in Kärnten die slowenischen Sendungen auf eine kompakte Sendeleiste, auf eine Nische im Vorabendprogramm beschränkt sind, teilt das burgenländische Regionalradio die kroatischen und ungarischen Sendeblocke in mehrere Einheiten über den Tag auf. Damit sind Volksgruppensprachen auch zur ›guten‹ Sendezeit am Mittag präsent.

Die Auseinandersetzung um zeitlich günstige Sendeplätze für Sendungen in Minderheitensprachen zieht sich wie ein roter Faden durch die ORF-Geschichte. Interessant ist, dass zwei- und mehrsprachige Sendungen in den letzten Jahren eine steigende Tendenz aufweisen. Es muss allerdings festgehalten werden, dass mehrsprachige Sendungen zu einer Uhrzeit gebracht werden, in der die Hörerzahlen niedrig sind.

In den Regionalprogrammen des Fernsehens bietet der ORF in slowenischer und in kroatischer Sprache seit 1989 wöchentlich ein halbstündiges Magazinprogramm, das v. a. minderheitenspezifische Themen behandelt. Seit 2002 gibt es vier Mal jährlich im burgenländischen Regionalprogramm ein dreisprachiges Magazin (Ungarisch, Kroatisch, Deutsch) und sechs Mal jährlich eine Magazinsendung in ungarischer Sprache. Im Gegensatz zu anderen Ländern werden in Österreich Untertitel nicht eingesetzt, um Sendungen in Minderheitensprachen dem deutschsprachigen Publikum zugänglich zu machen oder Lernende zu unterstützen. Die Minderheitenredaktionen im ORF lehnten zum Zeitpunkt der Einführung der Fernsehprogramme eine Untertitelung der Magazinsendungen in den Volksgruppensprachen ab, weil sie einerseits befürchteten, damit dem Deutschen Vorschub zu leisten, und andererseits in der Untertitelung eine Beeinträchtigung des Bildes sahen. Obwohl die TV-Präsenz letztlich eher symbolischen Charakter aufweist, sollte die Bedeutung, dass Minderheitensprachen im ›Prestigemedium‹ Fernsehen präsent sind, nicht unterschätzt werden. Das Publikum der ORF-Sendungen in den Volksgruppensprachen reicht weit über den Kreis von Personen hinaus, der Printmedien in diesen Sprachen regelmäßig liest, und sogar über jenen, der bei Volkszählun-

gen angibt, Minderheitensprachen zu sprechen. In Situationen wie in Kärnten, wo der Bekenntnisdruck groß ist, erlauben audio- und audiovisuelle Medien, die im Gegensatz zu Printmedien die Anonymität des Empfangs zulassen, einen Kontakt mit der Minderheitensprache, der sich der gesellschaftlichen Kontrolle entzieht. Für viele SprecherInnen der Minderheitensprachen stellen sie oft den einzigen Kontakt mit der Minderheitensprache dar (Busch 1999: 222).

Die bisher nicht erwähnten österreichischen Volksgruppensprachen, also Slowakisch und Tschechisch sind nur am Mittelwellenradio 1476 des ORF präsent und nicht in den entsprechenden Regionalprogrammen in Wien und in Niederösterreich. Radio 1476 wurde 1997 als ›Experimentierfläche‹ eingeführt. Redaktionell funktioniert es eher wie ein Bürgerradio, d. h. dass der ORF die Sendeeinrichtungen und eine Koordinationsstelle zur Verfügung stellt, das Programm wird von verschiedenen Gruppen – ähnlich wie in den freien Privatradios – in Eigenregie und meist unentgeltlich produziert. Die Programme sind also eher eine freiwillige Leistung der ProgrammacherInnen als ein öffentlich-rechtliches Service. Die Programmfluktuation bei 1476 ist relativ groß. Standen anfangs Sendungen für den Balkanraum und das Wiener Lokalradio im Mittelpunkt, so ist seit Sommer 2003 eine deutliche Schwerpunktsetzung bei Programmen in Volksgruppensprachen zu verzeichnen. Teilweise handelt es sich dabei um Sendungen, die aus den Regionalprogrammen des ORF übernommen werden, zu einem geringeren Teil um solche, die, wie die tschechische und slowakische Sendung, von unabhängigen Gruppen produziert werden. Damit sind Sendungen in Volksgruppensprachen zwar österreichweit zu empfangen, allerdings unterliegen auf Mittelwelle gesendete Programme beträchtlichen Schwankungen hinsichtlich der Empfangsqualität und werden in der Regel nur von Radiobegeisterten gehört.

Auslagerung und Vereinnahmung: zwischen öffentlich und privat

Das ORF-Gesetz von 2001 erlaubt dem ORF zur Erfüllung seines Programmauftrags in Bezug auf Minderheitensprachen auch die Kooperation mit privaten Anbietern. Eine solche Kooperation kam mit Radio dva in Kärnten zustande. Die Wurzeln von Radio dva gehen einerseits auf die langjährigen Forderungen der Kärntner Slowenen nach einem Ganztagsradioprogramm im ORF zurück und

andererseits auf die Aufhebung des Radiomonopols und die Zulassung von Privatsendern. 1989 reichte der zweisprachige Verein AGORA bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Strasbourg Beschwerde gegen die Republik Österreich ein. Beschwerdegrund war die Verweigerung einer Lizenzerteilung für eine zweisprachige Radiostation in Kärnten. Mehrere Beschwerden gegen das Radiomonopol in Österreich wurden in Strasbourg zu einem Verfahren zusammengefasst, dessen Urteil, welches das Ende des Monopols besiegelte, ausdrücklich festhält, dass Rechte und Bedürfnisse eines spezifischen Publikums – gemeint waren damit auch sprachliche Minderheiten – berücksichtigt werden müssen.¹ Zuvor und parallel mit dem europäischen Verfahren hatte AGORA mit zweisprachigen Sendungen begonnen, die einmal wöchentlich von Italien aus ausgestrahlt wurden. Als Ende der 1990er Jahre ein Privatradiogesetz zustande kommt, wird dem Verein AGORA, der ein nichtkommerzielles zweisprachiges Programm anstrebt, und der Korotan Radio Gesellschaft, die ein kommerzielles Programm für die slowenische Volksgruppe als Ziel nennt, eine gemeinsame Frequenz zugesprochen. Über den Volksgruppenbeirat im Bundeskanzleramt wird den beiden Radiostationen eine Startförderung zugewährt, doch mit dem Regierungswechsel wird die Förderung im Jahr 2000 empfindlich gekürzt und 2001 gestrichen. Beide Radios stehen vor dem Aus und beginnen mit dem ORF über Kooperationen zu verhandeln. Zunächst kommt eine gemeinsame Redaktion aller drei Anbieter zustande, in der der ORF die Chefredaktion stellt. Die Kooperation beschränkt sich auf die ›guten‹ Sendezeiten, in den Abendstunden führt AGORA ein Alternativprogramm weiter. Verträge können jedoch immer nur für kurze Zeiträume geschlossen werden, Unsicherheit über Verlängerungen bestimmt somit den Arbeitsalltag. In den aktuellen Verhandlungen zwischen den Radioanbietern strebt der ORF an, Sendezeit von den Privatanbietern zu mieten und ein eigenes Programm zu erstellen, wobei die ›schwächeren‹ Abend- und Nachtstunden weiter von den Privaten gestaltet werden sollen. Im Gegenzug soll die slowenische Sendung aus dem Regionalprogramm des ORF entfernt werden. Für den ORF hätte das den Vorteil, dass ein durchgehendes Flächen-

1. European Court of Human Rights: Case of Informationsverein Lentia and others v. Austria (36/1992/381/455-459). Strasbourg, 24. 11. 1993.

programm auf Ö Regional gesendet werden könnte und die für Werbeeinschaltungen relativ attraktive Sendezeit nun nicht mehr ausfiele.

Die strukturellen Änderungen bei Radio AGORA gehen mit deutlichen Veränderungen in der sprachlichen Gestaltung einher. In der ersten Phase verstand sich AGORA als ein Alternativmedium, als ein Forum für jene Stimmen, die in der nationalen Öffentlichkeit nicht zu hören sind. Alternativmedien¹ positionieren sich nicht nur durch ihre Inhalte, also dadurch, dass sie unterdrücktes und verdrängtes Wissen an die Öffentlichkeit bringen wollen, sondern auch durch die Art, wie sie das tun. Die Betonung liegt auf einer dialogischen Form der Kommunikation. Das kommt in den Sendeformaten zum Ausdruck, wo (Live-)Diskussionen und dialogischer Moderation der Vorzug gegeben wird, aber auch im Bestreben, die Trennung zwischen Produzenten und Rezipienten zu überwinden, indem Hörerinnen und Hörer zu einer aktiven Beteiligung, zu Anrufen oder zur Teilnahme an Sendungen im Studio, ermuntert werden. Ziel ist, sich einer Situation anzunähern, in der ›der Andere‹ sich selbst repräsentiert, in der die Heterogenität der Stimmen von ›authentischen Informanten‹ nicht in ihrer Komplexität reduziert wird. In diesem Sinn sind Alternativmedientexte vielfach heteroglossisch. Dieses Konzept von Kommunikation bestimmt auch die Organisationsform und die sozialen Beziehungen, die in der Kommunikation strukturiert werden (Atton 2002: 9). Die Vorstellung von der Rezipientenschaft wird bestimmt durch die Vorstellung von einem aktiven Adressaten, der an sozialer Aktion und medialer Produktion partizipiert, es ist keine Vorstellung von einer homogenen Zielgruppe oder von einem Konsumenten, der unterhalten werden soll. Freie Radios verstehen sich eher als Einschalttradios denn als Begleitmedium. Die Rolle des Experten, des durch formelle Bildung geschulten Professionellen, wird in Frage gestellt, während die des Autodidakten, der seine Fertigkeiten und sein Wissen informell durch kollektives Experimentieren und Eigenreflexion erwirbt, aufgewertet wird (Atton 2002: 153).

In der Anfangszeit von AGORA, v. a. in den Sendungen, die von Italien ausgestrahlt wurden, dominierte dieses Selbstverständnis als

1. Atton (2002) bespricht ausführlich verschiedene Definitionen von Alternativmedien, ich stütze mich hier auf seinen Zugang.

Alternativmedium.¹ Die Radioinitiative war eng verbunden mit den sozialen Bewegungen und insbesondere mit dem Kreis, der sich für die Förderung der zweisprachigen Bildung einsetzte. Dem entsprechend kam der Suche nach zweisprachigen Sendeformen eine besondere Bedeutung zu. Da es kaum Modelle gab, auf welche man sich hätte stützen können, entwickelten sich Strategien im Umgang mit der Mehrsprachigkeit vorwiegend durch die Praxis. Folgende Leitlinien waren bestimmend: Man konnte davon ausgehen, dass Slowenischsprachige durchwegs zweisprachig waren, während unter Deutschsprachigen – trotz Sympathie ›für die slowenische Sache‹ – meist nicht einmal passive Kenntnisse des Slowenischen vorausgesetzt werden konnten. Es galt also eine Form zu finden, die für Zweisprachige nicht allzu redundant und damit langweilig klingt, und die den Nur-Deutschsprachigen dennoch erlaubt, an der Kommunikation teilzuhaben. Eine durchgehende integrale Übersetzung der Beiträge schied daher aus. Die slowenische Sprache sollte nicht nur symbolisch in phatischen Äußerungen wie Grußformeln präsent sein. Man wollte sich deutlich von der zu besonderen Gelegenheiten geübten Praxis abgrenzen, slowenische Begrüßungsformeln bei öffentlichen Veranstaltungen zu benutzen, wenn die slowenischsprachige Bevölkerung in ihrer Qualität als ethnische Gruppe angesprochen werden sollte, um dann für den Rest der Rede zur deutschen Sprache zu wechseln.² Die slowenische Sprache sollte ebenso wie die deutsche als ›vollwertige‹ Kommunikationssprache präsent sein. Die Strategie, die von den GestalterInnen entwickelt wurde, könnte als eine Strategie des Reframing, des sprachlichen Brückenbaus bezeichnet werden. Aussagen in der einen Sprache werden nur in Ausnahmefällen, also wenn es auf Präzision ankommt, übersetzt. Meist wird der Inhalt in einer etwas anderen Form, gekürzt oder auch elaboriert, in der anderen Sprache wiedergegeben, wie im folgenden Beispiel ersichtlich:

1. Die Analyse schöpft aus meinen eigenen Erfahrungen, die ich mit regelmäßigen Sendungen auf Radio AGORA gemacht habe.
2. Obwohl diese Praxis von vielen als Fortschritt empfunden und als Geste zur Aufwertung des Slowenischen gewertet wird, sollte nicht vergessen werden, dass mit dieser Geste nur der Übergang zur anerkannten Sprache für offizielle Diskurse, nämlich der Deutschen, legitimiert wird. Bourdieu (1982: 46 f.) spricht, bezogen auf das Beispiel eines Präfekten, der sich bei einem offiziellen Anlass auch in Bearnesisch an das Publikum wendet, von einer »Strategie der Herablassung«, die sprachliche Hierarchien zwar symbolisch negiert, sie in Wirklichkeit aber unangetastet lässt.

2.1 Empirische Untersuchung: Westeuropa

- W: Radio Študent hat ein Musikprogramm vorbereitet. (...) [Musik]
M: Tako torej jug Jugoslavije. (xxx). Zdaj od juga Jugoslavije na sever Jugoslavije oz. severovzhod. To so Beltinška Banda. Kaj so/ kaj so Vesna?¹
V: Oni so iz Prekmurja. Pri njih je zanimivo, da igrajo glasbo ciganov.²
W: Jetzt gehen wir vom Süden Jugoslawiens in den Norden und zwar in die Gegend von Prekmurje und wir werden eine Gruppe vorstellen, Joža, wie heißt sie?
J: Die Gruppe heißt, Moment einmal/- Beltinška banda. Banda ist die Bezeichnung für Zigeunerband. Vielleicht sollten wir über Prekmurje einige Worte sagen. Das ist das nordöstliche Gebiet Sloweniens an der Grenze zu Ungarn. Und ich hab hier im Beipackzettel dieser Kassette einige Angaben zu diesem Land. (...) Ethnisch gemischt und ein Schmelztiegel verschiedener Kulturen. Schwere Lebensbedingungen hatten viele daheim, das hatte viel Auswanderungen in die Fremde zur Folge. Trotz der Kultureinflüsse von verschiedenen Seiten ist es dem Volkslied gelungen, seine Ursprünglichkeit zu erhalten. (...)
V: Še nekaj je verjetno treba povedat o kaseti/³
S: Nastala je v koprodukciji radia Študent in kaj še/ in druge godbe⁴
V: Druga godba je pomladanski festival za skupine.⁵ (...) [Es folgt eine Beschreibung des Festivals in Ljubljana und der damit verbundenen Musikkassettenproduktion, die in deutscher Sprache nur zusammenfassend wiedergegeben wird.]⁶

Die erste Passage wird für den deutschsprachigen Hörer, bei dem man Hintergrundwissen über Prekmurje nicht voraussetzen kann, ausgebaut. In der zweiten Passage, die eine gewisse Vertrautheit mit slowenischer Musik voraussetzt, wird für den deutschsprachigen Hörer nur zusammenfassend übersetzt.

Die zweisprachige Gestaltung stößt bei HörerInnen auf heftige emotionale Reaktionen, sie wird ebenso entschieden als ›Mischmasch‹ kritisiert wie begrüßt. Für viele Slowenischsprachige ist es äußerst ungewohnt, am Mikrofon slowenisch zu sprechen, wie die folgende Sequenz, in der sich ein Anrufer zu Wort meldet, zeigt:

- M: Radio Ufo ist mir sehr willkommen. Im Slovenski vestnik, drugačni radio na valovih 100,5/ hab ich gelesen und habs sofort empfangen. Nur teilweise ist das noch nicht richtig. Ich weiß, ihr seid Anfänger, so wie ich, ich hab auch mal mit meiner Schneiderei angefangen. Eh/eh/--
H: Sie können auch slowenisch reden.
M: Ja, ah, verstehen Sie mich?
H: Ja! Ja!
M: A, sie verstehen Slowenisch?

1. Übersetzung: Das war also der Süden Jugoslawiens. (xxx) Jetzt vom Süden Jugoslawiens in den Norden Jugoslawiens bzw. in den Nordosten. Das ist die Beltinška Banda. Das ist/ was ist das Vesna?
2. Übersetzung: Sie sind aus Prekmurje. Bei ihnen ist interessant, dass sie die Musik der Zigeuner spielen.
3. Übersetzung: Noch etwas sollte man vielleicht über die Kassette erzählen/
4. Übersetzung: sie ist in Zusammenarbeit mit Radio Študent entstanden und was noch/ und druga godba
5. Übersetzung: Druga godba ist ein Frühjahrsfestival für Gruppen (...)
6. Drugačni Radio, Zusammenschnitt von einer Woche freien Radios, Archivkassette (1989).

- H: Mhm.
 M: Jaz sem na (xxx) doma/ ja soll i hamisch reden?
 H: Ja, ja.
 M: Jaz sam v (xxxx) doma, občina pri Bilčovsu. Mene zlo veseli, da' (...) [Weiter in der slowenischen Umgangssprache.]

Die Präsenz der slowenischen Umgangssprache ist ein Novum im Kärntner Äther, denn in den Sendungen des ORF wird entweder die Standardsprache verwendet oder, wenn Dialekt gesprochen wird, so soll es der ›reine‹, ›unverfälschte‹ Dialekt sein (Busch 1999: 232 f.). Die Wahl der GesprächspartnerInnen entspricht im ORF weitgehend dem NORM-Sprecher in der Dialektologie (non-mobile, older, rural, male) (Chambers/Trudgill 1980: 33).

Nach der Lizenzerteilung im Jahr 1997 definiert sich AGORA zwar noch als Bürgerradio und legt Wert auf eine breite Beteiligung. Von Seiten der österreichischen Behörden wird es in der Lizenzerteilung und in der Förderung als Volksgruppenradio eingestuft, von dem man eine Professionalisierung erwartet. In den Abendstunden wird weiter von unabhängigen Gruppen in der Tradition der freien Radios ein Alternativprogramm gestaltet, untertags hingegen ein professionelles Programm, das sich v. a. an die slowenische Volksgruppe wendet. Der Anspruch, eine Schnittstelle zu bieten, wird zwar aufrecht erhalten, und weiterhin wird Wert auf eine überwiegend zweisprachige Gestaltung gelegt, doch erfährt die Art des Umgangs mit der Zweisprachigkeit im Lauf der Jahre eine Transformation. Während anfangs auch Deutschsprachige fallweise trotz Akzent und ›Fehlern‹ slowenisch sprechen und in einigen Jugendsendungen Jargon zugelassen wird, werden im Zuge der Kooperation mit dem ORF stärker auch dessen (implizite) sprachliche Regeln übernommen.² Untertags, wenn der ORF mitverantwortlich zeichnet, werden nur mehr einsprachige slowenische Sendungen ausgestrahlt, das zweisprachige Programm wird auf die Randstunden zurückgedrängt. Vor allem im Slowenischen wird großer Wert auf sprachliche ›Korrektheit‹ gelegt. AGORA stellt JournalistInnen aus Slowenien an und schickt slowenischsprachige MitarbeiterInnen zu Kursen nach Slowenien. Durch die enge finanzielle Situation wer-

1. Übersetzung: Ich bin in (xxx) zu Hause, eine Gemeinde in der Nähe von Ludmannsdorf. Es freut mich, dass (...)
2. Die folgenden Beobachtungen stützen sich auf eine Reihe von Sendungen, die in der letzten Augustwoche 2002 gesendet wurden.

den Live-Sendungen mit zwei ModeratorInnen seltener, eine einzige Person muss also den deutschsprachigen und den slowenischen Part übernehmen. Ein Teil des Programms wird von Praktikanten bestritten, die teils aus Kärnten, teils aus Slowenien zu AGORA kommen. Oft wird der slowenische Part von aus Slowenien stammenden Praktikanten übernommen, während sich Zweisprachige aus Kärnten auf den deutschsprachigen konzentrieren. Da in der Redaktion von AGORA nicht alle zweisprachig sind, stellen sich spezifische Probleme. Zweisprachige Programme werden häufig im Studio vorbereitet und nicht live gesendet. Die Zusammenfassung in der anderen Sprache wird nachträglich schriftlich erstellt, verlesen und -hineinmontiert-. Das führt einerseits dazu, dass der zusammengefasste Text näher an der Schriftsprache ist und andererseits, dass zunehmend die oben beschriebene Strategie des Reframing durch eine routinemäßige Zusammenfassung oder Inhaltsangabe ersetzt wird. Sprachliches Experimentieren findet zwar noch teilweise in den Abendstunden statt, insgesamt aber hat sich die Vielstimmigkeit verengt und zwar auf allen drei von Bakhtin (Todorov 1984: 56) beschriebenen Ebenen: die der Heterologie (*raznorečje*), also der Diversität von Diskurstypen, die der Heteroglossie (*raznojazyčje*), also der Diversität von Sprache(n), und die der Heterophonie (*raznoglossie*), also der Diversität von individuellen Stimmen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kooperation zwischen der öffentlich-rechtlichen Anstalt ORF und den privaten Anbietern in Kärnten tendenziell das Modell der getrennten Sendeflächen für verschiedene Sprachen verstärkt. Und zwar sowohl beim ORF selbst, der seine einsprachig slowenischen Programme an eine andere Frequenz auslagern und damit ein werbefreundliches deutschsprachiges Flächenprogramm mit kleinen anderssprachigen Einsprengseln senden kann, als auch bei AGORA, das von einem durchgehend zweisprachigen Konzept abgegangen ist. Für die MitarbeiterInnen der privaten Sender bedeutet die Kooperation mit dem ORF zwar eine Chance für den Weiterbestand des Radios, allerdings bedingt durch die ständige vertragliche Unsicherheit unter prekarierten Arbeitsverhältnissen. Es besteht im Medienbereich die Gefahr, dass durch die finanzielle Verknappung – ähnlich wie in anderen Bereichen – eine Fokussierung auf die so genannten Kernschichten erfolgt und Randschichten ausgeschlossen werden.

Seit den 1980er Jahren steigen die Anmeldezahlen zum Slowenischunterricht in den Kärntner Volksschulen stetig. Im zweisprachigen Gebiet sind im Schuljahr 2002/03 bereits knapp ein Drittel der SchülerInnen zum zweisprachigen Unterricht angemeldet. Das weist darauf hin, dass es unter der deutschsprachigen Bevölkerung eine wachsende Offenheit gegenüber der slowenischen Sprache gibt. Im Medienbereich wird dieser Entwicklung nur noch in Randbereichen Rechnung getragen, Slowenischlernende zählen nicht zur Zielgruppe der Sendungen des ORF.

Multimodalität im Dienst der sprachlichen Öffnung: Der walisische TV-Sender S4C¹

Eine Strategie, die solchen ›Randschichten‹ Beachtung zollt, wählt dagegen der walisische Fernsehsender S4C. Das walisischsprachige Mediensystem wird als zentraler Faktor in der Wiederbelebung der walisischen Sprache gesehen (Williams 2001: 70; Grin/Vaillancourt 1999). Im Mittelpunkt dieser offensiven Politik steht dabei der 1982 gegründete Fernsehsender S4C (Sianel Pedwar Cymru), der ca. 34 Stunden walisischsprachiges Programm wöchentlich für die ca. 590.000 SprecherInnen des Walisischen anbietet (Williams 2001: 59). Den sprachenplanerischen Erfolg von S4C führen Grin/Vaillancourt (1999) u. a. darauf zurück, dass es nicht nur seitens der walisischen Sprachenbewegung eine prononcierte Nachfrage gegeben hat, sondern dass auch die öffentliche Hand mit ausreichenden Zuwendungen reagiert hat. 3,2 % der Sehergebühren gehen an den S4C, der damit nicht allein vom Markt abhängig ist. Das hat dem Sender erlaubt, nicht nur ein Minimalprogramm zu produzieren, sondern auch in innovative und populäre Produkte zu investieren. Es haftet ihm daher nicht das Image der Traditionspflege an, so dass er sich zu einem Kristallisationspunkt für eine aufstrebende und exportorientierte Medien- und Filmindustrie entwickeln konnte, in der ca. 3.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. S4C wird als Bestandteil des Medienspektrums in Wales anerkannt und auch von Nichtwalisischsprachigen geschätzt.

1. In diesem Abschnitt stütze ich mich nicht nur auf Sekundärliteratur, sondern auch auf eine Reihe von Interviews, die ich anlässlich einer vom EBLUL organisierten Studienreise im Jahr 1999 durchführen konnte.

In der Vorstellung von der Rezipientenschaft bewegt sich das S4C Management zwischen der traditionellen Public service-Mission und der Konsumentenorientierung. Huw Jones, der Direktor von S4C, betonte im Interview¹, er gehe nicht davon aus, dass die Seher S4C sähen, weil es ein walisischsprachiges Programm sei, vielmehr wollten sie zappen und wählen. Nachdem alle Walisischsprachigen zweisprachig sind, gibt es keine Zugangsbarrieren zu englischsprachigen Programmen, vielmehr wird S4C dann bevorzugt, wenn Seher den walisischen »Anteil ihrer Identität repräsentiert sehen wollen«. Da S4C der einzige walisischsprachige Kanal ist, muss er für alle Altersgruppen, sozialen Schichten und geographischen Regionen etwas bieten. Als besonders wichtig stuft der Direktor die selbstproduzierten Unterhaltungsserien sowie Programme mit Publikumsbeteiligung ein. In den walisischsprachigen Seifenoperen, die seit mehreren Jahrzehnten produziert werden und mittlerweile sowohl als Konzept als auch als Übersetzung des Originals über Wales hinaus bekannt sind, wird Wert auf sprachliche Vielfalt gelegt. So spielt eine der Serien zwar in einem westwalisischen Dorf, es sind aber auch Personen aus anderen Regionen, die ihre sprachlichen Besonderheiten mitbringen, dabei. Die Serie *Pam fi dew*, die sich mit Fotobüchern und anderen Merchandising-Produkten zu einem Multimediaprodukt entwickelt hat, hat eine Schule zum Schauplatz. Die SchülerInnen sprechen ihren Jargon, Code-switching und Sprachspielereien sind hier erlaubt. In Sendungen mit Publikumsbeteiligung sind auch Walisischlernende gern gesehene Gäste, Kritik an mangelnder Sprachkompetenz kommt laut Huw Jones dabei nicht auf.

Die Öffnung der S4C-Programme für Englischsprachige und Walisischlernende wird durch die Ausnutzung der multimodalen Möglichkeiten, die das Fernsehen bietet, durch eine wohlgedachte Politik der Untertitelung erreicht. Zwei Sorten von Untertiteln sind über Teletext zuschaltbar: Über einen Kanal ist es die englische Übersetzung, über den anderen sind es walisischsprachige Titel für Lernende. Für diese wird die Sprache in den Untertiteln vereinfacht und der Text um ca. 50 % reduziert, weil man davon ausgeht, dass Lernende Untertitel in der Zielsprache nicht mit dersel-

1. Interview mit Huw Jones, 19. 4. 1999.

ben Geschwindigkeit lesen können wie Untertitel in einer Sprache, die sie gut beherrschen. Unbekannte Wörter, technische Termini, komplexe Ausdrücke werden in englischer Sprache in andersfarbiger Schrift erklärt. Derzeit sind ca. 75 % der walisischen Programme mit Untertiteln versehen. Die Mehrheit der Zuseher fand laut Umfrage des Senders Untertitel hilfreich (Thomas 2000: 121 f.). Dadurch, dass die englische Sprache über das Schriftliche und die walisische Sprache über das Mündliche simultan präsent sein können, wird der (inzwischen häufigen) Situation Rechnung getragen, dass in manchen Haushalten einzelne Familienmitglieder mehrsprachig sind, andere hingegen nicht. Der Aufwand für die Untertitelung ist beträchtlich, denn für eine halbe Stunde Programm benötigt man selbst mit dem eigens von der Universität Bangor hergestellten Computerprogramm noch ca. 10 Stunden Arbeit. Dennoch scheint sich der Aufwand für den Sender zu lohnen.

In einer umfangreichen Broschüre hat S4C seine sprachenpolitischen Leitlinien für die MitarbeiterInnen zusammengefasst.¹ Dies ist insofern interessant, als hier sprachenpolitische Regelungen, die implizit in allen (Minderheiten-)Medien bestehen, explizit formuliert werden. Dabei geht es v. a. um eine Abgrenzung zur dominanten englischen Sprache, aber auch um eine Definition, in welchen Situationen Abweichungen vom walisischen Standard zulässig sind, und um die Frage, wie das Walisische am zielführendsten gefördert werden kann. Der erste Teil der S4C-Richtlinien bezieht sich auf den Gebrauch des Walisischen, der zweite Teil darauf, in welchen Situationen Englisch vorkommen darf. Im Walisischen sollen professionelle Journalisten Wert auf einen »hohen Standard an Korrektheit und Aussprache« legen, Dialekte sollen nur langsam gesprochen vorkommen, Jargon wird mit »kreativem und experimentellem« Sprachgebrauch umschrieben und soll nur in Absprache mit der Redaktion verwendet werden. Der Sprachausbau wird zwar als wichtiges Anliegen des S4C genannt, die MitarbeiterInnen werden jedoch darauf hingewiesen, dass weniger vertraute Wörter nicht in Serie und nicht in Verbindung mit syntaktischen Konstruktionen, die in der gesprochenen Sprache nicht verwendet werden, vorkommen sollen. Das Verstehen soll in dieser Situation

1. Internes Dokument des S4C: Use of the Welsh Language (1998).

durch entsprechendes Bildmaterial gestützt werden. Voice-over-Übersetzungen sollen nicht in einer ›geschriebenen‹ Sprache, sondern in einer der gesprochenen nahen Sprache verfasst sein. In Programmen mit SeherInnenbeteiligung soll zwar sprachliche Hilfe, wie Nennung von Vokabeln, auf Wunsch angeboten werden, es soll jedoch kein Druck ausgeübt werden.

S4C weist darauf hin, dass fallweiser Gebrauch des Englischen sinnvoll sein kann, aber dass der Gebrauch des Englischen auch das Ziel, ein walisisches Programm zu bieten, untergraben kann. In Kinderprogrammen für nichtschulpflichtige Kinder soll grundsätzlich keine andere Sprache als Walisisch verwendet werden. Für Jugendliche ist eine andere Sprache dann zulässig, wenn nichtwalisischsprachige Stars oder Persönlichkeiten eingeladen werden. In Musikvideos und -clips soll vermieden werden, den Anschein zu erwecken, dass eine Zuwendung zum Englischen »the best way of reflecting the excitement of being young« ist. Grundsätzlich geht man davon aus, dass alle WalisischsprecherInnen Englisch verstehen und dass es daher in Programmen für Erwachsene keine Untertitel oder Synchronübersetzungen für englischsprachige Programmteile braucht, eine Zusammenfassung durch einen Kommentator hingegen kann sinnvoll sein, um längere englischsprachige Passagen zu unterbrechen. In Spielfilmen, Serien etc. soll Englisch nicht verwendet werden, um ein »Abbild der Realität« zu geben, sondern nur, wenn es dazu beiträgt, die Gesellschaft besser zu verstehen. Generell sollen große Anstrengungen unternommen werden, um WalisischsprecherInnen für die zu behandelnden Themen zu finden. Ausnahmen gelten für aktuelle Nachrichten- und Magazinprogramme, insbesondere, wenn Schlüsselpersonen oder Zeugen eines Vorfalls nicht Walisisch sprechen oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auftreten. Da ein professionelles Korrespondentennetz zu teuer wäre, haben die Nachrichtenredaktionen des S4C und der BBC-Radioprogramme ein Netz von Walisern im Ausland aufgebaut, die aus gegebenem Anlass direkt in walisischer Sprache kommentieren können. Bemerkenswert an der sprachpolitischen Arbeit des S4C ist zum einen, dass Walisischlernenden mit Hilfestellungen entgegengekommen wird, zum anderen, dass die geforderte sprachliche ›Korrektheit‹ durch differenzierte situative Verhaltensregeln relativiert wird.

Ähnlich offen konzipiert auch die schweizerische rätoromanische Abteilung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ihre Sprachenpolitik.¹ Abendstunden in den Radioprogrammen werden regelmäßig Jugendgruppen zur Verfügung gestellt, wobei keine strikten sprachlichen Auflagen gemacht werden. Im Fernsehen werden die multimodalen Möglichkeiten ausgeschöpft, indem rätoromanische Beiträge, die täglich unmittelbar vor den (deutsch-sprachigen) Bündner Regionalnachrichten gesendet werden, deutsch untertitelt werden. Deutsche Untertitel sind via Teletext auch für die anderen TV-Programme verfügbar. Anders verlief die Entwicklung im Baskenland: Als 1986 das Regionalfernsehen EITB in zwei Kanäle, einen baskischsprachigen und einen spanischsprachigen, geteilt wurde, stellte sich die Frage, ob baskischsprachige Programme weiterhin spanisch untertitelt werden sollten. Obwohl, insbesondere unter der älteren baskischsprachigen Bevölkerung, die ihre Schulbildung in Spanisch absolviert hatte, Untertitel als sehr hilfreich für das Verstehen empfunden wurden, entschloss man sich 1993 zur Abschaffung der Untertitel, weil man einen »vollwertigen baskischen Fernsehkanal wollte« (Larrinaga 2000: 38). Das walisische und das Bündner Beispiel zeigen hingegen, dass durchaus auch in Sprachräumen, in welchen die Praxis der Synchronisation traditionell verankert war, Untertitel in Verbindung mit gesellschaftlich aufgewerteten Minderheitensprachen nicht nur akzeptiert, sondern auch begrüßt werden.

Luxemburg: drei Sprachen – eine Presse

In Luxemburg herrscht die spezifische Situation einer breiten gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit, die auch in den Medien ihren Niederschlag findet. Luxemburg ist europäisch gesehen das einzige Land, in dem seit mehreren Jahrzehnten in den Printmedien mehrere Sprachen (Deutsch, Französisch, Luxemburgisch) in ein und derselben Ausgabe präsent sind. Eine Analyse des Umgangs mit der Mehrsprachigkeit in diesen Printmedien kann Aufschluss darüber geben, wie in »eingespielten« mehrsprachigen Kontexten sprachpolitische Orientierungen erfolgen. An der medialen Mehrspra-

1. Gespräch mit Caspar Stupan, dem langjährigen Direktor der rätoromanischen Abteilung der SRG, 1999.

chigkeit wird weitgehend festgehalten, obwohl seit den 1980er Jahren sprachliche Veränderungen eingetreten sind. Einerseits hat das Luxemburgische durch die stärkere Betonung des Regionalen und durch das Sprachengesetz von 1984, in dem es als dritte Nationalsprache anerkannt wurde, eine Aufwertung erfahren. Andererseits sind ca. 37 % der Einwohner Luxemburgs Migranten, deren Hauptkommunikationssprache Französisch ist.¹

Das Sprachengesetz von 1984 legt Französisch als Sprache der Gesetzgebung fest, im Kontakt mit den Behörden können allerdings alle drei Sprachen gebraucht werden. Grundschulunterricht erfolgt der Regel nach in Deutsch. Französisch und Luxemburgisch werden als Fächer gelehrt. Im Medienbereich sieht das Gesetz keine Regelung vor, staatliche Förderungen können allerdings nur jene Medien erhalten, die in einer oder mehreren der drei Sprachen erscheinen (Kohn 2003: 54). Luxemburgisch ist seit 1959 die Hauptsprache im lokalen öffentlich-rechtlichen Radio und ebenso in den seit 1991 bestehenden täglichen Fernsehnachrichten- und Magazinprogrammen. Im Radio gibt es kürzere Nachrichtensendungen in französischer Sprache, die luxemburgischen Hauptabendnachrichten von Télé Lëtzebuerg sind in einer französischen Übersetzung über den zweiten Stereokanal zu empfangen (Kohn 2003: 62). Seit 1997 erscheinen zwei rein französischsprachige Tageszeitungen, doch ist die Leserschaft mit 14 % Reichweite im Verhältnis zu den traditionellen dreisprachigen Zeitungen gering (Kohn 2003: 56).

Auffallend ist, dass die übrigen Zeitungen – egal welcher politischen Ausrichtung und egal, ob es sich um Tages- oder Wochenzeitungen handelt – eine ähnliche sprachliche Verteilung aufweisen. Eine quantitative Analyse verschiedener Luxemburger Tageszeitungen, die 1988 durchgeführt wurde (Berg 1993 zit. nach Kohn 2003: 57), zeigte, dass im redaktionellen Teil das Deutsche in allen Themenbereichen außer in der Kulturberichterstattung, wo das Verhältnis zum Französischen ca. 1:1 war, dominierte. In den Anzeigen und in der Werbung war das Französische wesentlich stärker vertreten. Luxemburgisch fand sich nur in der Lokalberichterstattung. Diese Aufteilung ist heute noch ähnlich, sie dürfte sich etwas

1. Die Angaben laut EBLUL, <http://www.eurolang.net/State/luxembourg.htm>

zugunsten des Französischen verschoben haben.¹ In welcher Sprache welche Artikel erscheinen, hängt nicht nur, wie in der Studie von 1988 beschrieben, vom Thema ab. Stärker als damals spiegelt sich offenbar heute eine domänenspezifische sprachliche Aufteilung, indem innenpolitische Artikel, die sich auf Administratives und Gesetzliches beziehen, häufig in Französisch erscheinen. Es kommen auch andere Faktoren, wie Verfügbarkeit von Quellen, sprachliche Präferenzen von AutorInnen und Elemente des Audience design, hinzu. In der katholisch konservativen Tageszeitung *Luxemburger Wort* werden im redaktionellen Teil auch bearbeitete Agenturmeldungen je nach Quelle (meist Agence France Presse oder Deutsche Depeschenagentur) in ihrer Originalsprache belassen. In der luxemburger Innenpolitik spielt das Ausgangsmaterial offenbar eine ebenso wichtige Rolle, es sind beide Sprachen vertreten, nur in der Lokalberichterstattung und in kirchlichen Belangen zeigt das Luxemburgische größere Präsenz. Die aus der grünalternativen Bewegung hervorgegangene parteiunabhängige Wochenzeitung *worx* greift nur fallweise auf Agenturmeldungen zurück. Die Quellenabhängigkeit zeigt sich hier dennoch, denn je nachdem, in welcher Sprache eine Pressekonferenz oder eine -meldung gehalten war, erscheint der Artikel auch in dieser Sprache. Es spielen, wie die Chefredakteurin Daniela Weber² angibt, sprachliche Neigungen von AutorInnen eine wichtige Rolle: Nur wenige schreiben mit gleicher Leichtigkeit sowohl in Französisch und in Deutsch, oft ändern sich sprachliche Präferenzen aufgrund biographischer Veränderungen (z. B. Studium im Ausland). Luxemburgisch zu schreiben erfordert größere Anstrengungen, denn »niemand kann richtig schreiben, weil sich die Orthographie mehrfach geändert hat, man muss dann alles korrigieren lassen und das ist sehr aufwendig«. Die Redaktion der *worx* legt Wert auf ein Gleichgewicht zwischen den Sprachen und ist bemüht, bei bestimmten Themen Rücksicht auf Leserinteressen zu nehmen. So werden migrationsspezifische Themen oder Berichte über Frankreich möglichst in französischer Sprache verfasst.

1. Meine Analyse stützt sich auf die Ausgaben des *Luxemburger Wortes* in der Woche vom 6. 4.–13. 4. 2002 und auf die im Monat Mai 2002 erschienenen Ausgaben der Wochenzeitung *worx*.
2. Telefoninterview mit Daniela Weber, Juni 2002.

Auffallend ist auch, dass sowohl im Luxemburger Wort als auch in der *woxx* in den deutschsprachigen Artikeln häufig Begriffe, Satzteile oder ganze Sätze aus den beiden anderen Sprachen aufscheinen, in den französischen hingegen nicht. Das geschieht fast systematisch, wenn es um Begriffe aus dem Rechtswesen geht. So heißt es in einem Artikel über Akteneinsicht im Luxemburger Wort: »Laut Strafprozessordnung stehe einem Betroffenen (›intéressé‹) wohl das Recht zu ...« (6. 4. 2002, S. 3) oder in einem über das Schulwesen: »... so bedauerlich ist es, dass die Lernobjektive nach elfeinhalb Jahren noch nicht festgelegt sind und Luxemburgisch trotz ›gravité‹ nicht Pflichtfach geworden ist ...« (6. 4. 2002, S. 23). Vor Code-switching herrscht auch sonst keine Scheu. In der Rubrik *Commerce/Gastronomie* findet sich in derselben Zeitung (6. 4. 2002, S. 21) ein Artikel »Lob des Spargels«:

Apropos Geschmack zitieren wir wie so oft unser Universalwerk ›les doigts d'or Cuisine‹ mit dem Urteil: ›L'asperge violette est probablement la plus fine.‹ Nach unserer unmaßgeblichen Auffassung durchaus eine ›affaire de goût‹.

Selbst in lokalpatriotisch angehauchten Leserbriefen findet sich die friedliche Koexistenz der drei Sprachen, so auch in einem Leserbrief (6. 4. 2002, S. 22) im Luxemburger Wort zu einer lokalen Veranstaltung:

Trotz aller Weltoffenheit der Europa-Stadt Luxemburg muss doch noch etwas an eigener Folklore bleiben, die auch Ausländern als typisch auffallen muss. L'Europe des patries. Mir wëlle bleiwe wat mir sinn!

Auch wenn das Luxemburger Beispiel auf europäischer Ebene eine Ausnahme darstellt, so zeigt es doch, dass auch mehrsprachige Printmedien in einer Gesellschaft, wo Mehrsprachigkeit geteilt wird, etwas Selbstverständliches sein können. Argumente, wie mangelnde Leserfreundlichkeit oder technische Schwierigkeiten, die oft vorgebracht werden, um einen monolingualen Habitus von Printmedien zu rechtfertigen, werden durch dieses Beispiel entkräftet.

Biel/Bienne: Zweisprachigkeit als kommerzieller Erfolg

In der zweisprachigen Schweizer Stadt Biel/Bienne ist jener Bevölkerungsanteil, der seine Sprachkenntnisse in der jeweils anderen Sprache als ausreichend zum Sprechen und Verstehen einstuft, mit 88% unter den Deutschsprachigen und 71% unter den Französisch-

sprachigen relativ hoch.¹ Dennoch erscheinen die regionalen Tageszeitungen entweder einsprachig deutsch oder einsprachig französisch. Nur die Gratiszeitung Biel Bienne ist durchgehend zweisprachig. Die Zeitung wirbt für sich als

die einzige zweisprachige Tageszeitung in einer total zweisprachigen Region. BIEL BIENNE ist mit 102.299 Exemplaren und fast 1,06 Lesern pro Nummer und 40 Prozent redaktionellem Anteil eine der führenden und bestgelesenen Gratiszeitungen der Schweiz.²

Es gibt in der Schweiz an die 150 Gratisblätter, die in verschiedenen Städten und Regionen zur Verteilung kommen. Nur knapp ein Dutzend davon hat einen Zeitungscharakter. Biel Bienne gehört mit ebenso viel Textanteil wie eine Tageszeitung und einer eigenen Redaktion, die meinungsbildende Information vermittelt, dazu.

Das Experiment einer zweisprachigen Zeitung begann 1978 ungefähr zeitgleich mit verstärkten Aktivitäten des Bieler Forums für Zweisprachigkeit.³ Die Initiative ging von einem Herausgebersteam aus, das an der Gründung des Forums für Bilingualismus beteiligt war. Dass sich das Experiment zu einem kommerziellen Erfolg entwickelt hat, hat mehrere Gründe. Einerseits ist Zweisprachigkeit mittlerweile als Wert anerkannt. Laut einer Studie des Universitären Forschungszentrums für Mehrsprachigkeit (UFM) der Universität Bern empfinden ca. drei Viertel der Bevölkerung Bilingualismus als einen Vorteil. Dennoch ist laut dieser Umfrage ca. die Hälfte der Befragten beider Sprachgruppen der Meinung, dass die beiden Sprachgruppen eher getrennt und parallel leben.⁴ Andererseits ist es für die Gratiszeitung, die an alle Haushalte verteilt wird, günstiger, wenn nicht zwei Ausgaben gedruckt werden. Haushalte sprachenspezifisch zu erreichen, wäre außerdem schwer möglich. Die Zeitung Biel Bienne hat Zweisprachigkeit zu ihrem Markenzeichen gemacht. Das wird auch aus der Werbelinie deutlich, »wo bilingue auch wirklich bilingue bedeutet – BIEL BIENNE«. In der Redaktion gibt es einen deutschsprachigen und einen französischsprachigen Chefredakteur, die JournalistInnen schreiben in ihrer jeweiligen

1. Jahresbericht des Forums für Bilingualismus aus dem Jahr 2001.

http://www.bilinguisme.ch/recherche/barometre_f.html

2. Website Biel Bienne: <http://www.bielbienne.com>

3. Telefoninterview mit der Redaktion, Oktober 2002, die Analyse stützt sich auf mehrere Nummern der Zeitung zwischen März 2002 und Mai 2002.

4. Zit. nach Jahresbericht des Forums für Bilingualismus aus dem Jahr 2001.

http://www.bilinguisme.ch/recherche/barometre_f.html

Sprache, und die einzelnen Beiträge werden professionell übersetzt. Die mündliche Kommunikation in den Redaktionsversammlungen läuft »wild durcheinander« in Schweizerdeutsch und in Französisch, die schriftliche vorwiegend in Deutsch.

Der redaktionelle Teil, der sich ausschließlich auf lokale/regionale Themen beschränkt, ist durchgehend zweisprachig. Anders als bei der Luxemburger Zeitung werden hier alle redaktionellen Beiträge in extenso in beiden Sprachen abgedruckt. Nicht übersetzt werden die Veranstaltungshinweise, hier wechseln im Text französischsprachige und deutschsprachige Passagen ab. Im Layout wird versucht, eine Verbindung zwischen den beiden Sprachen herzustellen. Das geschieht dadurch, dass dem Bild oft eine Position zwischen den beiden Sprachblöcken gegeben wird. Kürzere Texte werden beispielsweise rund um Bilder gruppiert und in verschiedenen Schriften gedruckt. Auch Bildunterschriften sind durchgängig zweisprachig. Bei den Überschriften wird teilweise zu Strategien gegriffen, die eine Übersetzung vermeiden helfen: eine besteht darin, Eigennamen als Überschriften zu verwenden, wie z. B. »TiLinMagic« (Bericht über eine Zirkusaufführung; 29./30. 5. 02), »Goldrush International« (über eine Musikgruppe, 29./30. 5. 02); eine andere darin, den Umweg über eine dritte Sprache bzw. über eine »Inter-sprache« zu wählen, wie z. B. »La Dante al dente« (Bericht über die Dante Alighieri-Gesellschaft, 28. 3. 02) oder »Weibliche SAMURAI au féminin« (1./2. 5. 02).

Im Werbeteil kommen relativ häufig zweisprachig gestaltete Einschaltungen vor. Im Mittelpunkt steht dabei das Bild, das von kurzen Texten begleitet wird. Ein Beispiel dafür ist ein zweisprachiger Comic, der mit Sprache spielt: »Mimi besorgt ein cadeau im Centre Brügg. Touché! Die Rose macht Alfonse beaucoup de plaisir. Bisou!« (19./20. 6. 02).

Zu Elementen von Mehrsprachigkeit in der Werbung bzw. zur Frage der Werbung in mehrsprachigen Gesellschaften und der damit verbundenen Sprachenwahl liegt mittlerweile eine relativ große Zahl von wissenschaftlichen Arbeiten vor.¹ Werbetextern wird die Freiheit zugestanden, mit Orthographie zu experimentieren, neue lexikalische Ausdrücke zu prägen, eine scheinbar sinnlose Sprache zu verwenden und Register mitten im Satz zu wechseln. Sprachenwechsel, »Sprachenmischungen«, nicht regelkonforme

Entlehnungen etc. werden als Resultat eines bewussten kreativen Prozesses gesehen und unterliegen nicht dem Paradigma des ›sprachlichen Reinheitsgebots‹ (Leech 1966). Selbst Gesetzesbestimmungen, die wie z. B. in Frankreich auf eine Limitierung der fremdsprachlichen Einflüsse in der Werbung abzielen, werden in der Praxis umgangen oder gebrochen, auf fremdsprachige Elemente wird auch in der französischen Werbung nicht verzichtet (Hilgendorf und Martin 2001). Sprachenwechsel und -mischung in der Werbung und in Markennamen werden als Stilmittel zur Erregung von Aufmerksamkeit beschrieben und als Verweis auf eine andere Gruppe, eine andere Kultur und damit assoziierte – oft stereotypisierte – Werte oder Ideen gesehen (Kress/van Leeuwen 2001: 23). Schließlich stellt sich in mehrsprachigen Situationen auch die Frage der Kosten und Nutzen für den Anbieter, also für das kommerzielle Unternehmen. Im Fall der zweisprachigen Werbung in der Zeitung *Biel Bienne* ist es für die Anbieter offensichtlich interessant, auf ein und derselben Werbefläche gleichzeitig beide Sprachgruppen direkt anzusprechen.

Die drei großen Medienhäuser der Region Biel/Bienne haben 1999 einen gemeinsamen Fernsehkanal *TeleBilingue* gegründet, der ein regionales Nachrichtenprogramm sendet, das von einer zweisprachigen Redaktion gestaltet wird. Gesendet werden die Programme allerdings in getrennten Sendeschienen. Obwohl die Viersprachigkeit der Schweiz zu einem konstitutiven Element des schweizerischen Selbstverständnisses zählt und sprachenpolitisch bewusst gefördert wird, ist die Schweiz dennoch arm an medialen Erfahrungen, die Schnittstellen schaffen. Das hängt mit dem strikten Territorialprinzip, nach dem die Sprachenpolitik ausgerichtet ist, zusammen. Der Erfolg der Zeitung *Biel Bienne* liegt darin, dass zivilgesellschaftliches Engagement für Mehrsprachigkeit und damit verbundene Experimentierfreudigkeit in ein Konzept einfließen, das den Vorteil der Mehrsprachigkeit wirtschaftlich nutzt.

1. Grin (1996) gibt im Handbuch der Kontaktlinguistik einen Überblick zu Mehrsprachigkeit in der Werbung. Textorientierte Studien zu einzelnen Ländern fokussieren auf unterschiedliche Aspekte wie Code-switching und Code-mixing v. a. im Zusammenhang mit Anglizismen (z. B. Woolard 1988, Martin 1998 und 2002, Muhr/Kettemann 2002), sie wählen dabei unterschiedliche methodische Zugänge wie z. B. die Genreanalyse (Bhatia V. 1993), das Audience design (Bhatia 2000) oder die Diskursanalyse (Piller 2000).

Der Umgang mit regionaler Mehrsprachigkeit

Die hier besprochenen Beispiele mehrsprachiger Medien bzw. mehrsprachiger Programmteile in Medien zeigen, dass die monolin-guale Ausrichtung kein Dogma, sondern eine Frage von Gewohn-heiten ist. Am deutlichsten wird das am ›Sonderfall‹ Luxemburg, wo Medien von einer weitgehenden gesellschaftlichen Mehrsprachig-keit ausgehen können und seit Jahrzehnten durchgehend mehr-sprachig gestaltet sind. Das Prinzip der mehrsprachigen Gestaltung ist (mit wenigen Einschränkungen) für das gesamte Mediensystem im Land charakteristisch. Die beiden weiter oben besprochenen Printmedien differieren sowohl in ihrer politischen Ausrichtung als auch in ihrer Gestaltung und Vorstellung von Rezipientenschaft, dennoch wird die Dreisprachigkeit in beiden Zeitungen auf dieselbe Art und Weise gehandhabt. Welche Artikel in welcher Sprache ge-druckt werden, wird durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren bestimmt. Sprachliche Präferenzen von AutorInnen kommen eben-so zum Tragen wie die Verfügbarkeit von Ausgangstexten (Agentur-meldungen, Presseaussendungen etc.), wobei in dieser Hinsicht ei-ne gewisse domänenspezifische Verteilung zwischen den drei Spra-chen zu beobachten ist. Die dreisprachige Gestaltung scheint auch sprachliches ›Grenzgängertum‹ zu begünstigen; längere Zitate in den anderen Sprachen sowie Code-switching sind selbst in der po-litischen Berichterstattung zu beobachten.

Wie sehr die Frage der mehrsprachigen Gestaltung mit Vorstel-lungen von Rezipientenschaft verknüpft ist, wird am Kärntner Bei-spiel sichtbar. Das regionale Bürgerradio AGORA sendete zunächst ein Programm in zwei Sprachen. Dem einsprachigen Hörer sollte ein Verfolgen des Programms tunlichst nicht durch einfache Über-setzungen, sondern eher durch zusammenfassende oder erweiternde Paraphrasierungen ermöglicht werden. Als der öffentlich-recht-liche Rundfunk wieder weite Teile der Programmgestaltung über-nahm, kehrte man zu einer überwiegend einsprachigen Gestal-tung, zu einem Programm *für* die Volksgruppe zurück. In den (we-nigen) verbleibenden zweisprachigen Programmen überwiegt die Strategie der zusammenfassenden Übersetzung, die zwar ›Einspra-chigen‹ ein Verfolgen des Programms ermöglicht, aber Informati-onsdefizite nur ungenügend ausgleichen kann.

Demgegenüber steht die gegenläufige Strategie, bewusst nicht nur die ›Kernschichten‹ der aktiven Sprecher anzusprechen. Insbesondere im Fernsehen werden dazu jene Möglichkeiten, die eine multimodale Programmgestaltung bietet, ausgeschöpft. Über Teletext zuschaltbare Untertitel werden nicht nur in der Mehrheitsprache angeboten, sondern für Lernende auch in einer vereinfachten Form der Regionalsprache. Obwohl der Erhalt der Regionalsprache zu einem erklärten Ziel solcher Medien gehört, setzen sie dabei nicht ausschließlich auf sprachliche ›Korrektheit‹, sondern lassen auch ›unreine‹ sprachliche Praktiken v. a. aus der Jugendszene zu. Walisische Medien spielen in diesem Sinn eine Vorreiterrolle. Sowohl die wirtschaftliche Entwicklung, die in der walisischen Medienindustrie zu verzeichnen ist, als auch das Beispiel der zweisprachigen Zeitung im schweizerischen Biel/Bienne verweisen darauf, dass Zweisprachigkeit in Regionalmedien zu einem Faktor wirtschaftlichen Erfolgs werden kann.

2.1.2 Urbane Räume – Sprachliche Vielfalt als Herausforderung

Rückblick: Programme im Dienst staatlicher Migrationspolitik

Zwischen staatlichen Migrationspolitiken und der Art und Weise, wie Migranten als Zielgruppe in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten wahrgenommen bzw. repräsentiert werden, bestehen klare Korrelationen.¹ Grundsätzlich lassen sich in Europa verschiedene Tendenzen in Immigrationspolitiken unterscheiden: die der ehemaligen Kolonialreiche (v. a. Großbritannien und Frankreich), wo bis in die 1970er Jahre postkolonialen Gruppen bevorzugte Niederlassungs- und Zuzugsrechte eingeräumt wurden; die jener Länder (v. a. die Niederlande und die skandinavischen Länder), die sich als ›Einwanderungsländer‹ verstehen und auf eine sozialrechtliche Gleichstellung abzielen; und schließlich die der ›Gastarbeiterregime‹ (v. a. Deutschland, Österreich, die Schweiz), die nach dem Prinzip des partiellen Ausschlusses funktionieren. Gastarbeiter wurden in diesen Staaten auf dem Arbeits-

1. Das zeigen AutorInnen, die sich mit Medien und Migration beschäftigen, auf: z. B. Cottle (2000), Franchon/Vargaftig (1995), Becker (2000), Kosnik (2002).

markt integriert, volle Integration in das Sozialsystem und politische Partizipation wurden aber nicht gewährt (Perhining 2001: 8). In der Praxis lassen sich diese Orientierungen nicht immer scharf voneinander trennen, und die Politik einzelner Staaten schwankt in verschiedenen Phasen und bezogen auf verschiedene Gruppen zwischen partieller Exklusion, Assimilation und pluralistischem Multikulturalismus.

Als Anfang der 1960er Jahre die ersten Verträge zwischen westeuropäischen und südeuropäischen Staaten über die Anwerbung von ›Gastarbeiterkontingenten‹ geschlossen wurden, ging man generell davon aus, dass Gastarbeiter – ohne Familienangehörige – für eine begrenzte Zeit in die ›Wirtschaftswunderländer‹ kommen, um dann wieder zurückzukehren. Das Rotationsprinzip setzte sich jedoch nicht durch, und bereits Anfang der 1970er Jahre begann sich die soziodemographische Struktur zu ändern, denn die Industrie braucht Facharbeiter, zu welchen viele der Gastarbeiter mittlerweile geworden sind, und sie braucht weibliche Arbeitskräfte (Perhining 2001: 680). Die ersten Programme in den Sprachen der Gastarbeiter im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind bereits Anfang der 1960er Jahre zu verzeichnen. So führte die BRD Sendungen in Italienisch (1961), in Spanisch und Griechisch (1964) und in Serbokroatisch (1970) ein, Frankreich italienische (1965), spanische und portugiesische (1966) Sendungen. Dafür war nicht nur die Idee der Mission des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Sinne einer sozialen Kohäsion entscheidend, sondern es war auch eine Reaktion auf Programme, die von den Ostblockstaaten (insbesondere Radio Prag und Radio Budapest) für Gastarbeiter in Westeuropa in deren Sprachen gesendet wurden. In der BRD nahm man die Informationsbedürfnisse der ersten Gastarbeiter ernst, als die politische Krise um den Mauerbau in Berlin viele dazu veranlasste, in die Heimatländer zurückzukehren (Kosnik 2000: 323). Rundfunksendungen dienten einerseits als Orientierungshilfe, als Anlaufstelle für konkrete Fragen im Lebensalltag wie Arbeits-, Wohn- und Gesundheitsbelange. Andererseits folgten sie, weil man vom Rotationsprinzip ausging, der Idee, dass die Sendungen als ›Brücke zur Heimat‹ dienen sollten. Das war v. a. in der aktuellen Berichterstattung über die Heimatländer nicht unproblematisch, denn in mehreren der Vertragsländer herrschten nichtdemokratische Regime, und auf Medien in diesen Ländern

wurde Zensur ausgeübt. Die fremdsprachigen Programme in den ›Gastländern‹ standen unter der Kontrolle von ›einheimischen Redaktionen‹, damit es zu keiner unerwünschten Einmischung in außenpolitische Belange kommen konnte (Kosnik 2000: 326). In der BRD wurden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen bereits in den 1960er Jahren eigene Programme für die einzelnen Gruppen in deren Sprachen eingeführt. Anders als für die Radioprogramme war man hier von Bild- und Tonmaterial aus den Herkunftsländern abhängig, das nur mit wenig in der BRD produziertem Material ergänzt wurde (Kosnik 2000: 327). Eine wichtige Rolle, die in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema sowie in der späteren politischen Diskussion um die massive Nutzung des Satellitenfernsehens unterschätzt wurde, spielten damals bereits Printmedien aus den Herkunftsländern und vor Ort produzierte Informationsblätter von Gastarbeitervereinen in den jeweiligen Sprachen. Becker (2000: 108) schreibt in Bezug auf die deutsch-türkische Situation, dass Anfang der 1960er Jahre bereits die großen türkischen Tageszeitungen in eigenen Deutschlandausgaben erschienen und dass es Mitte der 1970er Jahre ca. 200 türkische Kinos in Deutschland gab. Informations- und Unterhaltungsbedürfnisse wurden also auch damals in einem Zusammenspiel von Medien aus den Herkunftsländern und Programmen in den Empfangsländern gedeckt.

In den 1970er und 1980er Jahren pendelte die Politik in westeuropäischen Staaten je nach wirtschaftlicher Konjunktur zwischen Assimilation, Integration und Stimulierung zur Rückkehr. Durch den anhaltenden Familiennachzug war das Konzept der raschen Rotation gescheitert (Perhinig 2001: 644). Im Zug der sozialen Bewegungen der 1970er/1980er Jahre wurde die Frage nach Integration nicht mehr nur als eine ›Bringschuld‹ der Neuhinzugekommenen gesehen, sondern als ein gesellschaftliches Anliegen. Einwanderungspolitik wurde somit vom arbeitsmarktpolitischen Thema zunehmend zum Thema menschenrechtlicher Mobilisierung auf der einen bzw. nationalistischer Mobilisierung auf der anderen Seite (Bauböck 1996: 17). Impulse, sich sprachpolitisch mit den Sprachen der MigrantInnen auseinanderzusetzen, kamen aus dem schulischen Bereich, als ›muttersprachlicher Unterricht‹, d. h. als Zusatzunterricht in das Regelschulwesen aufgenommen wurde. Der Grundsatz, »die Bindung der Emigranten an ihre nationalen

Kulturen sicherzustellen«, findet auch Eingang in die Europäische Kulturkonvention (zit. nach Busch 1994: 10). Die Signatarstaaten der Kulturkonvention des Europarates verpflichten sich darin, diese Verbindung durch bi- und multilaterale Abkommen sicherzustellen. Manche Länder leiten daraus auch Verpflichtungen für eine mediale Versorgung der Migranten ab. Gastarbeiterprogramme in den öffentlich-rechtlichen Anstalten erfahren eine Transformation, denn nun sollte mit ihnen auch die Mehrheitsbevölkerung erreicht werden. So genannte muttersprachliche Programme werden zwar beibehalten, jedoch sukzessive durch allgemeine Programme in den Sprachen der ›Gastländer‹ ergänzt bzw. ersetzt. Es werden also sowohl Programme *für* als auch Programme *über* Migranten gestaltet. Das Konzept des ›Gastarbeiters‹ weicht dem Konzept des ›Ausländers‹, des ›Migranten‹. In den Programmen des ARD werden beispielsweise bereits Anfang der 1980er Jahre deutsche Untertitel in den anderssprachigen Programmen eingeführt (Kosnik 2000: 331). Die Struktur der ›muttersprachlichen‹ Gastarbeiterprogramme wandelt sich von der ›Orientierungshilfe‹ zur ›Integrationshilfe‹. Die ›Brücke-zur-Heimat-Anteile‹ an den Programmen zielen darauf ab, allgemein bei Migranten und im Speziellen bei der so genannten zweiten Generation ein Heimatbewusstsein zu stärken.

In den 1980er Jahren entscheidet sich die BBC, Programme für Zuwanderer im Lokalfunk zu senden. Sie entwickelt für diese Programme ein Konzept der Zweisprachigkeit. Man geht dabei davon aus, dass viele der Einwanderer als Commonwealth-Bürger über Englischkenntnisse verfügen. Für die ›fremdsprachigen‹ Programmteile kann man auf Nachrichtensendungen, die im Rahmen des internationalen Dienstes der BBC, dem BBC World Service, produziert werden, zurückgreifen (Busch 1994: 46). Parallel boomt in Ergänzung zu den Printmedien aus den Herkunftsländern der Videokassettenverleih, wobei das Medium auch kreativ in einer persönlicheren Form der Kommunikation genutzt wird. Aufnahmen von wichtigen Ereignissen wie Hochzeiten werden in Form von Videobriefen nach Hause geschickt (Gillespie 1995, Kolar-Panov 1996). Zu dieser Zeit erfährt auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Veränderung durch den zunehmenden Druck von kommerzieller Seite. Anders als in Österreich fällt in den meisten europäischen Ländern das Rundfunkmonopol, und unter der Konkur-

renz des Marktes beginnt sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk an der Einschaltquote zu orientieren; Kabel- und Satellitenfernsehen halten Mitte der 1980er Jahre Einzug. Seit den 1990er Jahren ist im öffentlich-rechtlichen Sektor europaweit verstärkt die Tendenz erkennbar, Programme in den Sprachen von Migranten abzuschaffen bzw. aus dem Regelprogramm der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalten auszugliedern (Franchon/Vargagtig 1995). Teilweise erfolgt die Auslagerung an von öffentlicher Hand gestützte ›Ethnokanäle‹ in urbanen Zentren, teilweise werden Programme in diesen Sprachen gänzlich aufgelassen oder durch Magazinsendungen mit Migrationsthematik in den Mehrheitssprachen ersetzt. Der drastische Rückgang in den Hörerzahlen der ›mutter-sprachlichen‹ Programme dürfte nicht nur in der wachsenden Konkurrenz mit Satellitenprogrammen aus den Herkunftsländern zu suchen sein, sondern auch darin, dass sich die öffentlich-rechtlichen Programme verändernden Bedürfnissen wenig angepasst haben, bzw. auch darin, dass das Radio seine Funktion als zentrales Informationsmedium an das Fernsehen verloren hat.

Sprachenpolitisch ist in manchen europäischen Ländern Ende der 1990er Jahre in politischen Diskursen eine Refokussierung auf die Staatssprache festzustellen. So in Deutschland im Zuge der Diskussion um die ›Leitkultur‹ und in Österreich in der Debatte um den so genannten Integrationsvertrag, der – nicht nur für Neuzuziehende, sondern auch für alle in Österreich lebenden ›Ausländer‹, die arbeitslos sind oder eine Aufenthaltsverfestigung anstreben – verbindliche Deutschkurse vorsieht (Boeckmann et al. 2003: 43). In jenen Ländern, die sich wie die Niederlande oder Schweden als Einwanderungsländer verstehen, sind Sprachkurse Teil von staatlich geförderten Integrationsangeboten, die auch politische Partizipation wie das kommunale Wahlrecht beinhalten. In jenen Ländern, die dezidiert nicht von einer multikulturellen Gesellschaft ausgehen, wird Integration als einseitige Leistung von Migranten definiert, (überprüfbare) Sprachkenntnisse in der Staatssprache dienen als Beweis für den individuellen Integrationswillen.

Zentrale Bedeutung kommt in der Migrationspolitik der städtischen Ebene zu. Auf dieser alltagsnäheren Ebene kann die kulturelle und sprachliche Diversität nicht mehr ignoriert werden. Zunächst stand unter dem Einfluss der Chicagoer Schule die Meltingpot-

Idee im Vordergrund, wonach eine erste Generation von Migranten in einem ›ethnic village‹ Unterschlupf findet, während die zweite und dritte Generation via beruflichen Aufstieg in der städtischen Gesellschaft ›aufgeht‹, sich assimiliert (Dangschat 2002: 26). Dem Assimilationskonzept wurde eine multikulturelle Position entgegengestellt. Es werden, wie beispielsweise in Amsterdam, Organisations- und Konsultationsstrukturen entwickelt, die Migranten als ›neue ethnische Minderheiten‹ in die städtische Politik einbeziehen. Neuere Entwicklungen berücksichtigen die Kritik am pluralistischen Multikulturalismus, sie geben zu bedenken, dass eine exklusive Orientierung an ethnischen Faktoren weder der sozialen Diversifizierung innerhalb der Migrantengruppen gerecht wird noch den sozioökonomischen Differenzen, die sowohl Minderheiten als auch Mehrheiten betreffen (Perhing 2002: 67). Das Denken in Begriffen von Mehrheiten und Minderheiten, das eng mit dem nationalstaatlichen Paradigma verknüpft ist, wird allmählich in Frage gestellt. Die Suche nach einer neuen Politik, die an die Stelle der ethnisierenden Minderheitenpolitik bzw. der Integrationspolitik treten soll, ist kennzeichnend für die aktuelle Phase städtischer Politik. Unter dem Begriff ›Diversitätspolitik‹ beginnen Städte ihre Politiken neu zu definieren. So wurde in Amsterdam 1998 ein neues Portefeuille für Diversitätspolitik geschaffen, das nun nicht mehr auf Zielgruppen, sondern auf Problemfelder hin orientiert ist. Dabei kommen Maßnahmen im Bereich der Kommunikation und der Jugendarbeit besondere Bedeutung zu. Differenz und Vielfalt sollen als positiver Aspekt der Selbstdefinition der Stadt verstanden werden (Perhinig 2002: 70 f.). Ähnlich in London, wo Vielfalt als kreatives Potential der Stadt definiert wird. Von wissenschaftlicher Seite kommt der Impuls, städtische Entwicklungen eher aus einem Konzept von Netzwerkstrukturen, von multidirektionalen Flüssen heraus zu erfassen als von territorial und ethnisch begründeten Vorstellungen von Gemeinschaft (Wimmer/Glick Schiller 2002). Das Diversitätsparadigma verlangt nach einer neuen, von urbanen Zentren ausgehenden Sprachenpolitik, die gesellschaftlich vorhandene sprachliche Ressourcen aufwertet und für den Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen nutzt.

Mit der Einführung von Kabel- und Satellitenfernsehen sind Kommunikationsflüsse multidirektionaler und vielschichtiger ge-

worden. Hunderte von Satellitenprogrammen in einer Vielzahl von Sprachen können quer durch Europa empfangen werden, selbst die Kabelgesellschaften in den großen Städten bieten in ihren Paketen Programme in unterschiedlichen Sprachen an. In der politischen Diskussion wird das Satellitenfernsehen aus den Herkunftsländern oft als ein integrationshindernder Faktor dargestellt. Für dieses Argument liegen allerdings keine fundierten wissenschaftlichen Daten vor. Im Gegenteil, empirische Studien zeigen, dass Migranten aus dem medialen Angebot ihr persönliches »Menü« auswählen, in dem Medien aus den Herkunftsländern nur ein Element neben anderen sind (Hargreaves 2001). Gleichzeitig stellen Medien in Migrantensprachen einen wirtschaftlichen Faktor dar, sodass auch in den westeuropäischen Metropolen lokal produzierte Medien in diesen Sprachen einen Aufschwung erleben. Ein Verzicht in den öffentlich-rechtlichen Anstalten der »Empfangsländer« auf Informationsprogramme in Migrantensprachen bedeutet allerdings, dass Migranten der Zugang zu ihren Lebensalltag betreffenden Informationen, die letztlich auch für Integration und Partizipation wichtig sind, erschwert wird. Dass nach wie vor ein Bedarf an solchen Sendungen besteht, zeigt die Entwicklung im nichtkommerziellen Privatradio, wo gerade Phone-in-Sendungen in Migrantensprachen große Popularität haben. Angesichts der drohenden Fragmentierung von Öffentlichkeit stellt sich die Frage nach Schnittstellen, wo verschiedene Sprachen und Diskurse aufeinandertreffen, mit Dringlichkeit.

»Fremde« Sprachen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Das österreichische Gesetz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk sieht keinen Programmauftrag hinsichtlich Migranten vor. Die Konzession der öffentlich-rechtlichen Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) von 2001 hingegen verlangt in Artikel 3 (Programmauftrag) auch ausdrücklich die Berücksichtigung »der Ausländer in der Schweiz«.¹ Ebenso umfasst die Lizenz des Schwedischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens (SR) eine

1. Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (2001) Konzession für die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) (2001) Inoffizielle, nachgeführte Fassung ab 01. 08. 2001
http://www.srg-ssr-idee-suisse.ch/de/corporation/legal_guidelines/de_konzession_srg.html

Reihe ausdrücklicher Bestimmungen zur Förderung der kulturellen Diversität.¹ So ist die SR laut Programmauftrag (§ 15) verpflichtet, »die schwedische multikulturelle Gesellschaft in ihren Programmen zu repräsentieren«. Hier wird die grundsätzliche Orientierung der staatlichen Immigrationspolitik sichtbar, Migration wird also nicht als ein temporäres Phänomen wahrgenommen. Das kommt in sprachpolitischen Orientierungen zum Ausdruck, wie etwa in der Schulsprachenregelung, die nicht nur die Möglichkeit von Unterricht in der ›Muttersprache‹ bietet, sondern ein Recht darauf vorsieht, auch wenn es nur einen einzigen Schüler in einer Klasse betrifft. Der Programmauftrag der SR beinhaltet zwar keine Bestimmungen zur Präsenz von Migrantensprachen, die SR hält aber in ihren Richtlinien zu ›Cultural diversity‹ ausdrücklich fest, dass die schwedische multikulturelle Gesellschaft »als natürliches Element in allen Programmen« gespiegelt wird und in der Beschäftigungspolitik zum Ausdruck kommen muss. Dieser Grundsatz soll allerdings nicht Programme in Migrantensprachen ersetzen.

Im ORF gibt es im Gegensatz zu den 1970er Jahren in den Regionalprogrammen des Radios kaum mehr Programme in Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und in Türkisch, und wenn, dann nur fallweise in den Belangsendungen der Arbeiterkammer und als Angebot von dieser. Radio Wien bringt ein halbstündiges wöchentliches Magazin, das sich in deutscher Sprache an Migranten wendet. Zeitgleich mit den Fernsehprogrammen für die slowenische Volksgruppe in Kärnten und die kroatische Volksgruppe im Burgenland wird im übrigen Bundesgebiet die Magazinsendung *Heimat, fremde Heimat* im Ausmaß von einer halben Stunde pro Woche gesendet. Die Sendung ist weitgehend in deutscher Sprache gehalten, fallweise kommen andere Sprachen vor, die dann deutsch untertitelt werden.

Eine Nische für Programme in Migrantensprachen hat sich auf dem Mittelwellenradio 1476 ergeben. 1996 entstand diese Experimentierfläche aus zwei Wurzeln: Einerseits war der ORF unter zunehmendem Druck, da Österreich zu den letzten Ländern in Europa zählte, in welchen Privatrado nicht zugelassen war. Verschiedene lokale Initiativen drängten durch ›Piratensendungen‹ auf Sendemöglichkeiten für den Bürgerfunk. Andererseits lag die Mittelwelle

1. Policy for Cultural Diversity within the Swedish Broadcasting Corporation (SR). Internes Dokument der SR, Stockholm 2000.

brach, und Österreich lief Gefahr, sie zu verlieren. Deshalb entschloss sich der ORF, die Mittelwellenfrequenz zu öffnen. Unter der Devise »Radiointeressierte produzieren eigene Programme«, aber mit der Vorgabe, »keine bzw. so wenig wie möglich zusätzliche Kosten für den ORF«¹ zu verursachen, stand eine Radiofrequenz zur Verfügung, auf der neben den von der Redaktion produzierten Programmen für Südosteuropa, lokales Wiener Bezirksradio und rasch auch erste Sendungen in Migranten- und Volksgruppensprachen ausgestrahlt wurden. Zu den ersten zählten das dreisprachige *Radio Afrika* und Sendungen in Romanes. Grundsätzlich gibt es auf 1476 keine Beschränkungen auf bestimmte Sprachen. Welche Sendungen in welchen Sprachen produziert werden, hängt von der Initiative einzelner Gruppen ab. Radio 1476 ähnelt von der Struktur her eher einem nicht-kommerziellen freien Lokalradio oder den in Deutschland existierenden offenen Kanälen als einem öffentlich-rechtlich betriebenen mehrsprachigen Kanal. Durch die duale Orientierung von 1476, einerseits als Mittelwellenradio mit potentieller internationaler Reichweite und andererseits als Lokalradio, ergaben sich Schnittpunkte zwischen den internationalen Kooperationsprojekten und der Migration in Österreich. Während mehrerer Jahre war *Radio Nachbar in Not*, ein mehrsprachiges Programm, das vom ORF für den Balkanraum produziert wurde, Kernstück von 1476. An der Produktion dieses Programms waren MigrantInnen in Wien beteiligt. Die Sendungen wurden auch von in Österreich lebenden Flüchtlingen aus dem Balkanraum gehört. Später wurde das Programm unter dem Titel *Donaudialog* als internationales Projekt, das die EU-Erweiterungsländer miteinbezog, weitergeführt. Mittlerweile hat der ORF die Mittel für dieses Programm gestrichen, und mit Ausnahme der Sendungen von *Radio Afrika* sind keine Migrantensprachen mehr präsent. Hingegen deutet die aktuelle Entwicklung darauf hin, dass 1476 als Kanal für Programme in den Sprachen der österreichischen Volksgruppen ausgebaut werden soll. Der ORF zählt also offensichtlich Sendungen in Migrantensprachen nicht zu seinem Auftrag.

Anders verhält sich die sprachenpolitische Orientierung in Bezug auf prestigereiche »Fremdsprachen«. Als sich Wien mit dem Bau

1. Rainer Rosenberg: Bericht über ORF Mittelwelle – RADIO 1476. Wien: ORF Dezember 2001, Manuskript.

der UNO-City als Standort internationaler Organisationen etablierte, begann der ORF mit Sendungen für die Zielgruppe der internationalen Bediensteten. Blue Danube Radio gestaltete tagsüber ein Programm in Englisch, teilweise auch in Französisch und Spanisch. Zunächst wurde in der Nacht Ö3 zugeschaltet, ab Mitte der 1990er Jahre stellte der Sender die Nachtschiene als Experimentierfläche für Jugendprogramme zur Verfügung. Nachdem über Internet und Satellit eine Vielzahl an Programmen für die ursprüngliche Zielgruppe zu empfangen waren und Ö3 nicht mehr als Jugendsender gelten konnte, übertrafen die Einschaltquoten in der FM4-Jugendschiene dann jene des Blue Danube Radio. Ende der 1990er Jahre entschied sich der ORF dazu, Blue Danube aufzulösen. Es blieben englischsprachige und französischsprachige Nachrichten auf Ö1 und auf FM4, dem Nachfolgeprogramm von Blue Danube Radio, das aber auf eine völlig andere Zielgruppe ausgerichtet ist.

Seit der Neufassung des ORF-Gesetzes im Jahr 2001 muss laut Programmauftrag eines der ORF-Radioprogramme überwiegend fremdsprachig gestaltet sein. Welche Fremdsprachen das sein sollen, welche Zielgruppen damit gemeint sind, definiert dieser Auftrag nicht. In der allgemein eher auf einsprachige Flächenprogramme ausgerichteten Orientierung des ORF ist dieser Programmauftrag nur verständlich aus der damaligen Auseinandersetzung um die Frequenzvergabe. Da das Rundfunkmonopol Ende der 1990er Jahre aufgegeben wurde, musste die Frequenznutzung in Österreich neu definiert werden. Der ORF fürchtete, Radiofrequenzen zu verlieren und war daher in Zugzwang. Der Forderung der österreichischen Volksgruppen, die vierte österreichweite Frequenz für Programme in anderen Sprachen als Deutsch zu öffnen, wollte man nicht nachkommen. Also verankerte man im Rundfunkgesetz den Status quo. Der gesetzliche Auftrag des »überwiegend fremdsprachigen Programms« wird nun von FM4 erfüllt, indem tagsüber Nachrichten in englischer Sprache gesendet werden und im Vormittagsprogramm Englisch die Moderationssprache ist. FM4 sieht seine Zielgruppe unter Jugendlichen zwischen 19 und 29 Jahren. Monika Eigensperger, die Programmdirektorin von FM4, sagt dazu: »Die Fremdsprache ist eher Teil der Marke, Teil der Senderidentität, sie muss von der Zielgruppe mehrheitlich verstanden werden.«¹ Die Redaktion geht davon aus, dass »90 % der Jugendlichen Englisch

verstehen, denn die Jugendsprache ist ohnehin mit Anglizismen durchsetzt«. Daraus ergeben sich auch neue Strategien für den Umgang mit Sprachen im deutschsprachigen Programmteil: Englische Interviews werden nicht übersetzt, das Voice-over, das Darüberübersetzen, ist tabu. Nur wenn es sich um komplexere Inhalte handelt und in gestalteten Beiträgen, die auf geschriebenem Text basieren, wird (zusammenfassend) übersetzt. Wenn möglich, werden Interviews mit französisch-sprachigen oder spanischsprachigen PartnerInnen in der Lingua franca Englisch geführt. Fallweise sind auch andere Sprachen als Englisch und Deutsch präsent. So gibt es eine internationale Techno-DJ-Sendung. In diesem Rahmen gibt es Schwerpunktsendungen aus einem bestimmten Land wie z. B. Frankreich. In diesem Fall führte zwar ein deutschsprachiger Moderator durch die Sendung, doch der französische Originalton war über weite Strecken unübersetzt zu hören. Die Chefredakteurin von FM4, Monika Eigensperger, dazu:

Dann machen wir den Sender auf und lassen das französische Lebensgefühl. Man kann in die französische Sprache eintauchen und es wird nicht übersetzt. Die gemeinsame Sprache ist dann die Musik. Die Leute wollen wissen, wie das dort klingt, und da gehört die Sprache dazu und dabei stören wir sie nicht. Das sind aber ausgeschilderte Sonderaktionen, die wir zwei drei Tage vorher in Trailern bewerben.

Solche Ansätze zu sprachlicher Diversität könnten bei entsprechendem politischen Willen auch auf Migrantensprachen ausgedehnt werden, schließlich gehören sie auch zu einem Segment der Musikkultur in Europa. FM4 ist stolz darauf, einen eigenen Musikstil geprägt zu haben, der sich als »alternativer Mainstream« definiert. Sprachenpolitisch gesehen ist FM4 letztlich ein Kuriosum, das aus einer Reihe von Zufällen heraus seine sprachnenpolitische Orientierung gefunden hat.

Radio MultiKulti in Berlin

Das bekannteste Beispiel für einen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk getragenen »Ethnokanal« ist das Berliner Lokalradio Radio MultiKulti. 1994 begann der Sender Freies Berlin (SFB) ein Versuchsprogramm auszustrahlen, das 1997 zu einer permanenten Einrichtung wurde. Radio MultiKulti sendet ein Tagesbegleitpro-

1. Alle Zitate in diesem Absatz zu FM4 stammen aus einem Interview mit Monika Eigensperger, März 2002.

gramm in deutscher Sprache und am Abend, also zu einer Sendezeit, wo die Konkurrenz des Fernsehens die Hörerzahlen im Radio reduziert, ein Zielgruppenprogramm in insgesamt 19 Sprachen. Klammer für beide Sendestrecken ist die Weltmusik: »Die Musikfarbe unseres Radios ist verwegen. Rap aus dem Senegal, karelische Musik aus Finnland, Flamenco, Klezmer oder Merengue – alle Stile der Welt haben hier ihren Platz.«¹ Der Leiter des deutschsprachigen Programms, Wolfgang Holler, umreißt die Sprachenpolitik in einem Interview mit Echchaibi (2002: 48) MultiKulti entschied sich für Programme für die größten ethnischen Gruppen, wobei »gewisse Gruppen, wie z. B. die Dänen oder die Skandinavier, keine Programme in ihren Muttersprachen brauchen, weil sie normalerweise brillant Deutsch sprechen«. Dementsprechend haben Sendungen in Türkisch mit einer Stunde am Tag das größte Ausmaß. Ebenfalls ca. eine Stunde Sendezeit täglich kommt dem Forum Südosteuropa zu. Es folgen die russische und polnische Sendung mit je einer halben Stunde wöchentlich. In Arabisch, Kurdisch, Farsi (Persisch), Albanisch, Vietnamesisch und Romanes wird in 15–30-minütigen Slots an einzelnen Wochentagen gesendet. Ausschlaggebend dafür, welche Sprachen in welchem Ausmaß präsent sind, ist also v. a. die zahlenmäßige Stärke einer bestimmten Sprachgruppe in Berlin.

Aus den Sendungsbeschreibungen, die auf der Website von Radio MultiKulti veröffentlicht sind, wird klar, dass am traditionellen Konzept des öffentlich-rechtlichen Rundfunks festgehalten wird. Die Sendungen sollen sowohl für das Leben in Berlin bzw. in Deutschland relevante Informationen bringen als auch eine Brücke zu den Herkunftsländern darstellen. So definiert sich die Sendung *Forum Südosteuropa* als »ein Fenster in eine unbekannt neue sowie in eine alte, einst vertraute, aber sich so rasch verändernde Welt«, die Sendung in arabischer Sprache als ein »Diskussionsforum, Brücke zur Heimat, Veranstaltungskalender, Musikpodium« und die vietnamesische Sendung als »Stimme der Heimat«. Es sind Magazinprogramme, in denen die Musik eine wichtige Rolle spielt. Der Programmchef, Friedrich Voß, fasst die Ziele zusammen: Radio MultiKulti wolle erstens ein Forum für ethnische Gruppen sein, das ihre Identität erhält, zweitens Information über Berlin liefern, drittens

1. Angaben und Zitate, so nicht anders angegeben, laut Internet-Auftritt von Radio MultiKulti: <http://www.multikulti.de>, 13. 9. 2003.

bessere Integration erzielen, »indem so viel als möglich von ihrer Originalität erhalten wird bzw. so viel wie nötig aufgegeben wird. Also kein Schmelztiegel, sondern eine Salatschüssel.«¹ Wie die Metapher der Salatschüssel deutlich zeigt, ist MultiKulti den multikulturellen Konzepten der 1980er Jahre verbunden, die auf ethnischen Identitäten basieren. Multikulturalismus wird auch in den deutschsprachigen Programmen als Teil der Senderidentität zelebriert. Auf der Website von Radio MultiKulti werden die ModeratorInnen der deutschsprachigen Programme mit kurzen biographischen Angaben vorgestellt, wie z. B. die Moderatorin des Programms *Metro*:

Berlin, die weltoffene Stadt, nahm mich auf, als ich, 20-jährige Rumänin mit deutsch-ungarischen Genen, nach Deutschland kam. In Kreuzberg kamen weder Politik noch Spaß zu kurz! Dort ist mein jetzt 15-jähriger Sohn aufgewachsen, während Mama an der FU Psychologie studierte.

Nicht Deutschland, sondern Berlin ist das gemeinsame Terrain. Berlin wird in diesen Texten als internationale weltoffene Großstadt präsentiert, ohne dass ein gewisses ›Lokalkolorit‹, etwa durch Verweise auf den multikulturellen Bezirk Kreuzberg, zu kurz kommt. Wie in diesem Text wird auch in anderen auf »ethnische Wurzeln« der ModeratorInnen verwiesen, fallweise halb-ironisch und explizit, fallweise auch nur implizit. Kulinarische und musikalische Vorlieben der ModeratorInnen dienen gleichzeitig als eben solche implizite Anspielung auf die Wurzeln und als Ausdruck des gemeinsamen multikulturellen Lebensgefühls. So heißt es über den Moderator der Sendung *FrühStück*:

Olaf Kosert: Jahrgang 1970, echter!! Berliner, schätzt als gelernter Koch vor allem eines an dieser Stadt: die internationale Konkurrenz zur Currywurst. Bevorzugte Orte: Oranienstraße (dort gibt's u. a.: das cremigste Tiramisu in ganz Berlin und die großartigste Minipizza »Brokkoli-Gorgonzola«).

In ca. einem Drittel der ModeratorInnen-Vorstellungen sind es Speisen – wie Cappuccino, Espresso, arabischer Kaffee, italienische Pasta-Saucen, türkische Hammelkopfsuppe, thailändische Küche, ein paar Guayava-Früchte –, die die Sonnenseiten des Multikulturalismus evozieren, in einem weiteren Drittel ist es die Weltmusik – konkret türkischer Hip-Hop, Orient-Pop, griechische Rhythmen

1. Friedrich Voß (2000) Does ethnic broadcasting have a future? A snapshot from Europe. Paper presented at the Ethnic Community Broadcasters Conference, Sydney 3.-5. 11. 2000.

auf der Ukulele und brasilianische Musik. Ein weiteres Element, das in diesen Vorstellungen zum Tragen kommt, ist das ›Fernweh‹, die Begeisterung für Reisen, die man »wie die Luft zum Atmen braucht«. In einer der Sendungen, *Radio Kanaka*, ist es die »Misch-lingua«, die das Lebensgefühl zum Ausdruck bringen soll:

Dabei bedient sich Don Rispetto einer besonderen Sprache, einer »Misch-lingua«, dem »Ber-lingo«, ... a cool mix of Deutsch, Italiano and English u. a. per tutti i fratelli della musica!

In einer der wenigen Arbeiten, die die Textebene bei der Analyse von Minderheitenmedien einbeziehen, beschäftigt sich Kira Kosnik (2002) mit den deutsch- und türkischsprachigen Programmen von Radio MultiKulti. Während ihres mehrwöchigen Praktikums hat sie Einblicke in die Sprachenpolitik des Senders gewonnen. Als ModeratorInnen des deutschsprachigen Programms werden bevorzugt solche eingestellt, die zwar über ausgezeichnete Deutschkenntnisse verfügen, deren Stimmen aber dennoch einen leichten ›ausländischen Klang‹ haben. Auch in den gestalteten Beiträgen werden die JournalistInnen dazu angehalten, nach Möglichkeit GesprächspartnerInnen zu interviewen, die mit einem Akzent sprechen. Der Akzent, hält Kosnik (2002: 125) fest, gehört zum Markenzeichen des Senders, verstärkt aber ethnisierende Tendenzen:

Visual appearances, central to the process of categorization along ethnic and racial stereotypes, cannot function as indicators of ethnic belonging in a purely oral context, and so language plays a central role in signaling ethnic otherness.

Das »Sprechen mit einem Akzent« verweist also darauf, dass Migranten als aktive Teilnehmer in die öffentliche Domäne eintreten, allerdings bedeutet das nicht, dass damit dominante politische Diskurse in der öffentlichen Domäne in Frage gestellt werden. Tatsächlich ist zwar unter den ModeratorInnen von MultiKulti eine größere Anzahl mit Migrationshintergrund, doch sind es unter den JournalistInnen und im Verwaltungsapparat wesentlich weniger. Der bewusst eingesetzte Akzent kann die Illusion vermitteln, dass eine andere Perspektive eingenommen wird. Akzente lassen sich leichter in die ›Normalität‹ des Alltags einbauen als inhaltliche Differenzen und unterschiedliche Perspektiven. Gleichzeitig wird Differenz aber auch dadurch reifiziert und ethnisch definiert (Kosnik 2002: 125 f.). So sehr das Sprechen mit Akzent zum deutschsprachigen Teil des Programms gehört, so verpönt ist er in den Sendungen in den anderen Sprachen. Radiostimmen sollen zum »Erhalt der kulturellen

Identität« beitragen und daher ›authentisch‹ klingen. Unter den türkischsprachigen Angestellten auf Multikulti sind daher v. a. solche, die ihren Bildungsweg in der Türkei absolviert haben, da sie ein ›reines‹ Türkisch sprechen können. Das führt zur paradoxen Situation, dass an einem Sender, der sich einer lokalen Agenda verpflichtet fühlt, weitverbreitete (lokale) sprachliche Praxen, wie Code-switching und der Gebrauch synkretischer Formen, nicht präsent sind. Obwohl in letzter Zeit vermehrt auch Deutsch in den türkischen Programmen zu hören ist, wird dennoch weiterhin auf das ›gepflegte‹ und ›reine‹ Türkisch Wert gelegt (Kosnik 2002: 151 ff.).

Ähnlich verhält es sich mit den südslawischen Sprachen. Die Sendung *Forum Südosteuropa* tritt zwar unter einem geeinten Dach auf, doch teilt sie sich in getrennte Sendungen (und Redaktionen) in Bosnisch, Kroatisch, Makedonisch, Serbisch und Slowenisch. In der in deutscher Sprache verfassten Sendungsbeschreibung, die für alle südosteuropäischen Sendungen gleich ist, erscheint die Klammer des gemeinsamen Forums deutlicher als in den südosteuropäischen Sprachen. Für deutschsprachige Besucher hält die kroatische Seite ein istrisches Kochrezept bereit, die serbische stellt sich mit einem historischen Plan von Belgrad vor und die bosnische mit Bildern aus Sarajewo. Auch hier ist eine Betonung des multikulturellen Aspekts der Stadt erkennbar, die Bilder zeigen eine Moschee, einen siebenarmigen Leuchter und eine katholische Kirche. In der bosnischen Sendungsbeschreibung finden sich Ausdrücke, die als ›bosnjakisch‹ markiert sind:

Dobar dan i maksuz selam! (...) Dajemo Vam priliku da se čuje i Vaš glas, na Vašem jeziku i da zahori Vaša pjesma i donese malo sevdaha, merak i rahatluka u večeri rane.¹

Sowohl der Gruß *Maksuz selam!* als auch *sevdah, merak, rahatluk*² sind in der schriftlichen Sprache markiert. In der Moderation³ kommen solche Ausdrücke hingegen kaum vor, im Gegenteil, es wird auf alle Gruppen in Bosnien-Herzegowina Rücksicht genommen,

1. Übersetzung: Guten Tag und ein herzlicher Gruß! Wir geben Ihnen die Möglichkeit, dass Ihre Stimme gehört wird, in Ihrer Sprache, und dass Ihr Lied erschallt und ein bisschen Liebe, Freude und Zufriedenheit in die frühen Abendstunden bringt.
2. Die Wörter *sevdah, merak* und *rahatluk* sind im Serbokroatisch-slowenischen Wörterbuch aus dem Jahr 1986 (Janko Jurančič *Srbsokohrvatsko-slovenski slovar*. Ljubljana) angeführt, jedoch als dialektal bzw. als Turzismus markiert.
3. Die Beobachtungen beziehen sich auf Sendungen im Rahmen des Forum Südosteuropa in der Woche zwischen dem 6. 9. und dem 13. 9. 2003.

wie beispielsweise bei der Nennung von Monatsnamen: sowohl *septembar* als auch das kroatisch markierte Synonym *rujan* werden im gleichen Atemzug genannt. Ebenso direkt werden »Kroaten in Berlin« als Hörergruppe auf der kroatischen Internetseite angesprochen und »Serben und Montenegriner« auf der serbischen, wobei auf die kyrillische Schrift, die als serbisch markiert gilt, verzichtet wird. In allen drei Sendungen, der bosnischen, der kroatischen und der serbischen, wird offensichtlich Wert auf eine sprachliche Gestaltung nahe am Standard gelegt, die Moderations- und Nachrichtentexte sind überwiegend schriftlich verfasst. Im Mittelpunkt stehen internationale Nachrichten, wobei ein Schwerpunkt bei politischen Nachrichten aus dem jeweiligen Land bzw. aus dem Raum des früheren Jugoslawien liegt. Auffallend ist, dass als Quelle häufig alternative Nachrichtenagenturen oder Medien, wie der Belgrader Radiosender B92, genannt werden. In der Kulturberichterstattung wird die Brücke zu Berlin geschlagen, indem lokale Veranstaltungen angekündigt werden. Insgesamt können die Programme als Informationssendungen bezeichnet werden, der Musikanteil beträgt nur ein Fünftel bis ein Drittel der Sendezeit.

MultiKulti trägt noch immer Zeichen des Top-down-approach, paternalistischer Lösungen und einer edukativen Mission (Echchaibi 2002: 48), die für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk typisch waren. Allerdings leistet der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit den umfassenden internationalen Nachrichtensendungen etwas, das für private Sender oft aus Kostengründen schwer zu erfüllen ist. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt es dabei zu internationalen Kooperationen. Manche der nichtdeutschsprachigen Sendungen auf MultiKulti bauen kurze Nachrichtenblöcke in den jeweiligen Sprachen ein, die sie von BBC World Service übernehmen. Auch von anderen öffentlich-rechtlichen Radioanstalten werden Sendungen oder Sendungsteile ausgestrahlt. Ebenso sind die Sendungen von MultiKulti über Berlin hinaus in verschiedenen deutschen Städten über Kabel und europaweit über Satellit zu empfangen. Öffentlich-rechtliche Kanäle wie MultiKulti auf Lokalfrequenzen gibt es auch in anderen Regionen und Städten, wie in Stockholm, Amsterdam, London, in den englischen Midlands etc.

Auf städtischer Ebene beginnt man wahrzunehmen, dass das Angebot im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ergänzt bzw. der Mangel

an Angeboten kompensiert werden sollte. Der multilinguale Alltag in den westeuropäischen Metropolen stellt Stadtverwaltungen vor die Herausforderung, entsprechende sprachpolitische Konzepte zu entwickeln. Im Medienbereich geschieht das einerseits durch die Förderung von privaten Medieninitiativen und andererseits durch eigene Medien. Der von der Wiener Stadtverwaltung geförderte Wiener Integrationsfonds gibt seit 1996 in türkischer und in bosnisch/kroatisch/serbischer Sprache eine monatliche Zeitschrift heraus, die das Spektrum der früheren Service-Programme am Rundfunk umfasst, d. h. Informationen, die für den Alltag relevant sind (Gesundheitswesen, Schule, Wohn- und Arbeitsmarkt, Pensions- und Altersvorsorge etc.).¹ Die Zeitschrift wird an Abonnenten versandt und liegt in Beratungszentren und an Treffpunkten auf. Seit der Wiener Landtag im Dezember 2002 die Einführung des Wahlrechts bei Bezirksvertretungswahlen für alle ausländischen BürgerInnen, die länger als 5 Jahre ununterbrochen in Wien wohnhaft sind, beschloss, beginnt sich die Stadt stärker für Medien, die Migranten erreichen, zu interessieren. So wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die auch Daten zur Mediennutzung von Migranten in Wien erhob. Für Nachrichtensendungen nutzt die überwiegende Mehrheit der Migranten die Programme des ORF, auch österreichische Tageszeitungen werden von vielen gelesen. Im Unterhaltungsbereich spielen Medien in der eigenen Sprache jedoch eine große Rolle (Jenny 2003). Nicht zuletzt dadurch, dass MigratInnen als Wählergruppe wahrgenommen werden, ist etwas Bewegung in die zähen Verhandlungen um einen lokalen Wiener Bürger-TV-Kanal und um die Förderung des freien Radios Orange 94,0, das regelmäßig Programme in Migrantensprachen sendet, gekommen.

Migranten als wirtschaftlicher Faktor: Satellitenfernsehen und ›Ethnokommerz‹

Seit Anfang der 1990er Jahre beginnt das Satelliten- und Kabelfernsehen eine wichtige Rolle zu spielen. Zunächst sind es die öffentlich-rechtlichen/staatlichen Fernsehanstalten, die nach der Logik der vorgestellten nationalen Gemeinschaft ein Programm für ›ihre‹

1. Die bosnisch/kroatisch/serbische Version heißt: Bečki glasnik. Mjesečni informativni list Bečkog fonda za integraciju/Informationsmagazin des Wiener Integrationsfonds.

Diaspora produzieren. Das kroatische staatliche HRTV und das staatliche türkische TRT zählen zu den ersten, die solche Programme über Satellit übertrugen. Anfangs waren es v. a. Kompilationen aus den staatlichen Programmen, doch setzte im türkischen Fernsehen rasch eine Differenzierung zwischen den vor Ort gesendeten Programmen und den für die Diaspora produzierten Programmen ein. Robins und Aksoy (2001) beschäftigen sich ausführlich mit der Entwicklung der türkischsprachigen Satellitenprogramme. Sie zeigen, dass das Projekt TRT INT zunächst darauf abzielte, den gesamten türkischsprachigen Raum unter einem Dach zu vereinen. Dazu zählten die turksprachigen Bevölkerungen in den ehemaligen Sowjetrepubliken, die türkischsprachigen Zyprioten ebenso wie türkische Migranten in den europäischen Ländern. Das war auch mit einer expliziten sprachpolitischen Mission verbunden, die darauf abzielte, eine einheitliche Standardsprache zu propagieren. Untertitel in lateinischer Schrift wurden eingesetzt, um der lateinischen Schrift auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken zum Durchbruch zu verhelfen (Robins/Aksoy 2001: 82). Inzwischen werden spezifische Programme für TürkInnen in Europa produziert, und TRT INT gehört auch in den meisten Kabelnetzen der europäischen Großstädte – so auch in Wien – zum Standardpaket. Mittlerweile gibt es für Türkischsprachige (in Europa) über 20 private TV-Sender. Diese Kanäle produzieren weitgehend aus kommerziellen Interessen und nicht aus dem politischen Interesse der vorgestellten türkischen Gemeinschaft. Sie mussten ihr eigenes Image als türkische Kanäle aufbauen und schufen »eine Art alternativer *Turkishness*«, indem sie sich gegenüber globalen Stilen öffneten und alles, was früher verboten war und von der staatlichen Fernsehkultur zensuriert war – »KurdInnen, AlevitInnen, Mitglieder religiöser Sekten, Frauen mit Kopftüchern, radikale FeministInnen, Transvestiten, Homosexuelle, ArabeskünstlerInnen« –, zeigten (Robins/Aksoy 2001: 89). Zusammenfassend warnen Robins/Aksoy vor der vereinfachenden Vorstellung, das türkische transnationale Fernsehen nur als eine einfache Erweiterung der vorgestellten Gemeinschaft zu sehen, und davor den Beitrag, den es dazu leistet, dass die türkische Kultur heute »mehr in Fluss [ist] als je zuvor«, zu vergessen (Robins/Aksoy 2001: 95).

In Bezug auf den Raum des früheren Jugoslawien ist die Entwicklung weniger weit fortgeschritten, staatliche bzw. öffentlich-recht-

liche Diasporaprogramme sind mittlerweile aber aus allen Nachfolgestaaten über Satellit zu empfangen. Erste private Satellitenkanäle senden seit Mitte der 1990er Jahre. Das in Serbien produzierte Pink TV ist derzeit marktführend. Im Unterschied zu den Diasporaprogrammen setzt es auf ein kommerzielles Programm, bestehend aus Talkshows und Musikvideoclips. Über Satellit sind heute in Europa Hunderte von Programmen in einer großen Zahl verschiedener Sprachen zu empfangen. Jene Programme, die von öffentlichen bzw. staatlichen Gesellschaften nach der traditionellen Vorstellung der Verklammerung einer nationalen Gemeinschaft produziert werden, sind dabei in der Minderzahl. Neben kommerziellen Programmen, die auf eine bestimmte Sprechergemeinschaft ausgerichtet sind, und Spartenprogrammen in einer Lingua franca, gibt es auch solche, die darauf abzielen, größere Räume zu erreichen. Aus sprachenspolitischer Sicht ist das Beispiel von Zee TV besonders interessant: In den 1990er Jahren entstanden in Indien mehrere kommerzielle TV-Sender, die westliche Programmformate für den indischen Markt adaptierten. Darunter auch Musiksender, die Indipop-Musik ausstrahlten. Damit fand der v. a. unter der urbanen Jugend in Nordindien populäre Jargon *Hinglish* Eingang in die Medien. Zee TV zielte einerseits darauf ab, im Konkurrenzkampf seinen eigenen klar erkennbaren Stil zu entwickeln, und andererseits wollte man eine weitere Region über den hindisprachigen Teil hinaus und insbesondere den lukrativen Markt der britischen Diaspora erschließen. In der Folge verwendet Zee TV nicht nur in Musik- und Jugendprogrammen, sondern auch in den Nachrichtensendungen *Hinglish* (Thussu 2000: 197 f.).

Migranten werden als wirtschaftlicher Faktor auf dem Medienmarkt nicht nur von Satellitenfernsehanbietern und von den Zeitungshäusern, die Diasporaausgaben produzieren, wahrgenommen, sondern auch auf lokaler Ebene. In vielen europäischen Städten sind neben Zeitungen und Zeitschriften, die häufig aus Vereinsblättern hervorgegangen sind, auch aus Inseraten gesponserte Gratiszeitungen in Migrantensprachen entstanden. Basis dafür sind die so genannten ethnischen Ökonomien, die in den europäischen Städten entstanden sind. Ausschlaggebend für das Entstehen dieser lokalen Ökonomien war, sowohl eine Nachfrage nach spezifischen Produkten oder Dienstleistungen als auch Diskriminierungen auf

dem enger werdenden Arbeitsmarkt, welche MigrantInnen bewegen, selbst Unternehmen zu gründen (Haberfellner/Böse 1999). Einer der Sektoren, in dem es zu solchen Gründungen kam, ist der Mediensektor. Dabei geht es nicht nur um die Produktion von Medien, sondern auch um die Distribution wie den Verkauf und Verleih von Videokassetten und Tonträgern. Oft steht dies in Verbindung mit der Organisation von kulturellen Veranstaltungen, wie auf spezifische Gruppen ausgerichtete Filmwochen oder Konzerte. Eine Reihe von Cafés und Gasthäusern bieten die Möglichkeit, Satellitenprogramme zu sehen, und Internetzugang als zusätzliche Attraktion an.

Freie Radios – Foren der Vielstimmigkeit

Ein Mediensektor, in dem Migrantensprachen prominent vertreten sind, ist der nichtkommerzielle private Rundfunk. In einer breit angelegten Vergleichsstudie, die nichtkommerzielle Lokalradios in 15 Ländern umfasst, kommt Kleinsteuber (1991: 321 f.) zum Schluss, dass trotz der großen Verschiedenheit in der Entstehungsgeschichte, der Organisationsstruktur und der Stellung im Mediensystem »ein hohes Maß an Deckung und Parallelität« im Programmangebot herrscht. Bei den immer wiederkehrenden Programmelementen nennt Kleinsteuber an erster Stelle »Programme für ethnisch-nationale Minderheiten«. Eine im deutschsprachigen Raum durchgeführte Befragung von freien nichtkommerziellen Radios im Jahr 2001 ergab, dass sich an diesem Fokus nichts geändert hat:¹ Von über 20 solchen Radiostationen in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich, die sich an der Umfrage beteiligten, senden derzeit nur zwei ausschließlich in deutscher Sprache. Doch auch diese beiden gaben an, in Zukunft eine mehrsprachige Gestaltung anzustreben. Insgesamt kommen die erfassten freien Radios im deutschsprachigen Raum auf über dreißig verschiedene Sprachen.

In einigen Ländern wird dieser Beitrag, der im öffentlichen Interesse geleistet wird, als solcher wahrgenommen. Die Schweiz fördert freie Radios nicht nur im Rahmen des Gebührensplittings,

1. Radioumfrage zum Programmaustausch Freier Radios und nichtkommerzieller ProgrammproduzentInnen im deutschsprachigen Raum. Durchgeführt vom Verband Freier Radios in Österreich im Zeitraum Juni - August 2001. Präsentiert an der *ars electronica* in Linz, 3. September 2001.

sondern auch in der Lizenzvergabe wird ausdrücklich der Bürgerfunk mit seinen »kulturellen Kontrastprogrammen« berücksichtigt. Seit der Neufassung des Radio- und Fernsehgesetzes 1992 sind acht Frequenzen in größeren Städten für solche Privatradios reserviert (Regnetto 2002). Diese Förderungspolitik hat dazu beigetragen, dass lokale Radiostationen wie LoRa in Zürich in ihrem Programm eine große Zahl an Sendungen in Migrantensprachen aufgenommen haben, und, da sie über eine ausreichende Sockelfinanzierung verfügen, auch Ausbildungsmaßnahmen für SendungsgestalterInnen setzen können.

Derzeit sind in Österreich zwölf freie Radios auf Sendung, wovon die Hälfte ein Vollprogramm ausstrahlt und die andere Hälfte Sendefenster von einigen Stunden pro Woche bis zu 12 Stunden pro Tag haben. Insgesamt kommen die freien Radios in Österreich auf ca. 20 verschiedene Sprachen. Fast alle freien Radios in Österreich haben Sendungen in den Sprachen der größeren Migrantengruppen in Österreich, wie Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Türkisch, Kurdisch. Aber auch Sprachen von in Österreich weniger stark vertretenen Gruppen, wie Arabisch, Persisch, Vietnamesisch, Portugiesisch, Hindi, sind vertreten. Von MigrantInnen aus Afrika wird auf Radio Orange in Wien eine tägliche mehrsprachige Sendung gestaltet. Auch Nachbarschaftssprachen (Ungarisch, Tschechisch, Slowakisch) spielen in manchen Sendern eine Rolle. Englisch in seiner Lingua franca-Funktion wird an mehreren Radios benützt (z. B. Übernahme der BBC-Nachrichten). Einzelne Sender haben Sendungen in mehr als 10 Sprachen. Die Sendungen in anderen Sprachen als Deutsch nehmen am Linzer Lokalradio Fro beispielsweise 20 % der gestalteten Sendezeit ein, auf Radio Orange (Wien) sind ca. 13 % der gestalteten Sendezeit im Programm als »polyglott« gekennzeichnet, ähnlich ist die Situation bei Radio Helsinki in Graz. In den Sprachen der größeren Migrantengruppen, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch bzw. Türkisch und Kurdisch, gibt es oft an einem Radio mehrere Sendungen im Wochenprogramm, die von verschiedenen SendungsmacherInnen gestaltet werden. In den anderen Sprachen gibt es meist einmal wöchentlich oder im zweiwöchentlichen Rhythmus ein Programm von einer Stunde.

Die Dachorganisationen der freien Radios in Österreich, Deutschland und der Schweiz sind sich der Rolle der nichtkommer-

ziellen Lokalradios als Ausdruck von Diversität und als Brücke durchaus bewusst. Der Bundesverband der freien Radios in Deutschland (BFR) und der Verband freier Radios in Österreich (VFRÖ) legten an ihrem Koordinationstreffen im Sommer 2001 als gemeinsamen Schwerpunkt fest, »nicht nur Sendezeit für Programme in anderen Sprachen als der deutschen zur Verfügung zu stellen, sondern darüber hinaus eine mehrsprachige Sendungsgestaltung, die eine Brückenfunktion erfüllen kann, zu fördern«.¹ Die Union der nicht kommerzorientierten Lokalradios in der Schweiz UNIKOM² hat eine Petition aufgelegt, die eine Verankerung des Zugangs »zum Medium Radio unabhängig von Sprache, Größe des Portemonnaies oder Farbe des Passes« im neuen Rundfunkgesetz der Schweiz anstrebt. Sie fordert, dass die Leistung der Gemeinschaftsradios, den Zugang zur Information für die »rund zwei Millionen Menschen« in der Schweiz, »deren Alltagssprache keine schweizerische Landessprache ist«, zu öffnen, in diesem Gesetz anerkannt wird.³ Es entspricht der Konzeption der freien Radios, sich als Bürgerradios mit offenem Zugang zu verstehen, und deshalb ist nicht die Größe einer bestimmten Gruppe oder die potentielle Hörschaft entscheidend dafür, ob eine bestimmte Sprache im Programm vertreten ist, sondern die Initiative von SendungsgestalterInnen bzw. Vereinen, die bereit sind, eine Sendung regelmäßig zu gestalten. Die Gemeinschaftsradios wollen eher ausgleichend wirken und jenen Gruppen Platz bieten, die sonst öffentlich kaum wahrgenommen werden. Einer der Programmverantwortlichen des Zürcher Gemeinschaftsradios LoRa formulierte das so:

Es ist ja sicher auch kein Zufall, dass es bei uns nicht weniger als drei fremdsprachige Sendungen gibt, die auf Deutsch übersetzt »Stimme der Stimmlosen« heißen. (...) Wir freuen uns, wenn jemand eine Sendung in einer Sprache, die noch nicht vertreten ist, machen will und bemühen uns, Sendezeit freizuschaukeln. (...) Entscheidend finden wir das grundsätzlich nicht, wie viele Leute eine Sendung potentiell hören können. (...) Eine Sendung in Somalisch wird natürlich nicht von wahnsinnig vielen Leuten gehört, darum

1. Gespräch mit dem Präsidenten des Verbandes Freier Radios in Österreich, Helmut Peissl, Septmber 2001.
2. UNIKOM: <http://www.art19.ch>, 10. 10. 2002.
3. Im Rahmen der ars electronica 2001 in Linz fand eine Diskussion mit Programmverantwortlichen und SendungsgestalterInnen von freien Radios aus dem deutschsprachigen Raum zum Thema »Antirassismus und Minderheitenprogramme / sprachübergreifende Sendungsgestaltung« statt. Die folgenden Zitate stammen, so nicht anders gekennzeichnet, aus einem Mitschnitt dieser Diskussionsrunde.

geht es überhaupt nicht. Es geht darum, dass wir wichtig finden, wenn es Leute gibt, die somalisch senden wollen, wir gehen dann davon aus, dass Interesse besteht.¹

Freie Radios erweisen sich als jener Freiraum, in dem am Konzept der polyethnischen Medienöffentlichkeit aktiv gearbeitet wird. Lokale Radios in Städten sind jenes Medium, in dem sich auf lokaler Ebene neue Räume konstituieren bzw. ihren Ausdruck finden. Die Art, wie sich SendungsmacherInnen und Rezipientenschaften zusammenfinden, ist vielfältig. Die Vorstellung von einer einheitlichen, durch ein gemeinsames Herkunftsland oder eine gemeinsame kulturelle Identität konstituierten Diaspora erweist sich als grob vereinfachend. Manchmal ist eine gemeinsame Sprache die Klammer für eine Sendung, manchmal ist es aber eine gemeinsame Verbundenheit mit einem größeren (oft mehrsprachigen) Raum, manchmal ist es das Bestreben, Schnittstellen zu schaffen, und es wird mehrsprachig, also in Deutsch und anderen Sprachen, gesendet.

Die vertraute Stimme – Sendungen in Migrantensprachen

Zahlenmäßig kleinere, im Verbreitungsgebiet einzelner Radios präsente Sprechergruppen haben meist nur eine wöchentliche oder vierzehntägige Sendung am betreffenden Sender. Teilweise sind die SendungsgestalterInnen in lokalen Vereinen aktiv, vielfach sind es auch Einzelpersonen, die an der Radioarbeit interessiert sind, manchmal ist das Interesse an einer bestimmten Musikrichtung ausschlaggebend. Oft steht die Motivation, in der eigenen Sprache medial präsent zu sein, im Vordergrund. Die Sendungsgestalterin von *Sedaje Aschena* (Radio Orange, Wien) erzählt über die Anfänge ihrer Sendung:

Bei mir ist das so, ich bin in beiden Kulturen aufgewachsen und kenne die Bedürfnisse beiderseits und hab auch selber den Anspruch, die Kultur sowohl der einen als auch der anderen Seite zu vermitteln. Die Sendung hab ich so begonnen, weil ich dachte, es gibt viele IranerInnen, also es gab halt keine persischsprachige Sendung und ich dachte, dass die halt gerne ihre Sprache hören wollen, eigene Musik hören wollen usw. Im Laufe der Zeit hab ich halt gemerkt, wie groß die Zielgruppe ist, also dass es sehr viele Unterschiede gibt, sehr verschiedene Zielgruppen gibt. (...) Es ist so, es gibt z. B. die Flüchtlinge, Neuankömmlinge, die ganz andere Bedürfnisse haben, die gern etwas über Wien, über Österreich wissen wollen, über die Gesetze. Es gibt die, die schon jahrelang da sind, die eher wieder etwas über die Heimat hören wollen oder die persische Sprache kultiviert vermittelt haben wollen. Da gibt es die zweite Generation, die auch auf einer einfache-

1. Diskussionsbeitrag von J. Bracher. In: Tagungsbericht: »Ethnische Minderheiten und Mediennutzung – Ausschluß vom Kommunikationsprozeß«. VHS Linz, 3. 12. 1999. (<http://www.fro.at/tagungmum/jonbracher.html>)

ren Basis, also eine einfache Sprache hören möchte. Also weil sie das rein Persische, dieses schwierige, also jetzt so hochgestochen, nicht versteht und daher auch leicht abschaltet, und die einen anderen Musikwunsch hat als die älteren Iraner beispielsweise.

Aus ihrer Erzählung wird klar, dass sie anfangs nur eine diffuse Vorstellung von ihrer Rezipientenschaft hatte, erst durch Rückmeldungen, wie Telefonanrufe während der Sendungen, differenzierte sich das Bild. Sowohl auf der Ebene der Inhalte, als auch auf der sprachlicher Praxis gilt es, verschiedenen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht zu werden. Im Programm von Radio Orange werden Zielgruppe und thematische Schwerpunkte dieser Sendung so vorgestellt:

Iranische MigrantInnen wenden sich an alle persischsprachigen MigrantInnen (aus dem Iran, Afghanistan, Tadjikistan, Pakistan usw.). Unterschiedliche Themen aus dem sozialen wie kulturellen Bereich werden angesprochen, z. B. das Thema der Frau, Migration, Identität, bekannte Feste und Feiertage und deren Ursprung etc. Wir möchten aber auch die zweite und dritte Generation der MigrantInnen ansprechen und über deren Wünsche und Probleme berichten.¹

Die gemeinsame Klammer für diese Sendung, die *Sedaje Aschena* (Bekannte Stimme) heißt, ist die gemeinsame Sprache und ein gewisses Verbundensein mit einem transnationalen Raum. Das wird auch durch die Musikwahl unterstrichen, wobei die Gestalterin betont, dass unter den Musikstücken auch welche in Sprachen von »verschiedenen Sprachminderheiten aus dem Raum« gespielt werden und »Mischungen und Neukreationen persischer Musik der im Ausland geborenen und heranwachsenden zweiten Generation«. Es geht also weder um eine ethnische Identität noch um eine nationale Gemeinschaft, sondern eher um einen transnationalen Raum.

Die Gestaltung der Sendung stellt hohe Anforderungen an die Redaktion, die nach Vorstellungen des Teams eigentlich ebenso heterogen zusammengesetzt sein sollte wie die Rezipientenschaft:

Wir bräuchten eigentlich jemand, der sehr gut Persisch kann, weil die MigrantInnen, die länger da sind, die haben schon Probleme mit der Sprache dann teilweise/ und wir bräuchten Leute, die etwas über die Heimat wissen, über die aktuelle Situation. Die Sache ist die, viele sind natürlich politisch verfolgt und schon lange da und wissen nur einiges, nur das, was hier in den Medien läuft beispielsweise.

Es muss beträchtliche Spracharbeit geleistet werden, vor allem dann, wenn es um Themen geht, wo die Präzision der Übersetzung entscheidend ist:

1. <http://www.orange.or.at/radio/sendungen/sedajeas.htm>, 3. 9. 2003

Wir hatten einmal eine Sendung über das Arbeitsrecht. Ich war bei einer Frau in der Arbeiterkammer, die war zuständig für Migrantinnen, Frauen und Familie. Ich hätte die nicht direkt in die Sendung einladen können und dann immer alles direkt übersetzen. Das hätte nicht funktioniert. (...) Ich finde es sehr schwierig, wenn es um spezielle Fachausdrücke geht.

Mehrere RedakteurInnen von Sendungen, die ähnlich gelagert sind wie die persische, berichteten über negative Reaktionen seitens der Rezipientenschaft auf offensichtliche sprachliche Interferenzen oder »Unkorrektheiten«. Die Gestalterin der persischen Sendung beobachtet ihr eigenes Sprachverhalten kritisch:

Ich bin leider so, dass ich mal selbst auch switche und mal ein deutsches Wort benutze, obwohl ich es eigentlich nicht will, und dann heißt es, ja wieso spricht ihr denn nicht richtig Persisch, oder ich benutze falsche Wörter, dann gibt es auch negative Kritik. Umgekehrt gibt es aber welche, die froh sind, dass sie etwas Persisches hören können, dass es das überhaupt gibt und die Musik und so.

Der hohe Anspruch an die sprachliche Gestaltung mag wohl teilweise darauf zurückzuführen sein, dass das Radio im öffentlich-rechtlichen Rundfunk traditionell eine standardsetzende Rolle innehatte. Das Zulassen von Alltagssprache im Radio, der Gebrauch von Dialekten oder Jargons in regulären Sendungen ist eine neuere Entwicklung, die auch im öffentlichen Rundfunk nicht auf allen Sendeschienen zu bemerken ist. In einer Sendung wie *Sedaje Aschena*, wo die Sprache das zentral Verbindende ist, ist das Bemühtsein um eine »korrekte« Standardsprache, die niemanden vor den Kopf stößt, nicht weiter erstaunlich. Der Sprachpurismus, das Bestreben, die Sprache »rein« zu erhalten, ist ein Phänomen, das vor allem im Zusammenhang mit der Standardsprache aufkommt (Thomas 1991: 12). In Diasporasituationen, wo die Sprache der Herkunftsländer in offiziellen Sprechsituationen kaum eine Rolle spielt, ist er möglicherweise noch ausgeprägter. Migrantengruppen müssen »gezielte Eigenanstrengungen« unternehmen, um ihre Zweisprachigkeit zu bewahren, »da die Mehrheit dieser Problematik indifferent, wenn nicht negativ gegenübersteht« (Coulmas 1985: 108). Codeswitchen wird von HörerInnen, die sich der Stresssituation der Live-Sendung nicht bewusst sind, nicht unbedingt als etwas bewertet, das ein Beweis dafür ist, dass sich der Sprecher oder die Sprecherin in zwei oder mehr Sprachen bewegen kann, sondern als ein Manko, als ein erster Schritt zur Sprachaufgabe.

Die Sendungsmacherin von *Sedaje Aschena* spricht sich gegen eine durchgehende zweisprachige Sendungsgestaltung aus:

Das Zweisprachige sehe ich als problematisch, weil ich kenne viele Iraner, die schlecht Deutsch können, die interessiert das nicht, die schalten ab. Und umgekehrt, Deutsche vielleicht, die das teilweise dann hören, was auf Deutsch gesprochen wird und wenn dann Persisch gesprochen wird, dann schalten sie auch wieder ab so vom Gehör her.

Sie räumt aber ein, dass zweisprachige Sendungen – vor allem, wenn es um Belange geht, die primär die zweite und dritte Generation interessieren, oder um Sendungen in deutscher Sprache, die Deutschsprachigen vor allem via Musik die persische Kultur näherbringen, – eine wichtige Ergänzung zur bestehenden Sendung wären. Zu speziellen Anlässen finden auch solche zweisprachigen Sendungen statt.

Ähnlich wie die Sendungsmacherin der persischen Sendung versucht auch die Redaktionsgruppe der wöchentlichen ungarischen Sendung auf Radio fro (Linz) in einer Magazinsendung etwas für die Ungarischsprechenden in Österreich zu bieten.

Wir haben mehrere Zielgruppen innerhalb der ungarischen Bevölkerung. Es gibt Ungarn, die schon längst integriert sind und deren Kinder vielleicht auch die ungarische Muttersprache nicht mehr sprechen, und es gibt auch die Flüchtlinge, die Wirtschaftsflüchtlinge, die Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre daher gekommen sind. Wir sehen unsere Sendung eher als Sendung zur Pflege der Muttersprache, zur Pflege der Tradition jetzt unter Anführungszeichen. Aber im österreichischen Kontext. Wir sehen unsere Zielgruppe schon als integriert. Es geht eher um die Muttersprachenpflege. (...) Die zweite Sprache, die deutsche Sprache, die kann von 0 bis 24 auf etlichen Frequenzen gehört werden, so dass unsere Sendung eher für/ eher eine Entgegenwirkung zur Assimilation ist.

Auch hier ist die gemeinsame Sprache der gemeinsame Nenner und nicht etwa die Herkunft aus Ungarn. Zu den Studiogästen, AnruferInnen und HörerInnen zählen nach Angaben der Gestalter sowohl Migranten, die zu verschiedenen Momenten und aus verschiedenen Ländern nach Österreich gekommen sind als auch Angehörige der ungarischen Volksgruppe im Burgenland und in Wien. In der Vorstellung ihrer Sendung betont die Redaktion, dass sie durch die Sendung »eine Vernetzung der ungarischen Bevölkerungsgruppe anstrebt« (Radio Fro: 2003¹). Deshalb sind auch Berichte über Veranstaltungen, in Österreich allgemein und in Oberösterreich im Speziellen, ein Schwerpunkt der Sendungen. Häufig werden Studiogäste eingeladen und Hörerinnen und Hörer animiert, in der Sendung anzurufen und mitzudiskutieren. Das Radio erweist sich nach der Einschätzung der Redakteurinnen als Kristallisationspunkt für andere Aktivitäten:

1. <http://www.fro.at/anderssprachig/>, 3. 9. 2003.

Wir machen durch das Radio auch andere Sachen. Wir haben voriges Jahr eine Ausstellung gemacht. Das ist eigentlich eine Verbindung zwischen den ungarischen Leuten. (...) Der Verein Hungaromedia ist so eine »Nachgeburt« von Radio Fro.

Integration und Erhalten der Muttersprache stehen, wie die Gestalterin der ungarischen Sendung in ihrem Statement ausgeführt hat, nicht im Widerspruch. Es scheint mir wichtig, dies gerade jetzt zu betonen, da erneut die Diskussion aufkommt, dass die Beherrschung des Deutschen als ein Maß für soziale Integration gesehen wird. Das Ziel, eine Vernetzung im lokalen bzw. im österreichischen Kontext anzustreben, zeigt, dass es hier um eine soziale Integration geht, die auch Schnittstellen zur Bevölkerung schafft, welche nicht ungarischsprachig ist. Das leisten z. B. die erwähnte Ausstellung und andere Veranstaltungen. Die Kommunikation und Vernetzung der ungarischsprachigen Gruppe, die durch die mediale Präsenz gefördert wird, ermöglicht es, als solche präsent zu sein und wahrgenommen zu werden.

Ähnlich wie die Gestalterin der persischsprachigen Sendung spricht sich auch die der ungarischen gegen eine zweisprachige Gestaltung der Sendung aus, führt aber noch ein anderes Argument als das des Nicht-Verstehens an:

Ich komme aus einem Land, wo das [die Mehrsprachigkeit] vorbelastet ist. Ich komme aus Rumänien und da wurde alles übersetzt, die ungarischen Volksgruppensendungen im Fernsehen, alles beschriftet, alles. Das hatte eine reine Kontrollfunktion.

Dennoch denken die GestalterInnen den einsprachig deutschsprachigen (zufälligen) Hörer mit und beginnen die Sendung mit einer zweisprachigen Moderation:

Einen schönen guten Morgen. Es begrüßt Sie heute im Namen des ungarischen Hungarostudio Magdalena Seb. Sie hören die 103. Ausgabe unserer Sendereihe. Unsere heutige Themen sind mit stimmungsvoller ungarischer Musik untermalt und gespickt. Bleiben Sie mit dabei.¹

Der Rest der Sendung läuft ausschließlich in Ungarisch ab, wobei darauf Bedacht genommen wird, dass die Sprachblöcke nicht zu lange dauern. »Bleiben Sie mit dabei« ist ein Signal an die deutschsprachigen HörerInnen, dass sie nicht ausgeschlossen werden. Die Musik wird als verbindendes Element angeboten und, wie man aus Reaktionen weiß, auch von HörerInnen geschätzt, die nicht unga-

1. Der Auszug stammt aus einer von der Gesamtedaktion von Radio fro für die Tagung des Verbandes Freier Radios (2001) erstellten CD mit Hörbeispielen.

risch sprechen. Gleichzeitig betont die Redakteurin von *Hungarostudio* aber auch wie die Redakteurin der persischen Sendung, dass sie sich zweisprachige Sendungen nur als Ergänzung zur »muttersprachlichen« Sendung vorstellen kann:

Dann ist es keine Muttersprachensendung mehr. Dann stellt sich für mich auch sehr stark die Frage, für wen mache ich das. Mit der einen Sprache, weiß ich ganz genau, ich erreiche diese oder jene Zielgruppe. Aber so ist das ein Schuss für mich ins Blaue, wen erreiche ich denn dann?

In beiden Sendungsbeispielen geht es letztlich nicht um eine abstrakte Pflege der »Muttersprache«, sondern um einen Freiraum, in dem Binnenkommunikation in der eigenen Sprache ungestört und ohne reglementierenden Druck von außen stattfinden kann. Der gemeinsame Nenner ist hier die Sprache und nicht eine gemeinsame nationale Herkunft. Die Gestalterinnen der beiden Sendungen sehen sich auch nicht als Sprachrohr einer bestimmten Gruppe, sondern bieten ihre Sendungen als einen Treffpunkt an, indem sie zu Anrufen und Studiobesuchen einladen. Insofern sind die Sendungen ein offenes Forum, in dem eine Diskussion stattfindet. Öffentliche Binnenkommunikation innerhalb einzelner Gruppen wird als eine Voraussetzung für Außenkommunikation zwischen Gruppen gesehen (Husband 2001).

Mehrsprachige Sendungen – Ansprechen unterschiedlicher Hörergruppen

Einige Sendungen freier Radios sind bewusst zweisprachig gestaltet, die Redaktionsgruppe setzt sich dann auch aus GestalterInnen verschiedener Herkunft zusammen. Ein Beispiel dafür ist die Sendung *Haltestelle Iberoamerika*, die auf Radio Querfunk (Karlsruhe) seit 1997 im Ausmaß von je einer Stunde fünf Mal wöchentlich gesendet wird. Der Redakteur dieser Sendung beschreibt das Team und seine Vorstellungen von der Rezipientenschaft:

Die Sendung Haltestelle Iberoamerika ist in Spanisch und Deutsch gleichzeitig. Wir sind acht Leute, die Hälfte sind die Deutsche, die andere Hälfte sind aus Lateinamerika und es sind noch sind Personen, die ab und zu mitmachen. Wir senden die Sendung für a) für Leute, die als Muttersprache Spanisch haben. Für b) Leute, als Muttersprache Deutsch haben, aber sie sind interessiert an unserer Kultur aus Lateinamerika oder aus Spanien. c) Leute, die etwas Spanisch verstehen, die sind Deutsche und wollen Spanisch lernen und d) Leute, die ganz, ganz wenig Spanisch verstehen, aber sie mögen diese Musik, Salsa usw.

Der Sendungsverantwortliche stammt selbst aus Peru, er präzisiert, dass zur spanischsprachigen Zielgruppe nicht nur Menschen aus Lateinamerika zählen, sondern aus dem gesamten spanischsprachigen Raum. Manche sind mit den ersten Gastarbeiterkontingenten aus Spanien gekommen, andere vor Diktaturen in Lateinamerika oder der Franco-Diktatur in Spanien geflohen und geblieben, wieder andere sind aus wirtschaftlichen Gründen emigriert:

Fast die Hälfte [der HörerInnen] sind Frauen aus Lateinamerika. (...) Es gibt z. B. deutsche Männer, die holen Frauen aus Lateinamerika, und die leben dann oft in einem kleinen Dorf, die dürfen dann auch kein Deutsch lernen. Das sind auch solche Leute, die unsere Sendungen hören. (...) Wir versuchen zu arbeiten mit der zweiten Generation. Also, wir haben Telefonate gekriegt von Eltern, von interkulturellen Paaren - deutscher Mann und Latina-Frau, und sie haben uns gebeten, bitte, ich möchte, dass mein Sohn auch etwas über unsere Sprache, unsere Kultur erfahren kann.

Dass dieses zweisprachige Sendungskonzept in der deutschsprachigen Bevölkerung Anklang findet, dafür hat der Sendungsgestalter eine Erklärung:

Und dann in der letzten Zeit ist Spanisch fast eine Mode geworden in Europa. Wir haben kein Problem, also in Karlsruhe die Latinokultur ist ganz groß im Moment und wir kriegen viel Feedback.

Die Popularität des Urlaubslandes Spanien in Deutschland ist hier nur ein Faktor, ebenso wie die Verankerung der Sendung im Rahmen der Nord-Süd-Kooperation und der sozialen Bewegungen. Vor allem das breite Interesse an Weltmusik hat Musik aus dem lateinamerikanischen Raum über den entwicklungspolitisch interessierten Kreis hinaus in Europa populär gemacht. Salsa- und Tangotanzkurse boomen ebenso wie afrikanische Trommelworkshops. In der Sendung *Haltestelle Iberoamerika* spielt Musik eine wichtige Rolle. Das Verhältnis zwischen Wort- und Musikanteil liegt ca. bei 1:3, wobei Musik auch im Wortsegment als Bindeelement und als Untermauerung eingesetzt wird.¹ Die SendungsmacherInnen haben dabei ihren eigenen Stil abseits des Mainstream entwickelt.

Die Magazinsendung versucht den unterschiedlichen Hörerbedürfnissen durch eine breite inhaltliche Fächerung gerecht zu werden. In der Regel beginnt die Sendung mit einem literarischen Beitrag, darauf folgt ein längerer aktueller Beitrag (z. B. Interviews mit

1. Alle Angaben zu und Zitate aus Sendungstexten beziehen sich auf eine Serie von vier Sendungen der *Haltestelle Iberoamerika* aus dem Herbst 2002, die mir von der Redaktion zur Verfügung gestellt wurden.

Gästen aus Lateinamerika, aus der Entwicklungszusammenarbeit, aus der Antirassismusbewegung oder Berichte über Veranstaltungen). Ein Nachrichtenblock mit Informationen zu Lateinamerika bzw. zum spanischsprachigen Raum gehört ebenso wie der ausführliche Veranstaltungskalender zu den Fixpunkten der Sendung. Die Redakteure der Sendung arbeiten mit anderen Radiostationen in Peru, Chile und Madrid zusammen und tauschen Tonmaterial mit diesen aus. Intensive Kontakte bestehen auch zu Initiativen in Brasilien, sodass sich die Sendungen inhaltlich auf den gesamten lateinamerikanischen Raum beziehen. Die portugiesische Sprache ist auch über die Musik präsent.

Im Umgang mit der Zweisprachigkeit halten sich die ModeratorInnen weitgehend an das Prinzip ›ein Sprecher – eine Sprache‹. Das Verhältnis zwischen den beiden Sprachen ist abhängig davon, ob der Studiogast spanisch- oder deutschsprachig ist, bzw. ob spanisches oder deutsches Material für den aktuellen Beitrag zur Verfügung steht. Insgesamt war das Verhältnis Spanisch-Deutsch im Beobachtungszeitraum durchschnittlich ungefähr 1:1. Für die ModeratorInnen besteht die Herausforderung darin, sowohl zweisprachige als auch einsprachige HörerInnen mitzudenken. Zweisprachige sollen nicht durch allzu lange und wiederholende Übersetzungen gelangweilt werden, und Einsprachigen muss die Möglichkeit gegeben werden, dennoch der Sendung inhaltlich zu folgen. Während der Sendung kommen verschiedene Strategien in der Realisierung des zweisprachigen Sendekonzepts zum Tragen. Das Prinzip der vollständigen originalnahen Übersetzung wird nur für die literarischen Blöcke am Sendungsanfang, die zwischen drei und sieben Minuten dauern, gewählt. In der Regel werden diese Blöcke vor der Sendung im Studio vorbereitet. Im Beobachtungszeitraum war das beispielsweise ein Text von Eduardo Galeano. Kürzere Textstücke in der einen Sprache wechseln mit solchen in der anderen Sprache ab, die Musik verbindet beide Texte und gibt zusätzlich kleine Pausen des Innehaltens. Der literarische Text und die literarische Übersetzung genießen eine Sonderstellung, Sprachmelodie und -rhythmus werden durch die Musik unterstrichen. Dieser Umgang mit der Zweisprachigkeit ist bei Lernenden sehr beliebt, denn sie bietet die Möglichkeit, sich über Fortschritte zu vergewissern. In anderen live gesendeten Teilen wird vor allem zur Strategie der zu-

sammenfassenden Übersetzung gegriffen. Interessant sind die häufigen vorkommenden kleinen Sequenzen des metasprachlichen Aushandelns, in denen Strategien des Vergewisserns über Verstehen und Verständigung oder Vorankündigungen des Sprachenwechsels zum Tragen kommen:

Wir machen jetzt weiter, und dann wird die Gloria ganz langsam - damit es auch alle Deutschen verstehen - Nachrichten aus Lateinamerika und Spanien vorlesen.¹

Dass beide ModeratorInnen ihre spezifische Zielgruppe im Auge haben und fallweise Beziehungen zwischen den Gruppen aushandeln müssen, wird in den Veranstaltungshinweisen deutlich: Einmal entspinnt sich beispielsweise eine kurze Diskussion darüber, ob Deutschsprachige auch im Karlsruher »Latinchor« mitsingen können. Die deutschsprachige Moderatorin reagiert auf eine diesbezügliche Einladung des spanischsprachigen Moderators (die sie nicht übersetzt), indem sie ihre Unsicherheit zum Ausdruck bringt. Hingegen lädt sie dann ihr Publikum zu einem Workshop ein, der im Rahmen des Treffens des Latinochors stattfindet: »Da können wir ja dann auch hinkommen.«

Ein weiteres Beispiel für ein Programm, das explizit für ein »gemischtes«² Publikum produziert wird, ist *Radio Afrika* in Wien. Die Redaktion, die »sich bunt gemischt aus AfrikanerInnen und EuropäerInnen« zusammensetzt, besteht seit 1997. Mehrere Mitglieder des Teams von *Radio Afrika* waren in ihren Ländern als Medienschaffende tätig, einige haben ein Studium der Kommunikationswissenschaft abgeschlossen und wollen auch in Österreich in ihren Berufen tätig sein. Neben den Sendungen für Radio Orange produzieren sie auch solche für das Mittelwellenradio 1476 des ORF und für eine Kurzwellenfrequenz des ORF, die von Wien aus die Region der Großen Seen in Zentralafrika erreicht. Außerdem gestaltet die Gruppe eine monatliche Beilage zur Wiener Zeitung mit Information zu Afrika und der afrikanischen Migration in Wien. *Radio Afrika* formuliert seinen Sendeauftrag so:

Kommunikation: Als Therapie gegen Fremdenangst, als Grundstein zu Freundschaft und Kooperation, als Eckpfeiler der guten Meinungsbildung, als Abschaffung der Nostalgie und Sehnsucht, als Ersatz von Ignoranz durch Wissen. Darum hat sich Radio Afri-

1. Sendung vom 8. 9. 2002.

2. Alle folgenden Zitate stammen aus einem Interview mit Alexis Neuberg, dem Sendungsverantwortlichen von Radio Afrika, 8. 11. 2001.

ka zum Ziel gesetzt, EuropäerInnen bzw. ÖsterreicherInnen Afrika durch journalistische Tätigkeiten nahe zu bringen.¹

Nicht nur die »Aufklärung der österreichischen Bevölkerung bezüglich Rassismus im Alltag« ist ein Ziel der Sendung, sondern auch »die Meinungsbildung der Betroffenen und die Wiederherstellung ihres Selbstbewusstseins, damit sie politische Aktionen gegen Rassismus setzen können«, das »Motivieren der MigrantInnen sich zu engagieren, um sich artikulieren zu können« sowie »Information über bestehende Projekte als positive Beispiele einer Anti-Rassismus-Politik«.² Allein aus der Programmbeschreibung wird deutlich, dass die afrikanische Gemeinschaft in Österreich mit ganz anderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat als die lateinamerikanische in Deutschland. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (ECRI) bringt in ihrem zweiten Bericht über Österreich³ ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass »Rassismus, Fremdenhass und Intoleranz« weiterhin bestehen. Sie betreffen »insbesondere Nicht-EU-Bürger – besonders Einwanderer, Asylwerber und Flüchtlinge – aber auch österreichische Staatsbürger ausländischer Herkunft. Menschen aus Afrika leiden besonders unter diesem Phänomen.« Deshalb setzt die Redaktion einen Schwerpunkt bei der Information und Aufklärung, die ein Gegengewicht zum gängigen Afrikabild bieten soll. Ziel ist:⁴

Neben anspruchsvollen afrikanischen Berichten und Nachrichten, die weit über herkömmliche europäische Berichterstattung hinausgehen, durch viel afrikanische Musik, Geschichten und Erzählungen, Bräuche und kulturelle Beiträge auch afrikanisches Lebensgefühl »live on air« zu vermitteln. (...) Gerade die in Österreich lebenden AfrikanerInnen leiden oft unter dem verzerrten Bild, das von den westlichen Medien über die Heimat verbreitet wird. Gleichzeitig zeigen die ÖsterreicherInnen immer mehr Interesse daran, den »schwarzen Kontinent« besser kennenzulernen, als über die bis dato bestehenden Medien vermittelt wird.

Die Redaktion produziert ausschließlich mehrsprachige Programme. Ein Mitarbeiter von Radio Orange beschreibt das so:

Sie haben ein Superkonzept von Mehrsprachigkeit entwickelt, das nur durch jahrelanges gemeinsames Training entstehen kann. Jeder redet in seiner eigenen Sprache. Meist ist es in drei verschiedenen Sprachen, Deutsch, Französisch, Englisch. Manchmal ist es

1. <http://africa.sil.at>, 3. 9. 2003.

2. <http://africa.sil.at>, 3. 9. 2003.

3. ECRI (European Commission against Racism and Intolerance) (2001) Zweiter Bericht über Österreich, verabschiedet am 16. Juni 2000. Dokument CRI (2201) 3 prov. German version. Strasbourg: Europarat.

4. <http://africa.sil.at>, 3. 9. 2003.

auch z. B. Deutsch, Englisch, Bambara oder so, und das Prinzip ist, dass alle die Sprachen verstehen und nur in ihrer eigenen reden. Ich würde sagen, das ist so eine Art language hopping, wo dann immer kurz noch einmal zusammengefasst wird, was gesagt worden ist, aber nur so in einem Satz und dann geht es gleich weiter. Dadurch, dass das so eingespielte Teams sind, funktioniert das wirklich.

Für die Entscheidung der Redaktion, die Sendungen mehrsprachig zu gestalten, dürften mehrere Faktoren entscheidend sein: Einerseits gehört gelebte Mehrsprachigkeit für viele Menschen auf dem afrikanischen Kontinent zur Alltagsrealität, viele beherrschen sowohl lokale Sprachen als auch die durch den Kolonialismus aufgezwungene Lingua franca. Im österreichischen Kontext kommt auch noch das Deutsche hinzu. Der Umgang mit Mehrsprachigkeit ist daher etwas Gewohntes. Andererseits bietet die Öffnung des Programms für Deutschsprachige die Möglichkeit, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen und der Stigmatisierung entgegenzuarbeiten.

Die Mehrsprachigkeit gehört zum Markenzeichen von *Radio Afrika*, das wird bereits in der Begrüßungssequenz, die oft dreisprachig gehalten ist, klar.¹ Selbst wenn nur ein Moderator im Studio ist, bemüht man sich am Konzept der Mehrsprachigkeit festzuhalten und wechselt zwischen Deutsch, Englisch und Französisch. Während der Sendung wird oft auf die Kultur der Mehrsprachigkeit verwiesen:

Like I said earlier we are going to talk English and German to this programme. That's the culture of Radio Afrika. (...) We are sending in almost 10 languages. We are transmitting in English, French, Suaheli, Wolof (xxxx)

In jenen Sendungen, die ausschließlich für das freie Radio Orange produziert werden, kommen afrikanische Sprachen häufiger vor als in den Sendungen, die über die Frequenzen des ORF ausgestrahlt werden. Zwei Argumente werden von der Programmkoordination von Radio 1476 angeführt, warum afrikanische Sprachen nicht zu extensiv vorkommen sollten:² Einerseits soll die Bevorzugung einer afrikanischen Sprache gegenüber den anderen vermieden werden, andererseits erschwere die Verwendung afrikanischer Sprachen die Kontrolle seitens des ORF. Aber auch in den Sendungen auf Orange sind afrikanische Sprachen nur in eher kurzen Sequenzen präsent,

1. Die hier zitierten Beispiele stammen aus Sendungen, die auf Radio Orange im Februar 2002 ausgestrahlt wurden.
2. Interview mit dem damaligen Programmkoordinator von Radio 1476, H. Perrini, Oktober 2001.

vorwiegend werden einzelne Begriffe oder Sprichwörter erklärt. In dieser Form kommen sie, wie in den beiden folgenden Ausschnitten, häufig vor. Im ersten gibt eine Studentin Hintergrundinformation zum Musikstil Mbalax.

- F: Ja, wie schon vorher erwähnt, ist Mbalax ein Musikstil aus Senegambia (...)
[erklärt, welche Instrumente verwendet werden] Sambar, die Trommeln, die verwendet werden, sind ein unverkennbares Merkmal für den Stil des Mbalax.
A: Mbalax is the Wolof word for rhythm. It is assimilated to Cuban dance music.

Der Moderator ergänzt aus seinem sprachlichen Wissen und macht damit deutlich, dass ein Wolof-Wort in die Terminologie der internationalen Weltmusikszene vorgedrungen ist. Ähnlich geschieht dies in einer anderen Sendung nach dem Musikstück *Malaika*, wenn gleichzeitig Übersetzung als Strategie der Vergewisserung über Verständigung zum Tragen kommt:

- A: You know Africa is a big continent and there are different type of languages. So the one I understand is malaika - which is my angel. This is from Tanzania. It was originally done by Miriam Makeba. (...) [Der Moderator spricht über Miriam Makeba und erwähnt, dass das Lied in Suaheli ist. Er erklärt, dass Suaheli in der Region auch als Lingua franca funktioniert.] But the title of the song is Malaika and this means my angel.
B: I see, and what's in this song/ what's the song about?
A: It's about some one talking about his guiding angel.
B: Ah, I see.
A: Like the same of German Schutzengel.

Die afrikanische Sprache ist zwar nur symbolisch präsent, jedoch nicht nur im Sinn reiner Folklore oder exotischen Beiwerks, denn mit den Übersetzungen werden metasprachliche Erklärungen mitgeliefert. Die im lokalen Kontext weniger verbreitete Sprache wird in ihrem Facettenreichtum gezeigt und erfährt dadurch eine Aufwertung. Die Erläuterungen dienen auch als Einladung zur Beschäftigung mit Sprache und Kultur. Gleichzeitig wird damit klar, dass die englische oder die französische Sprache für die ModeratorInnen die zweite oder dritte Sprache ist. Der Gebrauch des Englischen und Französischen als *linguae francae* wird kontextualisiert und relativiert. Es wird also mit der Präsenz der afrikanischen Sprachen sprachliches Bewusstsein im Sinn von *critical language awareness* (Fairclough 1995b: 220 ff.) gefördert.

Im Rahmen eines bei Radio Orange organisierten Austauschprogramms gestalten fallweise ModeratorInnen verschiedener nicht-

deutschsprachiger Sendungen ein gemeinsames Programm. Im folgenden Auszug ist der Gestalter einer türkisch-deutschsprachigen Sendung als Studiogast in der Sendung *Afropa*. Wien wird vom afrikanischen Moderator als das gemeinsame Terrain konstruiert:

In diese Schiene samma unterwegs alle miteinand. Und zwar - das is wichtig/ zwar dass eh verschiedene Sendungen in Orange 94,0 gibt/ die sprechen eh sozusagen a fremde Sprach/ aber i weiß net ob diese Konzept überhaupt stimmt, weil wir in Wien ja verschiedene andere Gruppierungen haben und jeder spricht seine Sprache aber das is nicht Deitsch.

Beide Sprecher stellen ihre Sendungen vor, und der Gastgeber stellt in Bezug auf die türkische Sendung die Frage:

- M: Is auf Türkisch/ pardon oder auf Deutsch?
F: Es is normalerweise zweisprachig, also sowohl auf Türkisch als auch auf Deutsch. Nur ist das aufgrund der geringen Sendezeit nicht möglich/ eh deshalb versuchen wir es entweder türkisch zu machen eine Sendung oder eine Sendung deutsch.
M: Also deutsch Deutsch oder Wienerisch, weil es gibt ja Wiener, die ka Deutsch, weil für die is des ja a fremde Sprache - also wie spricht ihr?
F: Also eher nicht wienerisch, sondern deutsch.
M: Deutsch. Guat.

In der gesamten Sendung sind die GestalterInnen/MigrantInnen das ›Wir‹. Die beiden sprechen über Vorurteile und Diskriminierungen und darüber, ob Menschen, die in zwei Kulturen bzw. zwischen zwei Kulturen aufwachsen, toleranter sind. Der Moderator baut eine Brücke zu einem anderen mitgedachten Anwesenden, zum Wiener Publikum. Dazu benützt er auch die Musik. Neben afrikanischen und türkischen Musikstücken kommen ein Wienerlied von Otto Lechner und ein Kabarettstück von Alfred Dorfer vor. Die Stadt wird als das Gemeinsame zelebriert:

- M: Wir sind dabei zu dokumentieren, dass in dieser Stadt, diese wunderbare Wien, auch Begegnungen gibt und viele, die wunderbar sind, Kunst, Kultur und vor allem für uns Radiomachen. Ist es nicht schön, was wir jetzt hören.

Sowohl bei *Radio Afrika* als auch bei *Haltestelle Iberoamerika* gestalten Teams die Sendungen, die ›gemischt‹ zusammengesetzt sind. Deutschsprachige, die ›große‹ Sprachen wie die spanische, die französische oder die englische sprechen bzw. zumindest so weit verstehen, dass eine flüssige zweisprachige Moderation möglich ist, sind zweifellos leichter zu finden, als solche, die die türkische oder die bosnische/kroatische/serbische Sprache entsprechend beherrschen.

Ausdifferenzieren nach Inhalten, Stilen und Zielgruppen

Während die ›kleineren‹ Sprechergruppen versuchen, in einer Magazinsendung alle Zielgruppen zu erreichen, gibt es für größere Gruppen oft mehrere Sendungen in der betreffenden Sprache bzw. zwei- oder mehrsprachige Programme auf einem Sender. Das gilt insbesondere für Migrantengruppen aus der Türkei und dem kurdischsprachigen Raum sowie aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Das Grazer Radio Helsinki stellt beispielsweise insgesamt sechs Stunden Sendezeit für Programme in Türkisch/Kurdisch zur Verfügung. Radio fro in Linz hat zwei bosnische Sendungen und eine serbo-kroatische sowie eine türkische bzw. eine kurdisch/türkische auf dem Wochenprogramm. Darüber hinaus gestalten Jugendliche der zweiten Generation das gemeinsame Magazin *2nd generation news*.

Die politische Differenzierung und teilweise auch Polarisierung innerhalb der türkischen und kurdischen Migrantengruppen ebenso wie unter jener aus dem früheren Jugoslawien hat bei den ProgrammkoordinatorInnen der freien Radios immer wieder Verunsicherung ausgelöst. Einerseits wollte man das Prinzip des freien Zugangs gerade für jene nicht einschränken, die in den Mainstreammedien missrepräsentiert sind. Andererseits wollte man Vorwürfe der Einseitigkeit vermeiden, und es fehlte an Wissen und Kriterien, um Sendungen inhaltlich zu beurteilen. Schließlich hat sich an den meisten freien Radiostationen eine Praxis des ›Außenpluralismus‹ eingependelt. Durch mehrere Sendungen an einem Radio in den entsprechenden Sprachen soll ein breiteres Meinungsspektrum abgedeckt werden. Die Praxis der regelmäßigen Versammlungen der SendungsgestalterInnen der freien Radios ermöglicht auch einen gewissen Austausch zwischen den einzelnen JournalistInnen. Da es kaum wissenschaftliche Studien auf Textebene zu den Programmen der freien Radios bzw. der offenen Kanäle in den Migrantsprachen gibt, ist das Wissen darüber sehr bruchstückhaft.

Auffallend ist, dass türkisch- und kurdischsprachige Programme an freien Radios in Österreich, wo die Zahl der Migranten aus dem früheren Jugoslawien bei weitem jene der Migranten aus der Türkei übersteigt, in größerer Zahl zu finden sind als Programme in Bosnisch, Kroatisch und Serbisch. Das ungleiche Verhältnis war besonders ausgeprägt zur Anfangszeit der freien Radios in Österreich Ende

der 1990er Jahre, erst langsam zeichnet sich eine stärkere mediale Präsenz von Migranten aus dem früheren Jugoslawien in Österreich ab.

Der Grund für die geringe Präsenz der Migration aus dem früheren Jugoslawien in den freien Radios liegt einerseits darin, dass der Krieg in den Herkunftsländern auch unter Migranten zu Polarisierungen geführt hat. Die traditionellen Vereins- und Netzwerkstrukturen haben sich in Österreich mit dem Zerfall von Jugoslawien aufgelöst bzw. transformiert und teilweise nach ethnischen Trennlinien neu formiert. Zu einem großen Teil ist das Schweigen sicher auch auf Veränderungen in den Wahrnehmungsmustern, die in Österreich in Bezug auf die Migration aus diesem Raum während des Krieges eingetreten sind, zurückzuführen. MigrantInnen aus dem früheren Jugoslawien wurden in der »österreichischen Gesellschaft völlig mit den BürgerInnen Jugoslawiens identifiziert«, und mussten »als große Unbekannte auch für Projektionen jeglicher Art erhalten« (Bratić; 2000: 14). Eindrücklich beschreiben seit langem in Österreich ansässige Migranten aus dem früheren Jugoslawien in vom Wiener Integrationsfonds gesammelten Interviews (Wiener Integrationsfonds 2002), wie sie unter ethnischen Zuschreibungen seitens österreichischer Kollegen litten und sich in die innere Emigration, in das Schweigen zurückgezogen haben.

Florian Coulmas (1985: 106 f.) beschäftigt sich ausführlich mit der Geschichte der deutschsprachigen Einwanderer in den USA und mit der Haltung dieser Gruppe gegenüber ihrer Muttersprache. Er stellt fest: Emigranten wanderten nicht nach Amerika aus, um dort ihre Muttersprache zu pflegen, aber post factum stellten viele von ihnen fest, dass diese ihnen in ihrer neuen Heimat ein wichtiger Wert war, für den auf die eine oder andere Weise sich zu engagieren sie bereit waren. In Einwanderungsländern schafft sprachliche Solidarität soziale Gruppen, die über professionelle, religiöse oder Statusgruppen hinweg Bestand haben. Freilich verhalten sich diese Gruppen sehr unterschiedlich und werden von äußeren politischen Faktoren beeinflusst. Coulmas erwähnt in diesem Zusammenhang die florierende deutschsprachige Presse in den USA, durch die sich Deutsch-Amerikaner »als Teil der amerikanischen Sprachenlandschaft manifestierten«. Mit den beiden Weltkriegen und der damit verbundenen Ideologisierung von Sprache fand diese Presse ein Ende. Coulmas' Beobachtung zeigt, dass nicht nur die

Größe einer Sprechergruppe oder die Verbreitung einer Sprache entscheidend für ihre mediale Präsenz im Aufenthaltsland ist, sondern dass auch politische Faktoren hier entscheidend sind. Im Aufenthaltsland wird eine Sprechergruppe, wird die Diaspora oft allzu vereinfachend mit dem Herkunftsland gleichgesetzt.

Beim Zürcher Radio LoRa, das im Gegensatz zu den österreichischen freien Radios bereits seit über 20 Jahren sendet und seit Beginn Wert auf ein vielsprachiges Programm legt, spiegelte sich der Zerfall des früheren Jugoslawien auch in der Programmgestaltung:¹

Früher hatten wir eine jugoslawische Sendung und dann wurde diese Sendung zu einer serbisch-kroatischen Sendung und dann ist eine bosnische Sendung dazugekommen. Die serbisch-kroatische hat sich zu einer serbischen verwandelt, und seit diesem Jahr haben wir auch eine kroatische Sendung im Programm. Sie legen immer wieder Wert darauf, dass das ganz verschiedene Sprachen seien.

Interessant ist allerdings, dass diese Trennung nicht unbedingt so scharf vollzogen wird bzw. es neben den getrennten neuen Räumen auch solche Senderäume gibt, die verbindend sind. Im Sendungsprogramm von Radio LoRa wird eine Sendung beschrieben, die sich *Bosnien zusammen* nennt. Die Sendung, die einen »musikalischen und informativen Charakter« hat und sich an Flüchtlinge richtet, wird laut Sendungsbeschreibung von »Menschen aus dem gesamten Gebiet von Ex-Jugoslawien gehört«.²

Auch in den österreichischen freien Radios gibt es eine Reihe von Kultur- und Musiksendungen, die in ihren Programmen oft wieder das verbinden, was nationale oder ideologische Grenzen trennen. Der Sendungsgestalter, der auf Radio fro die Sendung *Ikarus – eine Sendung für das Zusammenleben* gestaltet, ist schon seit nahezu dreißig Jahren in Österreich.³ Er hat die Zeit der ethnischen Trennung in seinem Herkunftsland, die auch ihre Auswirkungen auf die Community in Österreich hatte, mitverfolgt. Er bedauert, dass im Alltagsleben Migranten aus diesem Raum nun eher getrennte Wege gehen und richtet sich in seiner Sendung, die er als eine zweisprachig serbokroatisch-deutsche bezeichnet, an alle, »ohne hier eine Nostalgie« nach Verlorenem zu kultivieren. Sie

1. Diskussionsbeitrag von J. Bracher: Radio LoRa. In: Tagungsbericht: »Ethnische Minderheiten und Mediennutzung – Ausschluß vom Kommunikationsprozeß«. VHS Linz, 3. 12. 1999. <http://www.fro.at/tagungmum/ionbracher.html>
2. Radio LoRa Zürich: Sendungen (2001): <http://www.lora.ch/sendungen.php3>
3. Interview mit dem Sendungsgestalter, September 2001.

wird auch als solche akzeptiert. Er bekommt Anrufe von Menschen, die sowohl die ekavische als auch die ijekavische Varietät sprechen. Die Akzeptanz seiner Sendung führt er darauf zurück, dass er als Kulturschaffender anerkannt ist und dass er aufgrund seines langen Aufenthalts in Österreich trotz seines serbischen Geburtsortes nicht unbedingt einer bestimmten Seite zugeordnet wird. Kultur ist für ihn das verbindende Element:

Meine Sendung heißt »Ikarus«, für Leute gedacht, die »darüber« fliegen können. Poesie ist in der Literatur der kürzeste Weg des Ausdrucks. Meine Sendung baut auf dieser Erkenntnis auf. Mit dem Wissen allerdings, dass Poesie ähnlich der Musik auch völkerverbindend ist.

In mehreren Sendungen an freien Radios wird es vermieden, die Bezeichnungen Bosnisch, Kroatisch oder Serbisch zu verwenden. In den Programmankündigungen steht dann z. B.: Sendung in den »südslawischen Sprachen«¹. Das wird auch in der Moderation zum Ausdruck gebracht, wie z. B. in der Sendung *večer uz radio*:

To je emisija na vašem i našem jeziku, ili barem jeziku za koji nikome nije potreban prevod, jeziku, koji svi razumemo. Muzika je (xxx) izjukučivo od naših izvođača i autora, geografski gledano od sredine tunela Karavanke pa do granične rampe sa Grčkom. Dakle jedna prilično duga diagonalna.²

In dieser Sendung ist der Einsatz von Ironie besonders auffallend. Dieses Mittel, das in vielen Sendungen an freien Radios anzutreffen ist, öffnet den Text für verschiedene Hörergruppen, für polyseme Lesarten (Fiske 1987: 85 ff.). Gleichzeitig erlaubt die Ironie, die eigene Position nicht aus der Warte von Betroffenheit oder aus einer Opferrolle heraus zu betrachten. Sie wird zu einem Moment, in dem die Gegensätzlichkeit schwer zusammenfügbarer Erfahrungswelten aufgehoben wird.

Inhaltlich gehören zu den Schwerpunkten einzelner Sendungen in diesem Bereich Serviceprogramme für Migranten und Flüchtlinge, die über Arbeits-, Sozial- und Aufenthaltsrecht, Hilfestellungen bei Alltagsschwierigkeiten und Veranstaltungshinweise informieren. Andere beziehen wieder stärker aktuelle Ereignisse, von Sport bis

1. <http://www.radiofabrik.at>

2. Übersetzung: Das ist eine Sendung in Ihrer und unserer Sprache, in einer Sprache, für die niemand eine Übersetzung braucht, die wir alle verstehen. Die Musik (xxx) kommt ausschließlich von unseren Interpreten und Autoren, geographisch gesehen von der Mitte des Karawankentunnels bis zum Grenzbalken mit Griechenland. Das ist also eine ziemlich lange Diagonale. Die Aufnahme der Sendung (September 2003) wurde mir von der Redaktion der Radiofabrik zur Verfügung gestellt.

Kultur, im ›Heimatland‹ mit ein. Dieser Sendungstypus folgt in der Grundausrichtung dem früheren Konzept der öffentlich-rechtlichen Anbieter insofern, als er Orientierungshilfe im lokalen Kontext bietet und gleichzeitig eine Art ›Brückenfunktion‹ erfüllt. Allerdings mit dem Unterschied, dass nicht von einer Mehrheitsperspektive aus für eine Minderheit produziert wird. Er geht aber auch darüber hinaus, indem er die lokale Vernetzung bewusst fördert. Bedarf an solchen Sendungen besteht offenbar nach wie vor, denn wenn ein wirklich ›brennendes‹ Thema besprochen wird, laufen oft die Telefonleitungen heiß. Ein Sendungsgestalter umreißt seine Aufgabe so:

Über türkische Politik rede ich ganz wenig, weil wir beim Konzept uns bemühen müssen, weil wir in Graz leben, müssen wir drüber reden, was in Graz, was in Österreich passiert, was sich ändert, das müssen wir wissen. Was in der Türkei ist, das können wir weiter hinten lassen, weil wir leben hier. (...) Das brauchen wir für unsere Integration, dass wir wissen, was hier passiert.

Mindestens ebenso wichtig sind Musik- und Kulturprogramme. In den mehr musikorientierten Sendungen ist auf jenen Stationen, wo mehrere Sendeleisten für einen Sprachraum zur Verfügung stehen, eine Ausdifferenzierung nach Musikstilen zu beobachten. Insbesondere in solchen Sendungen, die sich an die so genannte zweite Generation wenden, gehört Zwei- und Mehrsprachigkeit zum Sendungsalltag. Einerseits gehen die GestalterInnen davon aus, dass jene Gruppe, die sie unmittelbar ansprechen wollen, mehrsprachig ist, andererseits denken sie oft einen weiteren Kreis von HörerInnen mit. Das lässt sich am Beispiel des *Hrvatski kulturni radio* (Radio LoRa, Zürich) zeigen. Der Moderator eröffnet die Sendung so: »Hallo alli zämme. Kulturells Radio isch a chli spat gsi durch d'Strassesperri.« Er gibt eine Übersicht über das folgende Programm in deutscher Sprache und spielt dann ein Musikstück, danach setzt er direkt wieder ein:

Belfast food sin das gsi. Und zwar Belfast food isch a Band, wo irische kvarnerische Sound in Kroatie eigentlich macht. Und das isch eso uf Kroatisch: Belfast food gostuje na koncertu Manu Chao u Zagrebu. (...) [weiter in Kroatisch]

Der Moderator verwendet in der Begrüßungssequenz Schweizerdeutsch, weil es die Hauptmoderationssprache von Radio LoRa ist. Der Großteil der Sendung ist in Kroatisch, nur bei drei weiteren Gelegenheiten wechselt der Moderator wieder zum Schweizerdeutsch. Und zwar, wenn er Adressen oder Telefonnummern durchgibt, so tut er dies systematisch in beiden Sprachen. Er stellt eine neue

zweisprachige Zeitung des kroatischen Kulturverbands in der Schweiz vor und zitiert aus einigen Artikeln. Nicht nur beim Lesen, sondern auch in seinen eigenen Kommentaren hält er sich an die Sprache, in welcher der jeweilige Artikel geschrieben ist, sodass schweizerdeutsche und kroatische Sequenzen abwechseln. Am Ende der Sendung kündigt er eine organisierte Fahrt zu einem Kulturfestival nach Kroatien zunächst in Kroatisch an und wiederholt sie in Schweizerdeutsch. Auf der Homepage seiner Sendung¹ vermerkte er später, dass ca. 70 % der ReiseteilnehmerInnen SchweizerInnen und viele von ihnen zum ersten Mal in Kroatien waren. Seine Sendung bezieht verschiedene Gruppen ein: Studierende der bosnischen/kroatischen/serbischen Sprache gehören ebenso zum Hörerkreis wie Kroatischsprachige und die Generation der in der Schweiz Geborenen, die die kroatische Sprache nicht mehr unbedingt gut beherrschen. Auf sie wird in den Wortbeiträgen Rücksicht genommen. Interessant ist, dass der Kreis über jene hinausgeht, die ein unmittelbares Interesse an der kroatischen Sprache oder Kultur haben. Das LoRa-Publikum hört den Sender auch wegen seines Musikstils, insbesondere die ›anderssprachigen Sendungen‹ gelten als Expertensendungen für Weltmusik jenseits des Mainstreams.

Österreich – Türkei:

Zwei Sprachen und ein gemeinsames Feld

Außerhalb der Sendungsschienen, die für Programme in anderen Sprachen als Deutsch bzw. für mehrsprachige Programme reserviert sind, gibt es an freien Radios fallweise experimentelle Sendungen, die bewusst zwei- und mehrsprachig gehalten sind. Eine solche Sendung wird hier ausführlich besprochen, weil daraus deutlich wird, dass Mehrsprachigkeit nicht nur ein Gestaltungsmerkmal ist oder eine Frage des *Audience design*. Vielmehr findet dadurch, dass zwei Sprachen präsent sind, dass zwei Hörergruppen angesprochen werden sollen, auch auf diskursiver Ebene eine Transformation statt. Es handelt sich um eine Sendung von Radio Helsinki,² die aus

1. <http://www.hkr.ch>, 20. 2. 2003.

2. Die Sendung wurde am 14. 11. 2001 ausgestrahlt. Für die Übersetzung der türkischen Passagen bedanke ich mich bei Gamze Ongan.

Anlass des Fußballweltmeisterschafts-Qualifikationsspiels 2001 Türkei gegen Österreich stattfand. Aus dem öffentlich-rechtlichen Radio ist das Genre der Live-Sportberichterstattung praktisch verschwunden, diese Rolle hat das Fernsehen übernommen. Die Sendungsgestalter von Radio Helsinki konzipierten ihre Sendung so, dass sie den HörerInnen vorschlugen, zum TV-Bild der Direktübertragung des Matches ihre Sendung als alternativen Kommentar aufzudrehen. Im Regelprogramm wird zu dieser Sendezeit üblicherweise eine deutschsprachige Sendung gebracht, die Spezialsendung wurde vorher am Radio beworben. Für die Moderatoren ist es die erste gemeinsame zweisprachige Sendung. Die Frage, wie mit der Zweisprachigkeit umzugehen sei, ist ein Aushandlungsprozess, der zu Beginn der Sendung einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Während Ali und Mustapha Türkisch und Deutsch sprechen, verstehen Leo und Moki kein Türkisch.

- Leo: Ich merk schon, dass das ein bisschen schwierig wird, weil der Ali hat den Vorteil, dass er Deutsch und Türkisch kann, mich also übersetzen kann, ich aber nicht übersetzen kann, was er grad gesagt hat. Wie auch immer. (...)
- Ali: Ich werde jetzt auch Deutsch sprechen. Ich hab bis jetzt fast eins zu eins übersetzt, was der Leo gesagt hat/ nicht ganz, aber fast 1:1 übersetzt. Wie gesagt, werden wir heute die Sendung zweisprachig gestalten, diese Ereignisse/ Türkei gegen Österreich oder Österreich gegen Türkei zu unsere türkisch- und deutschsprachigen Zuhörer weitergeben. Ich wechsele wieder auf Türkisch. (...) [Dazwischen lange Passage in Türkisch]
- Leo: Vielleicht für die/ für die, die türkische Sprache nicht übersetzen, der Ali hat sich gerade ziemlich über den österreichischen Fußball ausgelassen/ hat sehr geschimpft über den Fußball, der zum Anschauen nicht wirklich hübsch ist/ was der österreichische Fußball zu bieten hat im Gegensatz zum türkischen Fußball, der doch wesentlich technisch versierter ist als der österreichische. Ist dann eingegangen auf das Cliché Cordoba. Dass Österreich noch immer dem Jahr 1978 nachtrauert und vieles in diese Richtung, was ich jetzt gar nicht genau übersetzen will, weil es wirklich nicht schön war, was er gesagt hat. Na - ich hab keine Ahnung. [allgemeines Gelächter im Studio]
- Ali: Ich kann jetzt kurz übersetzen, was ich gesagt hab. Das Ereignis - also Österreich gegen Türkei, Türkei gegen Österreich/ Es wird keiner gewinnen, wenn gewinnt, dann die Freundschaft, es sollen die beiden gewinnen. Freundschaft gewinnt eigentlich, also nicht Österreich und nicht Türkei, sondern Freundschaft gewinnt eigentlich.
- Leo: Also hab dich sehr falsch übersetzt, [allgemeines Gelächter] genau das Gegenteil gesagt.
- Ali: Also das ist die Nachteil, die du hast. Du kannst mich nicht verstehen und du vermutest nur - dabei kann sein, dass du zu solchen -
- Leo: Durchaus ja, da kann es zu Fehlübersetzungen kommen.

Leo bringt nach der ersten Passage in Türkisch also eine gewisse Verunsicherung zum Ausdruck, es wird für ihn schwierig, für den

Ablauf der Sendung zu sorgen. Nach einer längeren Passage in Türkisch thematisiert er ironisierend und den Partner provozierend die für mehrsprachige Situationen typischen Ängste jener, die der zweiten Sprache nicht mächtig sind; Die Angst, dass negativ über die gesprochen werden könnte, die präsent, aber durch die Sprachbarriere in diesem Moment ausgeschlossen sind. Das Aushandeln der Rollen im zweisprachigen Sende-Kontext findet hier statt. Tatsächlich sind es die beiden zweisprachigen Moderatoren, die über weite Strecken ›die Regie‹ der Sendung übernehmen und für den Zusammenhalt sorgen. Anfangs wird bewusst und angekündigt übersetzt, später spontan. Die Moderatoren ergänzen einander, indem sie Hintergrundwissen zum österreichischen bzw. türkischen Fußball aus einer ›Insider-Perspektive‹ beisteuern, und helfen einander mit Namen und Expertisen aus, wie in diesen Beispielen:

Leo: Keine uninteressante Situation für Österreich, weil es in Tornähe ist. Vastic schießt/ aber der türkische Torhüter/

Mustapha:

Rüştü

Leo: Aha, danke. Boxt den Ball raus.

Ali: Aber der Tormann von den Österreichern, wie heißt der?

Leo: Wohlfahrt.

Ali: Der hat eine Chance der Türkei verhindert.

Leo: Es war ein bisserl weit.

Während des Spiels wird oft in beiden Sprachen parallel oder rasch abwechselnd gesprochen. Wenn die Situation auf dem Spielfeld zu einem Höhepunkt kumuliert – beispielsweise sich der Ball einem Tor nähert –, kommentieren die Moderatoren in beiden Sprachen gleichzeitig. Den Moderatoren gelingt es, spontan den Sprechrhythmus aneinander anzupassen, sodass Sprechpausen genutzt werden. In diesen Momenten richten sich die Moderatoren an ›ihr‹ Publikum. Als Hörer ist man in der Lage, jene Sprache herauszufiltern, in der man folgen möchte. In der Sendung war das Verhältnis der beiden Sprachen so: Deutsch 48 %, Türkisch 30 %, beide Sprachen parallel oder im raschen Wechsel 22 %. Das Verhältnis zu Ungunsten des Türkischen erklärt sich daraus, dass nur die Türkischsprachigen zweisprachig sind. So kann die gemeinsame Kommunikation im Studio nur in deutscher Sprache stattfinden. Auch kann vom türkischsprachigen Publikum angenommen werden, dass es zumindest teilweise Deutsch versteht.

Im Hinblick auf Beziehungen, die im Laufe der Sendung ausgehandelt werden, sind ›Wir-Konstruktionen¹ besonders aufschlussreich. In der Sendung kamen zwei Typen von Wir-Konstruktionen am häufigsten vor: Das hörerexklusive Wir, das die Moderatoren im Studio meint und darauf verweist, dass die Sendung von einem Team, das gemeinsam Regie führt, gestaltet ist, wie in diesem Beispiel:

Leo: Die Hymnen sind dran. Wir haben uns gefragt, wie wir damit umgehen sollen, sind aber dann draufgekommen, dass weder der Ali die türkische noch ich die österreichische singen kann.

Und ein Hörerinklusives Wir, das türkisch- und deutschsprachige HörerInnen miteinschließt, wie z. B. Leo zu Anfang des Spiels: »Jetzt haben wir gerade gesehen, wie sie [die Mannschaften] herausgekommen sind.« Von den gegenüberstehenden Mannschaften wird meist als »die türkische Mannschaft« oder »die österreichische Mannschaft« gesprochen. Die türkischsprachigen Moderatoren benutzen häufig die als antinationalistisch markierte Formulierung »Spieler aus der Türkei«, um Kurden und andere in der Türkei lebende Minderheiten miteinzuschließen. Fallweise kommen in Zusammenhang mit Wir-Konstruktionen auch Metonymien und Personifikationen vor, wo Ländernamen stellvertretend für die handelnden Personen stehen. So sagt z. B. Leo nach dem ersten Tor, das die türkische Mannschaft schießt, und Türkisch und Deutsch parallel gesprochen wird:

Leo: Wie auch immer, für Österreich ändert sich kaum was, wir müssen gewinnen, das war von vornherein klar. [allgemeines Gelächter]

Mustapha: [Parallel dazu in Türkisch] Wir geben das Spiel nicht her. (...) Freilich wollen unsere österreichischen Freunde im Studio, dass Österreich gewinnt, aber wir müssen sagen, dass das so gut wie unmöglich ist. (...) Österreich macht Fehler.

Ali: [in Türkisch] Sagen wir nicht Fehler, es ist eben schwierig für die Spieler.

Ali schwächt seinen Kollegen ab, wenn er zu überschwänglich wird. Indem er darauf hinweist, dass es für die Spieler schwierig ist, rückt er wieder die handelnden Personen in den Vordergrund und erinnert daran, dass einander hier nicht zwei Nationen gegenüber

1. Wodak et al. (1998: 99 ff.) schlagen eine differenzierte Betrachtung von Wir-Konstruktionen vor, in der nicht nur zwischen Hörerinklusivem und Hörerexklusivem Wir unterschieden wird, sondern auch zwischen verschiedenen Arten von partiell/gänzlich inklusivem Wir. Die 2. Person kann im Singular oder im Plural angesprochen werden, ebenso wie eine 3. Person referentiell im Singular oder im Plural inkludiert sein kann.

stehen, sondern zwei Fußballmannschaften.¹ Wir-Konstruktionen, welche Hörer und Moderatoren in ihrer Eigenschaft als Türken oder Österreicher einschließen bzw. die beiden Gruppen gegeneinander abgrenzen, kommen während der gesamten Sendung nur sehr vereinzelt vor, insgesamt in beiden Sprachen jeweils nur vier bzw. fünf Mal. Meist wird wie in der oben zitierten Sequenz danach abgeschwächt oder ironisierend relativiert, so auch in einem Gespräch, das nach dem fünften Tor geführt wurde:

- Ali: Die Türkei führt fünf zu null. (...) Wir haben gehofft, dass Österreich in der 2. Hälfte besser spielen würde, das war aber leider nicht der Fall. (...)
Leo: Und wie ist es in der Türkei mit dem Skifahren?
Ali: Nix, da gewinnt ihr leicht. Skifahren, schwimmen - nix. [allgemeines Gelächter]

Die beiden Publika – das deutschsprachige und das türkischsprachige – werden streckenweise getrennt angesprochen, besonders dann, wenn parallel oder im raschen Wechsel in beiden Sprachen kommentiert wird. Vor allem werden aber ein gemeinsames Moderationsteam im Studio und eine gemeinsame Hörerschaft, die ein spannendes Spiel verfolgen, konstituiert. Beide Publika profitieren von einem Insider-Wissen, das von den jeweiligen Moderatoren über ›ihre‹ Mannschaften und die Situation des Fußballs in ›ihren‹ Ländern eingebracht und für alle, die das Spiel mit Radio Helsinki verfolgen, erschlossen wird. Die Sendung stellt so eine alternative Form der Sportberichterstattung dar, in der ein nationaler Blickwinkel relativiert werden kann. Sie trägt damit zur Entnationalisierung einer nationalen Domäne bei. Aus sprachenpolitischer Sicht sind solche Sendungen ein erster Schritt dazu, Formen des Umgangs mit Mehrsprachigkeit für den Medienalltag zu entwickeln, die über eine formale Präsenz von zwei Sprachen hinausgehen.

Die in diesem Kapitel besprochenen urbanen, nicht kommerziell orientierten Medieninitiativen spiegeln die Mehrsprachigkeit der städtischen Lebenswelten besser als kommerziell orientierte oder öffentlich-rechtliche Medien. Auffallend ist, dass sich in urbanen Zentren quer durch Europa Bürgermedien (v. a. Radios) – ohne dass es von Anfang an bewusst geplant gewesen wäre – zu Tribünen der

1. Wodak et al. (1998: 96) weisen darauf hin, dass personifikatorische Metonymien nicht primär eine verlebendigende, konkretisierende Funktion haben, sondern von konkreten VerantwortungsträgerInnen und Akteuren abstrahieren.

Mehrsprachigkeit entwickelt haben. Da sie sich in einem wenig relementierten Bereich bewegen, ist nicht nur eine breite Palette von Sprachen und Codes zu verzeichnen, sondern auch ein Experimentieren mit Sendeformen und -formaten. Besonders hervorzuheben sind hier jene mehrsprachigen Formen, in welchen die Mehrsprachigkeit mehr als ein Gestaltungselement, eine Frage des Audience design oder des Verweises ist. Dass verschiedene Rezipientenschaften in ein und derselben Sendung sowohl getrennt als auch gemeinsam angesprochen werden, macht einen Aushandlungsprozess sichtbar und trägt zu einer Transformation von Sendungsgenres auf diskursiver Ebene bei.

2.1.3 Das Projekt Europäische Öffentlichkeit – Mühen und Lohn der Mehrsprachigkeit

Die Debatte um eine europäische Medienpolitik und eine europäische Öffentlichkeit setzte Anfang der 1980er Jahre ein, also zu einer Zeit, als sich die Europäische Gemeinschaft noch primär über den europäischen Wirtschaftsraum definierte. Zwei Stränge lassen sich in dieser Debatte unterscheiden: Auf der einen Seite stand die Sorge um die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Medienindustrie in den europäischen Ländern gegenüber Dritten. Auf der anderen Seite strebte die Europäische Gemeinschaft einen Transformationsprozess von einem wirtschaftlichen zu einem politischen Zusammenschluss an. Ab 1979 wurden die Abgeordneten zum Europäischen Parlament direkt gewählt und nicht mehr von den nationalen Parlamenten entsandt, und man begann die Frage einer europäischen Öffentlichkeit und einer europäischen Identität ernst zu nehmen. Das politische Projekt Europa musste den Bürgern schmackhaft gemacht werden. Mit der eigenen Fahne, der eigenen Hymne und den gemeinsamen Banknoten innerhalb der Euroländer gab sich die Europäische Union sukzessive Symbole der Staatlichkeit. Die im Dezember 2000 in Nizza verabschiedete Europäische Grundrechtscharta, die ein Bekenntnis zur sprachlichen Vielfalt beinhaltet, und die geplante Verfassung gehen über das Symbolische hinaus. Schwieriger gestaltet sich das Unterfangen in Bezug auf das schwer fassbare Projekt einer europäischen Öffentlichkeit, die bei der Wahrung sprachlicher Vielfalt Kohärenz bieten soll.

Hier kann die Sprachenfrage nicht durch das Bekenntnis zu einer sprachlichen Vielfalt gelöst werden. Es müssen alltagstaugliche Konzepte entwickelt werden. Die EU hat zwar eine institutionelle Sprachenpolitik definiert und Amts- und Arbeitssprachen festgelegt. In ihren sprachpolitischen Empfehlungen geht die EU derzeit jedoch noch kaum über den Bildungsbereich hinaus. Es gibt also, wie Nelde (2003: 29) feststellt, »kein gesamteuropäisches Konzept, nicht einmal eine gesamteuropäische Vision in Bezug auf das sprachlich-kulturelle Zusammenleben der 15 Unionsländer«.

Quotenregelungen zum Schutz einer europäischen Medienindustrie und nationaler Kulturen

Unter dem Druck der Internationalisierung und Kommerzialisierung im Mediensektor war die Europäische Gemeinschaft bestrebt, den europäischen Film- und Fernsehmarkt zu stärken, um gegen die Herausforderung der US-amerikanischen und fernöstlichen Industrien gewappnet zu sein. Die wachsende Bedeutung der Marktlogik und die grenzüberschreitende Konkurrenz bewogen die Europäischen Institutionen zum Handeln. Im vorbereitenden Greenpaper der Europäischen Gemeinschaft von 1984 und in der späteren Richtlinie von 1989 über die Ausübung der Fernsehtätigkeit ging man davon aus, dass paneuropäische Medienunternehmen die Hauptakteure bei der Schaffung eines europäischen Medienraumes sein würden. Das hat sich jedoch nicht bewahrheitet; obwohl viele Medienunternehmen internationale Akteure sind, handeln selbst diese nicht paneuropäisch, sondern multinational, d. h. sie passen sich nationalen Gegebenheiten an (Kleinstüber 2001). Entsprechend seiner Schwerpunktsetzung bei Menschenrechten und kulturellen Rechten ging der Europarat in seiner Transfrontier-Television-Konvention (1989) von einem anderen Ansatzpunkt als die Europäische Gemeinschaft aus und legte in der Konvention auch ethische und inhaltliche Mindestanforderungen fest. Dazu gehört das Verbot der Verherrlichung von Gewalt und Rassismus. Die europäische Kulturproduktion soll gefördert werden, insbesondere in Bezug auf audiovisuelle Produktionen, die ein geographisch oder sprachlich limitiertes Verbreitungsgebiet haben.

Bei den ersten GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade in Services), die 1986 mit der so genannten Uruguay-Runde

begannen, standen auch Dienstleistungen im Werbesektor, Unterhaltungsdienstleistungen sowie kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen zur Disposition. Auch bei diesen Materien ging es um die Zulässigkeit von Handelsbeschränkungen und staatliche Subventionspolitik. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union traten als geeinter Verhandlungspartner auf. Innerhalb der EU machte sich vor allem Frankreich stark dafür, kulturelle Güter generell aus dem Freihandelsabkommen auszuklammern, während Großbritannien eine Gegenposition einnahm. Mangels einer gemeinsamen Position kam es bei Abschluss der GATS-Verträge 1994 nicht zu der von Frankreich geforderten *exception culturelle*. Vielmehr ist die EU keine Verpflichtungen bezüglich der wirtschaftlichen Freizügigkeit im kulturellen Sektor, zu dem auch die audiovisuelle Industrie gezählt wird, eingegangen. Damit können bei neuen Verhandlungsrunden kulturelle Produkte und Dienstleistungen wieder auf die Tagesordnung der World Trade Organisation (WTO) gesetzt werden. Innereuropäisch setzte sich ein Kompromiss durch, der in Fernsehprogrammen die »Einhaltung einer europäischen Quote im Namen einer »europäischen Kulturidentität« – und im Namen der Verteidigung einer eigenen staatlich betriebenen Industrie – befürwortete« (Mattelart 1999: 198). Eine von der EU im Jahr 2002 durchgeführte Erhebung über die Einhaltung der EU-Richtlinie zur Ausstrahlung europäischer Werke ergab, bezogen auf das Jahr 2000, dass die europäischen Fernsehanstalten 62,2 % der Sendezeit mit europäischen Werken füllten.¹ Diese Zahl bezieht sich v. a. auf Spiel- und Dokumentarfilme. Sport, Information und Spielshows sind dabei nicht eingerechnet. Das bedeutet gegenüber 1999 einen Anstieg des europäischen Anteils von 1,5 %. Überdurchschnittliche Quoten erreichten Griechenland (71 %), Finnland (70 %), Frankreich (69 %) und Holland (68 %). Deutschland liegt mit 63 % im Mittelfeld, Schlusslicht ist Portugal mit 49,5 %. Über verschiedene spezifische Programme fördern die Europäischen Institutionen europäische Kooperationsprojekte. Meist werden dabei verschiedene Sprachversionen erstellt. Fallweise findet man in letzter Zeit auch »multilinguale« Filme, die in verschiedenen Szenen die jeweilige Originalsprache belassen und Untertitel anbieten.

1. Neue Zürcher Zeitung (Auslandsausgabe), 16./17. 11. 2002.

Da die Kulturpolitik innerhalb der EU nach wie vor subsidiär geregelt ist, legen einzelne Länder, wie Frankreich und Schweden, über die europäische Richtlinie hinaus Quotenregelungen für ihre eigenen Produktionen fest, die klare sprachpolitische Auswirkungen haben. Auf Betreiben der Interessensverbände der Plattenindustrie, die Ende der 1980er Jahre eine rückläufige Entwicklung bei der Produktion des französischen Chansons beklagte, wurde 1994 das »Gesetz Carignon«, das in der Medienszene unter dem Begriff »quotas d'expression française«¹ läuft, eingeführt. Das Gesetz zielt darauf ab, die nationale Kulturindustrie zu stärken, und hält fest, dass Privatradios dafür Sorge tragen müssen, dass zur Hauptsendezeit mindestens 40 % der Lieder (als solches gilt jede musikalische Produktion, die einen gesungenen oder rezitierten Text beinhaltet) »d'expression française« sein müssen, d. h. in Frankreich produziert sein bzw. von einem französischen oder frankophonen Autor oder Interpreten stammen müssen. Insbesondere sollen neue Produktionen und weniger bekannte Künstler gefördert werden, indem 20 % auf sie entfallen. In seinem Bericht von 1998 hält das französische Ministerium für Kultur und Kommunikation dazu fest, dass die Quotenregelung dazu geführt hat, dass die Plattenproduktion in Frankreich gestiegen ist und dass v. a. neue Musikrichtungen wie der Rap davon profitiert haben.² Parallel dazu wurde 1994 das zu diesem Zeitpunkt heftig diskutierte Gesetz »Relative à l'emploi de la langue française«, das unter dem Namen »Loi Toubon«³ bekannt wurde, erlassen. Im Medienbereich stellte es eine Erweiterung der bereits im »Gesetz Bas-Lauriol«⁴ von 1975 enthaltenen Passagen bezüglich Sprache dar. Ursprünglich sah das »Gesetz Toubon« strenge Strafen bei Nichtbeachtung vor, und ein im »Journal Officiel de la République Française« veröffentlichtes Wörterbuch, das v. a. Anglizismen aus der französischen Sprache zu bannen trachtete, erregte die Gemüter. Das Gesetz wurde daraufhin entschärft. In seinem Grund-

1. Loi Carignon (1994) Loi no 94-88 du 1er février 1994, J.O no. 27 du 2 février 1994 page 1800.
2. Ministère Culture Communication 1998: Le bilan de l'application de la loi: <http://www.culture.fr/culture/dglf/rapport/1998/rapport98-26.htm>
3. Loi Toubon (1994) Loi 94-665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française, Journal officiel du 5 août 1994, S. 11392.
4. Loi Bas-Lauriol (1975) Loi 75-1349 du 31 décembre 1975 relative à l'emploi de la langue française, Journal officiel du 4 juin 1977.

satzartikel enthält es in seiner derzeit gültigen Fassung ein umfassendes Bekenntnis zur identitätsstiftenden Rolle des Französischen. In seiner Präsentation des Gesetzes nimmt das Ministerium für Kultur und Kommunikation auf die Debatte Mitte der 1990er Jahre Bezug und hält fest, dass es darauf abzielt, eine Sprachenpolitik für Frankreich zu definieren, und dass nicht die Sorge um die Reinerhaltung des Französischen die treibende Motivation war.¹

Warum Bestimmungen für Medien in diesem Gesetz enthalten sind, begründet das Ministerium damit, dass »Medien und insbesondere das Fernsehen für die Verbreitung des Französischen essentiell sind, weil sie oft die Bildungsstrukturen ergänzen oder ihnen Konkurrenz machen, insbesondere unter Jugendlichen und besonders benachteiligten Personen.«² Für den medialen Bereich sind folgende Bestimmungen relevant: Das Gesetz hält in Artikel 3 fest, dass die französische Sprache für alle Aufschriften und Ankündigungen an öffentlich zugänglichen Orten obligatorisch ist. In Artikel 7, dass Publikationen, Zeitschriften und sonstige Veröffentlichungen, die direkt oder indirekt von öffentlicher Seite Subventionen empfangen, in Französisch abgefasst sein müssen, oder, wenn sie in einer Fremdsprache verfasst sind, ein Resümee in Französisch beinhalten müssen. Artikel 12 bestimmt, dass der Gebrauch des Französischen in allen Sendungen und Werbeeinschaltungen an Radio und Fernsehen obligatorisch ist. Ausgenommen sind Filme in Originalversion und Lieder. Eine weitere Einschränkung trifft das Gesetz für Sendungen, die in ihrer Gesamtheit fremdsprachig sind oder deren Ziel das Erlernen einer Fremdsprache ist sowie für die Übertragung religiöser Zeremonien. Später wurden die Bestimmungen auf die »langues de France« erweitert (siehe Kapitel 2.1.1), womit auch Regional- und Migrantensprachen Berücksichtigung finden können.

Mit der Implementierung des Gesetzes ist das Conseil supérieur de l'audiovisuel (CSA) beauftragt. Das CSA nimmt stichprobenartige Kontrollen vor und reagiert auf Beschwerden. In einem jährlichen Bericht hält die Behörde fest, welche Medienanbieter aus welchen Gründen verwahrt wurden. Verwarnungen beziehen sich

1. vgl. Ministère Culture Communication 2002: Website zum Gesetz Toubon http://www.culture.fr/culture/dglf/lois/presentation_loi_2.htm

2. Ministère Culture Communication 2002: Website zum Gesetz Toubon.

meist auf Nichteinhalten der Bestimmungen, die Übersetzungen von Werbeeinschaltungen etc. vorsehen. Seltener wird auf Korpusfragen Bezug genommen. Ein Beispiel dafür findet sich im Bericht aus dem Jahr 1999, in dem sich eine lange Passage den Übertragungen der Fußballweltmeisterschaft widmet. Es geht um die Verwendung der Wörter »Coach« und »Entraîneur«. Grundsätzlich stellt das CSA in seinem Bericht fest, dass es nur wenig Gesetzesübertretungen gegeben hat.¹

Europäische Öffentlichkeit als Top-down-Politik

In den 1980er Jahren diskutierte das Europäische Parlament die Notwendigkeit der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Fernsehkanals, der den Grundstein einer europäischen Öffentlichkeit legen sollte. Erste konkrete Versuche, die 1986 von öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten in Deutschland, den Niederlanden, Irland und Italien getragen waren, fanden auf Grund fehlender Mittel ein rasches Ende. Letztlich folgte diese frühe europäische Medienpolitik einem nationalstaatlichen Modell von Öffentlichkeit: Abschottung nach außen und Homogenisierung nach innen. Doch das traditionelle westeuropäische Modell der nationalen Öffentlichkeit mit seinem Kernstück, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, war bereits damals durch rasch fortschreitende Prozesse der Kommerzialisierung und Regionalisierung und durch das Vordringen internationaler Medienprodukte im Begriff der Deregulierung und Fragmentierung. Die Idee, in einem Top-down-Prozess mit Hilfe eines europäischen Fernsehkanals an einer europäischen Öffentlichkeit zu bauen, stieß nicht nur auf Skepsis seitens der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die ihre Souveränität und ihre Einflussphären zu verteidigen trachteten. Sie lief auch Rezeptionsgewohnheiten zuwider. Untersuchungen zeigen, dass sich Fernsehzuschauer, wenn sie die Wahl haben, eher für Programme entscheiden, die in ihrer eigenen Sprache gehalten sind und ihren eigenen kulturellen Erfahrungen entsprechen (Richardson/Meinhof 1999: 71).

1. CSA 1999: Rapport au Parlement sur l'application de la loi du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française 1999
<http://www.culture.fr/culture/dglf/rapport/1999/audiovisuel.html#ancre527904>

Eine Spätfolge der Bemühungen um einen europäischen Fernsehkanal sind die Spartenkanäle Eurosport und EuroNews. Der europäische Nachrichtenkanal EuroNews nahm 1993 seinen Betrieb auf. Mehrere öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten in Europa sind Anteilseigner von EuroNews, finanziert wird der Kanal durch Werbeeinnahmen, Gebühren von Kabel- und Satellitennetzbetreibern sowie durch den Verkauf von Lizenzen und Programmen. Der Sender bezeichnet sich in seiner Selbstdarstellung im Internet als »völlig unabhängig« und »frei von politischen, religiösen und nationalen Einflüssen«.¹ EuroNews nimmt für sich in Anspruch, der führende paneuropäische Nachrichtenkanal zu sein. Mit einer täglichen (tatsächlichen) Reichweite von ca. 7,2 Millionen liegt er knapp hinter dem US-amerikanischen Nachrichtensender CNN. Hauptzielpublikum von EuroNews sind »obere Einkommensgruppen und Geschäftsleute«, die nicht nur in den Hotelzimmern, sondern auch über mobile Kommunikationsgeräte den Nachrichtendienst von EuroNews empfangen können. EuroNews wirbt für sich mit dem Slogan »Many voices – one vision« und sendet im Unterschied zu anderen Rund-um-die-Uhr-Nachrichtenkanälen, wie CNN, Sky News oder n.tv, in sieben Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch und Russisch). Das Bildmaterial bleibt für alle Sprachversionen gleich, nur die Tonspur ändert sich. Im Gegensatz zu EuroNews sendet der 1989 gegründete Eurosport-Kanal in 18 europäischen Sprachen, als codierter Kanal ist er nur über Kabelnetzwerke und digitale Satellitenempfänger zu sehen.² Richardson/Meinhof (1999: 76 f.) zeigen, wie sich Ton-Bild-Relationen bei EuroNews dadurch verändern, dass für eine vielsprachige Rezipientenschaft produziert wird. Sie stellen fest, dass der Anteil an schriftlichen Inserts, die mehrsprachig gehalten oder in einer »Euro-Interlanguage« (wie z. B. *Economia* für Wirtschaftsnachrichten, *Artissimo* für ein Kulturmagazin) abgefasst sind, beträchtlich höher ist als auf vergleichbaren Nachrichtenkanälen. Für seine Nachrichtenbeiträge stützt sich EuroNews v. a. auf Bildmaterial von öffentlich-rechtlichen Anstalten, das mit einem anderen Kommentar versehen wird. In ihrer textanalytischen Untersu-

1. Alle Angaben und Zitate stammen aus der Website von EuroNews: <http://www.euronews.net>, 16. 9. 2003.

2. <http://www.eurosport.com>, 16. 9. 2003.

chung von EuroNews kommen Richardson/Meinhof (1999: 79) zum Schluss, dass der Sender mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, dieses Material, das in nationalen Perspektiven produziert wurde, für eine europäische Rezipientenschaft zu adaptieren:

Programming content and style thus become indicative of an utopian appeal to a joint political, economic, artistic culture of Europe – a Europe that by definition lacks a deictic centre, since no single entity can be referred to in the unselfconscious identity-conforming style of relational deixis (...).

Paneuropäische Medien sehen sich also nicht nur mit vielsprachigen Rezipientenschaften konfrontiert, sondern auch damit, dass das Ausgangsmaterial für aktuelle Sendungen primär in nationalen Kontexten produziert wird. Zusätzlich zu den pan-europäischen Spartenkanälen haben sich einzelne Kooperationsprojekte etabliert, die von mehreren öffentlich-rechtlichen Anstalten betrieben werden, wie 3Sat für den deutschen oder TV5 für den (internationalen) französischen Sprachraum. Ihr Programmangebot stützt sich im Wesentlichen auf Kompilationen von in den öffentlich-rechtlichen Anstalten produzierten Programmen. Sprachraumübergreifend ist der Kulturkanal ARTE, der seine Mittel zu einem guten Teil von der öffentlichen Hand aus Deutschland und Frankreich bezieht. ARTE spricht mit seinen Kulturprogrammen v. a. »weitgereiste, multilinguale Elitegruppen, die Appetit auf transnationale Hochkultur auch jenseits des Fernsehens haben«, an, würde sich aber lieber als »europaweiter Kulturkanal« verstehen (Richardson/Meinhof 1999: 174). Wie EuroNews produziert ARTE unterschiedliche Tonspuren zu seinem Bild. Visuelle Inserts, die z. B. Programme ankündigen, sind durchgängig zweisprachig gehalten, symbolisch ist die jeweils andere Sprache auch in Begrüßungen und Ankündigungen präsent. Obwohl ARTE für zwei Sprachräume produziert, in welchen die Praxis der Synchronisation fest verankert ist, werden dennoch fallweise Untertitelte Filme gezeigt. Auf ARTE gehört die Zweisprachigkeit zum Markenzeichen des Senders.

Der Top-down-Ansatz zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit durch gemeinsame europaweite Medien, der sich an eine traditionelle Konzeption öffentlich-rechtlicher Medien anlehnt und Rezipienten als vorgestellte Gemeinschaft begreift, hat bis dato wenig Erfolg gezeigt, bestenfalls werden mit solchen Programmen Eliten erreicht. Der Idee der einheitlichen europäischen Öffentlich-

keit steht das Konzept gegenüber, wonach durch die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten ein europäischer Kommunikationsraum entstehen könnte bzw. im Entstehen begriffen ist. In Bezug auf das Modell der einheitlichen europäischen Öffentlichkeit wird die sprachliche und kulturelle Vielfalt als ein Hemmnis angeführt (Gerhards 2001: 151 f.). Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine europäische Öffentlichkeit wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob dieser Prozess notwendigerweise in eine europaweite *Lingua franca* münden müsse. Wright (2001) gibt zu bedenken, dass es keine multilingualen Modelle gibt, auf die man sich stützen könnte, denn auch die Sprachenpolitik in mehrsprachigen Staaten wie in der Schweiz beruht auf (territorialen) Abgrenzungen mit geringer medialer Kommunikation und medialem Grenzgängertum zwischen den einzelnen Sprachgruppen. Wright meint, dass die bisherige Entwicklung in Europa eher in Richtung eines Eliteprojekts und der Dominanz einer *Lingua franca* weise.

Das Konzept der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten geht davon aus, dass nationale Medien sich zunehmend europäischer Themen annehmen und dadurch Themenkonvergenz entsteht. Transnationale Publika bilden sich so um bestimmte Fragenkomplexe (Kunelius/ Sparks 2001). Es stellt sich allerdings die Frage, wie weit nationale Medien diese Themen nicht nur aus der ›eigenen‹ Perspektive aufgreifen, sondern eine (europäische) Perspektivenvielfalt repräsentieren. Ansätze dazu sind vorhanden, zwischen verschiedenen Zeitungen, wie z. B. *El País*, *the Guardian*, *de Volkskrant*, gibt es einen regelmäßigen Austausch von kommentierenden Artikeln. Das Konzept der Europäisierung setzt eher auf eine ›Selbstregulation‹ durch ein europäisches *agenda setting*¹ und durch mediale Kooperationen. Die Sprachenfrage spielt hier eine sekundäre Rolle bzw. wird sie den Sprachenpolitiken der Staaten und Medien und dem Markt überlassen. Verschiedene europäische Zeitungen beginnen zunehmend Zusammenfassungen oder einzel-

1. Für den Moment gibt es noch wenig empirisches Material zu dieser Frage. Verschiedene Forschungsprojekte sind im Gang: Das von der EU unterstützte thematische Netzwerk ›Europeanization, Collective Identities and Public Discourses‹ (IDNET) am Robert Schuman Centre of the European University Institute umfasst ein Teilprojekt zu dieser Fragestellung. An der Freien Universität Berlin läuft das Projekt ›Europeanization and National Public Discourses‹.
<http://www.fu-berlin.de/atasp/projects.htm>

ne Artikel und Beiträge in ihrer Online-Ausgabe in englischer Sprache für ein internationales Publikum anzubieten. Einige drucken auch regelmäßig Beilagen oder Seiten für diese Zielgruppe. So hat beispielsweise in Österreich die Wiener Zeitung eine wöchentliche englischsprachige Beilage. Neuere Entwicklungen zeigen, dass zwischen großen Zeitungen internationale Kooperationen angestrebt werden, die teilweise auch in einer sichtbaren Präsenz von Mehrsprachigkeit resultieren. So legt die französische Tageszeitung *Le Monde* seit 2002 eine wöchentliches englischsprachiges Supplement bei, das in Kooperation mit der *New York Times* und europäischen Zeitungen erstellt wird. Man erhofft sich damit nicht nur Perspektivenvielfalt, sondern auch die Erschließung eines gemeinsamen europäischen Werbemarkts.¹ In diesen Kooperationen zeichnet sich also eher eine internationale als eine europäische Orientierung ab.

Bisherige Erfahrungen weisen für den Moment eher darauf hin, dass weder europäische Medien noch die Europäisierung nationaler Medien ein rasches Resultat bringen werden. Die europäische Erfahrung, formuliert Philip Schlesinger (1993: 7), »illuminates the limitations of what we may expect a communication policy to do and causes us to think again about the relations between the social and the communicative«. In der Debatte um die europäische Öffentlichkeit sollte auch eine Dimension nicht vergessen werden, die die nationale Öffentlichkeit und insbesondere nationale Medien trotz ihrer Grenzen immer noch erfüllen. Sie dienen als Tribüne politischer Aushandlungsprozesse. Morley/Robins (1996: 181) sehen für den Moment im audiovisuellen europäischen Raum eine Überbewertung von kulturellen Identitäten gegenüber der politischen Debatte. Habermas (1999: 191) zeigt sich optimistischer, indem er meint, dass eine Interdependenz zwischen rechtlicher Institutionalisierung und politisch notwendigen Kommunikationszusammenhängen besteht.

1. Vgl. *Le Monde*, 7./8. 4. 2002. In ihrem Editorial vom 7./8. April 2002 begründete die Redaktion die englischsprachige Beilage so: »Mieux connaître l'autre de intérieur dans sa langue et dans son imaginaire, ce n'est pas renoncer à soi. C'est au contraire accroître la pluralité des mondes, la diversité des récits et, surtout, le respect des différences.«

Bottom-up: regionale und urbane Vernetzungen

Die Regionalisierung der nationalen Öffentlichkeit und Ansätze zur Schaffung urbaner öffentlicher Räume weisen durch ihre beginnenden transnationalen und transurbanen Vernetzungen darauf hin, dass Schnittstellen zwischen verschiedenen Öffentlichkeiten auch außerhalb nationaler Rahmen entstehen können. Es kommen hier auch Minderheitensprachen oder Regionalsprachen zum Tragen, die als Nachbarsprachen oder *linguae francae* fungieren können. Raasch (2002: 204 f.) zeigt am Beispiel des Dreiländerecks Deutschland-Frankreich-Luxemburg, dass die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit trotz erheblicher Schwankungen in den nationalen Beziehungen eine große Stabilität erreicht hat. Eine wichtige Rolle spielt dabei (Raasch 2002: 205),

dass man aber über die Grenze fahren kann und dort auf eine Sprache trifft, die der eigenen sehr ähnlich oder mit ihr sogar identisch ist. Ob ›Sprache‹ oder ›Dialekt‹: Man kann sich hüben wie drüben verständigen, ohne die Nationalsprachen gelernt zu haben;

Die verstärkte Regionalisierung, die Ende der 1970er Jahre einsetzte, resultiert unter dem Schlagwort ›Europa der Regionen‹ in politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen, grenzübergreifende Regionen zu schaffen bzw. interregionale grenzüberschreitende Kooperationen zu institutionalisieren. Fallweise finden diese Initiativen auch ihr Pendant in der Zivilgesellschaft. Im Zuge dessen kommt es an verschiedenen Orten zu Versuchen, grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Regionalmedien einzugehen, oder auch zu grenz- und sprachenübergreifenden Medienprojekten. Während drei Jahren produzierte beispielsweise die Basler Zeitung eine dreisprachige Beilage, das *Dreilandmagazin*, das aus einem erweiterten Veranstaltungskalender mit Kulturbeiträgen und Werbung bestand. Mit dieser Beilage wollte die Basler Zeitung ihre Reichweite ausdehnen und die Regio Basiliensis, d. h. das benachbarte Elsass und das badische Gebiet in Deutschland erreichen. Deshalb war die Beilage zweisprachig (Deutsch, Französisch) gestaltet, fallweise ergänzt durch Kommentare oder Glossen in Baseldeutsch bzw. Elsässisch. Im April 2002 wurde die Beilage wieder in einen überwiegend deutschsprachigen Kulturkalender umgewandelt. Der damalige Chefredakteur des *Dreilandmagazins* kommentierte die Refokussierung auf das deutschsprachige Publikum so:

Wir waren anscheinend unserer Zeit voraus, da die Leserzahlen in Deutschland und Frankreich mit je 2000 Exemplaren sehr gering waren und auch die Werbewirtschaft nicht mitgezogen hat.¹

Trotz internationaler Besitzverhältnisse und international beworbener Produkte ist der Werbemarkt weiterhin national organisiert. D. h. um grenzüberschreitend Werbung zu akquirieren, muss mit nationalen Agenturen aller involvierten Länder gearbeitet werden. Ähnlich verhält es sich mit den Distributionsstrukturen. Fehlende Distributionsstrukturen waren mit ein Grund, warum auch die grenzüberschreitenden Initiativen zwischen Kärnten und Slowenien Anfang der 1990er Jahre gescheitert sind. Weder der in Kärnten erscheinenden zweisprachigen Zeitschrift Tango noch der in Slowenien herausgegebenen slowenischsprachigen Tageszeitung Republika gelang es damals, entsprechende Strukturen in den Nachbarländern aufzubauen. Leichter ist die grenzüberschreitende Kooperation im Audio- und audiovisuellen Sektor. Sowohl zwischen den regionalen Privatradiostationen in Kärnten und Slowenien als auch zwischen den öffentlich-rechtlichen Anbietern in beiden Ländern bestehen mittlerweile Austausch- und Kooperationsprojekte, die von EU-Seite gefördert werden. Im regionalen Radioprogramm des ORF ist in der Folge die Sendung *Servus Srečno Ciao* entstanden. In der Programmankündigung auf der Internet-Seite des ORF heißt es dazu:

Servus Srečno Ciao berichtet über die kulturelle Vielfalt, die Schönheit der Landschaften vom Hügelland über den Karst bis ans Meer, von der Kraft und Kreativität der Menschen und nicht zuletzt von der gemeinsamen Vergangenheit der Region inklusive Blick auf die gemeinsame Zukunft mit EU-Partner Italien und EU-Beitrittskandidat Slowenien. (...) Natürlich wird die deutsche Sprache vorherrschen, daneben gibt es aber sprachliche und thematische Elemente aus Italien (Friaul-Julisch-Venetien) und Slowenien.²

Symbolisch sind die beiden anderen Sprachen v. a. in kurzen Auszügen aus Interviews, die in Italien und Slowenien gemacht werden, präsent. Die slowenische Minderheitensprache kommt so langsam (zusammen mit dem Italienischen) über den Umweg als Nachbarsprache in Programmeinsprengeln im ORF vor. Kooperationsprojekte bestehen auch zwischen privaten Lokalradios im österreichisch-slowenischen Grenzraum. So kooperierte das Klagenfurter Radio AGORA mit lokalen Stationen in Slowenien und in Friaul nicht nur für den Austausch von Programmen, sondern auch in der

1. Redaktor der BAZ Peter Schenk; persönliche Kommunikation 29. 4. 2002.

2. <http://kaernten.orf.at/ktn>, 24. 8. 2003

Ausbildung. In dieser Kooperation spielt Slowenisch die Rolle einer regionalen Lingua franca. Ein von der Europäischen Kommission gefördertes Projekt zur Entwicklung mehrsprachiger Sendeformate gab den Impuls, die Kooperation auf andere Stationen, die ein vielsprachiges Programm anbieten, auszudehnen. Zu den Projektpartnern zählten nicht nur Radios in anderen europäischen Ländern, die Regional- oder Minderheitensprachen im Programm haben, sondern auch städtische Lokalradios, sodass zumindest punktuell die Kooperation über das ›nur‹ Grenzüberschreitende hinausging.

Die Europäischen Institutionen fördern grenzüberschreitende Medienprojekte aus verschiedenen Töpfen, wie z. B. dem Programm Interreg und den Programmen Phare und Tacis, die auf grenzüberschreitende Aktivitäten mit den ›Erweiterungsländern‹ ausgerichtet sind. Auch das Büro für weniger verbreitete Sprachen EBLUL stellt Mittel für Medienaktivitäten zur Verfügung. Der Zugang zu Geldern aus europäischen Quellen stellt oft für Minderheiten einen Weg dar, Projekte zu realisieren, die in einem nationalstaatlichen oder regionalen Rahmen nicht unbedingt auf positiven Widerhall stoßen. Allerdings sind manche der EU-Förderprogramme für ›Grass-root-Initiativen‹ insofern problematisch, als von Seiten der Institutionen ›große‹ Projekte mit einem beträchtlichen Finanzvolumen bevorzugt werden. Das stellt kleinere und informellere Initiativen vor die schwer zu bewältigenden Probleme einer Vorfinanzierung und eines großen Verwaltungsaufwands.

Vor allem von den mehrsprachigen nichtkommerziellen Medien in Großstädten wird eine translokale bzw. transurbane Vernetzung vorangetrieben. Als Plattform dienen im Radiobereich sowohl regionale, in Vereinen formalisierte Zusammenschlüsse als auch informelle Netzwerke. Diese Netzwerke fungieren als Korrespondentenpool und als Ausgangspunkt für Programmaustausch. Durch das Internet hat sich die Kooperation merklich intensiviert. Über Programmbanken¹ sind Programme in verschiedenen Sprachen zugänglich. Im deutschsprachigen Raum besteht seit dem Jahr 2000 das *Babelingo* Netzwerk², das sich zum Ziel gesetzt hat, mehrsprachige Sendeformen und eine Kultur der Mehrsprachigkeit an den freien Radiostationen zu fördern. Bei diesen Initiativen steht ein

1. In Österreich ist das z. B. die Datenbank: <http://www.freie-radios.at/cba.php>

2. <http://www.freie-radios.at/babelingo.php>

Empowerment lokaler Gemeinschaften, marginalisierter Bevölkerungsgruppen und sozialer Bewegungen im Zentrum, bei Babelingo im Besonderen auch die Schaffung von ›interlingualen‹ Schnittstellen. Getragen werden diese Vernetzungsinitiativen von lokalen Medien, die sich nicht auf parochiale Sichtweisen beschränken wollen. »Das ›Lokale‹ findet nur dort seinen wahrhaften Sinn, wo es unter Zuhilfenahme der Nähe, die Interaktion zwischen Abstraktem und Konkretem, zwischen Erlebtem und Universellem, zwischen Individuellem und Kollektivem besser zu fassen ermöglicht.« (Mattelart 1999: 211).

Es entstehen Netzwerkstrukturen, die aus den Ressourcen der kulturellen und sprachlichen Vielfalt schöpfen. Die Herausgeber des Euromosaic Berichts (1996: 57) zur »Produktion und Reproduktion der Minderheiten-Sprachgemeinschaften in der Europäischen Union« setzen sich ausführlich mit der Bedeutung von Netzwerkstrukturen auseinander:

In sozialen Netzen haben die einzelnen Elemente des gemeinschaftlichen Zusammenhalts, die auf tatsächlichen oder fiktiven Bindungen und Strukturen verwandtschaftlicher, sprachlicher oder religiöser Art oder auf sonstigen Formen der sozialen Integration beruhen, theoretisch ein bedeutend größeres Potential in Bezug auf die Entstehung von Solidarität im Rahmen eines netzgestützten Verhaltens (...).

Obwohl eine gemeinsame Sprache also die Entstehung von Netzwerken begünstigt bzw. Netzwerke auf ihr beruhen, unterhalten Knotenpunkte innerhalb einzelner Netzwerke Beziehungen zu mehreren Netzwerken, sodass Schnittstellen entstehen. Diese losen Netzwerkstrukturen begünstigen innovative Entwicklungen (Euromosaic 1996: 56). Die Bedeutung des so genannten Dritten Sektors, des Bereichs der nichtkommerziellen Bürgermedien, wurde in seiner Bedeutung für den sozialen Wandel lange Zeit unterschätzt. Erst mit dem Internet beginnt man seine Dynamik zu erkennen. Zusammenschlüsse im Dritten Sektor, wie die Association Mondiale des Radios Communautaires (Amarc) oder die World Association for Christian Communication (Warc), sind seit langem aktiv. Neueren Datums sind Netzwerke wie der Zusammenschluss von Minderheitenmedien ›More Colour in the Media‹ oder das Nachrichtennetzwerk Indymedia. Sie sind darum bemüht, die Frage nach einem ungehinderten Zugang zur Information, das als Recht auf Kommunikation in der Informationsgesellschaft verankert werden soll, in eine öffentliche Debatte einzubringen. Der Dritte Sek-

tor ringt um seine Anerkennung und um Freiräume der Kommunikation, die den Marktgesetzen entzogen bleiben.¹

In der Diskussion um eine europäische Öffentlichkeit dominieren derzeit Ansätze, die entweder vom Top-down-Modell der einheitlichen europäischen Öffentlichkeit oder vom Konvergenzmodell der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten ausgehen. Dass auch von »unten« her an der Entstehung integrierter Öffentlichkeiten gearbeitet wird, wird oft übersehen, obwohl gerade von dieser Seite wichtige Impulse für die Einbindung marginalisierter Gruppen und für sprachpolitische Innovation kommen.

Ansätze einer europäischen Sprachenpolitik

Der Europarat konzentriert sich in seinem Entwurf für eine europäische Sprachenpolitik explizit auf Sprachenpolitik im Bildungsbereich. Die Diskussion wurde durch einen Bericht, der 2003 von einer Expertengruppe erstellt wurde, eröffnet.² Der Europarat geht dabei von einem umfassenden Ansatz aus, der Sprachenrechte als Teil des Menschenrechtskanons begreift und Sprachenpolitik als wesentlichen Teil einer Sozialpolitik sieht. Eine europäische Sprachenpolitik soll nicht auf dem nationalstaatlich geprägten Prinzip der Homogenisierung und des Monolingualismus aufbauen, sondern Plurilingualismus fördern. Im Kapitel »Disseminating plurilingualism: creating social consensus« nimmt der Europaratsbericht³ Bezug auf Medien. Durch Medien soll der ständige Kontakt mit einer Vielfalt sprachlicher Varietäten gewährleistet und sprachliche Vielfalt in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Als Mittel dazu wird ein verstärkter Einsatz von Untertiteln in Fernsehprogrammen und Kinofilmen genannt. An Printmedien wird die Forderung gestellt, Artikel auch in Originalsprachen zu drucken und nicht nur in übersetzter Version. Auch in den EU-Institutionen beginnt man die Bedeutung von Medien in der Sprachenpolitik langsam wahrzunehmen. Die neuesten Dokumente der Union zu

1. Vgl. Armand Mattelart: Arbeitsgruppe dot force in *Le monde diplomatique*, (deutsche Ausgabe) August 2003, S. 16–17.
2. Council of Europe. Language Policy Division: Guide for the development of language education policies in Europe. From linguistic diversity to plurilingual education. Main version, draft 1 (rev.), April 2003. Der Bericht ist verfasst von Jean-Claude Beacco und Michael Byram, Teilnehmer der Arbeitsgruppe waren M. Candelier, G. Lüdi, P. O'Riagáin, A. Raasch und C. Truchot.
3. Ebenda S. 72 f.

Regional- und Minderheitensprachen gehen in ihren Empfehlungen über den Bildungsbereich hinaus und erkennen an, »dass die Medien beim Schutz von regionalen und weniger verbreiteten Sprachen und bei der Förderung der Kenntnis und Anwendung dieser Sprachen eine wichtige Rolle spielen«.¹ Als besonders förderungswürdig werden in Zusammenhang mit Medien Kooperationen empfunden, die Regional- und Minderheitensprachen zu einer Präsenz in der Öffentlichkeit verhelfen, »soweit diese eine europäische Dimension« aufweisen und »eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit« intensivieren.

Im Aktionsplan 2004–2006 zur Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt² umreißt die europäische Kommission den Kontext, in welchem sie ihre Sprachenpolitik sieht. Besonders betont wird dabei die wirtschaftliche Dimension und das Ziel, dass sich die Union bis zum Ende des Jahrzehnts zum wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt. Dazu ist es nötig, dass »die europäischen Unternehmen über die interkulturellen Kompetenzen und Sprachkenntnisse verfügen, die erforderlich sind, um sich auf dem globalen Markt mit Erfolg behaupten zu können«. Deshalb sind nicht nur das lebenslange Sprachenlernen und ein besserer Sprachenunterricht Ziel des Aktionsplans, sondern auch die Schaffung eines sprachenfreundlichen Umfelds. Dazu kündigt die Kommission an, dass sie in den von ihr geförderten Forschungsprogrammen – insbesondere im 6. Rahmenprogramm – stärker sprachenzentrierte Themen berücksichtigen will. Auf Medien bezogen werden im Aktionsplan die Bedeutung des Internets für das Sprachenlernen sowie die Förderung der Untertitelung von Filmen und Fernsehprogrammen explizit genannt, weil dadurch ein regelmäßiger Kontakt mit anderen Sprachen erreicht werden kann. Die politischen Instrumente, die der Union zur Durchsetzung ihrer sprachenspolitischen Ziele zur Verfügung ste-

1. Europäisches Parlament (2003), Bericht mit Empfehlungen an die Kommission zu den regionalen und weniger verbreiteten europäischen Sprachen – den Sprachen der Minderheiten in der EU – unter Berücksichtigung der Erweiterung und der kulturellen Vielfalt (2003/2057 (INI)). Berichterstatter Michl Ebner, 14. 7. 2003, A5-0271/2003. Angenommen am 8. 7. 2003.
2. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2003), Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt: Aktionsplan 2004–2006. 24. 7. 2003. KOM(2003)449 Brüssel.

hen, sind v. a. Förderprogramme. In allen Förderprogrammen, die sprachenpolitische Dimensionen umfassen, soll daher eine möglichst breite Sprachenpalette berücksichtigt werden. Es sollen nicht nur die Amtssprachen der Union zum Zug kommen, sondern auch kleinere europäische Sprachen, Regional-, Minderheiten- und Migrantensprachen, Gebärdensprachen sowie Landessprachen (Luxemburgisch und Irisch) und die Sprachen der wichtigsten Handelspartner der EU in der Welt.

Stand früher in der Union im Medienbereich v. a. die Förderung von Übersetzungen im Mittelpunkt – und dabei die Staatssprachen der Mitgliedsstaaten sowie die so genannten weniger verbreiteten Sprachen der Union –, so lassen sich heute sowohl eine Verbreiterung der Sprachenpalette als auch eine allgemeine sprachenpolitische Reorientierung feststellen. Sprachliche Vielfalt wird als Ressource begriffen und Medien als Teil des angestrebten sprachenfreundlichen Umfelds. Es geht also nicht mehr nur darum, durch Übersetzungen Inhalte zugänglich zu machen, sondern die gleichzeitige Präsenz von mehreren Sprachen in Medien zu fördern und damit zu einer Kultur der Mehrsprachigkeit beizutragen. Eine Abkehr von der »Einsprachigkeitsideologie«, die Lüdi (2002: 176) für den Bildungsbereich schon in früheren europäischen Dokumenten ortet, beginnt sich auch im Medienbereich abzuzeichnen. Um gezielte Maßnahmen setzen zu können, die dazu beitragen, dass eine integrierte mehrsprachige europäische Öffentlichkeit entsteht, wäre es allerdings notwendig, sprachen- und medienpolitische Ansätze in einem Gesamtkonzept zu verknüpfen.

2.1.4 Global players – Sprachen im Dienst von Politik und Markt

Während die Frage, wie eine europäische Öffentlichkeit geschaffen werden kann, auf politischer und wissenschaftlicher Ebene erörtert wird, haben sich – wenig beachtet und kaum erforscht – staatlich finanzierte Rundfunk-Auslandsdienste großer europäischer Staaten, ebenso wie der USA, v. a. im Nachrichtenbereich zu globalen Akteuren entwickelt. Definierten sie sich früher als Sprachrohr der jeweiligen staatlichen Außenpolitik, so handeln sie heute zunehmend auch im Interesse der eigenen marktorientierten Unterneh-

menspolitik.¹ Seit seiner Erfindung bot das Radio die Möglichkeit, zeitgleich via Kurzwelle weltumspannend präsent zu sein bzw. via Mittelwelle Reichweiten von bis zu 1.000 km zu erzielen und somit über ein Staatsgebiet hinaus zu senden. Seit Anfang der 1990er Jahre hat durch den Einsatz von Satellitentechnologie und des Internets sowie durch eine stärkere Orientierung auf das Fernsehen eine rasante Entwicklung eingesetzt. Immer häufiger übernehmen private lokale Radio- und Fernsehstationen und teilweise auch öffentlich-rechtliche Anbieter Nachrichtenprogramme von solchen globalen Akteuren, die ihre Programme in einer breiten Sprachenpalette anbieten.

Die Reichweiten dieser Dienste sind beträchtlich: Das britische BBC World Service (BBC WS) zählt weltweit ca. 150 Millionen HörerInnen, von welchen ca. 35 Millionen Programme in Englisch hören, die Mehrheit folgt dem Programm in einer der 42 anderen Sendesprachen.² Von den USA werden sowohl Voice of America (VOA) als auch der Komplex Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) finanziert. VOA hat ca. 94 Millionen wöchentliche Hörer weltweit und sendet in 53 Sprachen, RFE/RL konzentriert sich mit seinen 30 Sendesprachen auf Ost- und Südosteuropa sowie die GUS-Staaten, den Irak und Afghanistan und zählt ca. 35 Millionen HörerInnen. Außerdem gehören Radio Free Asia und Radio and TV Marti für Kuba zum Komplex. Radio France Internationale (RFI) wird mit Programmen in 19 Sprachen von 45 Millionen gehört. Die Deutsche Welle (DW) zählt ca. 28 Millionen regelmäßiger HörerInnen und Programme in 29 Sprachen. Kleinere Staaten unterhalten zwar traditionell Auslandsdienste, doch ist die Sprachenvielfalt we-

1. Diese Dienste werden zwar im Bereich der internationalen Kommunikationsforschung v. a. im Hinblick auf ihre Funktion in Krisensituationen behandelt (Mattelart 1999; Thussu 2000), ausführlichere Publikationen sind aber meist von den Anstalten selbst in Auftrag gegebene geschichtliche Darstellungen (z. B. Walker 1992). Street/Matelski (1997) setzten sich in einem Sammelband v. a. mit den US-amerikanischen Diensten auseinander, Kleinsteuber (2002) behandelt in einem Sammelbandbeitrag die Deutsche Welle.
2. Die aktuellen Informationen über Hörerzahlen und Sendesprachen sind über die Webseiten der Sender abfragbar. Die hier zitierten stammen von:
 BBC WS: <http://www.bbc.uk/worldservice/us/faqr.shtml>, Nov. 2002.
 VOA: <http://www.voa.gov/index.cfm?sectionTitle=Fast%20Facts>, Okt. 2002.
 RFE/RL: <http://www.rferl.com/about/organization-intro.asp>, Dez. 2002.
 RFI: <http://www.rfi.fr/Fichiers/dialoguer/Sondages/index.asp>, Okt. 2002.
 DW: http://dw-world.de/german/0,3367,3002_A_571111,00.html, Okt. 2002.

sentlich geringer. Sie beschränken sich auf die Versorgung der eigenen Diaspora bzw. auf einige große Sprachen wie Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch. Manche Auslandsdienste der kleineren Staaten haben sich in ›Sprachnischen‹ positioniert. So hatte etwa das österreichische internationale Radio (ROI) Programme in Esperanto oder das finnische in Sprachen, die mit dem Finnischen verwandt sind und in Sibirien gesprochen werden. In den letzten Jahren lässt sich ein starker Rückgang der Präsenz kleinerer Staaten feststellen. Die Existenz von ROI wird immer wieder in Frage gestellt, selbst die Deutsche Welle hat Schwierigkeiten, ihre Position zu behaupten (Kleinsteuber 2002).

Die Auslandsradios definieren ihre Mission klar außenpolitisch, und die Entscheidung über die Sendesprachen wird in enger Koordination mit den jeweiligen Regierungsorganen getroffen. Fred Martenson, Head of Strategy des BBC World Service, erklärt den Prozess so:

The way that languages are evaluated or assessed is based on a few criteria: on the one hand it's the information need in an individual language, so to what extent there is political repression, economic deprivation, crisis, instability, unfree local media and so on. In parallel to that it's the importance of a certain region or language or country to Britain from a strategic point of view as a trade partner, as an area of potential instability, where there is a security issue etc.¹

Rückblick: Von Propaganda zu Public relations

In einer ersten Phase vor dem Zweiten Weltkrieg stand die Verklammerung der Kolonialreiche über Kurzwellendienste im Vordergrund, das Kurzwellenradio sollte Kolonialbeamten als direkter Draht zum Mutterland dienen. Als Erster expandierte der internationale Kurzwellensender der Sowjetunion sein Sprachenangebot und sendete 1930 bereits ein Programm in verschiedenen Sprachen, um die Botschaft des Klassenkampfes und der nationalen Befreiung in die Welt zu tragen. Ebenso stand bei Radio Vatikan, das von Beginn an in einer Vielzahl von Sprachen sendete, die Botschaft im Vordergrund.

In eine neue Phase der raschen Expansion traten die Kurzwellendienste vor und während des Zweiten Weltkriegs. Radio wurde als Propagandainstrument oder sogar als Waffe in der Kriegsführung verstanden. Nazi-Deutschland konzipierte sein rasch expandieren-

1. Interview mit F. Martenson, Februar 2002.

des Kurzwellensendernetz unverhohlen als Propagandainstrument und ebenso das faschistische Italien und Japan (Thussu 2000: 26). Die Alliierten reagierten mit einer Diversifizierung ihres Sprachenangebots, um die Bevölkerung »auf der anderen Seite« direkt in der eigenen Sprache mit Gegeninformation, gegebenenfalls auch mit Falschinformation, zu erreichen. Der amerikanische Auslandsfunk wurde erst 1942, als Amerika in den Krieg eintrat, gegründet, noch im selben Jahr sendete Voice of America (VOA) in 27 Sprachen.¹ Die BBC »sendete in sieben Sprachen vor dem Krieg und verkündete den Sieg der Alliierten in 46«.²

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Fremdsprachendienste der Auslandssender zunächst in Frage gestellt, doch mit dem Einsetzen des Kalten Kriegs erlebten sie einen neuen Aufschwung und gleichzeitig eine Verschiebung des Sprachenspektrums. Weder BBC noch Voice of America, das sich als »Waffe gegen die Sowjetunion«³ sah, reduzierten ihre Sendetätigkeit. Zusätzlich zu VOA finanzierte der US-Kongress via CIA ab 1949 RFE mit der Aufgabe, Programme für die »Staaten hinter dem Eisernen Vorhang« zu produzieren, und ab 1951 das für die »Völker in der Sowjetunion« konzipierte Radio Liberty (RL). Beide verstanden sich im Unterschied zur Stimme Amerikas VOA als »surrogate broadcaster«, als Ersatzradio für jene, die keine Stimme hatten. In den siebziger Jahren wurden die beiden Sender RFE und RL zusammengelegt, und die Verantwortung ging vom CIA an das Board for International Broadcasting (BIB), das für den gesamten nichtmilitärischen internationalen Rundfunk der USA verantwortlich ist.⁴ Am Höhepunkt des Kalten Kriegs war eine ganze Maschinerie in Betrieb. Die Sowjetunion und die Warschauerpaktstaaten sowie Albanien auf der anderen Seite produzierten ebenfalls Kurzwellensendungen in verschiedenen Sprachen. Von der Sowjetunion war ein ganzes Netz an Störsendern aufgestellt worden, die den Empfang der westlichen Radios verhindern sollten. Der Impakt der transnationalen Sender kann nur schwer abgeschätzt werden, wissenschaftliche Studien dazu sind kaum durchgeführt worden. Hörer-

1. VOA history: <http://www.voa.gov>, Okt. 2002.

2. Slovenian Service. Broschüre des BBC World Service London, 1997.

3. VOA history: <http://www.voa.gov>, Okt. 2002.

4. RFE/RL: Introduction: <http://www.rferl.com/about/organization-intro.asp>, Dez. 2002.

zahlen, die von der einen oder anderen Seite veröffentlicht wurden, waren ebenso Teil der Propaganda. Paul Lendvai, der langjährige Osteuropaverantwortliche des Österreichischen Rundfunks, führt »verlässliche Schätzungen« an, denen zufolge vier von fünf Tschechoslowaken, drei von vier Ungarn, Rumänen und Polen und einer von zwei Bulgaren westliches Radio hörten.¹

Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung konnten sich schließlich die fremdsprachigen Auslandsdienste nicht mehr nur über ihre Propagandafunktion definieren. Zumindest RFE/RL, eine reine Schöpfung des Kalten Kriegs, schienen obsolet geworden zu sein. Die Sender konnten aber eine weitere Finanzierung erreichen, indem sie ihre Ziele neu festlegten: »Förderung einer demokratischen Entwicklung und der Marktwirtschaft, in jenen Ländern, wo eine friedliche Entwicklung einer zivilen Gesellschaft im unbedingten nationalen Interesse der Vereinigten Staaten liegt.«² Die Erklärungen zum Sendeauftrag der großen Auslandssender lesen sich nun nicht mehr wie Propagandaziele, sondern eher wie Public-Relations-Ziele im Dienste der Öffentlichkeitsarbeit für den jeweiligen Staat und den Sender selbst. Die BBC sieht den Nutzen ihres »Weltdienstes« pragmatisch darin, »das kulturelle und wirtschaftliche Ansehen von Großbritannien« in den Zielländern zu heben. Sie bezeichnet sich als »den universellen Provider globaler Nachrichten«, der danach strebt, »immer glaubwürdig, allgemein zugänglich und weithin empfangbar« zu sein.³ Die Stimme Amerikas VOA definiert ihr Ziel schlicht, »the world's leading international broadcaster« zu sein.⁴ Etwas anders liest sich der Sendeauftrag von RFI: »Der Sender lehrt Frankophile die französische Sprache und bringt in Regionen, die von Konflikten zerrissen werden, einen anderen Ton, einen freien, glaubwürdigen, um die Angst des Schweigens zurückzudrängen.«⁵ Die Deutsche Welle sieht ihre Aufgabe darin, »umfassend über Deutschland und den europäischen Einigungsprozess zu informieren. Diese europäische Ausrichtung ist die Marktnische, in der die DW-radio/Fremdsprachen im Konzert der

1. Paul Lendvai: Diktaturen des Schweigens. Die Gefangenen der eigenen Propaganda im Medienkrieg. In: Neue Zürcher Zeitung (Auslandsausgabe), 8. 8. 2000.

2. RFE/RL: history: <http://www.rferl.com/about/organization-intro.asp>, Dez. 2002.

3. BBC Slovenian Service 1997.

4. VOA history: <http://www.voa.gov>, Okt. 2002.

5. RFI: <http://www.rfi.fr>, Okt. 2002.

Auslandssender Akzente setzt.« Ziel ist es, »Menschen in politisch autoritären oder diktatorischen Systemen oder in Krisenregionen über die Ereignisse im Lande selbst und aus deutscher Sicht über das Weltgeschehen zu informieren.«¹

Sprachen als Exportartikel

Für die Sprachaußenpolitik der einzelnen Staaten sind die Auslands-sender zentrale Strukturen. Unterschiedliche Orientierungen in der Sprachaußenpolitik bzw. Sprachexpansionspolitik spiegeln sich auch in der Art, wie Auslandsdienste genutzt werden. Während die DW eher zurückhaltend ist, sieht RFI seine Aufgabe nicht nur darin, Frankophonen und Frankophilen Information zu bringen, sondern produziert auch Französischsprachkurse für Lernende verschiedener Stufen. Diese Kurse werden für die verschiedenen Sendesprachen von RFI adaptiert. Über das Radio sind Übungsnachrichtensendungen in *Français facile* zu empfangen, die dabei helfen sollen, das Vokabular von Nachrichtensendungen besser zu beherrschen. Über das Internet sind Abschriften der Übungsnachrichtensendungen und dazugehörige Übungen zugänglich. Die Verknüpfung der Sprachaußenpolitik mit der Kulturaußenpolitik wird sichtbar im Musikkanal RFI Musique, der sich als Alternative zur anglosächsischen Musik darstellt. Anders als die französische Sprachaußenpolitik, die mit einer kulturellen *mission civilisatrice* begründet wird, ist die Sprachaußenpolitik in Großbritannien und den USA stärker wirtschaftlich begründet (Stark 2002: 42 ff.). Für die Gestaltung von Sprachkursen, die via Radio und über Buch- und Tonträgerpakete vertrieben werden, arbeitet das BBC WS eng mit dem British Council zusammen. Seit BBC WS zu der Politik übergegangen ist, in möglichst vielen Hauptstädten der Welt eigene lokale Sender einzurichten, entwickeln sich rund um diese – v. a. in Ost- und Südosteuropa – Sprachlernzentren.² On-Line steht ein vielfältiges Sprachlernangebot zur Verfügung, das auch die Möglichkeit umfasst, individuelle Fragen an die BBC zu stellen. VOA betreibt seit 1959 ein so genanntes *Special English Service*. *Special English* benützt ein Vokabular von ca. 1.500 Wörtern, Idiome sollen nicht verwendet werden. Je-

1. DW – Kommunikation als Auftrag. Informationsbroschüre der Deutschen Welle. Köln, 1999, S. 11.

2. Interview mit Zdenka Krizman, Februar 2002.

der Satz soll nicht mehr als eine Idee umfassen. Gelesen wird der Text in einer Geschwindigkeit, die ein Drittel langsamer ist als Standardenglisch.¹ Der frühere VOA-Direktor, Sanford Ungar, betont, dass diese Programme zu den populärsten zählen:

Man muss kein Nationalist sein, um zu verstehen, dass das amerikanische Englisch zur Lingua franca der Weltwirtschaft wird, und es ist das Special English der VOA, das sie zu einem großen Teil der Welt bringt.²

Mediale Einkreisung und fliegende Sender – Intervention in Krisengebieten

Zu den Hauptaufgaben der Kurzwellenauslandsradios zählt nach wie vor ihre Kriseninterventionsfunktion. Politische Krisen sind die Momente, in welchen neue Sprachen in das Angebot aufgenommen werden. Beispielsweise haben Mitte der 1990er Jahre VOA und BBC Kinyarwanda und Kirundi, die Sprachen Ruandas und Burundis, hinzugefügt. Makedonische Programme strahlen die Sender erst seit der Verschärfung der Krise im Jahr 1999 aus. RFE/RL hat vor kurzem die im Kaukasus gesprochenen Sprachen Avarisch, Tscherkessisch und Tschetschenisch in das Programm genommen. Bereits bestehende Redaktionen steigern ihr Programmolumen im Krisenfall.

Ein Teil der Krisenintervention entfällt in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen auf Hotline-Programme zur Vermisstensuche. Die Krisenintervention hat jedoch auch eine hochpolitische Dimension, wie sich am Beispiel des früheren Jugoslawien zeigt. VOA intensivierte wie andere internationale Radios ihre Präsenz in den Nachfolgestaaten mit dem Ausbruch des Krieges Anfang der 1990er Jahre. Dies geschah einerseits direkt über Kurzwellensender und andererseits über lokale Medien, die von internationalen Diensten übernommene Programme oder Programmteile ausstrahlten. Reichweitenuntersuchungen im Jahr 1998 bestätigten VOA eine Hörerschaft von 14 % im Zielgebiet (Kaufman 2002: 117). Als sich die Kosovo-Krise 1998 zuspitzte, verabschiedete die serbische Regierung ein Gesetz, das den Massenme-

1. <http://voanews.com/specialenglish/article.cfm?objectid=AF5EBCD4-4C7B-11D5-841900508BF9712A>
2. Ungar, Sanford J. (1999) Speech to Foreign Policy Association and Overseas Press Club of America, New York City, December 13, 1999. <http://www.voa.gov/director/fpaspe.cfm>, 19. 1. 2001.

dien untersagte, Radio- und Fernsehprogramme »mit politisch-propagandistischem Inhalt in serbischer Sprache oder in einer Sprache der in Serbien lebenden Minderheiten« von »Stationen, deren Gründer ausländische Regierungen oder regierungsnahen Organisationen sind«, zu übernehmen (Radojković 2000: 425).

Im gleichen Zug hatten unabhängige serbische Medien unter verstärkter Repression zu leiden. Als am 24. März 1999 NATO-Streitkräfte mit Bombardierungen in Serbien begannen, steigerte VOA noch am selben Tag das tägliche Programmvolumen in Serbisch und Albanisch auf ihren MW- und SW-Frequenzen. Da in Serbien wie in anderen europäischen Ländern eher FM als SW und MW gehört wird, bemühte man sich darum, möglichst rasch eine Präsenz der internationalen Radios auf FM sicherzustellen. Innerhalb von zwei Wochen war bereits ein Sendernetz in den Nachbarstaaten rund um Serbien aufgebaut, sodass ein 24-Stunden-Programm, gestaltet von VOA und RFE/RL, in Serbisch, Albanisch und Englisch gesendet werden konnte.¹ Die USA forderten andere internationale Radios der NATO-Länder zu einer Beteiligung auf. Parallel zu den zivilen Diensten von VOA und RFE/RL startete auch die NATO am 8. April Radio- und TV-Sendungen für Serbien und den Kosovo. Dabei kam eine Abteilung der US Air Force, die 193rd Special Operations Wing, zum Einsatz, die ähnliche Einsätze bereits in Grenada, Haiti, Somalia, dem Golf und in Bosnien durchgeführt hatte. Sie ist mit einer Flugzeugflotte ausgerüstet, welche Sender an Bord führt, mit denen Programme der Gegenseite gestört und eigene Programme auf verschiedenen Radio- und TV-Frequenzen gesendet werden können.

Im Krieg gegen Serbien nannte sich der fliegende Sender *zajednički glas* (gemeinsame Stimme). Gesendet wurden Kurznachrichtenblöcke in serbischer Sprache, unterbrochen von anglo-amerikanischer Popmusik. Das niederländische Radiomonitoring Service berichtete: »Die Anti-Milošević-Kommentare und Propaganda werden von Männern und Frauen mit einem starken amerikanischen Akzent gelesen. Es scheint, dass sie Serben sind, die schon viele Jahre in den USA leben.«² Über die militärischen Programme werden

1. Quelle: Presseausstrahlungen des International Broadcasting Bureau, Washington März/April 1999. Verfügbar unter: <http://www.ibb.gov/puaff>
2. Die internationale Abteilung des Niederländischen Radios veröffentlicht periodisch Mediendossiers zu bestimmten Ländern. Radio Netherlands, Wereldomroep: April 1999 <http://www.rnw.nl/realaudio/dossiers/html>, Dez. 2000.

HörerInnen auch zu den Programmen von VOA und RFE/RL hingeführt. Edward Kaufman, Mitglied des Broadcasting Board of Governors, bezeichnete die gemeinsame Kampagne der Radios, des US State Departments und der US Agency for International Development als »the most concentrated media focus directed towards a single foreign country in our history« (Kaufman 2002: 117). Er weist darauf hin, dass die Bedeutung der US-Mediendienste nicht unterschätzt werden darf: »Effective broadcasting to ›win hearts and minds‹ strengthens the traditional triade of diplomacy, economic leverage, and military power and is the fourth dimension of foreign conflict resolution« (Kaufman 2002: 115). Der »Ring um Serbien«, wie die Senderkette der internationalen Dienste genannt wurde, blieb bis zum Fall des Milošević-Regimes und den Wahlen in Serbien bestehen. Im Oktober 2000, zum Zeitpunkt des Sturzes des Regimes, bestätigte eine Befragung in Serbien RFE/RL und VOA eine Reichweite von 40 % unter der erwachsenen Bevölkerung (Kaufman 2002: 118). Nach der Krise sind die Hörerzahlen zurückgegangen, doch die internationalen Dienste haben nach wie vor einen fixen Platz in den Medienlandschaften des früheren Jugoslawien.

Für Krisenfälle soll ein rasches, sprachlich kompetentes Interventionspotential vorhanden sein. Sanford Ungar, der frühere Direktor von VOA, dazu:

Today's stable nations may be harboring terrorists, producing narcotics, or fighting a civil war tomorrow. And if VOA is to »ramp up« and become a credible broadcaster in such a crisis, we need to have some professional journalists who speak that language in our building, ready to go. Maintaining this surge capacity – the ability to increase programming quickly in response to a crisis, as we did in Kosovo – and being flexible and nimble enough to respond where the need is greatest – that is the creative, multi-media, but always-credible future of VOA.¹

Vom Kurzwellendienst zum Multimediaunternehmen

Seit dem Anfang der 1990er Jahre ist eine Transformation vom traditionellen Radioauslandsdienst zum Multimediaunternehmen erkennbar. Die Internationalen streben eine Präsenz im TV, im Internet, in eigenen Printmedien und auf lokalen FM-Frequenzen an. In vielen Zielländern erlaubte die Aufhebung des Rundfunkmonopols private Radio- und Fernsehsender. Damit sind die großen Akteure in

1. Sanford J. Ungar, Director of VOA, speech to Foreign Policy Association and Overseas Press Club of America, New York City, December 13, 1999.
<http://www.voa.gov/director/fpaspe.cfm>

den lokalen Bereich vorgestoßen. Das erfolgte einerseits über die Akquisition von eigenen lokalen Frequenzen und andererseits über umfangreiche Netze von Partnerstationen, die sowohl private als auch öffentlich-rechtliche Anbieter umfassen. Via Satellit werden den Partnerstationen Programme in den entsprechenden Sprachen übermittelt. Für BBC WS zählt der Ausbau der FM-Präsenz zu einer der Prioritäten. Derzeit empfangen zwar noch ca. 75 % der BBC WS-Hörschaft die Programme über Kurzwelle, doch mit der Etablierung einer steigenden Zahl von wachsenden lokalen FM-Stationen ändern sich die Hörgewohnheiten, und Hörer wechseln zu FM-Stationen, wo die Empfangsqualität besser ist. Deshalb hat sich BBC das Ziel gesetzt, eine Präsenz auf FM in allen Hauptstädten der Welt zu sichern. Im Jahr 2000 war BBC WS auf FM-Stationen in über 120 Hauptstädten, das sind weltweit 62 % aller Hauptstädte, präsent. Sie zielt also mit dieser Politik darauf ab, städtische Eliten zu erreichen. In vielen Ländern, wie z. B. in Deutschland, geschieht dies nur über die englische Sprache. Es wird davon ausgegangen, dass die Hauptzielgruppe über Englischkenntnisse verfügt. An den eigenen FM-Stationen wird, so es Programme in den Sprachen der Zielländer gibt, in diesen und in Englisch gesendet. Radiosprachkurse sollen helfen, ein Hinführen zum Englischen zu erleichtern.¹ Insgesamt übernehmen fast 2.000 Radiostationen weltweit BBC-Programme.² »Where locals go global«, wirbt VOA für ihre »family of affiliates«, die ca. 1.800 FM-Partnerstationen weltweit zählt.³ Mit über 500 Partnersendern hat RFE/RL ein umfangreiches FM-Netz in Ost- und Südosteuropa, Russland, dem Kaukasus, Zentralasien und dem Mittleren Osten aufgebaut.

In Südosteuropa steht heute Rebroadcasting im Zentrum. Mit dem Wechsel zur Marktwirtschaft sind in den südosteuropäischen Ländern lokale Radio- und Fernsehstationen gleichsam aus dem Boden geschossen. Internationale Medienhilfe für die so genannten unabhängigen Medien hat diese Entwicklung angekurbelt. Bosnien war beispielsweise nach dem Ende des Krieges weltweit eines der Länder mit der höchsten Dichte an Medien pro Einwohner. Die meisten dieser lokalen Stationen verfügen weder über ein interna-

1. Interview mit Zdenka Krizman (Koordinatorin des BBC WS für Europa), Februar 2002.
2. BBC World Service: Annual Review 2000/2001, Director's overview.
3. <http://www.ibb.gov/pubaff/affiliates.html>, Dez. 2002.

tionales Korrespondentennetz noch über die Mittel, internationale oder regionale Nachrichtensendungen zu produzieren. In der Regel werden sowohl die Programme als auch die nötigen technischen Einrichtungen (Satellitenempfangsanlagen) von den internationalen Diensten kostenlos zur Verfügung gestellt. Manche Lokalstationen übernehmen nur ein tägliches Nachrichtenmagazin, andere zusätzlich stündlich Kurznachrichten, einige sind gleichzeitig bei mehreren internationalen Anbietern ·Kunden· (Busch 2001: 168).

Eine spezielle Rolle spielen internationale Anbieter in verschiedenen europäischen Ländern bei der Versorgung von Sprachminderheiten, wie sie von der Internationalen Gemeinschaft zunehmend gefordert wird. Gerade in jenen Staaten, in welchen frühere Minderheitensprachen sich nun als Staatssprachen affirmieren – wie etwa in den Baltischen Staaten –, verlangt der Ausbau des Programms in den neuen Staatssprachen beträchtliche Anstrengungen. Eine Eigenproduktion in Minderheitensprachen käme teuer, gegen die Übernahme von Programmen aus den Nachbarländern gibt es oft politische Bedenken. So sind die internationalen Anbieter eine Art Ausweg:

In many ways it works better for them in two sorts of areas: one is that it might politically be more acceptable to take the programme from an international broadcaster who is seen as being impartial etc. – so the BBC programme. And the second element is the cost, because if they wanted to produce their own programmes for the minorities that would mean investing some money.¹

Zu den Abnehmern von BBC-Programmen zählen sowohl öffentlich-rechtliche als auch private Radioanbieter. Das griechische nationale Radio übernimmt beispielsweise Programme in mehreren Sprachen, darunter Türkisch, Serbisch, Albanisch, Bulgarisch, Stationen in den Baltischen Staaten solche in Russisch, Stationen in Makedonien und Montenegro strahlen Programme der Internationalen in Albanisch aus. Auch das österreichische Privatrado Radio Dva übernimmt Nachrichtensendungen in slowenischer Sprache von BBC.

Mit der Reorientierung auf lokale Märkte trat auch eine inhaltliche Veränderung ein. Noch vor etwa 15 Jahren, zu einer Zeit, als noch ausschließlich auf Kurzwelle gesendet wurde, war es bei der BBC üblich, die von einer zentralen englischsprachigen Redaktion produzierten Nachrichtenprogramme zu übersetzen. Heute treten Internationale im lokalen Gewand auf. Die einzelnen Redaktionen

1. Interview Zdenka Krizman, Februar 2002.

bereiten die Informationen selbst auf und passen sie in Auswahl und Gewichtung den spezifischen Gegebenheiten an. Sie unterhalten Netze von Korrespondenten und/oder freien Mitarbeitern vor Ort. Neben den für einen Sprachraum produzierten Programmen gibt es auch solche, die für eine spezielle Region produziert sind, wie etwa englische für den afrikanischen Raum.

Die Expansion in andere Genres hat zwar schon vor dem Re-broadcasting eingesetzt, jedoch seither einen Aufschwung erlebt. BBC WS, VOA, RFI und DW bieten beispielsweise auch Magazinsendungen zu Wirtschaft oder Kultur und Musikprogramme verschiedener Stilrichtungen. Radio-Soaps, die Unterhaltung und Bildung verknüpfen, sind eine Spezialität der BBC. Die erfolgreiche BBC-Serie *The Archers* stand Pate für solche Soaps in Russisch, Albanisch, Pashto, Kinyarwanda und Hausa. Für diese Produktionen und andere edukative Programme, wie die Menschenrechtsserie *I have a right to*, kooperiert die BBC mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Die Radioserien sind außerordentlich populär, die BBC verweist stolz darauf, dass in Albanien ca. 70 % der erwachsenen Bevölkerung die Seifenoper *Rruga me Pisha* (Föhrenstraße), die in einem erfundenen Außenbezirk von Tirana spielt und »Fragen wie Gewalt, Blutrache, Korruption, Landverteilung« thematisiert, kennen.¹

Jener Sektor, der in der raschesten Expansion begriffen ist, ist das Internet. Alle Großen, BBC, VOA, RFE/RL, RFI und DW, bieten auf ihren Websites Informationen in den verschiedenen Sendungssprachen nicht nur in geschriebener Form, sondern auch als Audio- und audiovisuelle Formate an. BBC WS berichtet von einem Zuwachs an »online page views« von 33,6 Millionen im Jänner 2001 auf 76,3 Millionen im Dezember 2001.² Durch das Internet sind jetzt Programme in allen Sendesprachen weltweit verfügbar. Webseiten in Sprachen wie Albanisch, Serbisch oder Somali erreichen ihre größte Zahl an Zugriffen von Seiten der Diaspora-Gemeinschaften in den westeuropäischen Ländern, den USA, Australien und Kanada. Insbesondere in Krisenmomenten steigt die Zahl der Internetzugriffe auf den relevanten Seiten sprunghaft an, um sich danach wieder auf einem Durchschnittslevel einzupendeln.³

1. BBC Press Release, 9. 11. 2002.

2. BBC Press Release, 16. 4. 2002.

3. Interview mit Fred Martenson, BBC WS, Februar 2002.

Ob der Schwerpunkt für die einzelnen Sprachen auf Kurzwelle, Rebroadcasting über FM oder auf dem Internet liegt, hängt von der Mediensituation in der jeweiligen Region bzw. im Land ab. Kurzwelle spielt nach wie vor in Afrika und manchen Teilen Asiens, wo FM-Sendernetze noch schlecht ausgebaut sind, eine große Rolle. Fernziel der BBC ist es, überall ein einheitliches Multimediaangebot bereitzustellen, das auf Radio, TV und Internet einen hohen Standard garantiert.¹ Ob Sprachen ausgeblendet oder erhalten werden, hängt nicht mehr von außenpolitischen Prioritäten ab, sondern auch von Marktfragen. BBC WS behält beispielsweise als einziger internationaler Anbieter noch ein Programm in slowenischer Sprache bei. Das ist u. a. darauf zurückzuführen, dass es ein Netz von über 20 Partnerstationen in Slowenien und Kärnten gibt. Reichweitenuntersuchungen bestätigten der BBC eine Hörschaft von ca. 16 % der erwachsenen Bevölkerung in Slowenien.²

International broadcasters als sprachenpolitische Akteure³

Dass die internationalen Dienste sprachenpolitisch agieren, ist den Verantwortlichen bewusst. SprachwissenschaftlerInnen werden allerdings kaum beigezogen. Bei der BBC gab es zwar früher so genannte *language supervisors* für die nichtenglischsprachigen Programme. Ihre Aufgabe war allerdings eine politische und keine sprachwissenschaftliche, denn diese Aufsichtsorgane waren Vertrauenspersonen der britischen Behörden und kontrollierten die Richtigkeit der Übersetzungen im politischen Sinn. Es obliegt den einzelnen Redaktionen, Sprachwissenschaftler beizuziehen, einige JournalistInnen haben selbst ein Philologiestudium absolviert. Sprachvorschriften gibt es bei der BBC nur in Hinsicht auf »politisch korrekten« Sprachgebrauch, so sollen Worte wie »Extremist« vermieden bzw. nicht verwendet werden. Gewisse ungeschriebene Regeln haben die einzelnen Redaktionen jedoch internalisiert. Der

1. Interview mit Fred Martenson, BBC WS, Februar 2002.
2. Interview mit dem Redakteur des slowenischen Dienstes von BBC WS, Februar 2002.
3. Dieser Teil stützt sich auf Interviews bei BBC World Service im Februar 2002 mit Mitgliedern der kroatischen, serbischen, makedonischen, albanischen, slowenischen, griechischen und somalischen Redaktion sowie mit den Koordinatorinnen für Europa und für Afrika; auf Gespräche mit MitarbeiterInnen von RFE/RL im April 2002; auf ein Telefoninterview mit einem Mitarbeiter der bosnischen Abteilung bei der Deutschen Welle im März 2002 und ein Interview mit einer ehemaligen Mitarbeiterin der kroatischen Redaktion von Voice of America im Dezember 2002.

Redakteur der slowenischen Abteilung des BBC WS führte dazu an, dass es eine Art Tabu ist, Äußerungen der Queen im Originalton auszublenden und mit einer Übersetzung zu überspielen. Während das bei anderen Politikern gang und gäbe ist, wird die Queen ausschließlich konsekutiv übersetzt.

Ein Problemkomplex ergibt sich daraus, dass in Washington, London, Prag, Paris oder Köln Programme in Sprachen von Regionen erstellt werden, die oft weit entfernt sind. Gerade wenn es sich um Krisengebiete handelt, sind die Produzenten oft Menschen, die seit langem im Exil leben und nur eingeschränkten Sprachkontakt mit ihren Herkunftsregionen haben. Besonders akut war dieses Problem zur Zeit des Kalten Kriegs, als ein Leben im Exil die Möglichkeit, in das Herkunftsland zu reisen, ausschloss. Die Sprache im Exil entwickelte sich entweder nicht weiter oder in eine andere Richtung als die Sprache in der Region. Der Redakteur eines der turksprachigen Programme bei RFE/RL berichtete, dass sich während des Kalten Kriegs in der Münchner Redaktion des Senders eine Art Lingua franca zwischen den in den turksprachigen Redaktionen Arbeitenden herausgebildet hatte. In der Region entwickelten sich die Turksprachen weiter, indem sie Neologismen vorwiegend aus dem Russischen übernahmen. Die Diaspora, die von diesen Entwicklungen weitgehend abgeschnitten war, machte diese Entwicklung nicht oder nur bedingt mit oder wollte sie aus politischen Gründen auch nicht mitmachen. Der Gesprächspartner räumte ein, dass sie damals Rückmeldungen hatten, die darauf hingen, dass die Sprache bei RFE/RL »zu sehr nach Emigration und antiquiert« klinge. Heute verfolgen sowohl die BBC als auch RFE/RL die Politik, JournalistInnen aus den Regionen zu rekrutieren, vermehrt mit Korrespondentenberichten aus der Region zu arbeiten und wenn möglich Rotationssysteme einzurichten, die es den in den Zentren arbeitenden JournalistInnen ermöglichen, immer wieder eine längere Zeit in ihrem Herkunftsland zu verbringen.

Bei mehreren Sendungssprachen handelt es sich um Ausbausprachen. Gerade für solche Sprachen sind wenig Wörterbücher oder Nachschlagewerke vorhanden. In Gebieten, in welchen sich neue Nationalstaaten affirmieren bzw. Mehr- und Minderheitenbeziehungen in Frage gestellt und neu ausgehandelt werden, sind nicht nur Sprachstatus-, sondern auch Sprachkorpusfragen oft sehr

brisant. Das neue politische Gleichgewicht findet seinen sprachpolitischen Ausdruck darin, den Abstand zu den ehemals dominanten Sprachen auszubauen. Insbesondere haben meine Interviewpartner bei RFE/RL und bei BBC WS in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Umgang mit Neologismen thematisiert. In ihrer Arbeit, die nicht nur Themen der Tagespolitik, sondern auch wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Themen umfasst, sind sie mit einer ständigen Terminologieentwicklungsarbeit konfrontiert. Wie schon oben erwähnt, wurden in den Kaukasus- und Turksprachen zur Zeit der Sowjetunion Neologismen meist auf der Grundlage von russischen Bezeichnungen oder von Internationalismen geprägt. Heute besteht in den Nachfolgestaaten und in den russischen Teilrepubliken, die auf ihre Autonomie bedacht sind, zumindest unter den Eliten die Tendenz, diese Termini durch Rückgriffe auf das Arabische oder das Farsi zu ersetzen und Neologismen eher auf diesen Grundlagen zu bilden. Für die Redaktion stellt sich die Frage, wie sehr sie eine solche Entwicklung mitträgt. In manchen Turk- und Kaukasussprachen hat RFE/RL im Nachrichtenbereich eine fast monopolhafte Position und damit großen sprachpolitischen Einfluss. Da die eigenen nationalen Mediensysteme wenig ausgebaut sind, übernehmen häufig die staatlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Stationen vor Ort die entsprechenden Nachrichtenprogramme von RFE/RL. Diese sprachpolitische Arbeit kann auch über die journalistische Tätigkeit hinausgehen. So arbeitet die somalische Redaktion der BBC derzeit daran, das interne Englisch-Somalisch-Wörterbuch in eine publizierbare Form zu bringen, die auch online allgemein verfügbar sein soll.

Die Frage nach dem ›richtigen Ton‹, nach sprachlicher ›Korrektheit‹ hängt auch von Vorstellungen von der Rezipientenschaft ab. Die Vorstellung, dass die internationalen Anbieter eine sprachpolitische Mission haben, ist besonders bei Redaktionen, die in Ausbausprachen arbeiten, ausgeprägt. Auch die geographische Distanz zum Sendegebiet spornt Redaktionen an, die ›Sprachkorrektheit‹ unter Beweis zu stellen. Ein guter Teil der Arbeit besteht nach wie vor in Übersetzungen, und es wird als Qualitätskriterium aufgefasst, dass man nicht erkennt, dass es eine solche ist. Die Redakteurin der makedonischen Abteilung des BBC WS betonte ausdrücklich, dass die JournalistInnen in Bezug auf die Sprache große

Vorsicht walten lassen und oft darin wetteifern, einen passenden makedonischen Begriff zu finden. Insgesamt schätzt sie ein, dass es ihnen besser gelingt als vielen Medien in Makedonien, »fremde Wörter« zu vermeiden. Auch in der bulgarischen Redaktion schätzen die JournalistInnen ihren Sprachgebrauch als »eher konservativ ein«, indem sie versuchen, »die Sprache so klar und sauber wie nur möglich« zu halten. Für besonders wichtig halten sie das Rotationssystem, das ihnen im Gegensatz zu früher erlaubt, sich über Änderungen im Sprachgebrauch auf dem Laufenden zu halten.

Auch die griechische Redaktion schätzt ihren Sprachgebrauch als »eher traditionell« ein, der konservative sprachliche Stil ist Teil der Marke BBC. Dennoch möchten sie auch vom »Taxifahrer verstanden werden« und verwenden eine »simplifizierte Sprache, aber mit Elementen, die die Tradition evozieren«. Neologismen stellen für die griechische Redaktion ein Problem dar, denn »die Akademie in Athen, die können Leute wie wir nicht kontaktieren« und »sie hat auch in den letzten Jahren nichts publiziert, was uns helfen könnte«. Auch sie ist überzeugt, dass sie weniger der »Versuchung erliegen, englische Wörter in einen griechischen Text einzubauen als viele Medien vor Ort«. Anders ist es in der slowenischen Redaktion der BBC. Die Programme werden von privaten Radiostationen übernommen und punkten damit, dass sie qualitativ hochstehende informative Sendungen bieten, die in einem »rascheren, moderneren Rhythmus« präsentiert werden. Purismus ist in dieser Redaktion kein Thema, sie hat ihren Ruf dadurch aufgebaut, dass sie mit einem neuen Stil ein Gegengewicht zum öffentlich-rechtlichen Radio geschaffen hat.

Trennung sprachlicher Räume – früheres Jugoslawien

Die Frage, wie im Fall einer Trennung sprachlicher Räume bzw. mit nahe verwandeten Sprachen umgegangen werden soll, gehört zu den diffizilsten Entscheidungen in den internationalen Diensten. Sie stehen im Spannungsfeld zwischen politischen und pragmatischen Überlegungen. Andrew Walker (1992: 139), langjähriger Journalist im BBC WS, beschreibt dieses Spannungsfeld in Bezug auf das frühere Jugoslawien. Da BBC bereits 1990 in Slowenien Erfolge mit dem Aufbau eines Partnernetzes von Rebroadcasting Stationen verzeichnete, sollte das Netz auf Kroatien ausgedehnt wer-

den. Man war jedoch der Meinung, dass das nur möglich sei, wenn man eine kroatische Redaktion einrichtete. Das *Foreign Office* lehnte dies zunächst mit dem Argument ab, dass dieser Schritt als Anerkennung des kroatischen Staates interpretiert werden könnte. Schließlich »siegten Sendeüberlegungen über die diplomatischen«, und die serbokroatische Redaktion wurde noch 1991 in eine serbische und eine kroatische geteilt. VOA folgte erst 1993 mit einer Trennung ihrer serbokroatischen Redaktion in zwei neue Redaktionen. Der Druck seitens der kroatischen Diaspora in den USA dürfte hier eine maßgebliche Rolle gespielt haben, denn VOA begann später als BBC auf Rebroadcasting zu setzen. Auch die DW zweiteilte ihre Redaktion und folgte damit der deutschen Außenpolitik, die die Anerkennung des kroatischen Staates forcierte. Erst nach dem Friedensabkommen von Dayton (1995), das die bosnische Sprache durch ihre Nennung neben der kroatischen und serbischen de facto anerkannte, kamen bosnische Redaktionen bei VOA und DW dazu. Bei der BBC gibt es bis dato keine eigene bosnische Redaktion, wohl aber ein kurzes für Bosnien-Herzegovina bestimmtes Programm, das von der kroatischen Redaktion getragen und von einem bosnischen Moderator gesprochen wird.

Eine völlig andere Politik verfolgten RFE/RL und RFI. Sie behielten ihre »südslawischen« Redaktionen bei. RFI spricht von einem Programm in den südslawischen Sprachen, das sich an den »gesamten Sprachraum wendet«. Noch 1999 erklärte RFE/RL auf der Website des südslawischen Dienstes, dass der »multiethnisch zusammengesetzte Dienst (...) für die Völker des früheren Jugoslawien eine tägliche Mahnung sein soll, dass der Konflikt nicht vorherbestimmt war, dass sie einmal in Frieden miteinander gelebt hatten und es wieder so sein könnte, wenn der Wille dazu vorhanden wäre«. Heute ist diese Eigendefinition von der Website ersatzlos verschwunden, es gibt jedoch nach wie vor eine gemeinsame – mit den drei Staatsflaggen verzierte – Website. Mittlerweile ist auch RFE/RL gezwungen, von der Praxis einzelner gemeinsamer Sendungen für den gesamten Raum abzugehen und die für Kroatien bestimmten Programme ausschließlich von kroatischsprachigen JournalistInnen gestalten zu lassen, denn das dortige Mediengesetz schreibt die kroatische Sprache als verbindliche Mediensprache vor.

Als Anfang der 1990er Jahre in den regimenahen kroatischen Medien Sprachregelungen, die den Abstand zum Serbischen markieren sollten, eingeführt wurden, folgte die BBC dieser Politik nicht bzw. »in einem gemilderten Ausmaß«. Die Redaktionsmitglieder versuchten sich an der »besten kroatischen Literatursprache« zu orientieren und hielten sich an »ihre regionalen Dialekte und Akzente«. Dieses Zurückgreifen auf regionale Varietäten, um »Unsicherheiten« und »Probleme mit einer Standardnorm zu vermeiden«, wird als häufig gewählte Ausweichstrategie von Jahn (1999: 353) für die Region Istrien beschrieben. Der Redakteur der kroatischen BBC-Sendungen beschrieb sein Dilemma so:

Wir versuchten bewusst, jene Ausdrücke zu vermeiden, die für den verstorbenen Präsidenten [Tudman] so typisch waren, denn sie waren politisch markiert. (...) Purismus geht generell zusammen mit Rechtsparteien. Unglücklicherweise war es hier mit dem Krieg verbunden und so ist es sehr schwer gewesen, eine Trennlinie zwischen schlichter Verrücktheit und legitimem Widerstand zu ziehen. (...) Es kam meist auf die individuelle Wahl an. Wir versuchten, eine Sprache zu benutzen, die niemanden in Kroatien vor den Kopf stößt.

In der Praxis sind die serbische und kroatische Redaktion bei der BBC heute getrennte Redaktionen, die inhaltlich andere Schwerpunkte setzen. Ein Vergleich der Nachrichten auf den Websites zeigt, dass beispielsweise in der kroatischen Redaktion EU-Themen wesentlich breiter dargestellt werden als in der serbischen. Zusammengefasst wird zwischen den beiden Redaktionen fallweise inhaltlich, nicht aber, wenn es um Übersetzungsarbeiten geht. Der Redakteur der kroatischen Abteilung führte dazu an:

Mit der Zeit stellten wir fest, dass es zwei verschiedene Sprachen sind, die sich auseinander entwickelten, und nach einer Weile stellten wir fest, dass wir nicht einfach das verlesen konnten, was die Serben übersetzt hatten, dass man das einfach hören würde, und diese Praxis hörte auf.

Ein Auseinanderdriften der Interessen und damit auch der Sprachen in den Nachfolgestaaten stellt auch RFE/RL fest und stützt sich dabei auf Meinungsumfragen im Zielgebiet. Dennoch berichtet die Redaktion auch von Hörerreaktionen, die die Verengung auf einen nationalen Raum und die damit verbundene sprachliche Homogenisierung bedauern.

Die bosnische Redaktion der DW versuchte einen Sprachgebrauch, der eine nationale Konnotation hat, zu vermeiden und ori-

enterte sich »an der ijekavischen Varietät vor dem Krieg«. So wird z. B. das als bosnjakisch markierte »h« in Worten wie *kahva* vs. *kava* vermieden. Die Redaktion ist bestrebt, sprachlich den »kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den drei Volksgruppen zu finden, was einer Quadratur des Kreises gleichkommt«. Übersetzungen aus den beiden anderen Redaktionen werden nur im Ausnahmefall bei Personalengpass verwendet.

Die Frage der Trennung oder Zusammenfassung sprachlicher Räume stellt sich nicht nur im früheren Jugoslawien. Mitte der 1990er Jahre, nach den Konflikten in Ruanda und Burundi, begann die BBC mit Sendungen für dieses Gebiet. Die Entscheidung, beide Sprachen, das in Ruanda gesprochene Kinyarwanda und das in Burundi gesprochene Kirundi, in einer Sendung zusammenzufassen, war durchaus nicht unumstritten. Im Unterschied zu den anderen Services, die nach Sprachen benannt sind, heißt der Dienst in Kinyarwanda und Kirundi *BBC Great Lakes*.

Zusammenfassung sprachlicher Räume – Albanisch

Der albanische Sprachraum war während vieler Jahre praktisch zweigeteilt. Grenzüberschreitende Kontakte zwischen Menschen in Albanien und Albanischsprachigen im früheren Jugoslawien waren während nahezu fünfzig Jahren unmöglich. Man hatte sich zwar 1944 auf einen gemeinsamen Standard geeinigt, doch in der gesprochenen Sprache gibt es deutliche Unterschiede. Der Raum teilt sich in die im Norden – also in Nordalbanien, Montenegro, Makedonien und im Kosovo – gesprochene gegische Varietät und in eine südliche – in Südalbanien, Griechenland und in Makedonien um den Prespa-See herum – gesprochene toskische Varietät. Während die Bevölkerung in Albanien ca. 3,5 Millionen ausmacht, schätzt man die albanischsprachige Diaspora auf ca. 5 Millionen.

Die albanische Redaktion der BBC produziert für den gesamten Raum, sie bereitet nur einzelne Programme so auf, dass sie mehr auf Albanien, auf Kosovo oder auf Makedonien abgestimmt sind. Die Mehrzahl der Partnerstationen übernimmt jedoch das Gesamtpaket, also auch jene Sendungen, die inhaltlich eher auf eine andere Region ausgerichtet sind. Die albanische Redaktion zählt zu jenen Redaktionen, die über das größte Rebroadcasting-Netz verfügen. Sie hat Partnerstationen in Albanien, Kosovo und Makedonien, außerdem

in Griechenland, wo es nicht nur albanische Sprachenklaven gibt, sondern auch eine große Zahl an Migranten, und in Montenegro. In Albanien hat die BBC eine außerordentlich starke Position – während der Krise 1999 erreichte sie 54 % der Bevölkerung, 2002 waren es noch ca. 20 % regelmäßiger HörerInnen. Im Kosovo sind die Hörerzahlen etwas schwächer, denn die Konkurrenz unter den Auslandsradios ist stark (Luta). In Makedonien hat die BBC unter den Internationalen die Führungsrolle, gemeinsam verfügen die internationalen Dienste an den albanischsprachigen Lokalradios praktisch über ein Nachrichtenmonopol, da praktisch alle Privaten Programme von einem oder mehreren Anbietern übernehmen. Zu den Nachrichtenprogrammen kommen noch Musik- und Kultursendungen, die albanische Radio-Soap sowie Englischkurse für Albanischsprachige. Die albanischsprachige Website zählt zu einer der meistfrequentierten im Haus. Sie wird weniger in der Region genutzt als von der Diaspora in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten.

Die BBC-Redaktion setzt sich aus JournalistInnen aus den verschiedenen Regionen zusammen, hauptsächlich aus dem Kosovo und aus Albanien. »Auf der Ebene der Aussprache behalten wir unsere regionalen Varietäten bei, denn anders würde es künstlich klingen«, auf der Ebene der Lexik versuchen sie jedoch Regionalismen zu vermeiden, da die Sendungen in allen Teilen gehört werden. Die Redaktion ist sich ihrer sprachgestaltenden Funktion bewusst und »ist sehr vorsichtig im Umgang mit der Sprache«. Als Problemfeld führt der Redakteur Begriffe rund um das Internet an. In der Redaktion habe man die Strategie entwickelt, Wörter aus diesem Bereich in Englisch zu sagen und in Albanisch zu paraphrasieren. Die Redaktion plant, eine aktivere Rolle einzunehmen, indem sie einen regelmäßigen kurzen Programmbaustein dem Thema Sprache widmet. Ein Sprachwissenschaftler soll Fragen, die von HörerInnen gestellt werden, wie beispielsweise über Pluralbildungen von ins Albanische übernommenen Wörtern, beantworten.

In Albanien hat das Hören der internationalen Kurzwellendienste eine lange Tradition, denn bevor es möglich war, italienische TV-Programme durch den terrestrischen Overspill zu empfangen, boten sie die einzige Möglichkeit, die mediale Isolation zu durchbrechen. Im Kosovo und in Makedonien begann die Verankerung der Internationalen mit dem Ausbruch des Krieges im früheren Ju-

goslawien. Als Grund für die große Popularität der Internationalen führt der Schriftsteller Kim Mehmeti¹, der regelmäßig für internationale Radiostationen arbeitet, an, dass sie in mehrerer Hinsicht ein Gegengewicht zu den Medien vor Ort darstellen: Sie bringen verschiedene Standpunkte und sind nicht parteipolitisch verpflichtet. Sie öffnen den »Blick in die Welt, denn der Balkan ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt«, und vor allem »bringen sie den gesamten albanischen Sprachraum zusammen«. Das können die lokalen Medien nicht leisten, weil sie keine Korrespondentennetze in den anderen albanischsprachigen Regionen haben.

Das Zusammenfassen zu einem sprachlichen Raum hat sowohl sprachpolitische als auch allgemein politische Implikationen, zumal die internationalen Dienste via Lokalmedien über eine große Reichweite im albanischsprachigen Raum und unter der albanischsprachigen Diaspora verfügen. Allerdings tragen die Programme auch den Stempel der Rundfunkanstalten, die sie produzieren, und sind nicht frei von geopolitischen Interessen. Auch wenn die internationalen Dienste an der Schaffung eines einheitlichen albanischsprachigen Kommunikationsraums führend beteiligt sind, so werden auf politischer Ebene die bestehenden Staatsgrenzen derzeit dennoch nicht in Frage gestellt.

Global und multilokal

Der große Einfluss, den die internationalen Dienste v. a. auf die ›Peripherien‹ Europas ausüben, wird in den Zentren kaum wahrgenommen. In politischer Hinsicht dominiert eine gemeinsame Agenda, die auf westlichen Werten und Interessen begründet ist. In wirtschaftlicher Hinsicht sollen neue Handelsmärkte erschlossen und das Ziel der freien Marktwirtschaft propagiert werden. Kultur- und sprachpolitisch beschränkt sich die Mission der internationalen Dienste – wie dargestellt – nicht auf den Sprach- und Kulturexport. Sie bieten Programme in einer breiten Palette von Sprachen und spielen in manchen Fällen eine Schlüsselrolle im Sprachenausbau und in der Terminologieentwicklung.

Waren die traditionellen Kurzwellendienste früher Instrumente der Außenpolitik der jeweiligen Regierungen, so sind sie heute zu

1. Interview mit Kim Mehmeti, Dezember 2002.

globalen Akteuren geworden, die multilokal handeln. Dennoch bleibt ihr Handeln von den politischen und wirtschaftlichen Interessen sowie vom historischen und kulturellen Kontext, in dem sie verankert sind, bestimmt. Auch wenn marktwirtschaftliche Überlegungen zunehmend die Unternehmenspolitik bestimmen, so sind die Auslandsdienste nach wie vor praktisch ausschließlich staatlich finanziert. Innerhalb von knapp zehn Jahren haben sie sich von Kurzwellenradios zu Multimediaunternehmen entwickelt, die ihre Präsenz auch im Internet und im TV-Bereich affirmieren. Vor allem über eigene lokale FM-Stationen und über den Ausbau von Re-broadcasting-Netzen haben sie nicht nur ihre Reichweiten massiv vergrößert, sondern sind auch zu einem Bestandteil lokaler und regionaler Medienlandschaften geworden.

Die internationalen Dienste agieren auf zwei Ebenen: Einerseits sprechen sie weltweit gezielt Eliten an, die als Multiplikatoren und Meinungsträger fungieren können. Dies geschieht primär über das Englische und in geringerem Maß über das Französische als *linguae francae*. Tendenziell werden mit diesen Programmen lokale Eliten zu einer weltweit vernetzten globalen Elite verschmolzen. Selektiv und von außenpolitischen Prioritäten geleitet, wenden sich die internationalen Dienste aber auch an breitere Bevölkerungsschichten, und damit auch an jene, die, wie Bauman (1998: 18) sagt, zur Lokalität verurteilt sind. Für sie werden Programme in den vor Ort gesprochenen Sprachen konzipiert. Gleichzeitig werden sie mittels Sprachlernangeboten an die ›Weltsprachen‹ herangeführt.

Die großen internationalen Dienste kooperieren besonders in Krisenfällen. Gleichzeitig funktionieren sie in gewissem Maß aber auch arbeitsteilig, indem unterschiedliche Prioritäten im Hinblick auf Zielregionen gesetzt werden. Teils entspricht diese Spezialisierung den früheren kolonialen Einflussphären, teils gewinnen Marktüberlegungen zunehmend an Gewicht.

2.1.5 Fazit: Homogenität, Fragmentierung, Vernetzung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die westeuropäische Medienordnung auf dem Prinzip nationaler Öffentlichkeit begründet, als deren Kernstück öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten gesehen wurden. Man ging von der Selbstverständlichkeit der

Staatssprache(n) aus, die auch als eine Art Klammer in der Festigung nationaler Identitäten gesehen wurden. Die öffentlich-rechtlichen Medieninstitutionen begriffen sich zunächst als ›Klassenzimmer‹ der Nation. Sie nahmen ihre Rolle in der Förderung der Standardsprache nicht nur dadurch wahr, dass sie sich als Vorbild für ›korrekten‹ Sprachgebrauch begriffen, sondern auch insofern, als sie z. B. in speziellen Ratgebersendungen metasprachliche Diskurse transportierten.

Regional- und Minderheitensprachen fanden vorerst nur dann Eingang in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wenn es geopolitische Überlegungen oder zwischenstaatliche Interessen opportun erschienen ließen. Damit wirkte zunächst das minderheitenpolitische Völkerbündkonzept der Zwischenkriegszeit weiter, das Minderheitenfragen als Fragen bilateraler Beziehungen begriff. Erst durch die sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, die Minderheitenrechte einforderten, kam es – erleichtert durch die gleichzeitig einsetzende Regionalisierung des Rundfunks – zu einer signifikanten Erweiterung des Angebots an Regional- und Minderheitensprachen in den öffentlich-rechtlichen Medien. Dennoch blieben Minderheitensprachen im Wesentlichen auf ›Nischenplätze‹ beschränkt. Im Zuge dieser Veränderungen wurde auch das bis dahin dominierende Top-down-Konzept, Sendungen *für* Minderheiten zu produzieren, in Frage gestellt und die Forderung danach erhoben, eigene Diskurse in den Medien repräsentiert zu sehen.

Auf politischer Ebene führte die Stärkung des Regionalen dazu, dass zentralstaatliche Kompetenzen an ›untere‹ Ebenen delegiert wurden. Es ist kein Zufall, dass die vorbereitenden Arbeiten zur Europaratscharta für Regional- und Minderheitensprachen, die in dieser Zeit begannen, ihren Ausgang von der Konferenz der Regionen und Gemeinden nahmen. Durch die Diskussion um die Charta kam es auch in Ländern, die schließlich nicht zu den ratifizierenden Staaten zählten, zu einer Auseinandersetzung über sprachpolitische Fragen. Die Europaratscharta und die Europäische Rahmenkonvention für nationale Minderheiten, die beide Bestimmungen zu Medien enthalten, stellen einen Paradigmenwechsel in der Minderheitenpolitik dar: Das Verbot der Diskriminierung wird ergänzt durch die Verpflichtung, Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung von Minderheitensprachen zu ergreifen. Die Rahmen-

konvention geht noch einen Schritt weiter, indem sie die Förderung des interkulturellen Dialogs festschreibt.

Im Zuge der Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Medienangebots auf mehrere Radio- und Fernsehkanäle und der Ausdifferenzierung dieses Angebots nach Stilrichtungen kam es zu einer Verschiebung im Zusammenspiel der Modi: Musik wurde zu einem zentraleren Element und Sprache wurde in vielen Programmen zum ›Begleittext‹, der sich nun weniger am Schriftlichen orientierte; umfangssprachliche Elemente fanden Eingang in die Moderationsprache. Häufig blieben Minderheitensprachen auf ›Nischenplätze‹ beschränkt und konnten die Ausdifferenzierung nicht mitmachen. Eine Beschränkung auf die so genannten ›Kernschichten‹, die aktiven Sprecher der Minderheitensprache, ist die Folge, was vielfach auch in sprachpuristischen Tendenzen zum Ausdruck kommt. Anders verlief die Entwicklung dort, wo Regional- und Minderheitensprachen ein höherer Wert und größerer Raum in den Medien zugestanden wurde. Im Bemühen darum, auch ›Randschichten‹, also nicht mehr aktive Sprecher, Lernende und die Mehrheitsbevölkerung allgemein, zu erreichen, lässt heute man teilweise ›unreine‹ sprachliche Praktiken zu. Insbesondere im Fernsehen ist hier ein Ausschöpfen der multimodalen Möglichkeiten (z. B. Untertitelung in der Mehrheitsprache) zu beobachten. Ob die Strategie der ›getrennten Sendeflächen‹ und der Erhaltung von ›Reinheit‹ oder jene der Öffnung längerfristig eher dazu geeignet ist, Spracherhalt und Revitalisierung zu fördern, wäre zu überprüfen.

Durch Alternativmedien, die von einer anderen Vorstellung von Rezipientenschaft ausgehen als der öffentlich-rechtliche Rundfunk, kommt – v. a. ausgehend von urbanen Zentren – Bewegung in die Medienlandschaft. Diese Vorstellung ist bestimmt von einem aktiven Adressaten, der an sozialer Aktion und medialer Produktion partizipiert. Insofern unterscheidet sie sich von Vorstellungen, die auf eine homogene Zielgruppe oder auf Konsumenten, die unterhalten werden sollen, ausgerichtet sind. In diesen Freiräumen der Kommunikation im lokalen Radio (und teilweise auch lokalen Fernsehen) etablieren sich in fast allen europäischen Ländern innerhalb kurzer Zeit Sendungen in Sprachen, die sonst in der medialen Öffentlichkeit nicht bzw. kaum vertreten sind. Im öffentlich-rechtlichen Bereich wurden anfangs Sendungen für Migranten

– ähnlich wie Sendungen in Minderheitensprachen – zunächst in Nischenplätzen und nach dem Quotenprinzip aufgenommen. Wechselnde Orientierungen in der Migrationspolitik fanden ihren Niederschlag auch in den Medien. Sendungen *für* Migranten (in deren Sprachen) wurden durch Sendungen *über* Migranten (oft in der Mehrheitssprache) ergänzt bzw. ersetzt. Sah es der öffentlich-rechtliche Rundfunk v. a. in jenen Phasen, als man auf eine Rückkehr abzielte, als seine Aufgabe an, durch Sendungen in den ›Muttersprachen‹ eine Brücke zur ›Heimat‹ zu schlagen, so dient die breite Verfügbarkeit von Satellitenprogrammen in Migrantensprachen heute als Argument, diese Programme abzuschaffen. Die große Zahl an Sendungen in Migrantensprachen an nichtkommerziellen Privatmedien verweist jedoch darauf, dass ein Bedarf nach lokaler medialer Präsenz und nach Zugang zu lokaler Information in Migrantensprachen sehr wohl besteht.

Während auf der Ebene von Staaten seit den 1990er Jahren Abschottungspolitiken auch in einer neuerlichen Betonung von Staatssprache zum Ausdruck kommen, können Stadtverwaltungen die Multilingualität der urbanen Lebenswelten nicht ignorieren. Das ursprüngliche Melting-pot-Konzept, das auf ein Aufgehen in der Mehrheitsgesellschaft abzielte, wurde in den 1980er Jahren durch ein Konzept des pluralistischen Multikulturalismus abgelöst. Die Kritik an diesem Konzept führt an, dass eine exklusive Orientierung an ethnischen Faktoren weder der sozialen Diversifizierung innerhalb der Migrantengruppen gerecht wird noch den sozioökonomischen Differenzen, die sowohl Minderheiten als auch Mehrheiten betreffen. Die sich nun in einigen Städten abzeichnende Diversitätspolitik ist nicht mehr auf Zielgruppen, sondern auf Problemfelder hin orientiert. Vielfalt wird als kreatives Potential von Stadt definiert. Im Medienbereich sind sowohl Publikationen von Stadtverwaltungen in Migrantensprachen festzustellen als auch eine gewisse Förderung von Lokalmedien, die solche Sprachen berücksichtigen.

Parallel dazu werden Migranten als Zielgruppe auch im kommerziellen Mediensektor wahrgenommen, in den urbanen Räumen entstehen lokal produzierte kommerzielle Medien. Zu den traditionellen Diasporazeitungen, meist spezielle Auslandsausgaben von Tageszeitungen der Herkunftsländer, und den staatlichen bzw. öf-

fentlich-rechtlichen Satellitenfernsehprogrammen der Herkunftsländer treten zunehmend private TV-Anbieter. Im Unterschied zum staatsnahen Sektor ist der Sprachgebrauch im kommerziellen Sektor oft weniger formell, auf der Suche nach Neuem werden auch urbane Sprachpraxen der Diaspora, insbesondere der ›Jugendzone‹, aufgegriffen.

Den größten Spielraum bietet der wenig reglementierte nicht-kommerzielle Sektor. Hier sind sowohl in Bezug auf Regional- und Minderheitensprachen als auch in Bezug auf Migrantensprachen Sendeformate zu beobachten, die Zwei- und Mehrsprachigkeit als Teil des Sendekonzepts verstehen. Manche dieser Programme zielen darauf ab, auch die Mehrheit mit Minderheitenanliegen zu erreichen. Besonders interessant sind jene Programme, die rund um ein bestimmtes Thema Akteure zusammenbringen, die streckenweise ›ihre‹ Rezipientenschaft in der entsprechenden Sprache ansprechen und in anderen Phasen die verschiedenen Gruppen zu einer Rezipientenschaft zusammenfassen. Hier ist die Zwei- oder Mehrsprachigkeit nicht nur ein Gestaltungsmittel oder eine Frage des Audience design, sondern wirkt auch transformierend auf den Diskurs. Wie aus den besprochenen Medientexten hervorgeht, ist hier ein Aushandeln von Gruppenbeziehungen und -identitäten und die Suche nach einem gemeinsamen Terrain zu beobachten.

Darüber hinaus ist im Bereich der Regionalmedien eine zunehmende Orientierung hin zu grenzüberschreitender Kooperation festzustellen, in der Regionalsprachen oft eine Brückenfunktion haben und so von Minderheitensprachen zu Nachbarschaftssprachen werden. Lokalmedien in urbanen Räumen sind häufig untereinander über Programm- und Informationsaustausch vernetzt, und zwar sowohl in einer ›Von-Stadt-zu-Stadt-Dimension‹ als auch in einer Dimension, die Gruppen in der Diaspora mit solchen in den Herkunftsländern verbindet. Diese grenzüberschreitenden Vernetzungen sind einerseits eine Gegenstrategie gegen Provinzialisierung und Parochialismus. Andererseits deuten sie darauf hin, dass sprachenübergreifend Schnittstellen zwischen Kommunikationsräumen entstehen, die einer eigenen Dynamik folgen. Im Ansatz verweisen diese Entwicklungen darauf, dass transnationale Öffentlichkeit auch als ein Prozess horizontaler Vernetzungen lokaler und regionaler Initiativen gesehen werden kann. Der so genannte Drit-

te Sektor, der sich als Korrektiv zwischen Staat und Markt versteht, erweist sich im kreativen Umgang mit sprachlichen Ressourcen als besonders produktiv. In der Diskussion um eine europäische Öffentlichkeit wurden die Vorstellungen der 1980er Jahre, wonach es möglich wäre, eine europäische Öffentlichkeit nach dem Muster der nationalen Öffentlichkeit von ›oben‹ zu schaffen, ad acta gelegt. Heute zählt man eher auf eine Konvergenz von ›großen‹, im Rahmen von nationalen Öffentlichkeiten funktionierenden Medien rund um gemeinsame Themen. Auch dieses Konzept, das europäische Öffentlichkeit als eine Addition nationaler Öffentlichkeiten begreift, birgt die Gefahr von Ausschlüssen und Hierarchisierungen.

Gleichzeitig sind auch die traditionellen Rundfunkauslandsdienste großer europäischer Staaten, ebenso wie der USA, zu globalen Multimediahäusern geworden, die multilokal handeln, indem sie ihre Programme über lokale Partnerstationen in einer breiten Sprachpalette ausstrahlen. Als staatlich finanzierte Unternehmen lassen sie sich von politischen Erwägungen leiten. Zu ihren Aufgaben zählt nicht nur die Krisenintervention, sondern auch die Erschließung von Handelsmärkten. Für BBC, Voice of America, Radio France Internationale und die Deutsche Welle genießt der ›Export‹ der Staatssprache, verbunden mit einem allgemeineren kulturellen Auftrag, hohen Stellenwert. Wo sie in lokalen oder regionalen Sprachen senden und über große Reichweiten verfügen, werden sie *no lens volens* zu wichtigen sprachenpolitischen Akteuren, wie am Beispiel Südosteuropa ersichtlich ist.

2.2 Zwischen Renationalisierung und europäischer Integration – Transformationsprozesse in Südosteuropa

2.2.1 Sprachen und Medien im Prozess der Transformation¹

Die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung² hat der Rolle von Medien im gesellschaftlichen Wandel bisher nur wenig Aufmerksamkeit gezollt, obwohl auf politischer Ebene Rede- und Informationsfreiheit als besonders wichtige Errungenschaften des Transformationsprozesses betrachtet werden (Tzankoff 2001: 9). Bestimmten Phasen, in welche die Transformationsforschung den Wandlungsprozess von nicht-demokratischen zu demokratischen Systemen gliedert, ordnet Tzankoff (2001: 22 ff.) entsprechende mediale Entwicklungen zu. Downings (1996) kommunikationswissenschaftliche Analyse geht ebenfalls von drei Phasen aus. In Südosteuropa war die Phase der zuendegehenden kommunistischen bzw. sozialistischen Regime von einer Liberalisierung im Medienwesen gekennzeichnet – sowohl im Fall der von alten Regimeeliten gelenkten Transformation (wie in Albanien, Rumänien, Bulgarien) als auch in Jugoslawien, wo die Transformation mit kriegerischen Konflikten

1. Dieses Kapitel stützt sich auf Erfahrungen während meiner Expertentätigkeit für den Europarat (1992–2002), als ich Gelegenheit hatte, mehrere Medienprojekte in Ost- und Südosteuropa im Rahmen des Confidence-building Measures Programme wissenschaftlich zu begleiten.
2. Tzankoff (2001) gibt einen Überblick über die (deutsche) Transformationsforschung, deren Anfänge im Wesentlichen auf die 1970er Jahre und das Ende der Diktaturen in Spanien und Portugal zurückgehen. Unterschieden wird zwischen (älteren) systemtheoretischen und modernisierungstheoretisch geleiteten Ansätzen und zwischen (neueren) akteurszentrierten und kulturell begründeten Ansätzen.

und der Neugründung von Staaten einherging. Die darauffolgende Phase der Institutionalisierung der Demokratie kann durch Instabilität, durch ein Nebeneinander von alten und neuen Normen und Institutionen und einer Erweiterung des Handlungsspielraums für verschiedene Akteure charakterisiert werden. Die Transformationsforschung setzt den Schwerpunkt auf institutionelle Garantien wie das freie aktive und passive Wahlrecht als eine Vorbedingung für eine demokratische Entwicklung. Der Zugang zu pluralistischer Information und die Beschaffenheit der (medialen) öffentlichen Sphäre finden bisher nur am Rande Beachtung. Neben den weiter existierenden staatlichen oder parteiabhängigen Medien kommt es in der Phase der demokratischen Institutionalisierung zu privaten Neugründungen (oft unter Beteiligung von ausländischem Kapital). Beide Phasen sind von einem Beharren auf staatlichen Monopolen im Audio- und audiovisuellen Bereich sowie von großer Fluktuation an Medientiteln und -anbietern im Printbereich gekennzeichnet. Einflüsse von ›außerhalb‹ gibt es nicht nur seitens internationaler Medientrusts, sondern auch seitens internationaler Organisationen, die unabhängige Medien stützen, bzw. seitens internationaler Institutionen, die in staatliche Regulierungen eingreifen. Die dritte Phase, der Konsolidierungsprozess, steht im Zeichen der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Neuregelung, der gesellschaftlichen Regelungen in Bezug auf informelle politische Akteure (Unternehmen, Finanzkapital, soziale Bewegungen etc.) und der Konsolidierung einer *civil society*. Wirtschaftliche Faktoren rücken im Medienwesen in den Mittelpunkt, durch die gesetzliche Regelung des Medienwesens (Copy-Right-Gesetze, Lizenz- und Frequenzvergaberegulierung etc.) reduziert sich die Zahl an Titeln und Anbietern.

Die Kommunikationswissenschaft verfügt zum Thema Medien in postkommunistischen Gesellschaften über einen wachsenden Korpus an Arbeiten,¹ doch ist es nach wie vor schwierig, Schlussfolgerungen zu ziehen, da die mediale Entwicklung in den letzten zehn Jahren in so rasantem Tempo verlief, dass Analysen oft nicht schritthalten konnten. Empirische Studien, die in den Sprachen der jeweiligen Länder publiziert werden, sind international kaum zugänglich, während international publizierte Arbeiten oft nur auf

1. Einen Überblick erstellt Corman (2000).

Teilaspekte fokussieren (Coman 2000: 35). Außerdem konzentrieren sich viele Arbeiten auf die Beziehung zwischen Staat und Medien und in den wenigen, die sich mit kulturellen Dimensionen beschäftigen, dominiert die Frage nach dem raschen Vordringen westlicher Massenkultur nach Osteuropa (Coman 2000: 51). Kritisiert wird (Sparks 2000: 36 f.; Coman 2000: 51), dass als theoretische Folie vielfach immer noch die während des Kalten Krieges in den USA entwickelte Typologie dient (Siebert, Peterson, Schramm 1963 [1956]), die eine binäre Opposition zwischen unfreien, totalitären und staatlich kontrollierten Mediensystemen einerseits und freien, demokratischen, sich v. a. durch den Markt regulierenden Systemen andererseits zeichnet. Diese ideologisch geprägte Sichtweise übersieht den in manchen ost- und südosteuropäischen Ländern sehr bedeutsamen Sektor der oppositionellen Medien, der unter dem Stichwort Samizdat-Presse zusammengefasst wird. Sie übersieht die Tatsache, dass Medienlandschaften wesentlich weniger von Isolationismus und der Abwehr westlicher Einflüsse geprägt waren, als man im Westen annahm, und dass die Transformation lange vor dem Fall der Berliner Mauer eingesetzt hat (Sparks 2000: 38 f.). Interventionen im Mediensektor seitens der internationalen Gemeinschaft orientierten sich weitgehend an diesen Denkmodellen und gaben der Privatisierung, von der man sich sozusagen automatisch eine größere Meinungsvielfalt erhoffte, höchste Priorität. Aus westlicher Sicht begriff man den Transformationsprozess als einen Prozess der ›Normalisierung‹ und ›Europäisierung‹ der Mediensysteme Ost- und Südosteuropas (de Smaele 1999).

Im Gegensatz zur postautoritären Transformation steht die postkommunistische Transformation nicht nur im Zeichen des politischen Wandels, sondern auch des wirtschaftlichen von einem planwirtschaftlichen zu einem marktwirtschaftlichen System. Dieses »Dilemma der Gleichzeitigkeit« (Tzankoff 2001: 32) betrifft Medien in besonderem Maß, da als Modell für die Transformation das duale Mediensystem, das einen öffentlich-rechtlichen und einen privaten Mediensektor vorsieht, dient. Dieses Modell wurde vielfach forciert, ohne auf gewachsene Strukturen und auf Rezeptionsgewohnheiten und -bedürfnisse Rücksicht zu nehmen und ohne zu bedenken, dass ein marktwirtschaftlich orientiertes Mediensystem eine funktionierende Wirtschaft voraussetzt. Der private Bereich ist

in den meisten Ländern Südosteuropas stark von internationalen Akteuren, die lokal handeln, dominiert. Der so genannte Dritte Sektor der nichtkommerziellen unabhängigen Medien (independent media) wurde zwar im Transformationsprozess von der internationalen Gemeinschaft – insbesondere von NRO (Nicht-Regierungs-Organisationen) –, gefördert, wurde aber nur in wenigen Ländern als solcher gesetzlich verankert und langfristig gestärkt. Das nationalstaatlich konzipierte westeuropäische Modell, das als ›Exportmodell‹ diente, befand sich in Westeuropa zu diesem Zeitpunkt bereits im Prozess der Dezentrierung. Auch wenn die Transformation in Südosteuropa in der Gründung neuer Nationalstaaten resultierte, so sind diese doch nur im Kontext der Globalisierung und der Dezentrierung nationalstaatlicher Ordnung erfassbar. So stand in den meisten der neuen (vermeintlich) starken Nationalstaaten von Anfang an die Frage nach einer europäischen Integration und einem Anschluss an westliche Bündnisse auf der Tagesordnung.

Durch neue Grenzziehungen in der Zeit nach 1989 kam es zu neuen Minderheiten-Mehrheitenverhältnissen und Statusveränderungen von Sprachen. Sprachen, die in größeren Staatsgefügen einen Minderheitenstatus innehatten (wie Slowenisch und Makedonisch im früheren Jugoslawien oder die baltischen Sprachen in der UdSSR), wurden zu Staatssprachen, früher dominante Sprachen in diesen Staaten zu Minderheitensprachen. Bei ›etablierten‹ Minderheitensprachen (z. B. Italienisch in Slowenien, Ungarisch in der Slowakei) gestaltete sich die Aushandlung um den Raum, der ihnen in Medien zukommen sollte, als weniger problematisch. Kritisch war es dort, wo es um ›neue‹ Minderheitensprachen ging, die zuvor dominante Sprachen waren (z. B. Russisch im Baltikum, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch in Slowenien). In einer ersten nationalen Euphorie kam es – wie etwa in den baltischen Staaten – zu einem De-facto-Ausschluss von ehemals dominanten Sprachen aus der nationalen Öffentlichkeit. Medien wurden als Motor der Propagierung einer nationalen Identität gesehen, und damit verbunden erfolgte eine Fokussierung auf National- bzw. Staatssprachen. Tendenziell war eine Ethnisierung der Medienlandschaft festzustellen, d. h. eine Aufsplitterung in sprachlich getrennte Öffentlichkeiten, ohne dass für Schnittstellen gesorgt wurde. Die internationale Gemein-

schaft machte zwar die Ratifizierung der Europaratscharta für Regional- und Minderheitensprachen und der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten zu einem wichtigen Kriterium für die Aufnahme in den Europarat. Da aber westeuropäische Staaten selbst restriktiv vorgehen, erwiesen sich beide Instrumente letztlich als relativ stumpf.

In der Grenzraumforschung zeichnet sich seit den 1990er Jahren ein Paradigmenwechsel ab (Newman/Paasi 1998). Während die traditionelle Grenzraumforschung im nationalstaatlichen Paradigma von einem Isomorphismus von Raum, Ort und Kultur ausging und von einer ›natürlichen‹ Gliederung des Raumes durch Grenzen, so treten heute Fragen, wie Grenzen konstruiert und welche Bedeutungen ihnen zugeschrieben werden, in den Vordergrund. Newman/Paasi (1998: 187) fassen zusammen:

State borders are equally social, political and discursive constructs, not just static naturalized categories located between states. Boundaries and their meanings are historically contingent, and they are part of the production and institutionalization of territories and territoriality. Even if they are always more or less arbitrary lines between territorial entities, they may also have deep symbolic, cultural, historical and religious, often contested meanings for social communities. They manifest themselves in numerous social, political and cultural practices.

In den Sozialwissenschaften besteht heute ein weitgehender Konsens, dass Grenzen keine natürlichen Kategorien, sondern soziale und politische Konstrukte sind (Bourdieu 1982: 138). Neuere Ansätze zeichnen sich dadurch aus, dass die diskursive Dimension der Konstruktion von Grenzen als ein zentraler Faktor gesehen wird. Neben politischen Reden und persönlichen Narrativen werden auch Medientexte (z. B. Berg/Saima 2000) daraufhin analysiert, wie sie bestehende Grenzen relativieren, also als quasi nichtexistent darstellen, oder verstärken, indem sie als tiefgekerbte Trennlinien repräsentiert werden. Newman/Paasi (1998) vermerken kritisch, dass Grenzziehungsprozesse, in welchen diskursiven Praktiken eine besondere Bedeutung zukommt, bisher zu wenig Thema der Grenzraumforschung waren.

Die Bedeutung von Medien in ethnischen und nationalen Konflikten begann man auf politischer Ebene erst im Zuge des Krieges in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien ernsthaft wahrzunehmen. Der Europarat intervenierte punktuell in einzelnen Ländern, indem er auf gesetzliche Regelungen insistierte, die Min-

derheiten Zugang zu Medien garantieren sollten, und unterstützte im Rahmen des Programms Vertrauensbildende Maßnahmen interkulturelle Projekte im Medienbereich. Eine wichtige Rolle nahmen international agierende Nicht-Regierungs-Organisationen und die Soros-Stiftung ein, die nichtkommerzielle Medien und insbesondere Minderheitenmedien unterstützten. Die OSCE richtete 1997 das Amt des Representative on Free Media ein, das sich nicht nur mit Fragen der Transformation von Mediensystemen, sondern auch mit Dimensionen der Konfliktprävention und -lösung auseinandersetzt.

Während von internationaler Seite die Bedeutung der Medien im Transformationsprozess – mit Verzögerungen und späteren Adjustierungen – wahrgenommen wurde, gab es keine konsistenten sprachpolitischen Konzepte. Punktuelle Interventionen haben stattgefunden, wenn sprachpolitische Entscheidungen eklatante Menschenrechtsverletzungen darstellten. So hat der Europarat beispielsweise in den baltischen Ländern interveniert, als Staatsbürgerschaftsrechte mit umfassenden Sprachbeherrschungsprüfungen verknüpft wurden. In diesem Zusammenhang hat der Europarat auch die Frage nach dem Zugang zur Information für Russophone gestellt und Druck ausgeübt, dass eine Grundversorgung mit Nachrichtenprogrammen in russischer Sprache sowie Sprachkurse in den neuen Staatssprachen an den Medien zur Verfügung gestellt werden (Busch 2001: 160 ff.). Ähnliche Interventionen gab es nach dem Ausbruch bewaffneter Kämpfe in Makedonien und im Kosovo. Sprachpolitische Veränderungen in Südosteuropa und insbesondere in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien sind aus sprachwissenschaftlicher Sicht zwar von vielen AutorInnen¹ behandelt worden, Medien werden allerdings meist nur am Rande erwähnt. Vor allem fehlt es an sprachpolitischen Konzepten, die medienwissenschaftliche und sprachpolitische Ansätze verknüpfen und sich der Frage einer integrierten multilingualen Öffentlichkeit widmen. Eine erste Initiative, sich mit dieser Frage auf politischer Ebene auseinanderzusetzen, hat die OSCE im Jahr 2003 mit einer Konferenz zu Medien in multilingualen Gesellschaften

1. Einige davon sind: Monographien: Okuka 1998; Šipka 1997; Sammelbände: Bugarski/Hawkesworth 1992; Hinrichs 1999; Zyatov 2000; Busch/Kelly-Holmes (in Vorbereitung).

ergriffen. Die im Tagungsband veröffentlichten Referate sind allerdings v. a. deskriptiver Natur (Karlsreiter 2003). Im Moment ist die Diskussion um sprachen- und medienpolitische Konzepte für multilinguale Gesellschaften in Europa noch weniger weit entwickelt als jene, die mit dem Transformationsprozess in Südafrika eingesetzt hat (siehe Kapitel 2.3.4).

2.2.2 Die Rolle der Medien in der Propagierung ›neuer‹ Nationalsprachen

Zentrifugale und zentripetale Tendenzen im früheren Jugoslawien

In der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien herrschte ein sensibles Gleichgewicht zwischen zentralistischen und föderalistischen Kräften. Ein ständiges Aushandeln dieses Gleichgewichts zieht sich wie ein roter Faden durch die jugoslawische Geschichte. Diese zentripetalen und zentrifugalen Kräfte fanden unter anderem auch ihren Ausdruck in Debatten um die Sprache und um die Medienordnung. Die südslawischen sprachlichen Idiome bilden ein Kontinuum von den Karawanken bis zum Schwarzen Meer, wobei Nachbardialekte gegenseitig immer verständlich sind. Es gibt keine scharfen Sprachgrenzen, vielmehr sind Abgrenzungen extralinguistisch bedingt und hängen von den jeweiligen politischen Zentren ab (Neweklowsy 2000). Die Zahl an Sprachen, in welche sich das Kontinuum segmentiert, hat eine wechselvolle Geschichte: Bis zum Zweiten Weltkrieg waren es drei, Slowenisch, Serbokroatisch und Bulgarisch. 1944, mit der Gründung der jugoslawischen Teilrepublik Makedonien wurden es vier, da die makedonischen Dialekte, die ursprünglich von serbischen Wissenschaftlern als serbische und von bulgarischen als bulgarische reklamiert wurden, zu einer Standardsprache zusammengefasst wurden (Bugarski 2002: 7). 1954 wurde zwischen serbischen und kroatischen Linguisten ein Abkommen über die gemeinsame serbokroatische bzw. kroato-serbische Sprache geschlossen, das auch Montenegro und Bosnien umfasste. Das Abkommen erlaubte den parallelen und gleichberechtigten Gebrauch der ekavischen und jekavischen Varianten¹, wobei, schematisch dargestellt, in den lokalen Dialekten – abgesehen von verschiedenen Enklaven – in den östlichen Gebieten das Ekavische und in den westlichen das Jekavische dominiert. Dass

die Vorstellung des sprachlichen Kontinuums die sprachliche Situation nur teilweise repräsentiert, wurde in der neueren Geschichte, spätestens in den 1970er Jahren, deutlich, als im Rahmen des ›Kroatischen Frühlings‹ die Anerkennung einer eigenen kroatischen Sprache gefordert wurde, die sich auf die kroatische Literatursprache berief. škiljan (2001: 95 f.) weist darauf hin, dass quer durch die Geschichte Migrationsprozesse zu dialektalen ›Vermischungen‹ und ›Überlappungen‹ geführt haben und dass gleichzeitig verschiedene Idiome präsent waren – wie die Sprachen wechselnder staatlicher Verwaltungen, verschiedene liturgische Sprachen, Sprachen der literarischen Produktion mit supradialektalen Charakterzügen. Jedes dieser Idiome hatte seine ›eigene‹ Sprachgemeinschaft, seine kommunikative Effizienz und seine symbolische Macht, wobei einzelne Personen an mehreren solcher Gemeinschaften partizipierten. Hatte die Verwendung eines bestimmten Idioms zunächst v. a. eine soziale Konnotation, so wurde ihr in Momenten der Abgrenzung eine territoriale zugeschrieben.

In der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien waren die Medien dezentral organisiert, jede der sechs Teilrepubliken und der beiden autonomen Provinzen hatte ihre eigene Rundfunk- und Fernsehanstalt, die nach dem Namen der jeweiligen Hauptstadt benannt war. Ähnlich dezentralisiert war das Pressewesen nicht nur in journalistischer Hinsicht, sondern auch in seinen Produktions- und Distributionsstrukturen. Nur die Zeitung des Bundes der Kommunisten, *Borba*, konnte für sich eine landesweite Verbreitung reklamieren (Thompson 1999). Zunächst von der Teilrepublik Slowenien ausgehend breiteten sich Forderungen nach umfassender Pressefreiheit Mitte der 1980er Jahre in Jugoslawien aus, so dass rasch eine Vielfalt von Printmedien entstand, die nicht von den zentralen Medienhäusern der Teilrepubliken abhängig waren (Petković/Močnik 1999: 61). Unabhängige Zeitschriften, wie die in Ljubljana erscheinende *Mladina* oder die in Zagreb herausgegebene *Danas*, setzten auf investigativen Journalismus und auf die Darstellung kontroversieller Sichtweisen und erfreuten sich über ihre Erscheinungsorte hinaus einer wachsenden Leserschaft. Gleichzeitig

1. Ekavisch und jekavisch bezieht sich auf die Wiedergabe des altslawischen Lautes *jat*, der als »e« bzw. »je« wiedergegeben wird. Z. B. im Wort für Fluss: *rijeka* (jekavisch) und *reka* (ekavisch).

versuchte man Mitte der 1980er Jahre der Dezentralisierung der Mediensysteme mit einem Mediengesetz entgegenzusteuern. Verstärktes Augenmerk wurde auf den Programmaustausch zwischen den Rundfunk- und Fernsehanstalten der einzelnen Republiken gelegt. Noch 1986 wurde ein Kodex verabschiedet, der den parallelen und gleichberechtigten Gebrauch des Ekavischen und Jekavischen in Radio und Fernsehen und in den großen Printmedien im gesamten Sprachraum vorsah.

Mitte der achtziger Jahre wurden aber auch bereits Anzeichen der Desintegration des jugoslawischen Staates sichtbar. Es gab kein eigentliches politisches Machtzentrum mehr, vielmehr waren es bereits die Zentren in den einzelnen Teilrepubliken, die – mit Ausnahme von Bosnien-Herzegowina – nationalstaatengleich im föderalen Gebilde den Ton angaben. Die kommunistische Partei zerfiel in sechs ethnationale Parteien, die sich darum bemühten, die öffentliche Sphäre in ihren respektiven Territorien zu kontrollieren (Puhovski 2000: 42). Das innerhalb der Föderativen Republik dezentral organisierte Medienwesen erleichterte den neuen Machthabern und ihren Parteien in den Teilrepubliken den Zugriff auf die Medien, die rasch in den Dienst der Propagierung nationaler Ziele gestellt wurden. Noch 1990 startete die Bundesregierung Marković den Versuch, mit YUTEL einen gemeinsamen gesamtjugo slawischen TV-Sender einzurichten, um den zentrifugalen Tendenzen entgegenzuwirken, doch der Zerfallsprozess war nicht mehr aufzuhalten. Medien wird in der Propagierung von nationalen Abgrenzungen, von *hate speech*, von Vorurteilen, Stereotypen und in der Vorbereitung des Krieges eine Schlüsselrolle zugeschrieben. Inhalts- oder diskursanalytische Arbeiten, die auf die Zeit vor dem Krieg fokussieren, sind selten.¹ Dragičević-Šešić spricht von einer »Obsession der Grenzen« (2001: 72) und beschreibt, wie bereits in den 1980er Jahren in großer Zahl verschiedene historische und »ethnische« Karten, die die Grenzen zwischen den Teilrepubliken anders darstellten, als sie damals gültig waren, erschienen. Hodžić (2000: 23) führt an, dass in der kroatischen Tageszeitung *Vjesnik* das Jahr 1991 zum »Jahr mit einer neuen Identität« proklamiert wurde, und verweist auf die Top-ten-Liste im kroatischen Buchver-

1. Popov (2000: 9) nennt einige davon, die sich mit der Berichterstattung in serbischen Medien über Kosovo beschäftigten.

kauf im Jahr 1990, die v. a. Titel zur kroatischen Geschichte und zur kroatischen Kultur enthielt. Unter den zehn meistverkauften Büchern waren zwei zur kroatischen Sprache.¹ Bereits vor dem Auseinanderbrechen der Föderation tendierten sprachwissenschaftliche Aktivitäten dazu, Differenzen zu akzentuieren, und es erschien eine Reihe linguistischer Standardwerke in den verschiedenen Republiken (Neweklowski 2000).

Der Prozess der Auflösung der Spracheneinheit war ein länger andauernder Prozess, der darin gipfelte, bestimmte Varietäten in den Status von Nationalsprachen bzw. Staatssprachen zu erheben. In Serbien wurde Differenz primär über die kyrillische Schrift markiert. Die Verfassungsänderung im Jahr 1989 räumte der lateinischen Schrift zwar noch Gültigkeit für ethnisch gemischte Regionen ein, erklärte aber die kyrillische Schrift als die offizielle in der Republik. Die neuerliche Verfassungsänderung von 1992 erklärte die serbische Sprache in ihrer ekavischen und jekavischen Aussprache als alleinig gültig für den Amtsverkehr. Wenige Monate später folgte die montenegrinische Verfassung, die für Montenegro die serbische Sprache jekavischer Aussprache als verbindlich definierte. Die »Verteidigung der kyrillischen Schrift« war nicht nur ein Thema in den Medien, sondern auch in intellektuellen Kreisen. So wurde an der Universität Belgrad ein Komitee zum Schutz des Kyrillischen gegründet, das sich zum Ziel setzte, »der Auslöschung des Kyrillischen als dem ersten Schritt zur Auslöschung der serbischen Identität« entgegenzuwirken (Jakšić 2001: 14). Die kroatische Verfassung von 1990 erklärte Kroatien zum Nationalstaat des kroatischen Volkes und schrieb die kroatische Sprache und die lateinische Schrift für den Amtsgebrauch vor. In Bosnien-Herzegovina (BiH) setzte die sprachliche Trennung mit dem Krieg ein. Die Führung der Serben entschied sich, dem Sprachgebrauch in Serbien zu folgen, die kroatische Führung jenem, der in Kroatien propagiert wurde. Damit wurde die bosnische Sprache zu jener der Muslime (Bosniaken). 1993 trat in BiH ein Gesetz in Kraft, das für Bosnien-Herzegovina den Gebrauch der bosnischen, serbischen und kroatischen Sprache in der jekavischen Aussprache vorsah. Eine formale

1. Hodžić zitiert hier: Stjepko Težak (1990) *Hrvatski naš svagdašnji* (unser alltägliches Kroatisch) und Alemko Gluhak (1990) *Porijeklo imena Hrvata* (Der Herkunft der Namen der Kroaten).

internationale Anerkennung fand die bosnische Sprache 1995 im Friedensabkommen von Dayton. Diese Statusveränderungen der Sprachen waren gekoppelt mit einem Sprachpurismus, der vor allem darauf abzielte, jene Begriffe, die während der langandauernden Konvergenzphase zwischen dem Serbischen und Kroatischen von der einen Variante in die andere übernommen worden waren, zu eliminieren und zu ersetzen.

In einem im Auftrag der OSCE verfassten Bericht (Thompson 2000) zur internationalen Medienhilfe in Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien wird offensichtlich, dass die ›blinden Flecken‹, die aus der polarisierten Ost-West-Sichtweise resultierten, zumindest in den ersten Jahren auch die Intervention der internationalen Gemeinschaft geprägt haben. Während Slowenien seine Medienlandschaft weitgehend ohne internationale Eingriffe neu ordnete, erwies sich die Medienintervention in den anderen Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien seitens internationaler Organisationen als die größte in der Geschichte nach dem 2. Weltkrieg (Thompson 2000: 5). Die internationalen Organisationen waren weder darauf vorbereitet, dass es sich in den Ländern des früheren Jugoslawien um ein hochentwickeltes komplexes Mediensystem mit einer entsprechenden Rezipientenschaft handelte, noch auf die Entschlossenheit der damaligen Machthaber, die Kontrolle über die Medien nicht aus der Hand zu geben (Thompson 2000: 75). Während man noch die These vertrat, dass die Privatisierung zu einer größeren Meinungsvielfalt führen würde, hatte sich gerade unter dem Label der Privatisierung die Medienlandschaft weitgehend ethnisiert. Oppositionelle Medien wurden durch zweifelhafte Finanztransaktionen ausgebootet, von Produktions- und Distributionsstrukturen ausgeschlossen oder durch wiederholte Klagen und damit verbundene Finanzstrafen in ihrer Tätigkeit behindert. Oppositionelle Medien konnten sich primär im nichtkommerziellen Sektor und dank internationaler Unterstützung halten. Der Übergang zur Marktwirtschaft war mit einer wirtschaftlichen Krise verbunden, die sich darin äußerte, dass sich die soziale Schere öffnete. Weite Kreise der Bevölkerung konnten sich den täglichen Bezug von Printmedien, die nun nicht mehr preisgestützt waren, einfach nicht mehr leisten. Das Interesse der neuen Machthaber galt daher auch primär den großen Rundfunk- und Fernsehanstalten, die eine Monopolstellung im Audio- und au-

diovisuellen Bereich innehatten. Das Konzept, die nationalen Radio- und Fernsehstationen seien ein Sprachrohr der Regierung und ein Mittel, nationale Einheit herzustellen und zu festigen, dominierte.

Mit dem Ausbruch des Krieges 1991 kam der Informations- und Kommunikationsfluss zwischen den Teilrepubliken zu einem jähen Abbruch. Gleichzeitig mit der Schließung der Grenzen wurden die verbindenden Telefonleitungen stillgelegt und die Post hörte zu funktionieren auf. Waren früher Printmedien aus allen Republiken in allen Republiken verfügbar, so gab es diesen Zugang zu anderen Sichtweisen nicht mehr. Unabhängige Medien versuchten, trotz aller Behinderungen gegenzusteuern. Eine besondere Rolle kam dem 1992 gegründeten Informationsnetzwerk AIM (Alternativna Informativna Mreža) zu.¹ Es verband JournalistInnen aus dem gesamten Gebiet des früheren Jugoslawien, Albanien und später auch aus Bulgarien und Griechenland zu einem Netzwerk, das Hintergrundartikel zu Politik, Wirtschaft und Kultur austauschte und unabhängigen Medien kostenlos zur Verfügung stellte. AIM machte sich für den täglichen Informationsaustausch die Computertechnik zunutze, die die einzige (rasche) Möglichkeit war, die Kommunikationsblockade zu überwinden. Während zu Anfang des Krieges der Nachrichtenaustausch über Computer noch ein Novum war, wurde er später mit der Ausbreitung des Internets zu einem zentralen Element, das half, die Kommunikationsblockade – nicht nur zwischen den Nachfolgestaaten, sondern auch in einer internationalen Dimension – zu überwinden. Auch das Belgrader oppositionelle Radio B92 konnte den wiederholten Repressionsmaßnahmen und Sendeverböten trotzen, indem es über Internet weiter Nachrichten veröffentlichte.

Die staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie regimenahe Printmedien standen im Zeichen der Kriegspropaganda. Zwei große internationale Forschungsprojekte, die von internationalen Quellen gesponsert wurden, beschäftigten sich aus inhaltsanalytischer und textanalytischer Sicht mit Stereotypenbildung und *hate speech*: Das Balkan Neighbours Project², das Printmedien in Albanien, Bulgarien, Griechenland, Makedonien, Rumänien, der Türkei

1. Im Rahmen meiner Expertentätigkeit für den Europarat habe ich AIM von seiner Gründung an bis 2002 begleitet.
2. Teile des Korpus und der Auswertungen aus diesem Projekt sind verfügbar unter: <http://www.access.online.bg/bn/newsletters>

und (Rest-)Jugoslawien (Serbien, Montenegro, Kosovo) zwischen 1994 und 2000 analysierte, verfolgte einen aktionsorientierten Ansatz. Die Analysen, die sich auf die Berichterstattung über die jeweils anderen Länder sowie auf Texte zu nationalen/ethnischen/religiösen Minderheiten bezogen, fokussierten auf verbale Realisierungen von Stereotypen und Vorurteilen. In einem Sechsmonatsrhythmus wurden die Balkan Neighbours Newsletter an Meinungsträger in den verschiedenen Ländern verschickt. Das 1992 initiierte Projekt »Media and War« (Skopljanac Brunner et al. 2000) wurde von einer interdisziplinär zusammengesetzten Gruppe von Wissenschaftlern aus Kroatien und Serbien durchgeführt. Es stützt sich auf einen großen Textkorpus aus der in Kroatien erscheinenden Zeitung Vjesnik und der in Serbien erscheinenden Zeitung Politika sowie auf Nachrichtenprogramme der staatlichen Fernsehanstalten aus den ersten Kriegsjahren. Ähnlich wie van Dijks (1991) vergleichende Studie zu Nachrichtendiskursen, kombiniert die Studie »Media and War« inhaltsanalytische und diskursanalytische Methoden. Die Publikation, die diese Studie zusammenfasst (Skopljanac Brunner et al. 2000), zieht keine allgemeinen Schlussfolgerungen, sondern überlässt es dem Leser, die Resultate, die verschiedene Autoren präsentieren, zu vergleichen. Ein Hauptfokus liegt auf diskursiven Strategien, die darauf abzielen, nationale Identitäten zu festigen, auf Abgrenzungsmechanismen, die in der Konstruktion von In- und Out-groups durch die Differenzierung zwischen »wir« und »sie« zum Ausdruck kommen, sowie auf Strategien der inneren Homogenisierung, die nationale Einheit, Solidarität und Loyalität beschwören, aber auch auf Strategien der Viktimisierung, des Hervorstreichens der eigenen Opferrolle (Wodak/Busch in Druck).

Als Mittel der Abgrenzung dienten auch Schrift und Sprache. In Serbien erschienen regimenaher Printmedien – im Gegensatz zur früheren Praxis, die der kyrillischen und lateinischen Schrift Gleichwertigkeit eingeräumt hatte – ausschließlich und zur Gänze in kyrillischer Schrift. Untertitel in Fernsehsendungen wurden nur mehr in kyrillischer Schrift verfasst. Im September 1993 wurde in der Republika Srpska, in einem Gebiet, in dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die jekavische Variante spricht, über Nacht in allen Medien die ekavische Variante eingeführt. Die Machthaber hatten sich mit Vertretern des Rundfunks und der Par-

teimedien in einem gemeinsamen Dokument darauf geeinigt, dass »die Ekavica dem Volk, dem sie zusteht, zurückgegeben« werden müsse. Als Ziel der Entscheidung formulierten sie, dass »die Ekavica in der Praxis eingeführt werden soll, um sich von fremden Einflüssen zu befreien ...«. ¹ Diese Maßnahme sollte sowohl die Annäherung an Serbien – wo mehrheitlich die ekavische Variante gesprochen wird – als auch die Abgrenzung zu den kroatischen und muslimischen Teilen Bosnien-Herzegovinas fördern. 1996 trat eine gesetzliche Regelung in Kraft, die alle Medien bei Strafandrohung verpflichtete, die ekavische Variante und die kyrillische Schrift zu verwenden (Šipka 1997). Doch in der Praxis erwiesen sich die Bestrebungen, via Schule und Medien die ekavische Variante zu implementieren, als nicht durchsetzbar. Die in der Republika Srpska erscheinende Tageszeitung *Oslobođenje* beispielsweise druckte weiter Artikel in beiden Varietäten und in Mischformen, allerdings ausschließlich in kyrillischer Schrift. Auch einige jener Politiker, die den Übergang zum Ekavischen postuliert hatten, fielen in ihren Reden und Gesprächen oft selbst in die jekavische Variante. 1999 änderte die Republika Srpska ihre gesetzlichen Bestimmungen und kehrte zur jekavischen Variante zurück. Das Beispiel zeigt deutlich, wie problematisch Eingriffe in die Sprachkorpusplanung via Verordnungen und Mediengesetze sein können. Im bosnischen Teil von BiH setzte die Sprachendiskussion in den Medien Anfang der 1990er Jahre ein. Okuka (1998: 98) berichtet von Zeitungsartikeln und Fernsehsendungen aus dieser Zeit, in welchen man die »Rückkehr zur bosnischen Sprache und die Verbannung der serbokroatischen (kroatoserbischen) Benennung forderte«. Metasprachliche Diskurse insistierten auf Unterschiede und das Recht auf eine eigene Sprache. 1993 erschien ein Wörterbuch des charakteristischen Wortschatzes der bosnischen Sprache und 1994 eine Schulgrammatik (Okuka 1998: 103). 1996 wurde unter dem Titel »Gnjjezdo lijepih riječi. Pravilno/nepravilno u bosanskom jeziku« ² (Halilović 1996) ein popularisierter Sprachratgeber für Schulen veröffentlicht, der auch an alle Redaktionen verschickt wurde. Der Sprachratgeber macht im Vorwort deutlich, dass »richtiger« Sprachgebrauch eine

1. Alternativna Infomaicijska Mreža (AIM), 13. 9. 1993. Dieses Beispiel wird auch in Bugarski (1995) besprochen.

2. Ein Nest schöner Worte. Richtig/falsch in der bosnischen Sprache.

Frage der Loyalität ist. Tatsächlich begannen Anfang der 1990er Jahre regimenaher Printmedien wie *Dnevni avaz* und *Ljiljan* vermehrt bosnjakische Elemente zu verwenden, während die unabhängige Zeitung *Oslobodjenje* ihren AutorInnen größere sprachliche Freiheit einräumte.

Beispiel Kroatien

Die Rolle von Medien im Prozess sprachlicher Abgrenzung soll am Beispiel Kroatien näher erläutert werden. In ihrer Verfassung aus dem Jahr 1990 definierte sich die Kroatische Republik als Nationalstaat des kroatischen Volkes und als Staat der Angehörigen ihrer Völker und Minderheiten, die ihre Staatsbürger sind. In Artikel 12 legte die Verfassung ausdrücklich fest, dass die kroatische Sprache in lateinischer Schrift Amtssprache ist (Okuka 1998: 94). In einer ersten Phase spielte die Regierungspartei HDZ mit dem Gedanken, sich an den sprachpolitischen Maßnahmen des faschistischen Ustascha-Regimes in den 1940er Jahren zu orientieren. Damals, zur Zeit des NDH-Staates (*Nezavisna Država Hrvatska/Unabhängiger Kroatischer Staat*), wurden Gesetze erlassen und ein Staatsamt für die kroatische Sprache geschaffen, um die »Reinheit der kroatischen Sprache« zu gewährleisten, die – wie es im Sprachgesetz von 1941 hieß – »in ihrer Aussprache, ihren grammatikalischen Regeln und der Wortbedeutung die ursprüngliche Sprache des kroatischen Volkes« ist und »weder identisch mit einer anderen noch ein Dialekt einer anderen Sprache« ist (zit. nach Okuka 1998: 73). Der Abstand zum Serbischen und die Säuberung des Kroatischen von Serbismen waren das zentrale Thema der Ustascha-Sprachenpolitik. Sie propagierte die Eliminierung von Internationalismen, die als Serbismen gebrandmarkt wurden, und die Einführung der etymologischen Schreibweise (*korijenski pravopis*). Anfang der 1990er Jahre erwogen die neuen Machthaber zunächst die Einführung des *korijenski pravopis*, und einige Parteizeitungen der Regierungspartei HDZ wendeten sie auch während einiger Zeit an (Okuka 1998: 87). 1994 verwarf man den radikalen *korijenski pravopis*, und das kroatische Kulturministerium offizialisierte die so genannte »Londoner Rechtschreibung« – eine etymologische Schreibweise ›milderer Form, die während des kroatischen Frühlings Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre entstanden war. Sie heißt nach ihrem Er-

scheinungsort Londoner Rechtschreibung, weil die nationale Bewegung des kroatischen Frühlings im Jahr des Erscheinens des Handbuchs bereits niedergeschlagen war und eine Herausgabe in Jugoslawien verboten wurde.

Eine Evaluierung dessen, was der kroatische Sprachpurismus nach sich zog, ist derzeit noch schwer zu leisten. Vieles weist darauf hin, dass er in erster Linie von politischen Kreisen und selbsternannten Sprachschützern in Bildung und Medien forciert wurde. Welche Rolle Intellektuelle und Wissenschaftler im Ausbruch des Nationalismus spielten, ist eine heftig diskutierte Frage. Langston/Peti-Stantić (in Druck) setzen sich mit der Haltung gegenüber dem kroatischen Sprachpurismus auseinander. Sie zeigen auf, dass die kroatische Sprachwissenschaft gegenüber den puristischen Tendenzen gespalten war und nur wenige Linguisten den radikalen Purismus unterstützten. Manche unterschieden zwischen einem »natürlichen Grad von Purismus, der jeder Sprache innewohnt und einem aggressiven, unselektiven Purismus, der von marginalen Elementen forciert wird« (Katičić 1992, zit. nach Langston/Peti-Stantić 2003). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass erst 1998 im Ministerium für Wissenschaft und Technologie eine offizielle Körperschaft, die sich mit der kroatischen Norm beschäftigen soll, ins Leben gerufen wurde. Anfang der 1990er Jahre erschien eine Reihe von Unterscheidungswörterbüchern und Sprachhandbüchern, die den Abstand zum Serbokroatischen bzw. Serbischen dokumentieren sollten. Einige dieser Unterscheidungswörterbücher wurden auch in preisgünstigen Taschenausgaben verlegt, um sie einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Diese Wörterbücher weisen, sowohl was die Zahl der Einträge betrifft als auch in Bezug auf die zugrundeliegende Konzeption, größere Differenzen auf. Einige orientieren sich stärker an der Sprachreform während des NDH-Regimes, andere konzentrieren sich mehr auf die kroatische Literatursprache (Okuka 1998: 88; Langston 1999: 186 f.). Die Verwendung von Internationalismen, von Entlehnungen wird als »traditionell« serbische Praxis gesehen, während Calques und die Schaffung von Neologismen als typisch für Kroatisch eingestuft werden. Forciert werden dialektale Wörter und die Reaktivierung von Archaismen sowie die Schaffung eigener Terminologien etwa im Computerbereich. Als Mittel zur Umsetzung der neuen Norm

sah man die administrative Praxis, die Herausgabe von neuen Schulbüchern und die Medien. Die kroatische Politik verfolgte zeitweise das Ziel, die symbolische Grenze zwischen den beiden Sprachen auch als Kommunikationsgrenze auszuweisen. Dazu diente die obligatorische Übersetzung von serbischen Dokumenten ins Kroatische, die Bestellung von Gerichtsdolmetschern für die serbische Sprache und vor allem, massenwirksam, die Untertitelung von serbischen Filmen und von SprecherInnen der serbischen Sprache in TV-Sendungen. Diese Maßnahmen blieben allerdings eine kürzere Episode, nicht zuletzt, weil der Krieg ohnehin den Informations- und Kommunikationsfluss weitgehend unterbrochen hatte (Škiljan 2002: 278).

Die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt HRTV hatte zu Ausbruch des Krieges eine unangefochtene Schlüsselstellung inne. Sie reglementierte den Sprachgebrauch sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf den Korpus. Die Nachrichtenredaktion erließ ein internes Dekret, das den Sprachgebrauch und die gezeigten Bilder reglementieren sollte. Einige Punkte aus diesem Dekret: Die Jugoslovenska Narodna Armija (JNA) soll ausschließlich »serbisch-kommunistische Besatzungsarmee« genannt, Zahlen über Verluste seitens der Milizen und der Polizei sollen stets mit dem Zusatz »fiel für die Freiheiten Kroatiens«, »gaben ihr Leben für die Verteidigung des Heimatlandes« versehen werden. Es sollen keine Bilder von schwer verletzten oder erschossenen kroatischen Soldaten gezeigt werden, keine von Menschen, die weinen oder trauern, Niederlagen an der Front sollen nicht verheimlicht werden, allerdings sollen dabei immer die »enormen vom Feind eingesetzten Kräfte, seine Skrupellosigkeit« betont werden und die Berichte müssen mit »einer optimistischen Note « enden, wie mit Deklarationen im Stil von »wir werden unser Kijevo zurückholen« (Thompson 1999: 159). Sprachratgeberkolumnen und -sendungen florierten in den kroatischen Medien, die der Tuđman-Regierung nahestanden, ebenso wie im kroatischen staatlichen Radio und Fernsehen. Die staatsnahen Medien sahen sich als ein Modell für den ›korrekten Sprachgebrauch‹. 1991 begann die Leitung des HRTV mit einer Welle von Entlassungen und Dienstfreistellungen, die nahezu die Hälfte der Beschäftigten betraf. Als offizielle Begründung diente die schwierige wirtschaftliche Lage in der Folge des Krieges, tatsächlich

entließ die Direktion aber vor allem oppositionelle und ›nicht-kroatische‹ Journalisten. Zur Rechtfertigung wurden auch Sprachwissenschaftler herangezogen, die laut Aussagen des Direktors festgestellt hätten, dass 60 % der Journalisten die kroatische Sprache nur mangelhaft beherrschten. Der HRTV produzierte ein Handbuch, das erwünschte kroatische und unerwünschte ›fremde‹ Begriffe auflistete. Das staatliche Radio und Fernsehen begriff sich als standardsetzende Instanz.¹ Unabhängige und oppositionelle Medien markierten ihre Distanz auch im Sprachgebrauch, indem sie nur solche ›neukroatischen‹ Wörter und Redewendungen abdruckten, die effektiv Eingang in die Alltagssprache gefunden hatten. Die satirische Wochenzeitung *Feral Tribune* nahm den Sprachpurismus in Seitenhieben regelmäßig aufs Korn.

Darüber, wie sich die proklamierte Trennung vom serbokroatischen Standard und die Bestrebungen zur Etablierung einer kroatischen Standardsprache im Alltagsgebrauch von Medien ausgewirkt haben, gibt Langstons Studie (1999) Aufschluss. Er analysiert einen Korpus aus 1996/97, also aus der Zeit nach dem Ende des Krieges, als sich Politiker im Sprachgebrauch wieder zu mäßigen begannen, und vergleicht ihn mit dem Sprachgebrauch in Medien im Jahr 1985, also in der Zeit vor der Etablierung des kroatischen Staates. Der Korpus setzt sich aus dem Nachrichtenteil verschiedener Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Meldungen der kroatischen Nachrichtenagentur HINA und Nachrichtensendungen des kroatischen staatlichen Fernsehens zusammen. Langston (1999: 188) stellt fest, dass es klare Unterschiede gibt in der administrativen Terminologie wie z. B. *veleposlanik* vs. *ambasador*, *izaslanik* vs. *delegat*, *tajnik* vs. *sekretar* und teilweise im Gebrauch von Begriffen wie *gospodarstvo* vs. *ekonomija* oder *sustav* vs. *sistem*. Langston (1999: 188) fasst zusammen:

Noticeable changes in lexical usage in the Croatian media have indeed taken place since the break-up of the Yugoslav state, but on whole they are relatively minor. (...) Differences may also be observed in the usage of the state-controlled or more nationalistic media versus that of the independent press. The latter continue to use some foreign words which are considered Serbian and which have been replaced by Croatian forms in the other media. (...) On the whole, however, the samples from independent press indicate that they are also following the trend towards the use of ›authentic Croatian‹ forms, albeit more slowly than the state-controlled media.

1. Bericht der Beobachterdelegation der Internationalen Helsinki-Föderation zur Situation der Menschenrechte in Kroatien. Wien 1993.

Langstons Schlussfolgerung, dass die sprachlichen Veränderungen im Medienalltag zwischen 1985 und 1996/97 relativ gering waren, legt nahe, dass die diskursive Ebene, die öffentlich und via Medien geführte Diskussion um die Abgrenzung und die neue Standardsprache, zwar auf einer symbolischen Ebene effektiv ist, dass aber sprachlicher Wandel im Medienbereich selbst in Phasen eines institutionell geförderten Sprachpurismus nur langsam stattfindet. Wie weit sich diese Propagierung eines neuen kroatischen Standards auf den tatsächlichen täglichen Sprachgebrauch der Menschen ausgewirkt hat, darüber gibt es zur Zeit nur wenig wissenschaftliches Material. Der ›gute und richtige‹ Gebrauch des ›Neukroatischen‹ wurde zumindest in den ersten Jahren nach der Ausrufung der Unabhängigkeit zu einem Loyalitätsbekenntnis zur neuen Nation und deren politischer Führung, und der Druck war groß. Die Schriftstellerin Rada Iveković (2001: 58 f.) fasst ihre Erfahrungen mit dem Sprachpurismus in folgende Worte:

Im Namen des (nationalen) Ideals, also eines auferlegten und zu erreichenden Ziels, bemüht man sich, dem, was noch nicht ist, eine Sprache im Voraus zu geben, und ihm somit einen Körper zu verleihen. Man entkommt der x-ten nationalen, staatlichen Sprachreform nicht, die darauf abzielt, die Gesellschaft zu verändern.

Rada Iveković bespricht das am Beispiel einiger neu propagierter Wörter wie z. B. des Wortes *radnik* (Arbeiter), das durch *djelatnik* ersetzt wurde. Diese Veränderungen sollten »das vorangegangene vorherrschende System ausmerzen«, »jegliche damit verbundene Erinnerung auslöschen« und »das neue Konzept bezeichnen und den sozialen wie auch politischen Kontext definieren«.

Jahn (1999) beschäftigt sich mit Sprachattitüden in Istrien. Seine Studie aus den Jahren 1995–97 stützt sich auf qualitative Interviews und teilnehmende Beobachtung. Er kommt zum Schluss (Jahn 1999: 353), dass häufig eine Strategie des Ausweichens gewählt wird:

People feel linguistically insecure because of the new standardisation of the Croatian language, so that they prefer to express themselves in a language variety they know best (rather than make mistakes by using words which are officially considered Serbian): they use the non-standard varieties. (...) Many inhabitants of Istria identify standard Croatian in general, and especially the new Croatian standard, with a centralist and nationalistic policy. (...) The consequences are attitudinal and linguistic convergence in the name of an overall »istrianity« , attitudinal and linguistic divergence from the rest of Croatia, except for the part of the population who (...) feel a stronger attachment to the Croatian state than to the Istrian region.

Obwohl die Situation in Istrien insofern spezifisch ist, als sogar während des Krieges eine starke regionalistische Bewegung jeden Wahl-

gang für sich entscheiden konnte, zeigt sich die Strategie des Ausweichens auf regionale Varietäten auch in anderen Kontexten, wie z. B. bei den ModeratorInnen der für Kroatien gestalteten Programme der BBC (vgl. Kapitel 2.1.4). Eine Stärkung regionalistischer Tendenzen könnte eine Antwort auf die Phase der Zentralisierung sein.

An die Studie zum Sprachgebrauch in den kroatischen Medien anknüpfend führten Langston/ Peti-Stantić (in Druck) 1998 eine Fragebogenerhebung, ergänzt durch qualitative Interviews, durch. Sie erstellten eine Liste von als serbokroatisch bzw. als kroatisch markierten Wortpaaren, die in Unterscheidungswörterbüchern genannt waren und eine relative Frequenz im medialen Sprachgebrauch zeigten. Die TeilnehmerInnen wurden gefragt, welche Form ihnen ›besser oder korrekter‹ erschien und welche sie eher benützten. Langston/Peti-Stantić (in Druck) stellen abschließend fest:

The survey should only be considered preliminary, but it indicates a significant level of resistance to change. (...) For most speakers the use of these ›new‹ words is limited to situations when they feel they are expected or required. (...) Croatian language reform is still a work in progress, and it will be some time before we see what will become part of the standard language and what will be rejected.

Im Jahr 2001 erließ die kroatische Regierung schließlich ein Gesetz, das die Verwendung der kroatischen Sprache in den Medien als zwingend vorschreibt. Sie orientierte sich dabei an den französischen Sprachen- bzw. Mediengesetzen (siehe Kapitel 2.1.3). Artikel 9 des Gesetzes zum Kroatischen Rundfunk und Fernsehen,¹ das die Pflichten des öffentlich- rechtlichen kroatischen Anbieters HRT festschreibt, sieht vor, dass der HRT in seinen Programmen die kroatische Sprache und die lateinische Schrift verwenden muss und außerdem auch »das Schaffen in den Dialekten der kroatischen Sprache« fördern soll. Die Verwendung der kroatischen Sprache ist nicht zwingend, wenn es sich um Filme oder andere Programme in Originalversion handelt, um Liedtexte oder um Programme, die dem Sprachenlernen dienen. Auch das Privatrado- und Fernsehgesetz² hat einen eigenen Artikel (Nr. 83) mit Bestimmungen zum

1. Zakon o Hrvatskoj radioteleviziji (2001) 8. veljača 2001. Broj: 01-081-01-595/2. Narodne Novine, Službeni List Republike Hrvatske, Broj 17, Zagreb 26. 3. 2001. <http://www.nn.hr/CijeliBrojS.asp?god=2001&br=17&mid=308#1>

2. Zakon o telekomunikacijama (1999) 30. lipnja 1999. Broj 01-081-99-1346/2. Narodne Novine, Službeni List Republike Hrvatske, Broj 76, Zagreb 19. 7. 1999. <http://www.nn.hr/sluzbeni-list/sluzbeni/Besplatni.asp>

Sprachgebrauch. Er hält fest, dass Programme in der »kroatischen Standardsprache« gesendet werden müssen. Ausnahmen sind Sendungen in den Dialekten der kroatischen Sprache und in den Sprachen der Minderheiten, sofern dies aus dem der Konzession zu Grunde liegenden Programmschema ersichtlich ist. Erlaubt sind auch Sendungen, die Informationen für ausländische Gäste beinhalten, sofern das im Konzessionsgebiet relevant ist.

2.2.3 Diaspora – Nationale Vereinnahmung oder Marktpotential?

Mit dem Entstehen der Nationalstaaten auf dem Territorium des früheren Jugoslawien änderte sich die Perzeption der Migration: Man begann nun von der kroatischen, serbischen, bosnischen Diaspora zu sprechen und erwartete, dass sie die nationale Sache unterstützen und die ›Mutterländer‹ im Ausland vertreten würde. Auch auf sprachlicher Ebene wurde Loyalität erwartet, was beispielsweise dadurch zum Ausdruck kam, dass Eltern in Schulen in westeuropäischen Ländern auf getrennten Sprachunterricht bestanden. Der Begriff Diaspora war zur Zeit der Föderativen Sozialistischen Republik nicht in Gebrauch gewesen. Von den ›Gastarbeitern‹ sprach man damals als *radnici na privremenem radu* (Arbeiter in temporärer Arbeit) oder von *naši* (die Unseren) und von jenen, die aus politischen Gründen Jugoslawien nach 1945 verlassen hatten, als *migracija* (Migration). Auf medialer Ebene kam der Paradigmenwechsel darin zum Ausdruck, dass sich die neuen nationalen Rundfunkanstalten und den Regimen nahestehende Pressehäuser darum bemühten, die Diaspora zu erreichen. Kroatien war eines der ersten Länder, das ein Fernsehprogramm über Satellit für die Diaspora sendete. Mittlerweile sind Programme aus allen Nachfolgestaaten über Satellit verfügbar. Zunehmend wird dieses Angebot durch private Anbieter im Fernseh- und Printmediensektor ergänzt, die Diaspora wird als wirtschaftlicher Faktor wahrgenommen.

Breit ist das Spektrum an Diasporaausgaben von Tages-, Wochen- und Monatszeitungen aus dem Raum des früheren Jugoslawien, die an Verkaufsstellen quer durch Europa erhältlich sind. An die Diaspora aus Serbien, Montenegro und den serbischen Teilen von BiH wenden sich Diasporaausgaben der Tageszeitung Vesti, die in einer kyrillischen und in einer lateinischen Ausgabe erscheint

und von sich sagt, die auflagenstärkste Zeitung der Diaspora zu sein, sowie die Tageszeitungen evropski nacional und die in kyrillischer Schrift gedruckte Večernje novosti. An die Diaspora aus der bosnischen Föderation wendet sich eine Spezialausgabe der Tageszeitung Oslobođenje. Kroatische Zeitungen sind in ihrer Originalausgabe an den Verkaufsstellen ebenfalls erhältlich. Für Auslandsmakedonier gibt es die im 14-Tages-Rhythmus erscheinende Europaausgabe von Makedonija. Die vollzogene Trennung des Raumes spiegelt sich in der Auslandspresselandschaft und findet ihren sprachlichen Niederschlag. Zeitungen, die sich an eine serbische und montenegrinische Leserschaft wenden, benützen beispielsweise ausschließlich die ekavische Schreibweise, obwohl in Montenegro das Jekavische in Gebrauch ist, während sich Oslobođenje überwiegend des Jekavischen bedient. Die meisten dieser Zeitungen haben eine eigene Redaktion in Deutschland, wo die Diasporausgaben adaptiert, Inserate akquiriert und Druck und Versand organisiert werden. Die im Folgenden besprochenen Beispiele der Europaausgaben von Oslobođenje und Makedonija als Diasporazeitungen sowie des kommerziellen Magazins Svet plus zeigen, wie sich im politischen Bereich eine Trennung vollzogen hat, während sich Publikationen im kommerziellen Bereich an den gesamten Sprachraum wenden.

Oslobođenje ist international wohl die bekannteste Zeitung aus Bosnien und Herzegovina (BiH). Von der Partisanenbewegung 1943 gegründet, wurde sie zur offiziellen Zeitung der jugoslawischen Teilrepublik. Während des Krieges zeichnete sie sich dadurch aus, dass sie versuchte, eine rein nationale Linie zu vermeiden, was ihr die Anerkennung und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft eingetragen hat. Tageszeitungen, die der regierenden Partei nahestanden, wie z. B. Ljiljan, wendeten sich ausschließlich an die ›Bosniaken‹ und propagierten einen neuen bosnischen Standard. Im kroatischen Teil waren es nahezu ausschließlich tagesaktuelle Medien aus Kroatien, die die Bevölkerung versorgten, und im serbischen Teil, in der Republika Srpska, begann man mit der Herausgabe eigener Medien, die durchgehend in kyrillischer Schrift und in ekavischer Schreibweise erschienen. Von diesen Medien wurde die ethnische und sprachliche Trennung vorangetrieben. Demgegenüber verfolgte Oslobođenje eine andere Politik: Sie blieb offen für ver-

schiedene politische Strömungen und ließ den Verfassern der einzelnen Artikel auch Freiheit in Bezug auf das sprachliche Repertoire. Die frühere Politik, die lateinische und kyrillische Schrift alternierend zu benutzen, wurde allerdings in der Kriegszeit aufgegeben. Es spaltete sich eine serbische Ausgabe, die in der Republika Srpska in kyrillischer Schrift erschien und immer noch als Wochenzeitung erscheint, von der Sarajevoer Redaktion ab. *Oslobođenje* wurde zu einem Symbol für das gemeinsame Bosnien. Während des Krieges erschien die Europa-Ausgabe als Wochenzeitung, seit 1996 als Tageszeitung. Heute ist *Oslobođenje* die einzige Tageszeitung aus BiH, die eine so genannte europäische Ausgabe produziert.¹

Gegenüber der in Sarajevo erscheinenden Ausgabe werden in der in Deutschland erscheinenden ca. 15–20 % des Gesamtinhalts geändert. Der Teil zur bosnischen Innenpolitik, der wirtschaftliche Teil und die internationalen Meldungen sowie auch große Teile der Lokalchronik bleiben in beiden Ausgaben gleich. Bestimmte Meldungen, wie etwa Ankündigungen über Stromabschaltungen in Sarajevo, die für die Diaspora weniger wichtig sind, werden herausgefiltert, dafür kommen andere diasporaspezifische Berichte, z. B. über bosnische Kulturvereine oder Fußballklubs im Ausland, hinzu. Der Redakteur der Europa-Ausgabe stellt ein zunehmendes Zusammenfließen der beiden Ausgaben fest. Während er die Kommunikationsflüsse in der Anfangszeit der Europa-Ausgabe als eher unidirektional charakterisiert, ist es heute so, dass die Europa-Ausgabe auch Beiträge für die Sarajevo-Ausgabe liefert, denn »die Leute in BiH interessieren sich auch dafür, was in der Diaspora passiert«. Wenn man bedenkt, dass den ca. 2,5 Millionen Einwohnern der bosnischen Föderation und ca. 1,5 in der Republika Srpska rund eine Million Bosnier in der Diaspora gegenüberstehen, so wird deutlich, dass praktisch jede Familie persönliche Beziehungen zur Diaspora hat, und das Interesse an deren Aktivitäten erscheint verständlich. Für LeserInnen in der Migration ist es wichtig, die eigene engere Region, den eigenen Ort oder Bekannte in der Zeitung zu finden und so am lokalen Leben in der einstigen Umgebung teil zu nehmen. Deshalb werden auch die Chronik und die »schwarze

1. Dieser Abschnitt stützt sich auf ein Telefoninterview mit dem Chefredakteur der europäischen Ausgabe, Andrej Dedić, am 28. 1. 2003 sowie auf eine Analyse der Europa-Ausgaben von *Oslobođenje* zwischen dem 24./25. 1. und dem 31. 1. 2003.

Chronik« (Unfälle und Verbrechen) weitgehend beibehalten. Es finden sich beispielsweise Meldungen über heftigen Schneefall in Livno, einen Wohnungsbrand in Mostar, einen Überfall in Sarajevo, das Auftauchen eines Wolfes in einem nordbosnischen Dorf, die Ernennung von Schuldirektoren in Goražde etc. (Ausgabe 24./25. 1. 2003). Auf diesen Seiten werden auch Hilfsaufrufe für in Not geratene Familien veröffentlicht.

Sprachlich lässt Oslobodjenje, wie eingangs erwähnt, den VerfasserInnen der Beiträge Freiheit, es erscheinen fallweise Beiträge in ekavischer Fassung oder solche, die markierte bosnische Wörter und Redewendungen verwenden, oder kroatische Monatsnamen wie *lipanj* anstelle von *junij*. Der Redakteur der Europaausgabe erklärt dazu, dass es selten Leserreaktionen zur sprachlichen Gestaltung gibt; das fallweise in Artikeln gebrauchte Ekavische wird akzeptiert. Zu den spezifisch kroatischen Ausdrücken gab es wiederholt Anregungen, den »allgemein bekannten« Ausdruck in Klammern hinzuzufügen.

An den Kleinanzeigen kann man ablesen, dass sich die Leserschaft von Oslobodjenje praktisch aus ganz BiH zusammensetzt. Zum Verkauf oder zum Tausch angebotene Immobilien nehmen darin den breitesten Platz ein. Diese Spalten sind ein Hinweis darauf, dass eine ethnische Trennung weiter im Gang ist, denn von den ca. 40 Immobilienanzeigen pro Woche entfällt der Großteil auf Angebote, eine Wohnung oder ein Haus im serbischen Teil gegen ein Objekt in der Föderation zu tauschen und umgekehrt. Der Anzeigenteil, der ca. 1/5 des Blattumfangs ausmacht, ist diasporaspezifisch: Flüge oder Busreisen nach Sarajevo oder in das Gebiet des früheren Jugoslawien, Geldtransfer und Kreditgeschäfte, Übersetzungs- und Dolmetschbüros, Möglichkeiten, den Führerschein in der eigenen Sprache zu absolvieren, Bestattungs- und Überführungsunternehmen, per Korrespondenz zu beziehende Heilmittel und Werbeeinschaltungen von Diskotheken und Restaurants, in denen bekannte MusikerInnen aus dem Raum des früheren Jugoslawien gastieren. Einen Serviceteil, der Radio- und TV-Programme oder Veranstaltungskalender umfasst, gibt es derzeit in der Europaausgabe nicht. Es ist jedoch geplant, dass die Online-Ausgabe verstärkt eine organisierende Funktion für die Diaspora übernehmen und zu ei-

nem Portal ausgebaut werden soll, über welches – teils kostenpflichtig – Zugang zu Serviceleistungen ermöglicht wird.

Der Großteil der Europaausgabe wird in Deutschland abgesetzt, danach folgen Österreich, die Schweiz, die skandinavischen Länder und schließlich die USA und Kanada. Die Zahl der Auslandsbosnier wird auf ca. 1 Million geschätzt, wobei Migranten zunächst als Gastarbeiter primär in europäische Länder gingen, und jene, die während des Krieges flüchteten, v. a. in die USA und nach Kanada. Oslobodnje erwägt, in Zukunft eine eigene wöchentlich erscheinende Ausgabe speziell für Amerika herauszugeben. Auflagenzahlen veröffentlicht Oslobodnje nicht, doch der Chefredakteur der Europaausgabe schätzt, dass die LeserInnen zwar regen Anteil nehmen, sich aber »ca. drei Viertel der Diaspora wenig bis gar nicht dafür interessieren, was in BiH passiert, und sehr um Integration bestrebt sind«.

Mit insgesamt knapp 2 Millionen Einwohnern ist Makedonien der derzeit kleinste Nachfolgestaat auf dem Territorium des früheren Jugoslawien, die Diaspora ist klein und eine weit verstreute Gruppe. Die Zeitung Makedonija¹ wendet sich an MakedonierInnen in Europa, den USA und in Kanada. Der redaktionelle Teil besteht aus einer Kompilation von Artikeln aus verschiedenen makedonischen Zeitungen und aus einem »Diasporateil«. Die Diasporaseiten sind den Fotografien und Kurzberichten von diversen Veranstaltungen und Festen, die von LeserInnen eingeschickt werden, vorbehalten. Ebenfalls zum redaktionellen Teil gehören die Serviceseiten, die Adressen von Botschaften, Klubs und Vereinen, Vertretungen der Kirche, humanitären Organisationen, Dolmetschern und Übersetzern, ÄrztInnen, LehrerInnen und Firmen in verschiedenen europäischen Ländern umfassen. Dazu kommt eine Liste von Programmen verschiedener Medien – wie BBC World Service – in makedonischer Sprache. Ein Drittel bis ein Viertel des Blattumfangs nehmen Anzeigen ein. Sie stammen aus ähnlichen Sektoren wie jene in Oslobodnje. Reklameeinschaltungen sowie der Serviceteil sind überwiegend in lateinischer Schrift gestaltet. Einzelne Werbeeinschaltungen sind in einem Sprachenmix getextet, wie z. B. Werbung für Klingeltöne und Bildmitteilungen für Mobiltelefone: »Logovi, Bildmitteilungen, svi modeli« (Logos, Bildmitteilun-

1. Ausgaben der Zeitung Makedonija im Jänner 2003.

gen, für alle Modelle). Die dazu gelieferten Erläuterungen sind ohne diakritische Zeichen in serbokroatischer Sprache verfasst, während Bilder (z. B. die makedonische Fahne, ein Bild von Skopje) und Musik (bekannte makedonische Pop- und Folklieder) in derselben Werbung praktisch ausschließlich aus dem makedonischen Repertoire schöpfen.

Am Beispiel von *Oslobođenje* zeigt sich, dass die Vorstellung, Diasporaausgaben würden dazu dienen, Migranten an ein ›Mutterland‹ zu binden, vereinfachend ist. Die Bedeutung der Lokalberichterstattung aus verschiedenen Orten in BiH, die in der Diasporaausgabe nahezu ebenso ausführlich ist wie in der ›Originalausgabe‹, verweist vielmehr darauf, dass es auch darum geht, trotz geographischer Distanz am Alltagsleben teilzuhaben, also um jene Informationen, die man in Alltagskonversationen austauscht. Dass nun vermehrt Berichte über Aktivitäten der Diaspora in die *Sarajevo* Ausgabe einfließen, zeigt, dass dieses Interesse auf Gegenseitigkeit beruht. Beiden Zeitungen, *Oslobođenje* und *Makedonija*, ist der ausführliche Serviceteil gemeinsam, der den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen erleichtert und gleichzeitig durch den Verkauf von Werbefläche zur Finanzierung beiträgt.

Von kommerziellen Interessen bestimmt ist die Diasporaausgabe der in Novi Sad erscheinenden Zeitschrift *Svet plus*. Sie führt im Titel den Zusatz »auflagenstärkstes Magazin der Diaspora von Athen bis Stockholm« und erscheint in Deutschland. Es gehört zu dem in Novi Sad (Serbien) ansässigen Medienhaus von Robert Čoban, das nicht nur eine Ausgabe von *Svet plus* für Serbien herausgibt, sondern noch über 30 weitere Magazine, die vorwiegend Liebesgeschichten, Kreuzworträtsel, Esoterik u. Ä. anbieten. Čoban war ursprünglich Journalist in der Studentenzeitung *Index*, die für ihre oppositionelle Linie bekannt war. In den 1990er Jahren begann er sich auf den Boulevardpressemarkt zu konzentrieren. Alle Medienerzeugnisse des Hauses werden von einer kleinen Redaktion, die viele der Texte aus anderen Boulevardblättern übersetzt, gestaltet. Dabei profitiert der Verlag davon, dass Copyright-Gesetze für den Moment noch nicht streng durchgesetzt werden können. Das Hauptzielgebiet der Diasporaausgabe von *Svet plus* ist Deutschland, Österreich und die Schweiz.¹ Großflächige Anzeigen werben in der Zeitung für Musikabende in Lokalen v. a. in diesen drei Län-

dern. Ein Viertel der insgesamt 60–70 Seiten starken Zeitung entfällt auf Werbung. Beträchtlichen Raum nehmen auch Kreuzworträtsel und Witzseiten sowie Comics ein. Klatsch- und Tratschgeschichten über Stars der Pop- und Folkmusikszene und, zu einem geringeren Ausmaß, aus der Sportwelt sind das Hauptthema. Die internationale Szene nimmt im Verhältnis zur Szene aus dem Raum des ehemaligen Jugoslawien nur einen geringen Platz ein. Das Spezifische an diesem Magazin ist, dass es sich an die Diaspora aus dem gesamten Raum wendet. Das zeigt sich einerseits daran, dass Musikgruppen und SängerInnen aus Serbien und Montenegro ebenso vertreten sind wie solche aus Kroatien, BiH, Makedonien und Slowenien. Stars der Jugo-Rockmusik der 1970er und 1980er Jahre stehen neben solchen, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nationalistische Schlager interpretiert haben. Andererseits wird die gruppenübergreifende Ausrichtung am sehr ausführlichen Fernsehprogramm, das alle öffentlichen wie privaten Satellitensender aus dem gesamten Raum berücksichtigt, deutlich. Es gibt auch eine Seite mit Hitlisten aus der Pop- und Folkmusik: Sie besteht aus Einzelwertungen für Serbien, Montenegro, BiH, Republika Srpska, Kroatien und der Diaspora, die von verschiedenen Radiostationen und Diskotheken durchgeführt werden, ebenso wie aus einer Gesamtwertung, die auf Grundlage der Einzelwertungen erstellt wird. Der redaktionelle Teil ist praktisch ausschließlich in Ekavisch geschrieben. Hinweise auf die sprachliche Trennung finden sich in einem Artikel, wo es um die Urheberrechte für einen ursprünglich in Serbien in Ekavisch geschriebenen Song geht, von dem später in Kroatien eine jekavische Coverversion gesungen wurde. Ein anderer Hinweis darauf ist auf der Witzseite zu finden, auf der es unter dem Titel »kleines mehrsprachiges Wörterbuch« eine Spalte mit Witzen gibt, die mit der Frage »Wie sagt man auf Neukroatisch/Neubosnisch ...?« beginnen. Einige dieser Witze beginnen auch mit der neutralen Frage »Wie sagt man zu ...?« und einer davon »Wie sagt man auf Vranjanisch ...?« (Vranjan ist eine kleine Stadt in Serbien). Ähnliche Witze gab es bereits vor dem Krieg, als sich in den 1980er Jahren erste puristische Tendenzen bemerkbar machten.

1. Diesem Abschnitt liegt eine Analyse von mehreren Ausgaben von Svet plus aus dem Monat Jänner 2003 zu Grunde.

Svet plus setzt ebenso wie andere Magazine darauf, den Markt möglichst auf den gesamten Sprachraum auszudehnen. Ähnlich verhält es sich mit dem privaten, in Beograd ansässigen Fernsehsender TVPink, der nicht nur in Serbien und Montenegro über terrestrische Frequenzen sendet, sondern auch ein Satellitenprogramm für die Diaspora ausstrahlt. Das Diaspora-Programm besteht zu einem guten Teil aus Musikclips und Talkshows. Gesamt gesehen tendiert die Entwicklung im kommerziellen privaten, vordergründig nicht politisch agierenden Mediensektor dahin, die Migration aus dem früheren Jugoslawien als ein Zielpublikum ansprechen zu wollen, wobei diese kommerziellen Initiativen oft von Serbien, das über den größten Binnenmarkt verfügt, ausgehen.

2.2.4 Minderheitenmedien – Zwischen Ausgrenzung und Anerkennung

Das frühere Jugoslawien war darauf bedacht, sprachliche Minderheitenrechte zu sichern. Im dezentral organisierten Medienbereich war das durch eine bis auf Gemeindeebene ausgebaute Radioinfrastruktur und eine auf der Ebene der Einzelrepubliken bzw. autonomen Provinzen organisierte Presselandschaft relativ einfach zu gewährleisten. 1974 verabschiedete die Sozialistische Republik Jugoslawien eine föderative Verfassung, die der Vojvodina weitreichende Autonomien garantierte. In der Verfassung der Provinz war festgehalten, dass Serbo-Kroatisch bzw. Kroato-Serbisch, Ungarisch, Rumänisch und Ruthenisch gleichberechtigte Sprachen sind. Presseerzeugnisse in Minderheitensprachen konnten auf staatliche Finanzierung zählen. Die zentrale Radio- und Fernsehanstalt der Provinz sendete Programme in diesen Sprachen und in der Sprache der Roma, die mit einer mehrstündigen täglichen Sendezeit weit über eine symbolische Präsenz hinausgingen. Dubravka Valić (2001), damals selbst Redakteurin bei Radio Novi Sad, beschreibt die Kooperation zwischen den verschiedenen Sprachenredaktionen im staatlichen Radio und Fernsehen als gut und eng. Als 1990 die Verfassung von 1974 außer Kraft gesetzt wurde, wurde zwar das Sendeausmaß nicht verringert, die Redaktionen in den Minderheitensprachen jedoch finanziell und personell ausgehungert. Valić (2001: 212) stellt fest, dass »an die Stelle der interkulturellen Redak-

tionspolitik (...) ein Rückzug in die eigene Sprache und Kultur« trat. Programme konzentrierten sich vorwiegend auf Themen, die für eine spezifische Minderheitengruppe relevant waren. Gleichzeitig wurden in allen Redaktionen Medienschaffende, die nicht regimekonform waren, aus dem Dienst entlassen. Loyalität zum Regime wurde auch von den in Minderheitenmedien tätigen JournalistInnen verlangt. Die Qualität der Berichterstattung verschlechterte sich rasch, und Medienschaffende, die die Ethnisierung nicht akzeptierten, setzten Initiativen zur Gründung privater Medien.

Seit dem Fall des Milošević-Regimes findet in Serbien eine rasche und chaotische Entwicklung im Mediensektor statt (Skopljanac 2003: 108), die in einer Vielzahl von Medienanbietern zum Ausdruck kommt. Im Jahr 2002 beschloss das (damals noch) föderale Parlament für Serbien und Montenegro eine neue Minderheiten- und Mediengesetzgebung, die Minderheiten nicht nur das Recht auf den Betrieb eigener Medien einräumt, sondern auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verpflichtet, Programme in Minderheitensprachen vorzusehen (Skopljanac 2003: 101 f.). Landesweit strahlt das serbische öffentlich-rechtliche Radio ein halbstündiges Programm in Romani aus, Programme in allen anderen Minderheitensprachen sind ausschließlich auf regionalen bzw. lokalen Fernseh- und Radiofrequenzen zu empfangen. Dazu kommen private Printmedien und Radio- und Fernsehstationen in verschiedenen Sprachen. Auch hier bietet privates nichtkommerzielles Radio einen vergleichsweise größeren Freiraum für Experimente. So strahlt Radio 021/Multiradio in Novi Sad einzelne Sendungen aus, in denen mehrere Sprachen (Serbisch, Ungarisch, Slowakisch, Rumänisch, Ruthenisch, Romanes) gleichzeitig präsent sind, und legt Wert darauf, dass in den einsprachigen Sendungen nicht nur Themen besprochen werden, die für die jeweilige Gruppe von Relevanz sind, damit Schnittstellen entstehen.

Ein ähnliches Konzept verfolgt die Produktionsfirma UrbanNS, die in allen ihren Sendungen Untertitel in Serbisch und Ungarisch anbietet und prinzipiell alle Personen, die in Programmen auftreten, dazu auffordert, in ›ihrer‹ Sprache zu sprechen. Diese Passagen werden dann untertitelt. Mehrere lokale Fernsehsender in der Vojvodina strahlen die von UrbanNS produzierten mehrsprachigen Programme aus. Gefördert wird die Mehrsprachigkeit an den Lokalmedien in Ser-

bien auch dadurch, dass Nachrichtenquellen mehrsprachig verfügbar sind. Informationen auf der Website von RTV B92, dem Medienhaus, das aus dem Netzwerk rund um den Sender B92 entstanden ist, sind neben Serbisch auch in Ungarisch und Albanisch verfasst.

Die unabhängige Nachrichtenagentur BETA, die sich durch ihre kritische Berichterstattung während des Milošević-Regimes einen Namen gemacht hat, plant ihr derzeit zweisprachiges Service auf ein dreisprachiges auszudehnen, zu Serbisch und Ungarisch soll nun auch Romanes hinzukommen. In einem nächsten Schritt soll der ungarischsprachige Dienst von BETA in ein grenzüberschreitendes Regionalprojekt, das Ungarn, Slowenien, Kroatien und Rumänien umfasst, umgewandelt werden (Skopljanac 2003: 118 f.). Grenzüberschreitende Aktivitäten setzt auch die Journalistenschule in Novi Sad, die einen eigenen Kurs für JournalistInnen, die in mehrsprachigen Medien arbeiten, anbietet. »Reporting diversity«, interkulturelle Kommunikation in Medien, ist in dieser Schule ein fester Bestandteil des Kerncurriculums und ein Pflichtgegenstand für alle Studierenden.

Anders stellt sich die Situation in Makedonien dar. Die albanischsprachige Bevölkerung in der Teilrepublik Makedonien konnte zur Zeit des gemeinsamen Jugoslawien auf ein volles Medienangebot (Tageszeitung, Ganztagsradioprogramm und TV-Sendungen) aus der autonomen Teilrepublik Kosovo zurückgreifen. Das makedonische Radio und Fernsehen in Skopje, das wesentlich schlechter ausgebaut war als die Medienhäuser in den nördlichen Teilrepubliken, bot nur einige Stunden in albanischer Sprache an. Als das Milošević-Regime im Jahr 1990 die Entlassung aller albanischsprachigen JournalistInnen aus dem Radio und Fernsehen und die Schließung des Rilindija-Pressehauses in Priština verfügte, war die albanischsprachige Bevölkerung in Makedonien auf das spärliche Angebot in Makedonien selbst sowie auf Medienprodukte aus Albanien angewiesen. Nach der staatlichen Unabhängigkeit Makedoniens im Jahr 1991 war die mediale Versorgung der albanisch-sprachigen Bevölkerung schlecht, und Forderungen nach einer stärkeren medialen Präsenz wurden laut. Das makedonische staatliche Fernsehen MTV stellte in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit nur sehr zögerlich Sendezeit in albanischer Sprache bereit.

Die neue makedonische Regierung, die um ihre Anerkennung kämpfen musste, verabsäumte es, das Manko, das durch die Entwicklung im Kosovo entstanden war, auszugleichen. In der Phase der staatlichen Affirmation begriff sie die albanischsprachige Bevölkerung, die gesamtstaatlich nach offiziellen Zahlen ca. 23 % der Bevölkerung stellt und in manchen Regionen eine Mehrheit bildet,¹ als Minderheit im makedonischen Nationalstaat. Sie orientierte sich weiterhin am ethnischen Quotensystem, das während der Zeit des sozialistischen Regimes in der makedonischen Teilrepublik in Kraft gewesen war, und kümmerte sich wenig darum, bewusst für Schnittstellen zwischen den sich ethnisierenden Öffentlichkeiten zu sorgen. Obwohl die Zahl an Printmedien im Prozess der Privatisierung emporschnellte und eine Anbietervielfalt vorhanden war, konzentrierten sich Tageszeitungen entweder auf den makedonischsprachigen oder auf den albanischsprachigen Markt. In den in makedonischer Sprache erscheinenden tagesaktuellen Medien waren nur Artikel *über* die albanische Bevölkerung zu lesen, häufig in Verbindung mit kriminellen Aktivitäten und in sensationsheischender Aufmachung (Popovic 2003: 25). Viele albanischsprachige Medien auf der anderen Seite reagierten mit einem Rückzug auf das Eigene und berichteten über makedonische Standpunkte nur aus ihrer Sicht. Mehrere dieser Medien zielten auch auf eine Leserschaft im Kosovo ab (Popovic 2003: 26). Die Außenorientierung in Medienproduktion und -rezeption wurde als potentielle Gefahr und Zeichen der Illoyalität interpretiert. Als der Konflikt im Frühjahr 2001 offen ausbrach, waren zwei getrennte, ethnisch determinierte Mediensysteme Realität (Kolar-Panov 2002).

Die Situation hat sich seither nicht wesentlich geändert. Während der erste und zweite Kanal des staatlichen MTV ihre Programme ausschließlich in makedonischer Sprache ausstrahlen, sind alle anderen Sprachen (Albanisch, Türkisch, Romani, Vlachisch, Serbisch) auf den dritten Kanal beschränkt. Erst seit Sommer 2002 wurde die Sendezeit in albanischer Sprache auf MTV3 unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft von 2,5 auf 9 Stunden täglich signifikant erhöht (Popovic 2003: 31). Eine größere Bedeutung haben die elf privaten lokalen TV-Stationen für die albanisch-

1. Angaben laut Zensus 1994, zit. nach Popov 2003: 21.

sprachige Bevölkerung. Ebenso wie die privaten Radiostationen sind sie für ihre über das Lokale hinausgehenden Nachrichtenprogramme jedoch weitgehend von den internationalen Anbietern wie BBC oder Voice of America abhängig. Initiativen, die darauf abzielen, die Trennung zu überwinden, werden vermehrt seit den bewaffneten Konflikten in Makedonien im Jahr 2001 von internationalen Organisationen und Institutionen gefördert: Das alternative Informationsnetzwerk AIM stellt beispielsweise Übersetzungen von Artikeln und Kommentaren ins Albanische bzw. ins Makedonische zur Verfügung, um so in den Medien eine inhaltliche Auseinandersetzung mit divergierenden Standpunkten zu ermöglichen. Ein international finanziertes monatliches Magazin mit dem Titel *Multiethnic forum*, das in Makedonisch, Albanisch und Englisch verfasst ist, wird den drei größten makedonisch- und albanischsprachigen Tageszeitungen beigelegt. Ebenso gibt es im Radio- und Fernsehsektor eine Reihe von Initiativen, die zumindest punktuell mehrsprachige Programme senden, einige davon in einer grenzüberschreitenden Dimension. In diesen Fernsehprogrammen kommen verstärkt Untertitel zum Einsatz. In Skopje besteht seit 2001 der Radiosender *Life Radio*, der sich mit seinem Musikprogramm, das von zwei Moderatoren in Albanisch und Makedonisch präsentiert wird, v. a. unter Jugendlichen großer Popularität erfreut. Die Moderatoren verwenden die Technik des gegenseitigen Paraphrasierens (Popovic 2003: 40). Ob diese Initiativen, die derzeit von »außen« gesponsert sind, in einer Medienlandschaft, die immer noch von ethnischen und sprachlichen Grenzen geprägt ist, langfristig bestehen können, hängt letztlich davon ab, wie weit eine künftige Regulierung Mehrsprachigkeit als Wert verankern kann.

Auffallend ist sowohl in Serbien als auch in Makedonien die relativ starke Präsenz von Medien und Programmen in der Sprache der Roma. Da Roma zunächst in einzelnen der Teilrepubliken bzw. autonomen Provinzen und später im gesamten Staat als anerkannte Minderheit galten, waren bereits zur Zeit der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien Radioprogramme in den staatlichen Rundfunkanstalten und einzelne Printmedien in Romani verfügbar. Dadurch, dass auf bestehende Erfahrungen und Ressourcen zurückgegriffen werden konnte, wurde die Möglichkeit, private Medien zu gründen, von Anfang an genutzt. Außerdem setzte die

makedonische Regierung auf eine Stärkung der Roma, um deren Loyalität in den Polarisierungen zwischen der makedonischen und albanischen Bevölkerung zu gewinnen (Friedman 2002: 116).

Romani-Medien auf der Suche nach sprachlicher Konvergenz

Matras (1999a: 483) setzt den Anfang einer neuen Ära in der Kodifizierung des Romani mit den politischen Transformationen in 1989/90 gleich, als ein sprunghafter Anstieg von Publikationen in Romani zu verzeichnen war. Gleichzeitig erzielten in den 1980er Jahren soziale Bewegungen, die Minderheitenrechte einforderten und sich dem gegen Roma gerichteten Rassismus entgegenstellten, erste Erfolge in Bezug auf Europäische Institutionen: 1981 forderte die Standing Conference of Local and Regional Authorities des Europarats Regierungen der Mitgliedsstaaten zur Anerkennung der Roma als Minderheit auf, 1989 wurde eine Europaratsresolution für Schulbildung in Romani verabschiedet und 1990 folgte die CSCE, die Vorläuferorganisation der OSCE, mit einer ähnlichen Entschließung zu schulischer Bildung. Ein wichtiger Schritt war die Verankerung der sprachlichen Rechte der Roma in der Europaratscharta für Regional- und Minderheitensprachen (Siehe Kapitel 2.1.1). Die Europäische Union gewährt seit Anfang der 1990er Jahre Förderungen für verschiedene kulturelle Roma-Projekte und hielt in einer Empfehlung 1993 fest, dass Roma zur europäischen Vielfalt beitragen (Halwachs 2001).

Romani, eine von Europas bedeutendsten Minderheitensprachen, wird in den meisten europäischen Ländern erst seit knapp zwei Jahrzehnten öffentlich wahrgenommen. Es ist schwierig, über die Zahl der Romani-Sprecher Aussagen zu treffen, da in verschiedenen Ländern Zensuserhebungen problematisch sind.¹ Erwachsene Romani-SprecherInnen sind in der Regel bi- oder multilingual, meist in der Mehrheitsprache oder in Regionalsprachen der Aufenthaltsländer. Da es bis heute kaum schulische Bildung in Romani-Sprachen gibt, erfolgt eine Alphabetisierung in anderen Sprachen als Romani (Bakker 2001: 304). Material, das für schulische

1. Bakker (2001: 298) kontrastiert offizielle Zensusdaten aus einzelnen Ländern mit Schätzungen der OSCE und der Minority Rights Group, aus welchen erhebliche Unterschiede deutlich werden. (Bakker et al. 2000) schätzen die Zahl der Roma in Europa auf zwischen 6,6 und 12 Millionen, die Zahl der Romani-Sprecher auf ca. 4,6 Millionen.

Bildung erstellt wird, orientiert sich in der Regel an den in den betreffenden Ländern oder Regionen gesprochenen Romani-Varietäten und ist in einer Orthographie verfasst, die an die dominante Unterrichtssprache in der Schule angelehnt ist (Bakker 2001: 304). Die Ausgangslage für Printmedien und für Audio- bzw. audiovisuelle Medien, die auf ein größeres Verbreitungsgebiet abzielen, stellt sich etwas anders dar.

Zu den ersten gedruckten Werken, die in Romani verfasst wurden, zählt eine 1836 erschienene Übersetzung der Bibel, die in einer in Deutschland gesprochenen Sinti-Varietät verfasst ist. Rund um das Roma-Theater in Moskau entwickelte sich in den 1930er Jahren eine rege kulturelle Tätigkeit, die in mehreren Romani-Publikationen resultierte. Ähnliche Versuche gab es in anderen ost- und südosteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg (Matras 1999a: 483). Je nach politischer Konjunktur wurden diese Versuche gefördert oder unterdrückt. So folgte beispielsweise in der Tschechischen Sozialistischen Republik auf die Phase des Prager Frühlings, in der einige politische periodische Publikationen und literarische Texte in Romani publiziert wurden, eine Phase der Eiszeit.¹ In der makedonischen Teilrepublik führte die Anerkennung der Roma als ethnische Gruppe 1974 zu den ersten ernsthaften Versuchen, Romani im Bildungswesen zu verankern. In der Folge erschien 1980 eine Romani-Grammatik, die sich v. a. auf die um Skopje gesprochene Romani-Varietät stützte, jedoch auch Elemente aus anderen regionalen Varietäten einbaute, weil man auf eine Verbreitung in den Nachbarrepubliken abzielte. Nach der staatlichen Unabhängigkeit organisierten das makedonische Bildungsministerium und die Universität Skopje eine Konferenz, an der die Rolle des Romani im Bildungswesen und Fragen der Standardisierung besprochen wurden. In Makedonien hat der Prozess der Standardisierung durch die Verwendung des Romani in amtlichen Dokumenten sowie in Schule und Medien an neuer Dynamik gewonnen (Friedman 1999).

Auf der anderen Seite gibt es seit den 1960er/1970er Jahren sprachplanerische Konzepte, die auf eine normierte Standardsprache, die länderübergreifend gelten soll, abzielen. Der von Courthia-

1. Gespräch mit Milena Hübschmannová, April 2002.

de erarbeitete Vorschlag eines »internationalen Standards« wurde in einer Deklaration am Weltkongress der Roma 1990, der von der Internationalen Romani Union organisiert war, unterstützt, und hat seither in von der EU geförderten Publikationen Eingang gefunden (Matras 1999a: 491). Diese Initiative ist aber ebenso wie die zweite, in Spanien entstandene Initiative zur Sprachplanung in der Romani Union selbst nicht unumstritten (Matras 1999b: 98).

Seit der politischen Wende in den 1990er Jahren und der zunehmenden Einbettung kultureller und politischer Aktivitäten der Roma in formell gestaltete Institutionen besteht ein verstärkter Bedarf an »muttersprachlicher Schriftlichkeit«, und »das zweckmäßige Sich-Bedienen der Schriftlichkeit in irgendwelcher Art im Romanes [ist] keineswegs eine bedeutungslose Randerscheinung« (Matras 1999b: 97). Das führt, wie Matras (1999b: 97) betont, nicht dazu, dass die Normierung der Schriftsprache im Sinne einer Vereinheitlichung oder Zentralisierung eine Chance hätte, sondern dazu, dass sich die Urheber schriftlicher Texte »bei der Suche nach praktikablen Lösungen an den diversen vorhandenen Konzepten« orientieren. Die normative und zentralistische Top-down-Standardisierung findet in der Praxis wenig Widerhall, eine Konvergenz ergibt sich eher aus der internationalen Kooperation zwischen Roma-Organisationen. Nach 1990 hat sich die Auswanderung aus jenen ost- und südosteuropäischen Ländern, wo Roma Diskriminierungen oder wirtschaftlicher Benachteiligung ausgesetzt waren, verstärkt, sodass in urbanen Zentren ein intensiverer Sprachkontakt zwischen SprecherInnen verschiedener Romani-Varietäten stattfindet. Romani wird als Intergruppensprache benutzt und in schriftlichen Dokumenten verwendet. Auch am Mitte der 1990er Jahre gegründeten Romani E-Mail-Network dient Romani als Lingua franca. Wurde es zunächst v. a. von Aktivisten benützt, so erfreut es sich heute zunehmender Popularität (Matras 1999a: 493).

Am umfassendsten beschrieben sind Standardisierungsbemühungen in Makedonien, den tschechischen und slowakischen Republiken und in Österreich. Das 1993 an der Universität Graz initiierte österreichische Romani-Projekt, das die Standardisierung der österreichischen Romani-Varianten zum Ziel hat, versteht sich weder als ein rein wissenschaftliches Projekt der Beschreibung und Kodifizierung noch als eine folkloristisch-sprachpflegerische Initiative,

vielmehr geht Halwachs (1999: 132) davon aus, »Roma aufgrund ihres intuitiven Wissens um ihre ›Muttersprache‹ als Experten anzuerkennen und deren Vorstellungen in Bezug auf Verschriftlichung, Standardisierung und Umsetzung im Unterricht etc. zu berücksichtigen«. ¹ Milena Hübschmannová und ihre MitarbeiterInnen brechen mit sämtlichen traditionellen Auffassungen der Standardisierung und definieren den Prozess in Tschechien und der Slowakei als eine »postmoderne Standardisierung«, die sich dadurch auszeichnet, dass die Vereinheitlichung in den Hintergrund tritt. Angesetzt wird an der experimentell gewonnenen Erkenntnis, dass Variation auch in der schriftlichen Kommunikation nicht a priori ein Hindernis in der Verständigung darstellen muss, sondern sich den kommunikativen Notwendigkeiten anpasst (Matras 1999b: 99).

Vor allem der verstärkte Gebrauch von Romani in den Medien macht den Sprachausbau in formellen Domänen notwendig. Für den Moment ist Romani meist nur in Medien mit lokaler oder regionaler Verbreitung präsent. In Audio- und audiovisuellen Medien kommt – unterstützt durch multimodale Möglichkeiten – eine breitere Vielfalt von Codes in einer kommunikativen Funktion zur Anwendung. In periodischen Printmedien überwiegt derzeit eine zweisprachige Gestaltung, die dem Romanitext einen Text in der jeweils dominanten Sprache gegenüberstellt. So sind beispielsweise die in Österreich erscheinenden Zeitschriften *Romano centro* und *Romani Patrín* durchgehend zweisprachig gestaltet, während die Zeitschrift *Romano Kipo* einzelne Romani-Wörter in den sonst deutschsprachigen Text einbaut. Diese Texte erfüllen eine emblematische Funktion, indem sie »auf eine emotionale Identifikation des Lesers mit der Symbolik oder der Ästhetik des Textes und dessen außersprachlichen Gesamtzusammenhang« abzielen (Matras 1999b: 105). Zur Zeit findet in Printmedien in Romani bzw. in zweisprachigen Printmedien kaum eine Bezugnahme zu anderen Romani-Publikationen und Autoren statt (Matras 1999a: 49). Autoren sind sich der Rolle ihrer Publikationen im Standardisierungsprozess bewusst und tragen dazu bei, eine konsistente Norm zu schaffen. Zunehmend fließen Lösungen, die sonst nur von der Wissenschaft und

1. Seit 2002 ist eine Online-Datenbank verfügbar, die verschiedene Romani-Dialekte umfasst. Sie schöpft aus neueren literarischen, journalistischen und politischen Texten. <http://www.gewi.kfunigraz.ac.at/romlex/about.html>

zentral-normierenden Kreisen propagiert werden, in solche Publikationen ein (Friedman 1997; Matras 1999b: 109). Wird Romani in einer kommunikativen Funktion in Medien verwendet, so findet eine Anpassung im Sinne des Audience design (Bell 1997) statt, wenn sich Sprecher an eine heterogene Rezipientenschaft bzw. an einen über das Lokale hinausgehenden Kreis wendet.

In der neuen Dynamik, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs zu verzeichnen ist, wird Romani in der Medienlandschaft zunehmend Platz eingeräumt. Einige ost- und süsteuropäische Länder nehmen hier eine Vorreiterrolle ein, indem Romani zunehmend über Lokalmedien hinaus präsent ist. Im Kreis der transnationalen Medienhäuser – insbesondere bei der Deutschen Welle¹ – bestehen Bestrebungen, Programme in Romani in das regelmäßige Nachrichtenangebot einzubeziehen. Medien kommt bei der Standardisierung und Konvergenz eine Schlüsselrolle zu. Im Fall des Romani sind die Chancen groß, dass es sich nicht um ein elitäres Top-down-Projekt handelt, sondern um eine neue Form der Standardisierung.

2.2.5 Fazit: Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen

In manchen Staaten, die auf dem Territorium des früheren Jugoslawien entstanden sind, haben sich in einer ersten Phase staatliche Audio- und audiovisuelle Medien sowie regierungsnahen Printmedien als Sprachrohr der Regierung verstanden. Sie stellten sich in den Dienst der Propagierung neuer Nationalsprachen. Besondere Bedeutung kam dabei – schon vor der Eigenstaatlichkeit und verstärkt danach – Sprachkolumnen und öffentlich ausgetragenen Sprachdebatten zu, die politische Diskurse, Volksmeinungen und akademische Sichtweisen amalgamierten, um eine Abgrenzung zu postulieren. Wie erste Untersuchungen für Kroatien (Langston 1999; Langston/Peti-Stantić in Druck) zeigen, hat sich im tatsächlichen Sprachgebrauch von Medien, von administrativen Terminologien abgesehen, im Vergleich mit der Zeit vor der Gründung des neuen Staates jedoch nur relativ wenig geändert. Was sich als kroatischer

1. Seit Anfang 2002 übernimmt die DW die wöchentliche Romanes-Sendung von Radio MultiKulti (Berlin) und strahlt sie über Kurzwelle aus. Vgl. Presseausendung der DW, 6. 1. 2002:
http://www.dw-world.de/german/0,3367,2982_A_398254_1_A,00.html

Standard durchsetzen wird, ist zehn Jahre nach der Proklamierung der Staatssprache nicht wirklich entschieden. Obwohl der Privatisierungsprozess im Mediensektor zunächst nicht ›automatisch‹ eine größere Meinungsvielfalt hervorgebracht hat, so sind dennoch – vor allem von nichtkommerziellen Initiativen ausgehend und unterstützt von internationaler Seite – unabhängige Medien entstanden, die eine gesellschaftliche Heteroglossie zum Ausdruck bringen. Medien, die sich dem nationalistischen Projekt nicht verbunden fühlten, divergierten auch in ihrer sprachlichen Praxis. Teilweise war eine stärkere Hinwendung zum Regionalen erkennbar. Die Bemühungen, eine einheitliche Sprache auf diskursiver Ebene und auf formaler Ebene durchzusetzen, waren eng verbunden mit dem Prozess der Abgrenzung und der Affirmation, oder wie Bakhtin in den 1930er Jahren im Kontext des stalinistischen Regimes formulierte (1981: 270 f.):

A unitary language is not something given (dan) but is always in essence posited (zadan) – and at every moment of its life it is opposed to the realities of heteroglossia. (...) We are taking language not as a system of abstract grammatical categories, but rather language conceived as ideologically saturated, language as a world view, even as a concrete opinion, insuring a maximum of mutual understanding in all spheres of ideological life. Thus a unitary language gives expression to forces working toward concrete verbal and ideological unification and centralization, which develop in vital connection with the process of sociopolitical and cultural centralization.

Ebenso wie diskursive Strategien in Medien politische und administrative Grenzen akzentuieren bzw. minimieren können, können sie sprachliche Abgrenzungen verringern oder betonen und durch metasprachliche Diskurse zu einem Klima beitragen, in dem Sprache zu einer symbolischen Grenze gegenüber anderen und zu einem Ausdruck von Loyalität nach innen wird. Das gewinnt an besonderer Brisanz, wenn symbolische Grenzen als Kommunikationsgrenzen dargestellt werden. Für den Moment scheint einiges darauf hinzudeuten, dass diesen metasprachlichen Diskursen und symbolträchtigen Benennungen mehr Gewicht zukommt als tatsächlichen Veränderungen im Sprachgebrauch. Eine Homogenisierung im medialen Sprachgebrauch lässt sich heute ungleich schwerer durchsetzen als zur Zeit des Primates von nationalen Medien. Die Medienlandschaft hat sich auf vielfältige Weise diversifiziert und fragmentiert, traditionelle mediale Formen verschwimmen und Rezeptionsgewohnheiten ändern sich. Damit erfährt der Sprachge-

brauch in Medien eine Transformation: In Audio- und audiovisuellen Medien sind heute »verschiedene Substandarde, Jargone, Dialekte ein ganz selbstverständliches Phänomen«, sodass v. a. der »administrative Diskurs« zum »festen Wachturm der Standardsprache wird« (Škiljan 2002: 294).

In den letzten Jahren sind vereinzelt in Medien Tendenzen erkennbar, die darauf abzielen, den einstigen serbokroatischen Sprachraum wieder zu einer Rezipientenschaft zusammenzufassen. Diese Tendenzen sind nicht von einer Nostalgie nach Gewesenem geprägt, sondern eher von Marktüberlegungen. Im kommerziellen Unterhaltungssektor gehen Medien, die auf den gesamten Kommunikationsraum abzielen, von einer Maximierung der Rezipientenschaft aus und vermeiden die Verwendung allzu markierter Begriffe. Bewusstere Initiativen, die v. a. im nichtkommerziellen Sektor ergriffen werden, betonen, dass es sich um Sprachen handelt, für die es keine Übersetzung braucht. Sie lassen ihren AutorInnen sprachliche Freiheit und zielen auf einen inhaltlichen Austausch. Die Migration in Europa, Kanada und den USA wird von Medien als Faktor wahrgenommen. Verliehen in den ersten Jahren nach Ausbruch des Krieges die Beziehungen unidirektional vom »Mutterland« aus, so kommt zunehmend ein zweiseitiger Fluss in Gang. Abgesehen von tagesaktuellen Diasporamedien haben innerhalb der Migration solche Medien die größte Chance, wirtschaftlich zu bestehen, die die Migration aus dem gesamten Raum als eine Rezipientenschaft anzusprechen verstehen.

In mehrsprachigen Situationen, wo im Zuge des Transformationsprozesses neue Grenzziehungen stattfanden und sich die Minderheiten-Mehrheitenverhältnisse änderten, reagierten neue staatliche Institutionen nicht oder nur mit Verzögerung und unter Druck von »außen« darauf, einen Zugang für Minderheiten bzw. Volksgruppen zur Information sicherzustellen und eine Teilhabe an der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Die Bestrebungen um die Schaffung einer neuen nationalen Identität waren vielfach mit einer Fokussierung auf eine (dominante) Staatssprache als einem Symbol dieser Identität verbunden. Der Rückzug auf das Eigene hat zu einer weitgehenden Ethnisierung des medialen Raumes geführt. Um diese Trennungen zu überwinden, braucht es bewusstere Anstrengungen, die zunehmend nicht nur auf die Förderung eines in-

haltlichen Austauschs abzielen, sondern, indem sie die multimodale Dimension von Medientexten ausschöpfen, die gleichzeitige Präsenz mehrerer Sprachen sichtbar machen wollen.

Obwohl Roma immer noch Diskriminierungen ausgesetzt sind und in den kriegerischen Konflikten zur Flucht getrieben wurden, so hat die nahezu gleichzeitig erfolgte größere Anerkennung der Roma als Volksgruppe durch die internationale Gemeinschaft dazu geführt, dass Romani vermehrt in formellen und institutionellen Situationen Verwendung findet. Während sich Unterrichtsmaterialien und lokale Medien primär an lokal bzw. regional gesprochenen Varietäten ausrichten, beginnt sich ein internationaler Austausch via Internet und Medien, die auf eine größere Verbreitung abzielen, abzuzeichnen. In diesen Situationen erfüllt Romani auch in schriftlicher Form eine kommunikative Funktion und dient als überregional als Lingua franca. Mehrere wissenschaftliche Projekte der Standardisierung setzen darauf, dass dieser Prozess nicht als Top-down-Prozess erfolgt. Standardisierung wird nicht notwendigerweise als Homogenisierung verstanden, sondern lässt Variation zu. SprecherInnen, die – der Situation entsprechend – notwendige Anpassungen selbst vornehmen, damit eine effiziente Kommunikation sichergestellt werden kann, sind hier Experten. Der offene und dialogische Prozess, der damit in Gang kommt, könnte zu einem Modell für eine andere Form der Standardisierung werden, die nicht (potentiell) zu Abgrenzungen beiträgt, sondern auf eine sprecherbestimmte, situationsadäquate kommunikative Konvergenz setzt. Überregionale und interaktive Medien spielen in diesem Prozess nicht nur eine Rolle als Textkorpus, sondern auch als Ort der Aushandlung.

2.3 Die angefochtene Dominanz der Kolonialsprachen – Am Beispiel Madagaskar und Südafrika

Ähnlich wie in der Transformationsforschung in Bezug auf Südosteuropa ist in der afrikanischen Literatur, die sich mit dem in den 1990er Jahren an Dynamik gewinnenden gesellschaftlichen und politischen Wandel auseinandersetzt, ein Fokus auf die Beziehung Medien–Staat sowie Medien–Kapitalinteressen festzustellen (Jacobs 2003: 44 f.). Gleichzeitig gibt es v. a. in Südafrika eine wachsende Zahl an Publikationen, die einem Cultural-studies-Ansatz verbunden sind und der Frage nach der Rolle von Populärkultur im Prozess der Transformation von Identitäten nachgehen.¹ Jacobs (2003: 47 f.) gibt zu bedenken, dass der Fokus auf die Rolle des Staates und auf mediale Entwicklungen in einem staatlichen Rahmen zu kurz greift. Übersehen werde, dass die staatliche Autonomie in Bezug auf eine Regulierung des Mediensektors dadurch eingeschränkt wird, dass sich eine neoliberale Politik international durchsetzt und dass Medien auch auf politischer Ebene Eigeninteressen verfolgen.

Medienlandschaften im Süden sind derzeit extrem in Veränderung. Seit den 1990er Jahren wird ein Übergang zur freien Marktwirtschaft forciert; in- und vor allem ausländische Anbieter drängen seit Anfang der 1990er Jahre in den meisten afrikanischen Ländern auf den Markt. Südafrikanische Unternehmen gewinnen in diesem Prozess neben internationalen Akteuren zunehmend auch in anderen afrikanischen Ländern an Einfluss. Teilweise sind Parallelen mit Transformationsprozessen in anderen Regionen erkennbar: Neue Regierungen sind oft bedacht, Kontrolle über die Medien zu erlangen und versuchen, im Privatisierungsprozess ihre Interessen durchzusetzen. Oft wird internationalen Medienanbietern vor lokalen, die eine politische Konkurrenz vor Ort darstellen könnten, der Vorzug gegeben (Mbida 2000: 216). Gleichzeitig ist der Medienboom, der in einer Vielzahl von Medienprodukten und Akteuren zum Ausdruck kommt, nahezu unüberschaubar. Marktorientierte Medien richten sich in vielen Ländern primär an eine Elite, an eine Ober- und Mittelschicht, die in der wirtschaftlichen Restrukturie-

1. Z. B. Nuttall/Michael 2000, Wasserman/Jacobs 2003, Kriger/Zegeye 2001.

rung noch schmaler geworden ist. Lokale Medieninitiativen, die auch in ländlichen Regionen entstehen, sowie kommerzielle Projekte, die zunächst in einem wirtschaftlichen Graubereich operieren, wie lokale Videospielefilmproduktionen, werden von Beobachtern kaum wahrgenommen. Tomaselli/Shepperson (1999) kritisieren, dass immer noch zu häufig im Westen und für den Westen entwickelte Medientheorien und Methoden der Kommunikationsforschung unhinterfragt auf afrikanische Länder angewandt werden. Sie werden weder den spezifischen Bedingungen gerecht noch geben sie adäquate Richtlinien für eine Regulierung und Entwicklung des Mediensektors.

Obwohl sich das mediale Angebot auf Anbieterseite im letzten Jahrzehnt vervielfacht hat, sind staatlicher bzw. öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen nach wie vor Schlüsselmedien und in den meisten Ländern die Einzigen, die zumindest annähernd über eine gesamtstaatliche Verbreitung verfügen. Darüber hinaus sind sie in manchen Regionen die einzig verfügbaren Medien. Auffallend ist die nach wie vor starke Präsenz der ehemaligen Kolonialsprachen in Printmedien und im Fernsehen, während lokale Medien, insbesondere nicht-kommerzielle oder von lokalen Kleinunternehmen getragene, stärker auf afrikanische Sprachen setzen.

African Renaissance und Sprachenpolitik der Afrikanischen Union

Seit ihrer Gründung 1963 hat die OAU (Organisation of African Unity) bzw. die 2000 am Lome-Gipfel gegründete Nachfolgeorganisation AU (African Union) mehrfach ihre Intention bekräftigt, afrikanische Sprachen im Bildungswesen zu fördern. Am Gipfel der AU in Lusaka 2001 wurde die Gründung einer gesamtafrikanischen Sprachenakademie (ACALAN) beschlossen. Die Akademie ist in Mali angesiedelt und stützt sich auf die Arbeit des im Jahr 2000 etablierten Netzes der Federation of African Language Academies and Associates. ACALAN plant die Erstellung eines afrikanischen Sprachenatlas und will sich in einer ersten Phase v. a. mit zehn grenzübergreifenden Verkehrssprachen und dem Madagassischen beschäftigen, in einer weiteren sollen grenzübergreifende Sprachen mit weniger großer Vermittlungseigenschaft hinzukommen, später dann auch nicht-grenzübergreifende Sprachen und bedrohte Sprachen. Es geht auch darum, das Verhältnis zu den ehemaligen Kolonialsprachen,

die weiterhin als Integrations-sprachen dienen, neu zu definieren. Die Stellung dieser »Partnersprachen« soll hinterfragt werden. ACALAN erwartet dafür eine Unterstützung der UNESCO.¹

Während frühere panafrikanische Initiativen v. a. auf eine Aufwertung der afrikanischen Sprachen im Bildungswesen abzielten, werden zunehmend Zeichen gesetzt, die auf eine umfassende Sprachenpolitik abzielen. Im Rahmen des panafrikanischen Projekts der New African Renaissance, das eng mit Nelson Mandelas Namen verknüpft ist, wird die Notwendigkeit der Aufwertung der afrikanischen Sprachen aus verschiedenen Gesichtspunkten aufgeworfen.

Von einem kulturellen Ansatz geht die im Jahr 2000 verabschiedete Deklaration von Asmara aus, die Ausgangspunkt für ein Netzwerk von afrikanischen SchriftstellerInnen und SprachwissenschaftlerInnen ist. Sprachliche Vielfalt in allen gesellschaftlichen Bereichen wird nicht nur als kulturelles Erbe gesehen, sondern als Weg zu einer demokratischen Gesellschaft und als Mittel, die afrikanische Einheit zu fördern.² Der kenianische Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o, einer der Exponenten des Netzwerks, leitet das Restoration Project am Centre for Writing and Translation (University of California Irvine). Ziel des Projekts ist »reversing the brain drain by ensuring that the products of that brain drain go back to build the local base«, d. h. dass das kulturelle Gedächtnis des Kontinents, das in Werken und Dokumenten in europäischen Sprachen gespeichert ist, in afrikanischen Sprachen zugänglich gemacht werden soll (Ngugi wa Thiong'o 2003: 7). Das Projekt fördert die Rückübersetzung von Werken, die in Kolonialsprachen geschrieben waren, in jene Sprachen, aus welchen sie ursprünglich schöpften, und die Durchforstung europäischer Museen und Archive nach Dokumenten in afrikanischen Sprachen. Die afrikanischen Sprachen sind, wie Ngugi wa Thiong'o (2003: 3) unterstreicht, der Schlüssel zur Wiedergewinnung der Macht des Benennens, zur Kontinuität des kulturellen Gedächtnisses und für ein souveränes Bewusstsein.

1. Drabo, Suleymane: ACALAN – die Afrikanische Sprachenakademie. Beitrag auf der Website der Deutschen UNESCO-Kommission. <http://www.unesco-heute.de/302/acalan.htm>, 2. 10. 2003.
2. Deklaration von Asmara (Eritrea), 17. 1. 2000: The Asmara Declaration on African Languages and Literatures: <http://www.outreach.psu.edu/C&I/AllOdds/declaration.html>

Von einem gesellschaftspolitischen Standpunkt geht Neville Alexander (2003: 25 f.), der Direktor des Project for Alternative Education in South Africa (PRAESA), aus. Für ihn ist die ungebrochene Hegemonie der drei europäischen Sprachen auf dem afrikanischen Kontinent ein Indikator für den Klassencharakter afrikanischer Staaten, der durch die Marginalisierung afrikanischer Sprachen die große Masse der Bevölkerung von einer Teilhabe ausschließt. Nur durch eine Politik, die die afrikanischen Sprachen in allen gesellschaftlichen Funktionen aufwertet, kann der Graben aufgehoben werden. Für Alexander (2003) sind die im Entstehen begriffenen sozialen Bewegungen und Netzwerke der Zivilgesellschaft Motoren dieser Entwicklung. Eine Reihe solcher Initiativen sind neben universitären Einrichtungen in der Federation of African Language Academies and Associates (FALAA) vertreten. Sie sind nicht nur im Bereich der schulischen Bildung und der Erwachsenenbildung tätig, sondern, wie beispielsweise die National Association of Cameroonian Language Committees (NACALCO), auch im Mediensektor. NACALCO unterstützt seit mehreren Jahren die Herausgabe von Community-Zeitungen in afrikanischen Sprachen und hat 2001 mit dem Aufbau eines Netzes von lokalen Radiostationen begonnen (Tadadjeu 2001). Jene Ansätze, die im Rahmen der New African Renaissance stehen, gehen von der Notwendigkeit einer umfassenden Aufwertung der afrikanischen Sprachen in allen Domänen aus.

2.3.1 Vom Kolonialfunk zum Nation building

Radioprogramme für die afrikanischen Kolonien begannen Ende der 1920er Jahre von Großbritannien aus, in den französischen Kolonien wurde der Anfang 1931 in Madagaskar gemacht. In der Anfangszeit wurden die Programme fast ausschließlich in den Sprachen der Kolonialmächte gesendet und waren primär dazu gedacht, Kolonialbeamte mit Information, Unterhaltung und Kultur zu versorgen. Zu einer Expansion des Angebots in afrikanischen Sprachen kam es in allen Kolonialländern während des Zweiten Weltkriegs, als Soldaten aus den Kolonien an verschiedenen Kriegsschauplätzen kämpften und es sich als nötig erwies, die Familien in den Herkunftsdörfern mit Information über den Kriegsverlauf zu versorgen, um einer Gegenpropaganda zuvorzukommen. Teils

wurden die Sendungen in afrikanischen Sprachen in den französischen Kolonien nach Kriegsende wieder eingestellt (Mytton 2000: 23; Mbida 2000: 41). In der frühen Zeit war der Zugang zum Medium sehr beschränkt, denn in den Dörfern wurden nur Schlüssel- bzw. Vertrauenspersonen mit batteriebetriebenen (damals noch sehr kostspieligen) Apparaten ausgestattet.

So unterschiedlich wie die Sprachenpolitik der Kolonialmächte, so unterschiedlich war auch die Medienpolitik. Beim Aufbau der Medieninfrastruktur vor Ort folgten die britischen Kolonien organisatorisch dem BBC-Modell – also einem dezentraleren Modell mit öffentlichem Bildungs- und Informationsauftrag. Es wurden früh auch afrikanische Sprachen verwendet, um eine afrikanische Elite aufzubauen. Die französische Kolonialpolitik der direkten Herrschaft spiegelte sich auch im Radiobereich: Das Rundfunksystem in den Kolonien war nach französischem Modell zentralistisch organisiert, afrikanische Sprachen fanden erst später Eingang in das Radio. In den belgischen Kolonien war privates Radio erlaubt, und neben den staatlichen Strukturen entwickelte die Kirche Aktivitäten im Rundfunk (Bourgault 1995: 69 f.; Tudesq 1983: 15 f.). Tudesq (1983) weist darauf hin, dass es auch ein unterschiedliches Maß an journalistischer Freiheit gab: Radiostationen in den britischen Kolonien waren zumindest teilweise für die nationale Unabhängigkeit, während Radiostationen in den französischen Kolonien eher die Bindung an Frankreich verstärkten. In der Ausbildung des Personals und der technischen Entwicklung des Medienwesens spielten die Kolonialmächte eine zentrale Rolle. Die BBC hatte eigene Ausbildungsstrukturen und führte Kurse teils in London, teils vor Ort durch. 1956 schuf die französische Regierung die *Société de la Radiodiffusion de la France d'Outremer (SORAFOM)*, die in der postkolonialen Phase in das *Office de la Coopération Radiophonique (OCORA)* umgewandelt wurde. Die Ausbildung erfolgte ausschließlich im *Studio École* in Paris.

Nach der Unabhängigkeit übernahmen die jungen Staaten die Rundfunksysteme, so wie sie von den früheren Kolonialmächten strukturiert worden waren, als Monopolbetriebe. Das westeuropäische Modell, das im öffentlichen Rundfunk eine Klammer für den Nationalstaat sah, wurde als solches übernommen und der Rundfunk in den Dienst des Aufbaus des *nation building* und der *sensibilisation politique*, einer staatsbürgerlichen Erziehung, gestellt. Erst mit

der Einführung des Transistorradios Ende der 1960er Jahre begann eine rasche Verbreitung des Radios auch in ländlichen Gebieten. Kampagnen zur Verteilung von kostenlosen Rundfunkempfängern, die in mehreren afrikanischen Ländern durchgeführt wurden (Bourgault 1995: 73), sollten die Reichweite des Mediums über die nationalen Eliten hinaus ausbauen. Allerdings zählten die JournalistInnen mit wenigen Ausnahmen zu den in den früheren Metropolen ausgebildeten Eliten, die in ihrem Lebensstil und in ihren Kontaktnetzen mit den Metropolen verbunden blieben. Da die neuen Staaten den technischen, finanziellen und personellen Herausforderungen kaum gewachsen waren, blieb eine große Abhängigkeit von den ›Mutterländern‹ auch nach der Unabhängigkeit bestehen. Dies betraf nicht nur die technische Ebene und die Aus- und Weiterbildung, sondern auch Programminhalte. Für die Informationsbeschaffung waren die neuen staatlichen Stationen auf die großen internationalen Presseagenturen angewiesen, sie übernahmen aber auch ganze Programme oder Sendungsteile. Damit dominierte in der ersten Zeit nach der Unabhängigkeit noch in den meisten Staaten die ehemalige Kolonialsprache den Rundfunk, doch wurde das Radio zu jenem Medium, in welchem afrikanische Sprachen am stärksten vertreten waren.

Mit der UNESCO trat in den 1960er Jahren ein neuer Akteur in den Medienbereich im Süden ein. Nachdem eine Reihe unabhängiger Staaten des Südens der Organisation beigetreten waren, dehnte sie ihre Medienhilfsprogramme auf die so genannten Entwicklungsländer aus. Sie förderte Bildungsprogramme und Alphabetisierungsprogramme in den ländlichen Regionen, den Schulfunk und Lehrerbildungsprogramme sowie den Ankauf von technischem Material. Außerdem organisierten die UNESCO, das International Press Institute und andere Institutionen kurze Radiotrainingskurse in Ergänzung zu BBC und Radio École (Bourgault 1995: 73 ff.). Die UNESCO stützte sich dabei auf die Modernisierungstheorie, die zunächst von amerikanischen Kommunikationssoziologen wie dem späteren UNESCO-Experten Wilbur Schramm (1964) propagiert wurde. Die Modernisierungstheorie kam mit der damals in der UNESCO noch herrschenden Doktrin des »freien Informationsflusses« – also der marktwirtschaftlichen Dominanz – nicht in Konflikt, denn sie sah in den Medien einen Motor der Entwicklung und Modernisierung. Dabei wurde Modernisierung mit

Individualisierung, Urbanisierung und Industrialisierung, mit der Übernahme westlicher Werte gleichgesetzt. Hauptzielgruppen waren ländliche Eliten, die als Multiplikatoren fungieren sollten.

Dieser Ansatz, der mit der so genannten neokolonialen Phase in Afrika korrespondierte, kam ins Kreuzfeuer der Kritik der antikolonialen und antiimperialistischen Bewegungen, die sich sozialistischen Modellen zuwandten. Kritisiert wurde die Modernisierungstheorie, weil sie sich nicht an emanzipatorischen Modellen orientierte und lokalem kulturellem Ausdruck keine wirkliche Bedeutung zumaß (Mattelart 1999: 158 f.). Die UNESCO förderte zwar die Medienproduktion in afrikanischen Sprachen, so wie sie Bildung in afrikanischen Sprachen förderte, doch in der Ausrichtung der Modernisierungstheorie begriff man die afrikanischen Sprachen, weniger als kulturelle Ressource denn als ein Mittel, den Zugang zur Information und Bildung zu ermöglichen, um eine Modernisierung voranzutreiben (Calvet 1978: 191). Insofern waren auch die sektoriellen Maßnahmen in Bildung und Medien nicht Teil eines umfassenden sprachenpolitischen Konzepts, das auf eine Aufwertung und einen Ausbau der afrikanischen Sprachen abzielte.

In den 1970er Jahren entspann sich in der UNESCO, auf Initiative der blockfreien Staaten und unterstützt vom Ostblock, eine Diskussion um die unidirektionalen Kommunikationsflüsse, um die Dominanz der großen westlichen Nachrichtenagenturen, die im Bericht über die »New World Information and Communication Order« (NWICO) gipfelte und als neue UNESCO-Doktrin im Medienbereich galt. Die Diskussion war nicht nur von der Notwendigkeit einer Dekolonialisierung der Information bestimmt, sondern auch von der Ost-West-Polarisierung, sodass sich Forderungen um kulturelle Selbstbestimmung mit machtpolitischen Ansprüchen verquickten. Mehrere Regierungen, die sich auf dem politischen Parkett für eine neue Kommunikationsordnung stark machten, beschnitten gleichzeitig in ihren eigenen Ländern die Informationsfreiheit und verfolgten nichtkonforme JournalistInnen. Die Initiative scheiterte sowohl am Starrsinn der großen Industrieländer, die die Konzentrationsprozesse in der Medienindustrie nicht in Frage stellen wollten, als auch an der Weigerung bestimmter Länder des Südens, auf die staatlich ausgeübte Zensur zu verzichten (Mattelart

1999: 194 f.). Anfang der 1990er Jahre kehrte die UNESCO zur Doktrin des »freien Kommunikationsflusses« zurück.

Das Ende des Kalten Krieges und der auf afrikanischem Boden zwischen den Blöcken ausgetragenen Stellvertreterkonflikte hat einerseits Chancen für Demokratisierungs- und Versöhnungsprozesse geöffnet, andererseits aber die Krise afrikanischer Nationalstaaten vertieft. Saikal (2003: 17) spricht, bezogen auf die Periode nach dem Kalten Krieg, von einer dramatischen Erhöhung der Zahl an Staaten, die man als praktisch funktionsunfähig (disrupted) bezeichnen kann. Die zumeist mit dem Kollaps der Staatsfinanzen einhergehende Fragmentierung der Eliten entlang sozialer, ethnischer, konfessioneller u. a. Bruchlinien zieht eine Legitimationskrise des Staates nach sich, die mit dem Verlust des staatlichen Gewaltmonopols und mit dem Ausbruch von Bürgerkriegen verbunden sein kann. Als besonders virulent erweisen sich diese Krisen, wenn sich zu internen Dezentrierungen externe Faktoren gesellen. Saikal (2003: 21) nennt dabei nicht nur direkte militärische Interventionen, sondern auch den abrupten Rückgang an internationaler Finanzhilfe und ausländischen Investitionen. Die mit dem Ende des Kalten Krieges einsetzenden Demokratisierungsprozesse haben mit dem Ende der Apartheid in Südafrika eine neue Dynamik gewonnen. Sie sehen sich, nicht zuletzt aufgrund der internationalen Austeritätspolitik, mit dem Aufklaffen der sozialen Schere konfrontiert. Doch der Zugang zur Information und die Teilhabe an einer pluralistischen Öffentlichkeit, die neben der Einrichtung von Mehrparteiensystemen eine Voraussetzung des Demokratisierungsprozesses darstellen, sind vielerorts nicht in ausreichendem Maß gewährleistet.

Im Gegensatz zum Radio sind TV und Presse nach wie vor Medien, die sich in ihrer Vorstellung von der Rezipientenschaft primär an eine städtische Bevölkerung und an Eliten wenden. Fernsehstudios auf dem afrikanischen Kontinent wurden erst in den späten 1970er und 1980er Jahren aufgebaut. In den meisten afrikanischen Staaten fehlte es an Mitteln, das terrestrische Sendernetz über die wichtigsten Städte hinaus flächendeckend aufzubauen. Erst seit der Möglichkeit der Übertragung via Satellit – also seit den 1990er Jahren – erreicht es auch weitere ländliche Räume. Empfangsgeräte sind nach wie vor teuer, in vielen ländlichen Regionen gibt es keine Stromversorgung und so ist die Dichte an Empfangsgeräten gering.

Doch die Distributionsindikatoren sagen relativ wenig über die tatsächliche Nutzung aus, da im ländlichen Raum eine kollektive Nutzung verbreitet ist.

Im Fernsehen blieb auf allen Ebenen, auch auf der inhaltlichen, eine starke Abhängigkeit von außen. Eigenproduktionen sind teurer als importierte Programme, die von den Produzenten oft zu vergünstigten Tarifen abgegeben werden. Daher machen Nachrichtensendungen und lokale Sportsendungen den größten Teil der Eigenproduktion in afrikanischen Sprachen im Fernsehen aus (Mbida 2000: 93 f.). Die in den 1990er Jahren in den meisten afrikanischen Ländern erfolgte Privatisierung im Medienbereich hat zu einer verstärkten Ansiedlung von westlichen Unternehmen oder Kapital geführt. Damit ist nach einer Phase vermehrter Eigenproduktion der Anteil an ausländischen Programmteilen wieder gestiegen. Selbst im Radio, dem Medium, das am meisten ›afrikanisiert‹ ist, herrschen okzidentale Strukturen und Programmmodelle vor (Tudesq 1998: 39 f.). Die Abschaffung der Monopole hat dennoch gleichzeitig Freiräume eröffnet und dazu geführt, dass auch in ländlichen Regionen nicht-kommerzielle Privat- oder Community-Radios entstehen, an denen lokale Inhalte und vor Ort gesprochene Sprachen präsent sind.

Im Mediensektor bleibt jedoch auch der direkte Einfluss der nördlichen Hemisphäre beträchtlich. Die internationalen Rundfunkdienste der europäischen Staaten und der USA produzieren Programme für den afrikanischen Kontinent, die sowohl über Kurzwelle als auch über eigene lokale Frequenzen von BBC, Radio France Internationale, Deutsche Welle und Voice of America sowie über lokale Rebroadcasting-Partner-Stationen ausgestrahlt werden. Hauptsendesprachen sind die ehemaligen Kolonialsprachen und Arabisch für den nordafrikanischen Raum, sowie Hausa und Swahili als *linguae francae* für West- bzw. Ostafrika. Programme in anderen afrikanischen Sprachen werden im Fall politischer Krisen temporär hinzugefügt. So produzieren VOA, BBC und DW Sendungen in Sprachen, die in der Region der Großen Seen bzw. am afrikanischen Horn gesprochen werden. Welch sprachenpolitischen Einfluss diese Programme haben können, zeigt das Beispiel der BBC-Sendungen in Somali. Die BBC begann im Umfeld der Suez-Krise 1957 mit Programmen in Somali. Zielpublikum sind heute die ca. 9 Millionen SprecherInnen in der Region sowie die Diaspora, die

über Internet nicht nur auf schriftliche Information, sondern auch auf Audiodateien zugreifen kann. Das Somali-Service ist regelmäßig unter den zehn meistbesuchten Internetseiten des BBC WS. Nach eigenen Schätzungen hörten Anfang der 1990er Jahre 41 % der Bevölkerung in Somalia regelmäßig BBC (Walker 1992: 123). Inzwischen dürfte sich die Reichweite erhöht haben, da die BBC über eigene FM-Sender und Rebroadcasting-Partner in der Region verfügt.¹ Die BBC-Somali-Redaktion meint, dass sie in der Terminologieentwicklung eine zentrale Rolle spielt, denn sie ist »die wichtigste Quelle für internationale Nachrichten«, und wenn in den Nachrichten »ein Wort benutzt wird, so ist es in ganz Somalia, im Horn von Afrika und in der somalisprachigen Diaspora zu hören, sodass dieses Wort mit größter Wahrscheinlichkeit auch dominant wird.«² Die Redaktion hat während der letzten Jahre ein Englisch-Somali-Wörterbuch entwickelt, das derzeit nur redaktionsintern verwendet wird, in Bälde jedoch auch in einer gedruckten Version publiziert werden soll.

Im folgenden Teil sollen aktuelle sprachpolitische Entwicklungen im Medienbereich anhand von Madagaskar und Südafrika aufgezeigt werden: Madagaskar ist eines der wenigen Länder in Afrika, das eine relativ homogene sprachliche Struktur aufweist. Madagassisch wird im gesamten Inselstaat gesprochen, und Sprecher der lokalen Varietäten des Madagassischen können untereinander kommunizieren. Das viel zitierte Argument, wonach die früheren Kolonialsprachen beibehalten wurden, weil sie die (einzige) gemeinsame Lingua franca für den Staat bilden, trifft für Madagaskar nicht zu. Das südafrikanische Beispiel ist in anderer Hinsicht von Interesse. Die aktuelle südafrikanische Sprachenpolitik im öffentlich-rechtlichen Mediensektor versucht der multilingualen Realität des Landes gerecht zu werden, indem sie bewusst mehrsprachige mediale Formate zu entwickeln trachtet.

2.3.2 Madagaskar: Wechsel in der Sprachenpolitik, Konstanz in den Medien

Madagaskar ist seit Anfang der 1990er Jahre im Begriff einer doppelten Transformation. Das zuvor am Ostblockmodell orientierte

1. BBC Press Release, 13. 12. 2001.

2. Interview mit dem Chefredakteur im Somali-Service der BBC, Februar 2002.

Einparteiensystem und die planwirtschaftliche Ausrichtung werden durch ein Mehrparteiensystem und den Übergang zur freien Marktwirtschaft abgelöst. Andererseits hat das Land mit den Prozessen der Globalisierung und den Auflagen des Internationalen Währungsfonds zu kämpfen. Die tiefe politische Krise im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl im Jahr 2002 konnte zwar gemeistert werden, doch die wirtschaftliche Situation ist nach wie vor äußerst prekär.

In Madagaskar kamen laut UNESCO-Statistik¹ im Jahr 1997 auf 1.000 Einwohner 209 Radioempfangsgeräte und 22 TV-Apparate – das liegt etwa im afrikanischen Durchschnitt, doch weit unter den Werten für Europa.² Die Verteilung zeigt auch deutlich, dass das TV nach wie vor ein Medium ist, das vor allem Eliten erreicht. Bis 1992 bestand ein staatliches Radio- und Fernsehmonopol. Seither befindet sich der private Sektor in rascher Expansion, doch die staatlichen Gesellschaften Television Malagasy (TVM) und Radio Nasionaly Malagasy (RNM) sind nach wie vor die Einzigen, die zumindest potentiell flächendeckend senden können, und haben immer noch eine zentrale Position, in vielen ländlichen Gebieten sogar ein De-facto-Monopol. Dieses Monopol wird auch insofern geschützt, als private Rundfunk- und Fernsehanstalten auf einen lokalen Verbreitungsbereich beschränkt sind und Kettenbildungen verboten sind.

Eine Analyse³ des aktuellen TV-Programms der staatlichen Gesellschaft Television Malagasy (TVM) zeigt, dass das Französische die dominante Sprache im TV-Programm ist. TVM sendet ein 14-stündiges Programm täglich. Der Anteil an Programmen, die überwiegend in Madagassisch gestaltet sind, liegt an Wochentagen etwa zwischen 14 und 24 %, an Sonntagen bei ca. 30 bis 38 %. Von den Programmen, die (überwiegend) in Madagassisch gestaltet sind, entfällt der weitaus größte Teil (ca. 40 % der madagassischsprachigen Sendungen an Wochentagen) auf Nachrichtensendun-

1. <http://unescostat.unesco.org>, Nov. 2002.

2. In Österreich beträgt die Dichte beispielsweise 751 Radioapparate und 525 TV-Apparate. <http://unescostat.unesco.org>, Nov. 2002.

3. Die Analyse stützt sich auf mein Forschungsprojekt in Madagaskar im Jahr 2000 und auf eine Aktualisierung mittels Analyse des Programmschemas in der Zeit zwischen dem 16. 9. und dem 29. 9. 2002. Für die Unterstützung bei der Analyse bedanke ich mich bei Prof. Solo Randriamahaleo.

gen sowie auf Ankündigungen und Verlautbarungen (Wetterbericht, Notfalldienste, Flugverbindungen etc.). Diese Sendungen werden mehrmals täglich wiederholt. Die tägliche Nachrichtensendung *voavoa an-tsary Tvm* besteht aus einer Presseschau und aus eigenen Beiträgen über Ereignisse in Madagaskar, sporadisch auch über welche im Ausland, meist wenn ein TV-Journalist eine madagassische Delegation begleitet. Da TVM über kein Korrespondentennetz verfügt, werden für die internationalen Meldungen in der Regel Beiträge von EuroNews übernommen. Den Beiträgen, die im französischen Originalton ohne Untertitel oder Übersetzung gesendet werden, wird eine zusammenfassende madagassischsprachige Einleitung vorangestellt. Der Rest der madagassischsprachigen Sendungen entfällt auf Musikvideos, auf Mitschnitte von Veranstaltungen (Konzerte, Theater und Kabarett), auf billig zu produzierende Studioproduktionen wie Talkshows und Wunschsendungen. Sportprogramme und Übertragungen von Parlamentsdebatten, die überwiegend in Madagassisch geführt werden, sind ebenfalls Programmbestandteile. Zu einem geringeren Teil sind eigenproduzierte kürzere Dokumentarfilme über madagassische Themen zu sehen; im Beobachtungszeitraum von zehn Tagen war es einer. Der höhere Programmanteil an madagassischsprachigen Programmen an den Sonntagen ist ausschließlich auf Mitschnitte von Chordarbietungen in Kirchen zurückzuführen. Sie zählen zu den populärsten Sendungen. Die Mitschnitte von Gottesdiensten und Kirchenkonzerten verschiedener religiöser Gemeinschaften stammen aus immer wechselnden Regionen und erlauben einem breiteren Bevölkerungskreis, sich am Bildschirm wiederzuerkennen. Sie sind jener Moment, in dem auch Elemente des madagassischen ländlichen Alltags Eingang in das Prestige-Medium Fernsehen finden.

Der Programmanteil in französischer Sprache entfällt auf Informations- und Nachrichtensendungen, die direkt von BBC World Service, dem Sender der Francophonie TV5 oder dem französischen TF1 übernommen werden. Eine tägliche Nachrichtensendung in französischer Sprache wird von TVM produziert und enthält auch Nachrichten zu Ereignissen in Madagaskar. Der Rest der französischsprachigen Programme entfällt auf importierte Dokumentarfilme, Spielfilme, Zeichentrickfilme und Serien, die in französischer Originalversion oder Synchronfassung gezeigt werden. Auffallend

ist die massive Präsenz von lateinamerikanischen Telenovelas und von Dokumentarfilmen mit Bildungscharakter (z. B. zu Gesundheit oder französischen Forscherpersönlichkeiten).

Seit dem Fall des Rundfunk- und Fernsehmonopols Anfang der 1990er Jahre sind mehrere private TV-Stationen entstanden. Die Programmgestaltung der Privaten ähnelt der von TVM: die madagassische Sprache ist in Nachrichtensendungen, Mitschnitten von Veranstaltungen, Quizprogrammen, Wunschsendungen mit Videoclips, Talkshows etc. präsent. Der Anteil an Madagassisch variiert von Sender zu Sender, bewegt sich jedoch in einer ähnlichen Größenordnung wie beim staatlichen Fernsehen, d. h. zwischen 10 bis 30 %. Da ein Urheberrechtsschutz kaum implementierbar ist, besteht ein großer Teil der Programme aus Spielfilmen und Serien, die zum Preis von Haushaltsvideos erworben werden. Während das staatliche Fernsehen Urheberrechte respektieren muss, gilt das für die Privaten nur theoretisch, und das Programmangebot an Spielfilmen ist oft aktueller. Im Unterschied zum staatlichen TV werden vermehrt indische Spielfilme und Karatefilme fernöstlicher Provenienz gezeigt. Auch bei direkt von ausländischen Anbietern übernommenen Nachrichten ist die Ausrichtung auf Frankreich weniger explizit. Das internationale Deutsche Welle TV und BBC World Service sind stärker vertreten.

Die Analyse der Nachrichtenprogramme zeigt deutlich eine diglossische sprachliche Situation: Beiträge in Madagassisch beschränken sich in den politischen Nachrichten auf das Geschehen in Madagaskar, während internationale Nachrichten in ausführlicher Form nur in Französisch vertreten sind. Im Unterhaltungsbe-
reich ist das Madagassische überwiegend in Sendungen mit hohem Musikanteil vertreten, Bildungsprogramme, Spielfilme etc. sind nur in französischer Sprache verfügbar. Eine ähnliche sprachliche Verteilung ist auch an den Nachrichtensendungen des staatlichen Radio Nasionaly Malagasy festzustellen. Nachrichten in madagassischer Sprache setzen einen Schwerpunkt auf das Geschehen im Land, während jene in französischer Sprache Internationales stärker berücksichtigen, indem sie sich auf Berichte und Programmteile aus europäischen Quellen stützen.

Die Fernsehlandschaft in Madagaskar unterscheidet sich in Bezug auf die sprachliche Verteilung zwischen der ehemaligen Kolo-

nialsprache und dem Madagassischen nicht signifikant von der sprachlichen Verteilung in anderen ehemaligen französischen Kolonien, wie etwa Burkina Faso – obwohl Madagaskar eine andere sprachliche Situation aufweist und obwohl es Phasen in der Geschichte gab, in welchen das Madagassische explizit gefördert wurde. Ein Blick auf das Programmschema des burkinabeischen nationalen Fernsehens TNB¹ zeigt, dass ca. 16 % des Programms an den Wochentagen in anderen Sprachen als der französischen gestaltet werden. An Sonntagen sind die Programme ausschließlich in französischer Sprache gehalten. Sechs der nahezu 60 afrikanischen Sprachen, die in Burkina gesprochen werden, sind in den TV-Programmen des TNB präsent. Überwiegend handelt es sich um Nachrichten- und Magazinsendungen. Der Rest des Programms – die eigenproduzierten französischsprachigen Nachrichten ausgenommen – besteht v. a. aus importierten Spiel- und Dokumentarfilmen und ähnelt somit dem in Madagaskar.

Printmedien: Produktion für zahlungskräftige Eliten – Dominanz der Kolonialsprachen

Zunächst ist festzuhalten, dass Tageszeitungen nur in der Hauptstadt und in größeren Städten erhältlich sind, da die Transportwege schlecht ausgebaut sind und das Postwesen wenig funktionsfähig ist. Dementsprechend ist der Abonnementpreis z. B. bei der Tageszeitung *Midi Madagasikara*, *Premier Quotidien National d'Information de Madagascar* in der Provinz etwa doppelt so hoch wie in der Hauptstadt. Auch im Direktverkauf ist der Preis einer Tageszeitung so hoch, dass sie sich nur wenige leisten können, denn die französischsprachigen/zweisprachigen Zeitungen kosten etwa so viel wie ein halbes Kilo des Grundnahrungsmittels Reis. Mit ca. 6 Millionen Menschen ohne schulischer Bildung bei einer Bevölkerung von ca. 14 Millionen (Randriamahaleo 2002) ist der Zugang zu Printmedien limitiert. Laut UNESCO-Statistik² betrug im Jahr 1996 die Gesamtauflage der 5 Tageszeitungen 66.000, somit entfielen auf 1.000 Einwohner 4,6 Tageszeitungen. Wochenzeitungen

1. Die Angaben beziehen sich auf die Woche zwischen dem 15. und dem 21. 10. 2002. Die Angaben über das TV-Programm sind der Zeitung *L'Observateur Paalga*, die in Ouagadougou erscheint, entnommen.
2. <http://unescostat.unesco.org>, Nov. 2002

und periodisch erscheinende Zeitschriften erreichten im selben Jahr insgesamt eine Auflage von 90.000. Doch diese Statistik sagt wenig über die tatsächliche Reichweite aus. Während in ländlichen Regionen Tageszeitungen nicht verfügbar sind, werden sie in Städten weitergereicht und in manchen Vierteln auf Initiative der Bevölkerung an öffentlich zugänglichen Plätzen angeschlagen, sodass Artikel diskutiert und kommentiert werden. Die Leserschaft der Tageszeitungen umfasst also nicht ausschließlich die dünne madagassische Ober- und Mittelschicht, die über Französischkenntnisse verfügt, und die wachsende Zahl an Ausländern, die sich beruflich in Madagaskar aufhalten, sondern auch Kreise, die nur bruchstückhaft Französisch sprechen. Sie spielen zudem – vermehrt, seit sie über Internet verfügbar sind – eine Rolle für die madagassische Diaspora in Europa und in den USA.

Eine der Tageszeitungen (Madagascar Tribune) geht noch auf eine französische Gründung zurück, die Entstehung der anderen Tageszeitungen fällt in die letzte Phase des sozialistischen Regimes, in der die Zensur gelockert wurde, bzw. in die Jahre der einsetzenden Privatisierung in den 1990er Jahren. Durch die Privatisierung hat sich, ausgehend von der (überwiegend) französischsprachigen Zeitung *Midi Madagascar*, ein Medienhaus entwickelt, das in der Hauptstadt Antananarivo den Lokalfernseher MaTV sowie ein lokales Radio betreibt und eine Reihe von Printmedien herausgibt. Dazu gehört die einzige in madagassischer Sprache erscheinende Tageszeitung *Gazetiko*. Seit ihrer Gründung im Jahr 1998 konnte sie ihre Auflage so weit steigern, dass sie nun nach *Midi* zur zweitgrößten Tageszeitung mit einer Auflage von knapp 30.000 Exemplaren geworden ist. Den Erfolg des Konzepts führt der Chefredakteur von *Gazetiko* darauf zurück, dass es seit dem politischen Wechsel in den 1990er Jahren und besonders seit der Krise im Jahr 2002 ein breites Bedürfnis nach Information gibt. Mit einem Preis, der die Hälfte jenes der französischsprachigen Zeitungen beträgt, ist *Gazetiko* für einen breiteren Kreis erschwinglich.¹

Alle anderen Tageszeitungen werden in französischer Sprache verfasst und beinhalten einen kleinen madagassischsprachigen Teil. Der redaktionelle Teil beträgt ca. 50 % des Platzes, davon

1. Interview mit dem Chefredakteur von *Gazetiko*, Herivonjy Rajaonah (Mai 2003).

macht der madagassischsprachige Anteil zwischen 8–10 % aus, d. h. eine halbe bis eine Seite in einer 16–24-seitigen Zeitung. Eine Analyse der thematischen Verteilung¹ zeigt, dass der weitaus überwiegende Anteil in Madagassisch auf *fait divers* entfällt – wie Berichte über einen Banküberfall, Falschgeldproduktion, Straßenräuberei, Verhaftungen, Unfälle oder einen Zwischenfall bei Gericht. Meldungen dieser Art finden sich in den Zeitungen hingegen nicht oder kaum in französischer Sprache. Die mit *Société* oder *Actualité* übertitelten Seiten beinhalten Berichte über soziale Themen, wie Impfkampagnen, den Schulanfang, die Tourismusförderung oder die Unterstützung seitens der Diaspora. Der französischsprachige Teil konzentriert sich in der nationalen Berichterstattung auf Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport. Die raren politischen Meldungen auf den madagassischen Seiten sind eher im Chronikstil aufgemacht. Im Beobachtungszeitraum, also kurz nach dem politischen Wechsel und den damit verbundenen Unruhen, betrafen sie Maßnahmen gegen die Korruption, die als Erbe des alten Regimes dargestellt wurde, sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Alltagsleben. Letztere ist sicher eine zentrale Frage im madagassischen Alltag. Sie wird ausschließlich auf Madagassisch abgehandelt, dieses Negativthema bleibt dem nicht madagassischsprachigen Leser weitgehend verborgen. Internationale Themen werden ausschließlich in Französisch abgehandelt und weisen zu nahezu 100 % Agence France Press als Quelle aus.

Unterhaltendes wird in beiden Sprachen geboten: Die Zeitung *Midi* druckt Fortsetzungsromane, Comics und Kreuzworträtsel in beiden Sprachen. In allen Tageszeitungen ist der nichtredaktionelle Teil, der Werbeeinschaltungen, Ausschreibungen öffentlicher Aufträge, Stellenangebote, Immobilienmarkt und Kleinanzeigen umfasst, nahezu ausschließlich in Französisch gehalten. Eine Ausnahme sind die Totenanzeigen, die, wenn sie von Privatpersonen aufgegeben werden, meist madagassisch, wenn sie im Namen von Firmen erfolgen, französisch sind. Reklame für teure Produkte (Autos, Internetdienste, Mobiltelefone, Supermärkte etc.) ist französisch, für Alltagsprodukte wie madagassisches Bier und Mineralwasser ist

1. Die Analyse umfasst die Tageszeitungen *L'Express* und *Midi* in der Zeit zwischen dem 12. 9. und 28. 9. 2002. Für die Unterstützung bedanke ich mich bei Prof. Solo Randiramahaleo.

zweisprachig. Eine Ausnahme bei der Reklame waren im Beobachtungszeitraum, in den der Schulanfang fiel, überwiegend madagassisch gehaltene Werbeeinschaltungen von Banken, die Schulkredite anpriesen, und von Geschäften, die Schulmaterial anboten. Eine andere Ausnahme war eine Werbeeinschaltung von *PMU tiercé*, des Pferdewettspiels, in welcher ein besonders hoher Gewinn in Aussicht gestellt wurde. Die Aufteilung zwischen den beiden Sprachen zeigt, dass auf der Seite der Kaufkraft das Französische dominiert, während auf der Seite der Geldbeschaffung – bei Krediten und Glücksspiel – das Madagassische präsent ist.

Auffallend ist, dass in den Artikeln in beiden Sprachen Zitate aus der jeweils anderen Sprache verwendet werden. In den französischsprachigen sind das vor allem solche, die Bevölkerungsgruppen oder deren sozialen und gesellschaftlichen Status bezeichnen, wie z. B. *vazaha* (Fremder), *karana* (Angehöriger der seit langem in Madagaskar ansässigen pakistanisch-indischen Volksgruppe), *mpiasa* (Arbeiter). Bei diesen als allgemein bekannt vorausgesetzten Begriffen wird keine Übersetzung oder Erklärung mitgeliefert, bei weniger häufigen wie *ranadahy* (Wasserkundiger) schon. Andere Zitate beziehen sich auf kulturell Spezifisches. Z. B. ist im Zusammenhang mit einer Auslandsreise des Staatspräsidenten von *un voan-dalana* (Reisemitbringsel) die Rede, im Zusammenhang mit der Revision der Verfassung von den *principes du fahamarinana et fahamasina* (der Wahrhaftigkeit und Erhabenheit) oder auf der Kulturseite von den madagassischen Musikinstrumenten *le kabosa, l'aponga be* und der Pflanze *taretra* (Agave). In den madagassischsprachigen Texten kommen in einem Artikel über einen bewaffneten Überfall auf eine Tankstelle die Wörter *pistolet, station d'essence, pompistes, opération* vor, in einem anderen über einen Verkehrsunfall *trottoir* und im Zusammenhang mit einem Prozess *ny greffier*. Fallweise werden die französischen Zitate in Klammern als Erklärung weniger gebräuchlicher madagassischer Begriffe beigelegt, wie z. B. *ny taratasy fi-antsoana (convocation)* oder *fanakanan-dalana (barrage)*. Aus den häufig und selbstverständlich vorkommenden Zitaten wird deutlich, dass von LeserInnen französischsprachiger Artikel kulturelle Kompetenz erwartet wird und dass französische Termini in bestimmten Bereichen wie dem Justizwesen in der madagassischen

Sprache fest verankert sind, offensichtlich fester als die während der Zeit der *Malgachisation* geprägten madagassischen Termini.

Unter den Wochenzeitungen, die allgemeine politische Informationen anbieten, gibt es verschiedene Gruppen: Magazine in Mehrfarbendruck und überwiegend in französischer Sprache, die sich an ein städtisches Publikum bzw. an die madagassische Diaspora wenden. Dazu gehört z. B. *Revue de l’Ocean Indien Madagascar (ROI)*, eine Zeitung, die seit 1988 besteht und in einer Auflage von 5.000 erscheint. Eine weitere Gruppe stellen Wochenzeitungen in madagassischer Sprache dar. Sie sind vor allem für den ländlichen Raum von großer Bedeutung, erreichen aber auch die Diaspora, wie beispielsweise die Zeitung *Lakroan’i Madagasikara (Madagassisches Kreuz)*. Sie erscheint in einer Auflage von 15.000 und beinhaltet eine Seite in französischer Sprache. Vorläuferin von *Lakroa* war die 1935 gegründete Wochenzeitung *Lumière*, die konsequent eine antikoloniale Haltung vertrat und als erste die Repression gegen die Bauernrevolte von 1971 verurteilte (Corvell 1995: 132). Einige der kleineren, heute erscheinenden madagassischsprachigen Wochenzeitungen haben eine ähnlich lange Geschichte, während die Wochenzeitungen in französischer Sprache durchwegs neuere Gründungen sind. Das ist kein Zufall, denn die madagassische Sprache hatte zur Kolonialzeit und während der ersten madagassischen Republik, die stark an Frankreich orientiert war, eine Konnotation von Widerständigkeit und erwachendem Selbstbewusstsein.

Sprachenpolitik: Diglossie Malagasy–Französisch

Französischsprachige Beiträge in den madagassischen Medien sind nur zu einem kleinen Teil der Bevölkerung vollinhaltlich zugänglich: Nach den Angaben des Haut Conseil de la Francophonie (1999: 83), das sich auf Erhebungen aus dem Jahr 1998 stützt, sind 0,57 % der madagassischen Bevölkerung als *francophones réels* einzustufen und 15,82 % als *francophones occasionnels*. Das heißt, dass jener Teil der Bevölkerung, der sein tägliches Leben überwiegend in französischer Sprache gestaltet, äußerst gering ist, aber auch der Anteil an Personen mit gewissen Französischkenntnissen nur bei etwa einem Sechstel liegt. Madagassisch ist also die bei weitem am meisten gesprochene Sprache. Auch bei den *francophones occasionnels* handelt es sich primär um städtische Eliten, für die Land-

bevölkerung, die ca. 80 % ausmacht, sind Medien in französischer Sprache kaum zugänglich.

Was die Sprachenpolitik betrifft, hat Madagaskar eine wechselvolle Geschichte. Zur Zeit der ersten madagassischen Republik (1960–1972) blieb das Land in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht weiterhin eng an Frankreich gebunden. Französische Unternehmen und der Außenhandel mit Frankreich bestimmten die Wirtschaft im Inselstaat. Die französischen Kolonialbeamten wurden zwar abgezogen, doch blieben 1972 noch ca. 50.000 französische Staatsbürger im Land. Auf gesetzlicher Ebene wurde zwar dem Madagassischen neben dem Französischen der Status einer offiziellen Sprache eingeräumt, doch de facto änderte sich wenig, denn Französisch blieb Unterrichts- und Verwaltungssprache und somit auch die Sprache des sozialen Aufstiegs. In diese Phase fiel die Verstaatlichung der Radiogesellschaft, das Fernsehen blieb zunächst im Besitz der privaten französischen Gesellschaft CSF. Als die neue staatliche Gesellschaft die Anlagen 1967 aufkaufte, gab es im Land 1.000 TV-Apparate, gesendet wurde nur im Bereich der Hauptstadt Antananarivo (Kerker 1984: 189).

1972 stürzte eine breite Volksbewegung die postkoloniale Regierung. Zu ihren zentralen Forderungen gehörte die *Malgachisation*, die Revalorisierung der madagassischen Sprache und Kultur. Die Studentenschaft und Kulturschaffende, die die madagassische Sprache auch in der modernen Populärkultur (z. B. Liedtexte, Kabarett) benutzten, gehörten zu den zentralen Akteuren der Bewegung. Das darauf folgende Militärregime der zweiten Republik (1972–1991) suchte eine Annäherung an die sozialistischen Länder und strebte eine Lösung von Frankreich in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht an. Sprachenpolitisch ist diese Periode durch die *Malgachisation* gekennzeichnet. Das Madagassische sollte ein wichtiges Element der nationalen Einheit sein. Der Grundschulunterricht wurde in Madagassisch erteilt, doch in den höheren Schulen blieb Französisch Unterrichtssprache und auch in den Universitäten wurden die meisten Studienrichtungen in Französisch unterrichtet. Damit blieb die Ausbildung der Kader von Frankreich dominiert und Französisch jene Sprache, in welcher internationale Beziehungen gepflegt und Kontakte über den Inselstaat hinaus gehalten werden konnten.

Das Militärregime stellte die Medien unter staatliche Zensur. Es betrachtete den Rundfunk als sein Sprachrohr, und die bereits in der Kolonialzeit begründeten zentralisierten Strukturen wurden weiter in diesem Sinn ausgebaut. Das Sendernetz des nationalen Rundfunks konnte in etwa flächendeckend ausgebaut werden. Obwohl Madagassisch zur Hauptsprache im Rundfunk wurde, so blieben dennoch französischsprachige Nachrichtenprogramme und einige andere Sendungen in Französisch bestehen. Wie sehr selbst das Radio von Tonimporten aus dem Ausland abhängig war, zeigt eine von der UNESCO veröffentlichte Statistik aus dem Jahr 1989: Madagaskar importierte kein Tonmaterial aus anderen afrikanischen Staaten, hingegen solches aus Europa im Wert von 205.000 und aus Nordamerika im Wert von 46.000 Dollar.¹ Die Tagespresse erschien trotz *Malgachisation* weiterhin in französischer Sprache. Für das Fernsehen fehlten dem Staat die Mittel für den Ausbau eines terrestrischen Sendernetzes und für die Programmproduktion, der Bevölkerung für den Kauf von Empfängern, 1978 gab es nur rund 10.000 TV-Geräte im Land, 1988 dann 120.000 (Tudesq 1992: 51). Dennoch lag dem Staat etwas an der Entwicklung des Prestigemediums: 1975 wurden die ersten TV-Sender in den Provinzhauptstädten eingerichtet, der Transport des Filmmaterials erfolgte auf dem Landweg, da die fehlende Elektrifizierung ein Relaisnetz unmöglich machte. Diese Zentrierung des TV-Programms auf die Hauptstadt ist bis heute noch festzustellen. In den 1970er Jahren sendete TVM 16 Programmstunden pro Woche. Madagaskar hatte sich zwar dem sowjetischen Block angenähert, doch machte Filmmaterial aus der UdSSR wie in anderen afrikanischen Ländern nie einen wichtigen Anteil an Importen aus und beschränkte sich überwiegend auf Material für Informationssendungen (Tudesq 1992: 153). Auch zur Zeit, als Madagassisch forciert wurde, erreichte die Eigenproduktion nicht mehr als 10 %, Programmimporte aus Frankreich wurden v. a. mit solchen aus der BRD ergänzt (Kerker 1984: 194). Mitte der 1980er Jahre, also zur Zeit, als die *Malgachisation* voll im Gang war, charakterisierte der Chef der Nachrichtenabteilung von TVM Tsilavina Ralaindimby (zit. nach Kerker 1984: 195) die Situation so:

1. UNESCO: World Communication Report 1989.

Wenn man die aktuelle Situation bewerten will, kann man effektiv sagen: wir haben ein Fernsehen, das sich an die privilegierte Klasse wendet, die in etwa so zu leben versucht wie die privilegierte Klasse in Europa.

Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung kam es in Madagaskar 1991 zu einem Regierungswechsel und einer politischen Wende. Das Einparteiensystem machte einem Mehrparteiensystem Platz. Während der Zeit des Militärregimes waren die Kluft zwischen Stadt und Land und die soziale Schere zwischen einer dünnen Oberschicht und einer verarmenden Masse weiter gewachsen. Wirtschaftlich zählte Madagaskar zum Zeitpunkt der Wende zu den zehn ärmsten Ländern der Welt. Unter der Ägide des Weltwährungsfonds und der Weltbank begannen Privatisierungen und eine Hinwendung zur freien Marktwirtschaft. Die Regierung wandte sich nun wieder vermehrt Frankreich und der Frankophonie zu und erhoffte im Gegenzug Unterstützung. Mit einer stärkeren politischen Regionalisierung versuchte die neue Regierung den Antagonismen zwischen den Regionen, die aus der Kolonialzeit rührten und gegen Ende des sozialistischen Regimes offen ausgebrochen waren, zu begegnen. Es ist schwierig, eine Einschätzung über die Resultate und Folgen der Politik der *Malgachisation* zu geben, da es kaum empirisches Material gibt. Festgestellt wird von verschiedenen AutorInnen (Rabenoro/Rajaonarivo 1997; Randriamahaleo 2002), dass die Eliten weiterhin nach Frankreich hin orientiert waren und Französischkenntnisse eine Vorbedingung für sozialen Aufstieg blieben, während die große Mehrheit der Bevölkerung zunehmend vom Zugang zu höherer Bildung ausgeschlossen wurde. Das war auch der Grund, warum massive Forderungen aus der Bevölkerung dazu führten, dass die Regierung 1994 Französisch wieder als Unterrichtssprache in der Grundschule einführte. Möglicherweise wurde der ›Ausweg‹ über das Französische auch als ein Weg gesehen, das gemeinsame Madagassisch, das *Malagasy imbonana*, das mit dem vorhergehenden Regime assoziiert war, zu umgehen. Im Medienbereich verfolgte die neue Regierung eine Politik der Privatisierung und öffnete den Markt für Anbieter aus dem Ausland.

Seit Sommer 2002 ist abermals eine neue Regierung im Amt, die eine neuerliche Wende in der Sprachenpolitik und in der Kulturpolitik angekündigt hat. Mit Marc Ravalomanana ist erstmals ein Präsident im Amt, der seine Ausbildung nicht in Frankreich absolviert

hat, dasselbe gilt für einen Teil der Kader in der neuen Administration. Die neue Regierung hat eine stärkere Betonung des Madagassischen angekündigt, Ministerien müssen beispielsweise ihre Bezeichnungen in madagassischer Sprache führen. Auch im Bildungssystem soll dem Madagassischen wieder eine größere Rolle beigemessen werden. Vor allem soll sich auch die Fremdsprachenpolitik ändern, indem der Unterricht von anderen Fremdsprachen als dem Französischen gefördert wird. In den öffentlich-rechtlichen Medien findet das einen ersten Niederschlag darin, dass nun am nationalen Radio vermehrt Programme in englischer Sprache zu hören sind (Randriamahaleo 2002). Die staatliche Sprachenpolitik Madagaskars pendelt seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 zwischen Phasen stärkerer Betonung des Madagassischen und Phasen, in welchen das Französische stärker forciert wird. Weder das Bildungssystem noch das Mediensystem scheinen auf die Wechsel in der deklarierten Sprachenpolitik rasch reagieren zu können.

2.3.3 Sprachenpolitische Dynamik im informellen Sektor

Privates lokales Radio hatte bei der Organisation der Bewegung gegen das Militärregime Anfang der 1990er Jahre eine ähnlich zentrale Rolle wie die Widerstandspresse in madagassischer Sprache in der Organisation der Befreiungsbewegung gegen die französische Kolonialherrschaft. Da die Opposition keinen Zugang zu den Medien hatte, richtete sie 1991 in der Hauptstadt den illegalen FM-Radiosender Radio Feon'ny Vahoaka (Stimme des Volkes) ein, kurz darauf folgten weitere.¹ Seit dem Mediengesetz von 1992² sind private, lokale Radio- und Fernsehstationen erlaubt. In der Anfangsphase konzentrierten sich die neuen Medien um Antananarivo und die Provinzhauptstädte, doch sind in der Folge zahlreiche kleine Lokalradios auch in ländlichen Regionen entstanden. Bis 2002 gab es keine funktionierende Regulierungsbehörde zur Frequenzvergabe, und die Expansion des privaten Sektors erfolgte ohne Steuerung. Dementsprechend breit ist die Anbieterstruktur gestreut: In

1. Claude Rakoto: Phénomène F.M. et radio de proximité. In: Mad on line. Le magazine Malgache sur Internet, No 4, Juin 1997.
<http://www.madonline.com/kunig/n4/societe3.htm>
2. Ordonnance 92-039 vom 14. 9. 1992.

den Städten senden werbefinanzierte kommerzielle Privatradios, die oft mit kommerziellen Stationen in Frankreich zusammenarbeiten. Parteien und einzelne Politiker sehen im Radio eine Möglichkeit, Wähler anzusprechen. Eine spezielle Rolle spielen die katholische bzw. die protestantischen Kirchen. Insbesondere die katholische Ordensgemeinschaft Don Bosco setzt in ihrer Bildungs-, Evangelisierungs- und Kulturarbeit stark auf das Radio und hat in mehreren Regionen Radiostationen eingerichtet. Da die Ordensgemeinschaft auch Aus- und Weiterbildungskurse für JournalistInnen organisiert und ein großes Tonarchiv mit madagassischer Musik angelegt hat, zählt sie zu den zentralen Akteuren in der Privatradioszene. Internationale Anbieter, RFI und BBC, haben eigene FM-Frequenzen in Madagaskar erworben. Da weder der französische noch der britische Auslandsdienst Programme in Madagassisch produzieren, wird ein französisch- bzw. ein englisch-/französischsprachiges Programm gesendet.

Eine besondere Rolle spielt die Entwicklung des Privatradios in der Provinz und im ländlichen Raum. Für jene Gebiete, in welchen das staatliche Radio nicht oder nur schwer zu empfangen ist, stellt Lokalradio eine Möglichkeit dar, die Isolation zu durchbrechen. Neben den Kirchen setzen verschiedene Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit – insbesondere die schweizerische und die deutsche – in ihrer Arbeit einen Schwerpunkt im Aufbau von Radiostationen im ländlichen Raum. Ähnlich wie in den südost- und osteuropäischen Kooperationsprogrammen wird die Entwicklung unabhängiger lokaler Medien als ein Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung und als ein Mittel der Erwachsenenbildung gesehen. Anders als die zentralistisch orientierten Ansätze für Bildungsradio in den von der Modernisierungstheorie geleiteten Initiativen der UNESCO in den 1970er Jahren gehen die heutigen von einem Ausbau des regionalen Potentials aus und vermeiden zentral produzierte Programme. Medien und Bildung waren vor der Rundfunkprivatisierung ausschließlich, wenn sie sich nicht überhaupt auf das Französische beschränkten, mit der madagassischen Standardsprache verknüpft. Durch die Regionalisierung werden sprachenpolitisch neue Akzente gesetzt, die Standardsprache ist nicht mehr die alleinige.

Zum Verständnis des sprachpolitischen Spannungsfelds, in dem die lokalen Medieninitiativen stehen, ist es nötig, einen Blick auf die Geschichte zu werfen. Die madagassische Sprache wird im gesamten Inselstaat gesprochen und ist dialektal wenig gegliedert, sodass eine Verständigung auch zwischen den Sprechern der verschiedenen regionalen Varietäten möglich ist (Rajaonarimananana 1995: 8). Ca. 60 % des Lexikons sind in den am weitesten entfernten regionalen Varietäten des Sprachkontinuums identisch (Domenichini-Ramiaramanana 1977: 20).

Vor der Standardisierung des Madagassischen durch walisische Missionare gab es, ausgehend von den Küstenregionen, bereits schriftliche Werke und Aufzeichnungen in Madagassisch, das mit arabischen Schriftzeichen transkribiert war (Bloch 1998: 135 f.). Die britischen Missionare begannen eine Kodifizierung nach europäischem Muster in lateinischer Schrift und wählten die um die Hauptstadt von der Oberschicht gesprochene Varietät als Grundlage. Antagonismen zwischen der Küstenbevölkerung und den Hochlandbewohnern waren bereits zur Zeit des Wettlaufs zwischen Großbritannien und Frankreich um die koloniale Vormacht in Madagaskar geschürt worden. Großbritannien und protestantische Missionare machten ihre Einflussphäre im Hochland geltend, während sich Frankreich und die katholische Mission auf die Küstenstriche konzentrierten. In der Bildung verfolgte die London Missionary Society die Politik, madagassische Eliten heranzubilden und Unterricht in Madagassisch zu erteilen, während die französische Bildungspolitik in Madagaskar eine Priorität auf den Erwerb von Grundkenntnissen in Französisch legte und die regionalen Varietäten des Madagassischen als Hilfssprache benutzte (Clignet/Ernst 1995: 68). Außerdem setzte die französische Kolonialverwaltung in der Kolonialzeit auf eine Ethnisierungspolitik und etablierte zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine Karte, die die madagassische Bevölkerung willkürlich in 18 Stämme einteilte (Rakotoarisoa 2002).

Heute bestehende regionale Unterschiede im Zugang zur Bildung, die für das Hochland einen wesentlich höheren Anteil an Personen mit höherer Bildung ausweisen, gehen zumindest teilweise auf die unterschiedliche Bildungspolitik der Kolonialmächte zurück (Clignet/Ernst 1995: 58 f.). Die madagassischsprachige Wider-

standspresse zur Kolonialzeit benützte ebenso wie die Medien in der ersten nachkolonialen Zeit die madagassische Standardsprache als Zeichen der Abgrenzung und als Zeichen der nationalen Einheit. Während die Streikbewegung von 1972, welche die Loslösung von der früheren Kolonialmacht zum Ziel hatte, in der Hauptstadt eine Aufwertung des Madagassischen forderte, war man in der Provinz skeptisch und befürchtete, dass die Förderung des Madagassischen mit der Dominanz des Hochlandes einhergehen könnte.

Zur Zeit der *Malgachisation*, als man die nationale Einheit beschwor, bemühte man sich um einen Ausbau der Sprache, die idealerweise zu einem *Malagasy iombonana* (gemeinsamen Madagassisch) werden sollte, indem Elemente aus verschiedenen Regiolekten integriert werden sollten (Bavoux 1996: 50). In den knapp 20 Jahren der *Malgachisation* war es nicht gelungen, die madagassische Sprache zur Sprache des sozialen Aufstiegs zu machen und die diglossische Sprachenverteilung zwischen dem Französischen und dem Madagassischen zu überwinden. Es war auch nicht gelungen, die regionalen wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zu überwinden. Das Standardmadagassisch stieß vor allem unter den Eliten außerhalb des Hochlands auf wachsende Ablehnung (Rabenoro/Rajaonarivo 1997), doch auch im Hochland wuchs die Skepsis, da die mit Neologismen durchsetzte Sprache mit dem alten Regime verbunden war (Randriamahaleo 2002). Auf wirtschaftlicher und politischer Ebene antwortete die Regierung mit einer Dezentralisierung und einer Öffnung für ausländisches Kapital. Auf sprachenpolitischer Ebene war die Aufwertung des Französischen nicht nur eine Geste in Richtung Frankreich, sondern auch ein Ausweg aus dem Dilemma zwischen einer zentralistisch-voluntaristischen Sprachenpolitik und einer regionalistischen, die die Gefahr der Ethnisierung birgt. Mit der Amtsübernahme von Staatspräsident Marc Ravalomanana im Jahr 2002 wurde eine neuerliche Wende in der Sprachenpolitik angekündigt und die Einsetzung einer Kommission, die mit in- und ausländischen Fachleuten die Sprachenpolitik neu definieren soll, in Aussicht gestellt (Randriamahaleo 2002).

Zweifellos werden Medien in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen. Durch die Aufhebung des Rundfunk- und Fernsehmonopols haben staatliche Medien ihre zentrale Rolle eingebüßt, und

neue sprachenpolitische Akteure sind im Medienbereich auf den Plan getreten. Während regionale Printmedien an der Benützung der Standardsprache festhalten, kommen in den regionalen Audio- und audiovisuellen Privatmedien vor allem die lokalen Varietäten der madagassischen Sprache zum Tragen. Damit sind die lokalen Varietäten zum ersten Mal als Moderationssprache in Medien – also in einer indirekten Kommunikation – präsent. Den ruralen Lokalradiostationen¹ ist gemeinsam, dass am Anfang das Konzept des lokalen Bürgerradios stand, d. h. das Radio versteht sich nicht als Sprachrohr, sondern verleiht Stimme, Hörerbeteiligung ist das zentrale Element. Die Stationen haben ihr Verbreitungsgebiet nicht nur in regionalen Provinzstädten, sondern legen großen Wert darauf, dass die ländlichen Gebiete des Umlands einbezogen werden. Deshalb wurden in den Dörfern des Einzugsgebiets »Postkasten« eingerichtet, damit sind Personen gemeint, die schriftliches Material wie Hörerwünsche sammeln bzw. Meldungen von Personen, die nicht schreiben können, auf Kasette aufzeichnen und an das Radio weiterleiten. Die Lokalradios arbeiten überwiegend mit freien Mitarbeitern, die vor Ort eingeschult werden. Sie dienen als Kristallisationspunkt für verschiedene regionale Initiativen – von Kulturinitiativen, wie Theatergruppen oder Musikgruppen, bis zu praktischen Zusammenschlüssen, wie Wasserbringungsgemeinschaften oder Elternvereinen, sowie als Sprachrohr für Gemeinde- und Gesundheitsbehörden.

Die zahlreichen privaten, lokalen Vereinigungen, die seit den 1990er Jahren entstanden sind, sind teilweise auch untereinander und über den lokalen Kontext hinaus vernetzt. Sie bieten Unterhaltung, Information und Bildung. Darüber hinaus übernehmen sie eine ähnliche Funktion wie das Telefon, indem sie die Möglichkeit bieten, auch Mitteilungen privater Natur in ein anderes Dorf zu tragen. Diese Radiostationen haben innerhalb kurzer Zeit ihre Sendezeit auf mehrere Stunden täglich ausgebaut und sind in ihrem Sendegebiet gut verankert, denn sie fokussieren auf regionale Themen und stellen damit ein Gegengewicht zum zentralistischen nationa-

1. Die Beobachtungen stützen sich auf mein Forschungsprojekt im Jahr 2000 im Bezirk Ambatofinandrahana sowie auf den Bericht von Bianca Miglioretto »Atelier d'approfondissement sur la radio associative á Morondava et Fianarantsoa.« Unveröffentlichter Projektbericht an die Swissaid. Zürich, 13. Juni 1999.

len Radio dar, dem sie in manchen Regionen den Rang abgelaufen haben. Die lokalen ruralen Radiostationen sind vorwiegend nicht-kommerzielle Initiativen.

Die Organisationsstruktur führt dazu, dass an den Radios die lokalen/regionalen Varietäten dominieren. Sie sind allerdings nicht ausschließlich präsent, denn es gibt auch in den ländlichen Gebieten beträchtliche Migration, insbesondere unter der Bildungselite. Während des sozialistischen Regimes wurden bewusst LehrerInnen, ÄrztInnen und Verwaltungspersonal in ländlichen Regionen eingesetzt, die nicht ihre Herkunftsregionen waren. Unterhaltungsprogramme werden an diesen Radios ausschließlich in regionalen Varietäten gesendet, in Nachrichten und Bildungsprogrammen wird jedoch häufig das Standardmadagassisch verwendet. Raharinjanahary (2002) zeigt anhand einer Analyse von Programmen vier solcher Stationen in verschiedenen Regionen, dass der Einfluss von Formaten, die aus dem nationalen Radio übernommen werden, groß ist. Nachrichten werden meist im Tempo, in der Intonation und im Stil des nationalen Radios und manchmal sogar im Akzent von RadiosprecherInnen aus der Hauptstadt gelesen. Kritik an Sendungen in Standardmadagassisch wird nicht nur in den Küstenregionen, sondern auch im Hochland geäußert. Obwohl er diese Kritik auch als einen Ausdruck erstarkenden regionalen Bewusstseins wertet, das fallweise regionalchauvinistische Züge annehmen kann, warnt Raharinjanahary (2002) davor, die Debatte um die madagassische Sprache im Radio zu vereinfacht zu betrachten. Das Gefühl des Nichtverstehens ist seiner Meinung nach weniger auf Unterschiede in den regionalen Varietäten zurückzuführen als auf die Praxis, in Nachrichten- und Bildungsprogrammen ein kompliziertes Vokabular zu verwenden und in gesprochenen Texten ohne Modifikation lange Zitate aus schriftlichen Texten einzubauen. Zur Unterstützung dieser Einschätzung führt Raharinjanahary (2002) an, dass sowohl die internationalen Sportsendungen als auch die Kabarettendungen im nationalen madagassischen Radio, die in Standardmadagassisch bzw. im städtischen Jargon von Antananarivo gehalten sind, sehr beliebt sind.

Im Kontakt zwischen den einzelnen regionalen Varietäten spielen Medien eine wichtige Rolle, denn sowohl für das Radio Nasionaly Malagasy (RNM) als auch für die privaten Stationen gelten

Quotenregelungen, die einen Anteil an madagassischer Musikproduktion von mindestens 60 % vorschreiben. An den meisten Stationen liegt er bedeutend höher, auf RNM beispielsweise bei 85 %.¹ Lieder, deren Texte sowohl in verschiedenen regionalen Varietäten als auch in Standardmadagassisch verfasst sind, sind quer durch das Land bekannt und populär (Raharinjanahary 2002).

Videofilme in lokalen Sprachen²

Völlig unterschätzt wird die Bedeutung des Videosektors. Hier wird das Problem, dass die »Medienwissenschaft in Afrika Theorien und Medienpraxen aus der ersten Welt als gegeben annimmt« – wie die südafrikanischen Kulturwissenschaftler Tomaselli und Shepperson beklagen (1999: 405) – besonders deutlich. Es gibt kaum Forschungsarbeiten zu diesem Thema. Video als Medium findet auch keinen Eingang in die internationale Kulturstatistik und ist schwer zu handhaben, da es überwiegend im informellen Bereich angesiedelt ist. Videoproduktionen sind in der Regel auch an Filmfestivals nicht vertreten, obwohl sie in mehreren afrikanischen Ländern seit dem Ende der 1980er Jahre an die Stelle der früheren Spielfilmproduktion getreten sind.

Videokassetten erreichen in Madagaskar wie in anderen afrikanischen Ländern über so genannte Videoclubs Regionen, in denen der TV-Empfang nicht möglich ist, und sind auch in jenen ländlichen Regionen und städtischen Vierteln verbreitet, in welchen die Bewohner aufgrund fehlender Mittel über keine Empfangsgeräte verfügen. Während oft selbst die Mittel für den Kauf von Batterien für das Radio fehlen, sind die Eintritte für Videoclubs so niedrig gehalten, dass sie erschwinglich sind. Randregionen werden zumindest über mobile Anbieter versorgt, die ein- bis zweimal wöchentlich vorbeikommen und Filmveranstaltungen organisieren. In Städten und Dörfern mit Stromversorgung sind Videoclubs fixe Einrichtungen. Ein Raum mit Holzbänken, ein Heimfernsehgerät und -videoapparat sind die Ausrüstung. Kleinere Dörfer werden

1. Interview mit dem Direktor von RNM Alain Ratsaona, April 2003.
2. Dieser Abschnitt stützt sich auf mein Forschungsprojekt im Jahr 2000. Im Rahmen dieses Projekts habe ich Interviews mit Betreibern von Videoclubs, Verleihern von Videokassetten und Besuchern von Videoclubveranstaltungen in der Hauptstadt Antananarivo, in mehreren Dörfern im Hochland von Ambatofanandrahana und in der Küstenregion von Antsiranana durchgeführt.

von mobilen Anbietern, die mit Generator und Geräten anreisen, versorgt. Es gibt in Madagaskar ein ganzes Netzwerk von Verleihern, die oft unter Umgehung von Copyrightrechten selbstkopierte Filme an Clubs weiterverleihen. Auf die Popularität von Videovorführungen verweist auch, dass Motive aus bekannten Produktionen, die in Clubs gezeigt werden, auf den *lamba-oany*, den großen Tüchern, die v. a. in den ländlichen Regionen Teil der Frauenkleidung sind, zu finden sind. Während einer Zeit waren es etwa Motive aus der lateinamerikanischen Telenovela *Marimar*.

Der Anfang der massiven Verbreitung von Video situiert sich in den 1980er Jahren. Der rasante Boom in Madagaskar ist mit mehreren Faktoren verbunden: Für viele Zuseher war es der erste Kontakt mit bewegten Bildern. Das Kino versank durch die wirtschaftliche Krise und die staatliche Reglementierung nahezu zur Bedeutungslosigkeit, während sich Videofilme der Kontrolle und Zensur der staatlichen Behörden entziehen konnten. Durch Besteuerung der Clubs und Beschlagnahme von ›verbotenen‹ Filmen – insbesondere solcher, die als pornographisch eingeordnet waren, versuchte das Regime in den 1980er Jahren, das Phänomen unter Kontrolle zu bekommen. Da der Videosektor im informellen Graubereich angesiedelt ist, gelang ihr das nicht.

Wissenschaftliche Literatur, die in den 1980er Jahren das Phänomen Video zu beschreiben und analysieren trachtete, ist überwiegend ideologiekritisch orientiert und befasst sich mit dem Fluss von den reichen zu den armen Ländern, den Importen durch die Entwicklungsländer und ihrem Einfluss auf Werte und Lebensstil (wie z. B. N'Diaye 1988: 236). In einer von der UNESCO Mitte der 1980er Jahre initiierten Studie wird Video damals noch als eine kulturelle Praxis der Mittelklasse beschrieben, die die ländliche Bevölkerung nicht betrifft, und vor der Gefahr gewarnt, dass eine privilegierte Gruppe »will serve as a vehicle for models of behaviour which conflict with local socio-cultural and religious values« (N'Diaye 1988: 242). Unter Videoclubs werden hier noch Verleihfirmen, die mit französischen oder britischen Firmen zusammenarbeiten bzw. unter Vertrag stehen, verstanden. Der informelle Sektor, dem heute die Hauptbedeutung zukommt, wurde in der Studie kaum berücksichtigt. Sollte es in den 1980er Jahren noch gestimmt haben, dass Video ein Elitephänomen war, so trifft das heute nicht

mehr zu. Rezipienten und zunehmend auch Produzenten haben sich das Medium auf ihre Art und Weise angeeignet. Das kommt sowohl in der Programmgestaltung, die auch Elemente von vor Ort produzierter Populärkultur umfasst, zum Ausdruck als auch in der Art der Rezeption, die eine kollektive ist.

Das Programm der Videoclubs in Madagaskar setzt sich zusammen aus dem Hauptfilm, der je nach Tageszeit und Wochentag – also nach dem potentiellen Publikum – gewählt wird. Am Nachmittag und im Vorabendprogramm, wenn auch Kinder und Jugendliche im Publikum sind, dominieren Actionfilme amerikanischer und ostasiatischer Provenienz, an den Wochenenden, wenn Familien Videoclubs besuchen, werden indische »Bollywoodfilme« und Zusammenstellungen von lateinamerikanischen Telenovelaserien gezeigt, im Spätabendprogramm sind in manchen Clubs Softpornos zu sehen. Am populärsten sind laut Aussagen von Clubbesitzern Actionfilme. Alle diese Filme werden entweder in ihrer Originalsprache, also Englisch, Mandarin oder Hindi, oder in französischer Synchronfassung vorgeführt. Einer der Clubbesitzer sagte dazu:

Wir zeigen die Filme in der Version, in der wir sie bekommen können. Actionfilme bekommen wir eher in Chinesisch oder Englisch als in Französisch. Aber den Leuten, die in den Club kommen, ist es sowieso egal, denn sie verstehen ohnehin auch kein Französisch, wichtig ist, dass es Kämpfe gibt. (...) Manchmal, wenn allzu viel gesprochen wird, dann sagen die Leute auch »vorspulen, vorspulen«, sie kennen die Technik.¹

Auf die Frage an Besucher, was es für sie bedeute, dass Filme in einer ihnen unbekanntem Sprache gezeigt werden, erhielten wir Antworten wie: »Wir schauen einfach zu und nehmen mit, was wir kriegen können. Das, was wir nicht mitkriegen, lassen wir einfach vorbeigehen.« – »Den Film verstehen wir trotzdem, es kommen ja immer dieselben Dinge vor, die kommen immer wieder. Wir stellen uns dann vor, was dieser oder jener hat sagen wollen, und es geht.« – »Filmsprache ist wie Malagasy, sie besteht aus Bildern.« – »Wir schauen uns Kung-Fu, Karate und Kick-boxing an, weil wir selbst Karate machen und unsere Technik verbessern können, das interessiert uns, dazu brauchen wir keinen Kommentar.«

Die Betreiber der Clubs wählen die Filme sorgfältig aus. Ein wichtiges Kriterium für Kampffilme ist, dass die Kampfszenen über den gesamten Film verteilt sind, und für Bollywoodfilme, dass sie

1. Interview im Videoclub Isoraka (Antananarivo), Juli 2000.

ausreichend Tanz- und Gesangspassagen enthalten, dass also jener Anteil, der weniger an das Wort gebunden ist, groß genug und über den Film verteilt ist. Die Vorliebe für Kampfsportfilme erklärt sich auch aus der Tradition des madagassischen Kampfsports *Morengy*, die ihre Fortsetzung und Erweiterung in Kung-fu-Clubs fand, die im Laufe der 1970er Jahre entstanden. Vom zentralistischen Regime geächtet, haftet den Kampfsportclubs die Aura des Widerständigen an.¹

Ein integraler Bestandteil der Vorführungen in den Videoclubs sind die Vor- und Zwischenprogramme, die aus Musikvideos bestehen. Sie werden passend zum Filmprogramm ausgewählt, zu religiösen Filmen werden etwa Musikclips mit religiösen Liedern gezeigt. Ebenso werden auch kurze Ausschnitte aus Kabarettprogrammen oder aus *Hira-gasy*-Theateraufführungen² im Vorprogramm gezeigt. Bei diesen Programmteilen ist es wichtig, dass sie in madagassischer Sprache gestaltet sind. Ein Zuviel an ›fremden‹ Clips wird, wie ich anlässlich meines Forschungsprojekts erleben konnte, mit Pfiffen und Entrüstung kommentiert. Madagassische Musikclips entstehen in großer Zahl, sie werden von den Musikgruppen meist selbst gestaltet und vertrieben. Im madagassischen TV machen sie einen wichtigen Programmanteil aus und können daher, ebenso wie die Kabarettscenen und *Hira-gasy*-Aufführungen, aus dem TV-Programm aufgenommen werden. Oft sind Betreiber von Videoclubs selbst in *Hira-gasy*-, Musikgruppen und Vereinen aktiv und versuchen über die Zwischenprogramme in den Clubs eigene Produktionen zu fördern.

Seit einigen Jahren ist eine neue Entwicklung auf dem Videosektor festzustellen, die in Nigeria ihren Anfang nahm und sich zunächst auf Ghana und nun zunehmend auf andere afrikanische Länder, darunter auch Madagaskar, ausbreitet. Die Spielfilmproduktion auf und für Video wird zu einem Bereich, in dem afrikanische Sprachen eine wichtige Rolle spielen. Die Filmindustrie in Nigeria produzierte Ende der 1980er Jahre durchschnittlich nur mehr vier Filme pro Jahr, in den 1990ern war die Produktion praktisch

1. Interview mit dem Präsidenten der madagassischen Kung-fu-Gesellschaft, BBC News online, 24. 4. 2002.
2. *Hira gasy* ist die traditionelle Form des madagassischen Theaters, bestehend aus Tanz, Musik und Redekunst.

auf Null gesunken. Hingegen boomt seither die Videoproduktion, allein 1996 lizenzierte die staatliche Zensurbehörde 222 Videoproduktionen (Haynes/Okome 1998). Die mit einem geringen Budget produzierten Videos werden sowohl in ›großen‹ Sprachen wie Yoruba, Igbo, Hausa, Pidgin und Englisch produziert als auch in ›kleineren‹ wie Itsekiri und Igala (Haynes/ Okome 1998). Videoproduktionen sind primär für den lokalen Markt gedacht, sie erreichen auch die Diaspora und im Fall der yorubasprachigen Produktionen auch die entsprechenden Sprachgemeinschaften in den Nachbarländern (Haynes/ Okome 1998). Die nigerianische Videoproduktion nahm ihren Ausgang mit dem *Yoruba travelling theatre*, das seine Stücke in Yoruba aufführt. Das Yorubatheater entwickelte sich aus kirchlich initiierten Amateurgruppen zu einer Bewegung, die mehr als 100 Gruppen umfasst, die oft auf kommerzieller Basis funktionieren können. Das Yorubatheater begreift sich, ähnlich wie das Hira-gasy-Theater, nicht als Eliteunterhaltung, sondern zieht ein großes Publikum unter der ländlichen Bevölkerung und in den armen städtischen Vierteln an. Es bringt Themen aus dem Alltag auf die Bühne und will nicht allein der Unterhaltung dienen. Aus dem Yorubatheater haben sich sekundäre kulturelle Formen entwickelt, wie Radio- und TV-Serien und Fotoromanmagazine und nun auch Videospielfilme (Barber 1997: 92).

Zunehmend werden auch multilinguale Videofilme produziert, die an multilinguale literarische Formen anknüpfen. So schrieb Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka das Theaterstück ›Death and the King's Horsemen‹ multilingual: Briten sprechen Englisch, die Soldaten Pidgin, der Griot und die Dorfbewohner Yoruba, wobei ein Spektrum von der literarischen Sprache des Grioten bis zur populären Sprache auf dem Marktplatz vertreten ist.

In Madagaskar begann die Firma Light Production 2001 mit Videospielfilmen in madagassischer Sprache. Im Verlauf weniger Monate erschienen noch im selben Jahr vier Filme. Die Filme wurden im Festsaal des Gemeindehauses von Isotry, einem der Armenviertel von Antananarivo, gedreht und mit einem Budget von 40 bis 50 Millionen madagassische Franc (ca. 6.000 bis 6.500 Euro) realisiert.¹ Die Filme schöpfen sowohl aus der Hira-gasy- Tradition als

1. Madanews, l'actualité en ligne: <http://www.madanews.com>, 17. 7. 2001 und 20. 8. 2001.

auch aus der madagassischen Musikszene. Sie kombinieren lokale Elemente mit Anleihen aus Telenovelas, Bollywood- und Karatefilmen. Produziert wird ausschließlich mit vor Ort verfügbaren Ressourcen und in madagassischer Sprache. Andere Firmen sind dem Beispiel von Light Production gefolgt, Videospielefilme erscheinen nahezu im Monatsrhythmus. Sie werden in Videoclubs und in den großen Kinosälen gezeigt und stoßen auf reges Publikumsinteresse.

Das Beispiel der Videoclubs und -spiele sowie des Lokalradios in Madagaskar zeigt, dass abseits der westlich dominierten Medienmodelle, die mit einer Dominanz des Französischen verknüpft sind, in einem wirtschaftlichen Graubereich mediale Aneignungen stattfinden, in welchen die madagassische Sprache selbstverständlich ist. Von diesem informellen Sektor, der in Medienstudien und Reichweiterhebungen nicht oder kaum berücksichtigt wird, geht eine größere Dynamik aus als von den von ausländischem Einfluss und Kapital geprägten Medienindustrien und den staatlichen/öffentlich-rechtlichen Strukturen, die unter chronischem Mangel an Mitteln leiden.

2.3.4 Südafrika: Das Fernsehen als multilinguales Laboratorium

Die südafrikanische Sprachenpolitik im Medienbereich hat sich ein ambitiöses Ziel gesetzt. Allen elf in der Verfassung genannten Sprachen, der Gebärdensprache sowie den Minderheitensprachen soll in Medien ein entsprechender Raum zukommen, damit der Zugang zum Recht auf Information gewährleistet und alten Dominanzen entgegengewirkt wird. Das sprachenpolitische Ziel ist eng mit dem Auftrag verknüpft, eine gemeinsame multilinguale (nationale) Öffentlichkeit zu schaffen, die als Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung und breite Partizipation gesehen wird. Es stellt sich also die Herausforderung, Schnittstellen zwischen Teilöffentlichkeiten zu schaffen. Während die Medien-Sprachenpolitik des Apartheidregimes auf ethnische Trennung und Aufrechterhaltung von Ungleichheit abzielte, geht es nun darum, eine Sprachenpolitik zu entwerfen, die im Dienst des Aufbaus einer egalitäreren Gesellschaft steht. Südafrika kann hier auf keine bestehenden Modelle zurückgreifen, hingegen verdienen jene Lösungsansätze, die gegenwärtig in Südafrika – insbesondere im öffentlich-rechtlichen Sektor

– entwickelt werden, größte Aufmerksamkeit im Hinblick auf andere multilinguale Situationen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Frage einer multilingualen europäischen Öffentlichkeit.

Nach der Gründung 1936 sendete SABC (South African Broadcasting Cooperation) in den beiden damals offiziellen Staatssprachen, Englisch und Afrikaans. Erste Radiosendungen in afrikanischen Sprachen wurden 1942 eingeführt, um Gerüchten zu begegnen, dass ein Sieg von Nazideutschland bevorstünde (Gunner 2000: 218). In den 1960er Jahren richtete der staatliche SABC Radiostationen in afrikanischen Sprachen ein. Radio Bantu stand im Dienst der Apartheidpolitik, die nicht nur auf Segregation zwischen Schwarz und Weiß setzte, sondern auch auf eine Politik der Ethnisierung unter der ›nicht-europäischen Bevölkerung‹ – wie es im damaligen Jargon hieß. Im Jahresbericht aus 1969 stellte der damalige Direktor des SABC fest: »Radio Bantu soll den sieben Bantuvölkern des Landes dienen, der Natur, den Bedürfnissen und dem Charakter jedes einzelnen entsprechend, und indem es das Sprachbewusstsein jeder der Bantunationen fördert, soll es auch ein Nationalbewusstsein fördern«. (zit. nach Gunner: 226).

Neville Alexander (1989: 21) schreibt über die Sprachenpolitik des Apartheidregimes in Bezug auf die afrikanischen Sprachen, dass der von der deutschen Romantik entlehene ideologische Überbau über die kulturellen und sprachlichen Rechte der einzelnen ›ethnischen Gruppen‹ letztlich nur darauf abzielte, die schwarze Bevölkerung in eine große Zahl von miteinander im Konflikt oder Wettbewerb stehende ›ethnische Gruppen‹ aufzubrechen. Diese Sprachenpolitik entsprach, so Alexander (1989: 21), dem Verwoerd-Plan, laut welchem Afrikaner, die verschiedene Sprachen sprechen, in verschiedenen Vierteln leben mussten. Das Apartheidregime stütze sich dabei auf jene sprachliche Einteilung und Trennung, die von den Missionaren vorgenommen worden waren und unabsichtlich dazu beigetragen hatten, Ethnizität zu ›erfinden‹ (Ranger 1983 zit. nach Alexander 1989: 22).

Das Erbe der kolonialen Sprachenpolitik und des Apartheidregimes ist schwer zu überwinden und verlangt nach neuen Konzepten, die die sprachliche Klassifizierung der Missionare und kolonialen Sprachwissenschaftler nicht als gegeben hinnehmen, weil sie der Gefahr einer Ethnisierung der Gesellschaft Vorschub leistet und

der tatsächlichen sprachlichen Praxis nicht entspricht. Neville Alexander warnt davor, dass die Gefahr bestehe, dass »ein Sprachgraben den Rassengraben ersetzt« (Alexander 2001: 112), und argumentiert für einen Prozess der Harmonisierung der Kontinuen der Nguni- und der Sotho-Sprachen (Alexander 2001: 108). Andere, wie Sinfree Makoni, gehen von einem radikalen Ansatz der *disinvention* aus und meinen damit eine Aufwertung der urbanen sprachlichen Praxis, der Soziolekte, die Elemente verschiedener Sprachen miteinander kombinieren (Makoni 2002).

Die südafrikanische Verfassung von 1996 erkennt elf Sprachen einen gleichberechtigten Status zu und wertet so die afrikanischen Sprachen, die bis zur Abschaffung des Apartheidregimes keinen anerkannten Status hatten, auf. Die Regulierungsbehörde, Independent Broadcasting Authority (IBA), ist für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Audio- und audiovisuellen Sektor verantwortlich. Sie legte fest, dass die Frequenz- und Lizenzvergabe so erfolgen müsse, dass alle in der Verfassung verankerten Sprachen »durch das Land gehört werden können« und dass »die Stationen die Realität einer integrierten südafrikanischen Gesellschaft spiegeln sollen, indem sie die Entwicklung und Verwendung aller südafrikanischen Sprachen garantieren« (zit. nach Gunner 2000: 226). Eine Distanzierung von der ethnischen Trennung der Vergangenheit soll dadurch zum Ausdruck gebracht werden, dass eine Benennung von Stationen, die sich auf Sprachen oder ethnische Gruppen bezieht, verboten ist (zit. nach Gunner 2000: 227). So änderte beispielsweise Radio Zulu seinen Namen in Ukhozi (schwarzer Bergadler).

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und TV kommt in Südafrika nach wie vor eine Schlüsselrolle zu. Tageszeitungen erscheinen in Englisch und Afrikaans, nur eine einzige wird in einer afrikanischen Sprache, in Zulu, gedruckt. Mit einer Reichweite von ca. 17 % und einer äußerst geringen Anzahl von Titeln stehen Tageszeitungen weit hinter dem TV, das eine Reichweite von ca. 70 % erreicht, und dem Radio, das von 93 % der Bevölkerung gehört wird (Duncan 2002: 1). Privates Radio, insbesondere nichtkommerzielles Community Radio, hat seit 1993 einen raschen Aufschwung erlebt, dennoch ist die Position des SABC unangefochten, denn nur ca. 12 % der Bevölkerung hören privates Radio (Duncan 2002:2). Ähnlich wie in anderen Ländern ist Community Radio jener Be-

reich, in welchem die größte sprachliche Vielfalt herrscht und experimenteller Freiraum gegeben ist. So senden manche dieser Stationen multilingual bzw. benutzen urbane sprachliche Formen als Moderationssprache.

Südafrika begreift sich als multilingualer Staat und dementsprechend hält die Gesetzgebung bezüglich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens fest, dass für alle in der Verfassung anerkannten Sprachgruppen gesorgt werden muss. Die Transformation des SABC begann 1993, sie sollte den Bruch mit der Apartheidvergangenheit und den Übergang von einem Staatsrundfunk zu einem öffentlich-rechtlichen markieren. Der öffentlich-rechtliche SABC definiert sich als einer der Transmissionsriemen in der Schaffung eines neuen Südafrika im Nation-building-Prozess. Diese Zielsetzung wird im Jahresbericht 1996¹ deutlich, der »common South Africanness« als zentralen Wert in den Mittelpunkt stellt und seine Mission so definiert:

South Africa, deeply divided and emerging from an apartheid structure, is striving for democracy and the elimination of discrimination on the basis of race, gender, age, disability, religion, class or language. In this context, a public broadcaster has to play a prominent role in supporting that process.

Kernbereiche im Transformationsprozess des SABC waren in den ersten Jahren die Personalpolitik und die Ausweitung des vor Ort produzierten Programmanteils. In diesem Sinn verlangt die Independent Communication Authority of South Africa (ICASA), dass mindestens 30 % der SABC-Programme lokal produziert sein müssen. Diese Quote erfüllt SABC. Im Jahr 2000/2001² betrug der Anteil an genuin südafrikanischen Programmen in der Hauptsendezeit des Fernsehens über 50 %, der Tagesdurchschnitt lag knapp unter 40 %. Vor dem politischen Umbruch war der SABC in der Hand der weißen Minderheit, die 73 % der Beschäftigten stellte, 1999 hatten sich die Mehrheitsverhältnisse mit 54:46 bereits umgekehrt.³

Um den Bruch mit der Vergangenheit zu markieren, publizierte der SABC seinen Jahresbericht 1995 in den elf in der Verfassung

1. SABC Annual Report 1996. Verfügbar unter: <http://www.sabc.co.za/annual96/arcont.htm>, 8. 10. 2003.
2. SABC Annual Report 2000/2001. Verfügbar unter: <http://www.sabc.co.za/annual/annual2000/contents.htm>
3. SABC Annual Report 1999/2000. Verfügbar unter: http://www.sabc.co.za/annual_report/contents.htm

verankerten Sprachen. Ein besonders wichtiger Schritt im Transformationsprozess waren die Direktübertragungen der Sitzungen der Truth and Reconciliation Commission, die ihre Arbeit 1996 begann. Neville Alexander weist darauf hin, dass es das erste Mal in der Geschichte des südafrikanischen Fernsehens war, dass »die einheimischen Sprachen Südafrikas in all ihrer Schönheit und Ausdruckskraft in einem anderen Zusammenhang als im Sport, in der Unterhaltung oder in religiösen Zeremonien gehört werden« konnten (Alexander 2001: 148 f.), und zwar in einem Zusammenhang, »in dem es um Erinnerung und Versöhnung und nicht um Spaltung ging«.

Als Kernstück der nationalen Öffentlichkeit werden die Fernsehprogramme des öffentlich-rechtlichen SABC gesehen. Dem SABC stehen drei landesweit empfangbare Kanäle zur Verfügung. SABC1 richtet sich vor allem an ein jüngeres urbanes Publikum und hat als Ausdruck der Nation-building-Rolle den Slogan »Simunye, We are one« zu seinem Leitmotiv erkoren. SABC2 gilt eher als der ›Familiensender‹ und SABC3 als der kommerzielle Kanal, der Werbeeinnahmen lukrieren soll. Die Sprachen verteilen sich auf den drei terrestrisch und via Satellit empfangbaren TV-Kanälen wie folgt: SABC1 sendet in Englisch und in den Sprachen der Nguni-Gruppe (isiZulu, isiXhosa, siSwati) sowie in Sindebele. 2002/2003 entfielen zur Hauptsendezeit, d. h. zwischen 18:00 und 22:00, etwas über 71 % auf Programme in Englisch, 15 % auf Programme in den Nguni-Sprachen und 14 % auf multilinguale Programme.¹ Unter multilingual werden nach Definition von SABC sowohl Sendungen, die multilingual gestaltet sind, verstanden als auch solche, die in anderen Sprachen als jenen der Nguni- oder der Sotho-Gruppe ausgestrahlt werden. SABC2 zählt Englisch, Afrikaans und die Sprachen der Sotho-Gruppe (Sesotho, Setswana, Sepedi) sowie Xitsonga, Thsi-venda zu seinen Sendesprachen. 2002/2003 entfielen auf Englisch knapp unter 47 %, auf Afrikaans 31 %, auf die Sotho-Gruppe 15 % und auf multilinguale Programme 7 %. SABC3 strahlt seine Programme ausschließlich in Englisch aus. Die südafrikanische Gebärdensprache, die in der Verfassung als südafrikanische Sprache aner-

1. Alle Angaben in diesem Absatz stammen aus: SABC Annual Report 2002/2003. Verfügbar unter: http://www.sabc.co.za/annual_03/index.htm, 8. 10. 2003.

kannt ist, ist auf allen drei Kanälen, v. a. in Nachrichten- und Informationsprogrammen, präsent.

Stellt man einen Bezug zwischen den Seherzahlen und der Sprachenverteilung her, so zeigt sich ein gewisses Missverhältnis. Eine 1998/99 durchgeführte Erhebung fragte nach der Umgangssprache der SeherInnen der drei SABC-Kanäle. Es entfielen auf Afrikaans 24 %, auf Englisch 16 %, auf die Sprachen der Ngunigruppe 32 % und auf die Sothogruppe 28 % (Kruger/Kruger 2001: 10). Das PANSALB (Pansouthafrican Language Board) stellte überdies in einer im Jahr 2000 durchgeführten Erhebung fest, dass 49 % der Bevölkerung Englisch nicht in einem ausreichenden Ausmaß verstehen, um Bedeutungen in der Information erschließen zu können (Kruger/Kruger 2001: 20). Der SABC ist sich der Dominanz des Englischen durchaus bewusst und gibt an, dass seine Sprachenpolitik darauf abzielt, sein Angebot der Größe der Sprachgruppen entsprechend ausdehnen zu wollen. Das soll primär über eine Ausweitung von multilingualen Programmen geschehen, wie im Jahresbericht 2002/2003 festgehalten wird.

In der Entwicklung multilingualer Formate hat Südafrika zweifellos eine Vorreiterrolle.¹ Multilinguale Gestaltung wird nicht als eine symbolische Präsenz mehrerer Sprachen begriffen, sondern als multilingual gelten nur solche Programme, in welchen mindestens zwei Sprachen in substantieller Art und Weise vertreten sind. In Magazin- und Sportprogrammen, in Talk- und Game-shows sowie in Kinderprogrammen wird das durch eine mehrsprachige Moderation erreicht, in Fortsetzungsserien durch Untertitel. Lewis (2000: 163 ff.) zeigt in einer Analyse verschiedener Quizsendungen von SABC, wie sehr diese dem Auftrag des *nation building* verbunden sind. So wird im Familienquiz *Win ›n Spin* darauf Wert gelegt, dass die KandidatInnen in den einzelnen Sendungen das breite gesellschaftliche Spektrum der Regenbogennation mit ihrer sprachlichen Vielfalt repräsentieren. Anders ist die Jugend-Game-Show *Jam Alley* gelagert, die sich an ein junges urbanes Publikum wendet. Quizfragen zu Musik, Musikvideos und generell zu Populärkultur stehen im Mittelpunkt. In ihrem sprachlichen und extraverbalen Code steht die Show in Opposition zu dem, was sozial normativ ist:

1. Dieser Abschnitt stützt sich nicht nur auf Sekundärliteratur, sondern auch auf eigene Aufzeichnungen und Analysen im Juli/August 2002.

Häufiges Code-switching zwischen Englisch und afrikanischen Sprachen und eine Praxis der sprachlichen ›Bricolage‹ gehören zum Markenzeichen der Sendung (Lewis 2000: 172). Ähnlich »pan-ethnisch und hybrid« ist die Sprache der Präsentatoren, die vielfach »als Lingua franca für die Jugend funktionieren kann«, auch in anderen Programmen. Dass diese Sprache aktuelle soziolinguistische Praktiken spiegelt und nicht normative Standards vorgibt, ist wahrscheinlich einer der Gründe für die Popularität dieser Programme (Makoni 2002).

Lokal produzierte Fortsetzungsserien, Sitcoms und ›Soapies‹, haben in der Gunst der Seher US-Importe wie die Serie *Reich und Schön* bereits überrundet (Flockemann 2000: 143). *Generations*, *Isidingo*, *Madam and Eve* sind einige dieser Serien, die allabendlich in der Hauptsendezeit übertragen werden. In praktisch jeder Folge sind zumindest ein paar Szenen in afrikanischen Sprachen. Das Code-switching erfolgt nach den Mustern der Personenbezogenheit (einzelne Charaktere sprechen nur oder überwiegend eine Sprache) oder der Situation (z. B. Gespräch über die *lobola*, den Brautpreis). In vielen dieser Serien gibt die englische Sprache den roten Faden, Passagen in anderen Sprachen werden englisch untertitelt. Ausnahmen sind beispielsweise die Serie *Sewende Laan*, die in einem Johannesburgur Vorort spielt, wo Afrikaans dominiert, und *Behind the badge*, eine Polizeiserie, in der Englisch neben Afrikaans und afrikanischen Sprachen nur vorkommt, jedoch nicht dominiert.

Eine Besonderheit ist die ebenso populäre wie umstrittene Serie *Yizo, Yizo* (So ist es), deren erste Staffel 1999 gesendet wurde. Die erste Staffel erreichte unter Jugendlichen zwischen 7 und 15 Jahren Einschaltquoten von bis zu 74 % (Servant: 2001). Die Serie, die in einem fiktiven Johannesburgur Gymnasium in einem Township spielt, richtet sich vor allem an Jugendliche. Sie greift ungeschminkt ›heiße‹ Themen auf, wie Drogen, Spannungen zwischen Lehrern und Schülern, zwischen der vom politischen Engagement geprägten Elterngeneration und deren in einer unpolitischen Umwelt aufwachsenden Kindern, Gewalt, Prügelstrafe, Vergewaltigung und Schulversagen. Smith (2003: 261) charakterisiert *Yizo, Yizo* als ein Narrativ, das multiple Interpretation zulässt, sie kritisiert allerdings, dass keine Lösungsansätze angeboten werden und Gender-Rollen weithin unangetastet bleiben. Den Erfolg unter Ju-

gendlichen erklärt Smith (2003: 250) damit, dass im Programm der populäre Musikstil Kwaito verwendet wird, der als Ausdruck urbaner, schwarzer Jugendkultur gilt. Kwaito wird in der Regel in *tsotsitaal*, einem Townshipslang, der Elemente verschiedener Codes kombiniert, gesungen. Überwiegend sind auch Dialoge in der Serie in der Jugendsprache gehalten und englisch untertitelt. Sowohl Quizsendungen als auch die lokal produzierten Fortsetzungsserien werden für ihren Eskapismus kritisiert (Lewis 2000: 157) und dafür, dass sie die neue nationale Einheit als etwas Mythisches und bereits Erreichtes repräsentieren (Flockemann 2000: 144). Dennoch sollte nicht unterschätzt werden, dass solche mehrsprachigen Unterhaltungsprogramme dazu beitragen können, sprachliches Bewusstsein zu fördern.

Nachrichten- und Bildungsprogramme strahlt SABC in der Regel in sprachlich getrennten Sendegefäßen aus. Tägliche Abendnachrichten werden in Englisch und Afrikaans gesendet, die beiden Nguni-Sprachen Zulu und Xhosa alternieren tageweise, weil man davon ausgeht, dass SprecherInnen der einen Sprache die andere ebenfalls verstehen. Seit 2003 sind Fernsehnachrichten in allen elf anerkannten Sprachen im Programm.¹ Untertitel und Synchronisation spielen eine wichtige Rolle im SABC. Bildungsprogramme werden häufig in mehrere Sprachen synchronisiert. Untertitel benutzen nahezu ausschließlich Englisch als Zielsprache. Kritisiert wird, dass sie für ein Lesetempo konzipiert sind, das nicht dem eines *Lingua franca*-Sprechers entspricht (Kruger/Kruger 2001: 3).

Im Radio hat SABC auf eher ›übliche‹ Modelle zurückgegriffen. Obwohl die Umbenennung der Sender zumindest symbolisch eine Vermeidung von Trennung und ethnischer/sprachlicher Aufspaltung signalisieren sollte, sind die Stationen sprachlich eher homogener Natur. Es gibt elf Ganztagesradioprogramme in den elf in der Verfassung verankerten Sprachen. Seit 2001 sendet SABC einzelne Sendungen in !Xhu und Khwe, Sprachen der Khoi und San-Gruppen. Zusätzlich zum öffentlich-rechtlichen Radio hat SABC das »commercial and community portfolio« eingerichtet, dazu gehören Radios, die sich kommerziell orientieren und über Musikformate definieren, ebenso wie Stationen, die nach einem nicht-

1. SABC Annual report 2002/2003.

kommerziellen Modell funktionieren und Programme wie das *Indian cultural service* senden. Über die größte Hörerschaft verfügen die elf ›Sprachenradios‹. Während die Hörerschaft der englischsprachigen und afrikaanssprachigen Public-Service-Sender zurückgeht, sind es die Sender in den afrikanischen Sprachen, die die größten Zuwächse aufweisen – insbesondere in den bisher marginalisierten kleineren Sprachen.¹

Das Freedom of Expression Institute in Johannesburg kritisiert die Sprachenpolitik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk in mehrerer Hinsicht: Bemängelt wird, dass es keine ausreichenden strukturellen Veränderungen gegeben hat, indem die bestehenden sprachlich/ethnisch organisierten Radioprogramme nur ausgeweitet und um ›fehlende‹ Sprachen ergänzt wurden. Anfängliche Versuche, multilinguale Programme am Radio zu gestalten, werden kaum mehr weitergeführt, obwohl mehrere Sprachen einander so nahestehen, dass eine gegenseitige Verständlichkeit gegeben ist, und gemeinsame Programme einer Ethnisierung entgegenwirken können. Einzig aus wirtschaftlichen Gründen – wie etwa bei der Übertragung einer Sportveranstaltung, wo es billiger kommt, nur einen Kommentator für alle Nguni-Sprachen vor Ort zu haben – werden Programme, die sich an mehrere Sprachgruppen wenden, beibehalten. Grundsätzlich dominiere, laut Kritik, ein »Mittelklasse-Multilingualismus« mit ethnischen Plattformen und nicht der Multilingualismus der großen Mehrheit der Bevölkerung, die ihn täglich lebt, indem sie in einer großen Zahl von Codes kommuniziert. Am TV, so hält die Stellungnahme des Freedom of Expression Institute fest, dominiere das Englische, und für manche Sprachen bestehe kein sinnvoller Raum, indem es z. B. für Tshivenda keine Informationsprogramme, sondern nur symbolische Unterhaltungsprogramme gebe. Besonders scharf kritisiert wird, dass ländliche Regionen und ältere Hörer benachteiligt werden. Jane Duncan führt dazu ein Beispiel an: Nur zwei Jahre, nachdem der SABC lokale Studios eröffnet hatte, die eine Produktion von Programmen in den verschiedenen Sprachen dort fördern sollten, wo sie besonders konzentriert auftraten, entschied er 1999, einige seiner lokalen Studios wieder zu schließen. Betroffen waren beispielsweise zwei

1. SABC Annual report 2001/2002.

Studios im Nordosten, dem ärmsten Teil des Landes, die Programme in TshiVenda und XiTsonga produzieren. Die Schließung der lokalen Studios und die Verlagerung der Produktion in das regionale Zentrum erschwert es nun der Bevölkerung, an Radiosendungen teilzunehmen. Duncan argumentiert, dass in den zentralisierten Studios diese Sprachen aus ihrem Kontext gerissen sind (Duncan 2002: 156).

Freie Marktwirtschaft, Werbeeinnahmen

1998 zog das Department of Communication in einem White Paper on Broadcasting Policy Bilanz: Das Rundfunksystem sei immer noch von zwei widersprüchlichen Tendenzen geprägt, einerseits dem Bestreben des *nation-building*, das »nationale und kulturelle Identität, Gleichheit und Respekt« fördert, und andererseits »dem Erbe aus der Vergangenheit, das durch eine tiefe Trennung geprägt ist zwischen solchen, die etwas haben und die nichts haben, Trennungen, die klar nach rassischen, sprachlichen, gender und kulturellen Linien verlaufen« (zit. nach Duncan 2002: 2).¹ Die größte Bedrohung für die sprachliche Vielfalt liegt im Zwang zur Wirtschaftlichkeit, dem der SABC unterworfen ist. Die McKinsey Management Consulting Group, die bereits in der Restrukturierung des kanadischen und englischen öffentlich-rechtlichen Mediensystems involviert war, erarbeitete einen Plan für den SABC, in dem unter anderem darauf verwiesen wird, dass im Fernsehen die hohe Quote für lokale Produktionen zu Verlusten führe, Untertitel und Synchronisation zu teuer wären und Programme in den kleineren Sprachen wie TshiVenda, IsiNdebele, Seswati keine Chance hätten, die Kosten hereinzuspielen, sodass der SABC darüber abwägen müsse, wie viele solcher Programme er sich leisten kann. Generell sollten mehr Produktionen eingekauft als selbst produziert werden und dem Englischen eine dominante Position zukommen (Duncan 2002: 129). Für das Radio schlug die Konsulentengruppe eine Restrukturierung vor, die Verluste einspielenden Public Service Stationen sollten sich auf ein eher nach dem Muster der Community Stations konzipiertes Modell zurückziehen (Duncan 2002: 131).

1. White Paper on Broadcasting Policy, Department of Communications, 4 June 1998.

SABC ist derzeit zu 80 % von Werbeeinnahmen abhängig, nur 13 % der Einnahmen werden aus Rundfunkgebühren gedeckt. Diese Situation unterscheidet sich wesentlich von den europäischen Ländern, wo Rundfunkgebühren den Löwenanteil ausmachen. Die Werbeindustrie ist nach wie vor ›weißdominiert‹, sowohl was die Besitzverhältnisse als auch was das Zielpublikum betrifft. Das kommt in kulturellen und sprachlichen Codes zum Ausdruck, wie eine Studie aus dem Jahr 2001 belegt, die von Sprach- und Medienwissenschaftlern durchgeführt wurde. Sie kommt zum Schluss, dass »die einzige Stimme von Autorität in Südafrika weiß, zur Mittelschicht gehörig und männlich ist. Schwarze Menschen treten in der TV-Werbung zwar als zentrale Personen auf, sie haben aber immer noch keine Stimme.« Die Wissenschaftler kritisieren, dass selten Werbespots in afrikanischen Sprachen gemacht werden, und wenn, dann nicht in einer kreativen Art und Weise, sondern als Übersetzungen, denen eine gewisse Langeweile anhaftet.¹ Jane Duncan (2002: 114) zeigt die Disparität an einem Beispiel: die privatisierte Radiostation Highveld konnte im Jahr 1999 Werbeeinnahmen im Wert von 17,20 Rand pro Hörer lukrieren, während das in Zulu sendende Radio Ukhozi nur 1,70 Rand pro Hörer einnehmen konnte.

Die massive Kritik von Organisationen wie dem Freedom of Expression Institute in Johannesburg an der Tendenz, wirtschaftliche Überlegungen über das Ziel einer ausgleichenden Sprachenpolitik zu stellen, hat den SABC dazu bewogen, seine Sprachenpolitik zur Diskussion zu stellen. Auf das im Dezember 2002 vorgestellte Konzept² reagierten verschiedene Organisationen und Institutionen.³ Begrüßt wird die geplante Regionalisierung im Fernsehen, die mehr Sendezeit für bisher vernachlässigte Sprachen bringen soll, und die

1. Sunday Tribune (Durban), 3. 6. 2001.

2. Ein Bericht über den Eröffnungsworkshop, das im Dezember 2002 stattfand, ist verfügbar unter:

<http://www.biz-community.com/Article/196/66/1372.html>, 1. 10. 2003.

3. MISA-SA (Media Institute of Southern Africa – South African chapter) comments on the SABC's draft editorial policy, 7. 7. 2003. Verfügbar unter: <http://www.biz-community.com/Article/196/15/2114.html>, 1. 10. 2003;

Statement by COSATU (Congress of South African Trade Unions) on SABC draft editorial policy, 18. 6. 2003. Verfügbar unter: <http://gate.cosatu.org.za/pipermail/press/2003-June/000399.html>, 1. 10. 2003;

SABC editorial policies – submission by the Freedom of expression institute, 13. 6. 2003. Verfügbar unter: <http://www.fxj.org.za>, 1. 10. 2003.

beabsichtigte Fokussierung auf multilinguale Programme. Gewarnt wird vor einer mechanischen Anwendung des Prinzips der Gleichbehandlung aller in der Verfassung anerkannten Sprachen. Die Anzahl an Sendeminuten in einer bestimmten Sprache könne nicht als alleiniges Kriterium gelten, denn auch weniger verbreitete Sprachen müssen in der Hauptsendezeit ihren Platz finden.¹ Der SABC solle vielmehr bisher marginalisierte Sprachen privilegieren, der Dominanz des Englischen entgegenwirken, um einen Ausgleich herzustellen.² Auf die Deklaration des SABC, dass darauf Wert gelegt werden wird, dass zwar in Unterhaltungsprogrammen alltagssprachliche Elemente einfließen dürfen, in Nachrichtensendungen hingegen auf »korrekten« Sprachgebrauch Wert gelegt werden soll, reagiert das Freedom of Expression Institute mit Skepsis. Kultureller Purismus müsse vermieden werden.³ Schließlich wird eine Steigerung des Anteils von in Südafrika bzw. in anderen afrikanischen Ländern produzierten Programmen als notwendiger Beitrag gesehen, um ausgleichend in Bezug auf Sprachen und Inhalte zu wirken.

2.3.5 Fazit: Der lange Weg zu sprachlicher Gleichberechtigung

Mit dem Einsetzen des Transformationsprozesses und dem damit verbundenen Fall der staatlichen Medienmonopole hat in Ländern des südlichen Afrika eine rasche und derzeit noch schwer überblickbare Entwicklung im Mediensektor stattgefunden. Ähnlich wie in Südosteuropa geht der Wandel von staatlichen nationalen Rundfunkanstalten zu öffentlich-rechtlichen Strukturen nur schleppend vor sich. Nationale Radiostationen sind nach wie vor Schlüsselmedien, da sie über große Reichweiten verfügen, und auch, weil Radio jenes Medium ist, in welchem afrikanische Sprachen vergleichsweise stärker präsent sind. Gleichzeitig steht der Diversifizierungsprozess im Zeichen der wirtschaftlichen Krise, die sich im Zuge des von internationaler Seite geforderten Übergangs zu einer liberalen Marktwirtschaft verschärft hat. Insbesondere im Fernsehen, wo die Produktionskosten hoch sind, hat sich die Abhängigkeit von Programmimporten und damit auch die Präsenz

1. MISA-SA-Dokument, S. 4.

2. Freedom of Expression Statement, S. 16.

3. Ebenda, S. 15.

der ehemaligen Kolonialsprachen tendenziell erhöht. Internationale Medienanbieter sind bestrebt, sich auf den (zukünftigen) afrikanischen Märkten Einfluss zu sichern (Tudesq 1998: 234 f.).

Auf die Frage, ob die Diversifizierung der Medienstrukturen längerfristig zu einer stärkeren Präsenz afrikanischer Sprachen führt, lässt sich für den Moment keine eindeutige Antwort geben. Auf den ersten Blick scheint es, dass in der madagassischen Medienlandschaft das Französische eine gewichtige Position innehat. Im staatlichen nationalen Fernsehen und auch in den neu entstandenen, privaten lokalen Fernsehstationen sowie in Tageszeitungen und in den 1990er Jahren gegründeten Hochglanzmagazinen überwiegt das Französische. Im TV und in der Tagespresse ist eine domänenspezifische Aufteilung festzustellen, im internationalen Bereich werden internationale Quellen – meist in der französischen Originalsprache – verwendet, Madagassisch kommt v. a. im lokalen Kontext vor. Private Radio- und Fernsehstationen und Printmedien, die sich marktwirtschaftlich orientieren und auf einen Werbemarkt zählen, richten sich in Französisch an eine schmale finanzkräftige Elite, von der man annehmen kann, dass sie Französisch spricht, sowie an ausländische Gäste und Investoren. Manche der marktorientierten Printmedien enthalten auch kleine Anteile in madagassischer Sprache, wobei auffallend ist, dass in diesen Teilen andere diskursive Strategien in Bezug auf innenpolitische Themen angewendet werden als in den französischsprachigen. Diese Medien konzentrieren sich auf die Hauptstadt und einige wenige Zentren in den Provinzen.

Dem gegenüber steht seit dem Anfang der 1990er Jahre eine Medienentwicklung, die bisher von der westlich geprägten Forschung wenig beachtet wird. Im nichtkommerziellen privaten Sektor und in einem wirtschaftlichen Graubereich sind zahlreiche Medieninitiativen entstanden, die sich im ländlichen Raum und in den Armenvierteln an eine breite Bevölkerung wenden. An diesen Lokalradiostationen und in der madagassischen Videospielefilmproduktion ist die madagassische Sprache in ihren regionalen Varietäten eine Selbstverständlichkeit. Über die Reichweite dieses Sektors lässt sich für den Moment wenig aussagen. Einige wenige dokumentierte Beispiele in Bezug auf das Lokalradio zeigen, dass es in jenen Regionen, wo es verankert ist, dem nationalen Rundfunk den Rang

streitig macht. Videospielfilme und Videoclips in madagassischer Sprache werden in großer Zahl produziert und erreichen über ein informelles Netz auch Regionen, in welchen das Fernsehen wenig verbreitet ist.

Die Dominanz des Französischen konnte in Madagaskar in den zentralistisch organisierten nationalen Medien nur im Radio, nicht aber im Fernsehen und in den Printmedien überwunden werden. Das steht im Widerspruch zur in den 1970er Jahren proklamierten Politik der *Malgachisation*, die nicht nur den Bruch mit den aus der Kolonialzeit stammenden Dominanzen markieren sollte, sondern das gemeinsame Madagassisch zu einem Symbol für die staatliche Einheit erhob. Für Madagaskar trifft das für andere afrikanische Länder viel zitierte Argument nicht zu, dass die ehemalige Kolonialsprache die wichtigste gemeinsame Verkehrssprache und daher auch Amtssprache ist. Obwohl zur Zeit der *Malgachisation* gezielte Anstrengungen in Bezug auf Status- und Korpusplanung unternommen wurden, ist es dennoch nicht gelungen, Madagassisch als Sprache der höheren Bildung und des sozialen Aufstiegs zu etablieren. Die Dominanz des Französischen am kostenintensiven Fernsehen und sogar in den internationalen Nachrichten am nationalen Radio dürfte v. a. auf einen Mangel an verfügbaren Quellen und Ressourcen zurückzuführen sein und darauf, dass Eliten, die auf ihre soziale Stellung bedacht waren, auch in der Zeit der *Malgachisation* weitgehend nach Frankreich orientiert blieben. Das traf auch auf die Journalistenausbildung zu. Das nationale Medienwesen, das die Zeit der *Malgachisation* bestimmte, stammte in seinen zentralistischen Grundzügen aus der Kolonialzeit. Erst die jüngsten Entwicklungen kündigen auch sprachpolitische Veränderungen an.

Das südafrikanische Beispiel der Sprachenpolitik im öffentlich-rechtlichen Mediensektor zeigt, dass auch eine bewusste Sprachenpolitik, die auf einen Ausgleich abzielt, mit beträchtlichen Schwierigkeiten, die aus der Marktlogik und der Verfügbarkeit von Materialien und Quellen resultieren, zu kämpfen hat. Afrikanische Sprachen sind im Fernsehen erst seit dem Ende der Apartheid präsent, ihr Anteil hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen legt darauf Wert, einer domänenspezifischen Aufteilung zwischen den Sprachen entgegenzuwirken. Nachrichtensendungen, die internationale, nationale und regiona-

le Meldungen umfassen, werden in allen elf in der Verfassung anerkannten Sprachen gesendet, und auch in eigenproduzierten Unterhaltungsprogrammen ist man auf die Präsenz der afrikanischen Sprachen bedacht. Da es gilt, die rassische und ethnische Trennung der Apartheid zu überwinden, gibt es eine bewusste Auseinandersetzung damit, wie an Schnittstellen gearbeitet werden und einer Fragmentierung in sprachlich getrennte Öffentlichkeiten entgegengewirkt werden kann. Deshalb werden sprachliche Formen, die in der Jugendszene und in den Townships als gemeinsame Sprache dienen, in einigen Programmen als Moderationssprache zugelassen. Besonderes Augenmerk gilt der Entwicklung multilingualer Fernsehprogramme. Der bewusste Einsatz verschiedener nicht-sprachzentrierter Modi (Musik, Bild, Inserts) und Untertitel erschließen diese Programme für mehrsprachige Rezipientenschaften. Trotz dieser Bemühungen ist Englisch immer noch jene Sprache, die beim Fernsehen dominiert.

Kritik an diesem Missverhältnis hat dazu geführt, dass die öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalt eine Revision ihrer Sprachenpolitik für eine breite Diskussion geöffnet hat. An dieser Diskussion beteiligen sich nicht nur der Mediensektor und sprachpolitische Akteure, sondern auch andere Organisationen und Institutionen. Es geht nicht primär um Quoten für einzelne Sprachen, sondern um ein Gesamtkonzept. Aus europäischer Sicht gesehen spielt Südafrika sowohl in der Art, wie Sprachenpolitik von Medien öffentlich diskutiert wird, als auch in der Entwicklung von multilingualen Programmformaten eine Vorreiterrolle, die im Hinblick auf eine europäische Öffentlichkeit wichtige Orientierungen beitragen könnte.

3 Schlussfolgerungen und Ausblick – Medien als Ausdruck gesellschaftlicher Heteroglossie

Mehrsprachigkeit in Medien bzw. Medien in mehrsprachigen Situationen – was zunächst wie ein Nischenthema aussieht, dessen Reiz vor allem darin liegt, dass es bislang wenig erforscht ist, erweist sich, je intensiver man sich damit auseinandersetzt, als eine zentrale Frage. Das gilt hier in Europa, wo durch Migration und Mobilität geprägte Lebenswelten es nötig machen, die bestehende gesellschaftliche Mehrsprachigkeit wahrzunehmen, und wo die Diskussion um die Konstituierung einer europäischen Öffentlichkeit, die nicht auf Ausschluss, sondern auf demokratischer Teilhabe begründet ist, auf der Tagesordnung steht. Es gilt im Besonderen auch in jenen Ländern Ost- und Südosteuropas, wo es darum geht, durch Sprachgrenzen symbolisierte gesellschaftliche Polarisierungen und Spaltungen zu überwinden. Und in eben solchem Maß gilt es für Länder der südlichen Hemisphäre, wo es darum geht, alte, koloniale Dominanzen zu brechen und multilingualen Gesellschaften Zusammenhalt zu verleihen.

In den letzten Monaten vor Fertigstellung dieses Buches haben Europarat und Europäische Union sprachenpolitische Grundsatzdokumente veröffentlicht (2.1.3), die erstmals in dieser Deutlichkeit auf die Rolle der Medien verweisen, gesellschaftliche Mehrsprachigkeit, die nicht mehr auf traditionelle Minderheitensituationen eingegrenzt wird, öffentlich sichtbar zu machen und zu fördern. Im selben Zeitraum organisierte die OSCE eine Konferenz unter dem Titel »Media in Multilingual Societies« (2.2.3), um aktuelle

Entwicklungen in Makedonien, Luxemburg, Moldawien, Serbien und der Schweiz zu evaluieren und zu vergleichen. Weiter fortgeschritten ist die Auseinandersetzung in Südafrika, wo seit dem Ende der Apartheid eine bewusste Sprachenpolitik unter Einbeziehung der Medien verfolgt wird, um einer Ethnisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken. In den letzten Monaten hat die öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalt SABC ihr sprachpolitisches Konzept einer breiten öffentlichen Debatte unterworfen (2.3.4). Das wachsende Interesse auf politischer Ebene deutet auf die gesellschaftspolitische Brisanz des Themas hin, auf das Potential, das dem sprachpolitischen Agieren von Medien innewohnt, um gesellschaftliche Spaltungen zu akzentuieren bzw. gesellschaftlichen Zusammenhalt zu begünstigen. Es ist zugleich eine Aufforderung an die Wissenschaft, die sich dem Thema bisher eher zögerlich angenähert hat (1.1), sich der Herausforderung zu stellen und in interdisziplinären Zugängen den Konnex von Multilingualität, Sprachenpolitik und Öffentlichkeit(en) zu erforschen.

Die Dynamik der ›Ränder‹

Die über Jahrzehnte relativ stabile Medienordnung der Nachkriegszeit befindet sich in einer Phase des Umbruchs und rascher Veränderungen. In meiner Arbeit wird deutlich, dass diese Transformation mit der Dezentrierung des nationalstaatlichen Ordnungsprinzips – und somit des Rahmens, in dem Sprachenpolitik gedacht wurde – verknüpft ist. In einer solchen Phase der Veränderung ist es schwierig, allgemeine Schlüsse zu ziehen, auch wenn sich gewisse Tendenzen, die über Fallbeispiele hinausweisen, ablesen lassen. Schon deshalb kann meine Arbeit keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Manches bleibt ausgeklammert oder wird nur am Rande angesprochen, etwa die gesellschaftliche Aneignung computervermittelter Formen der Massenkommunikation oder die möglichen Implikationen einer weiter voranschreitenden Digitalisierung. Beides sind Faktoren, welche die Ausweitung des Medienangebots und die Multidirektionalität von Kommunikationsflüssen weiter beschleunigen könnten. Oft setzen wichtige Veränderungen in so genannten Randbereichen, also außerhalb der Mainstream-Medien, ein und werden schon deshalb nicht genügend wahrgenommen. Eine Schlussfolgerung, die ich aus meiner Arbeit ziehe, ist, dass der

von ›Rändern‹ ausgehenden Dynamik, gerade auch in der Entwicklung multilingualer Formate, erhöhte Aufmerksamkeit gebührt. Solche Dynamiken sind nicht zuletzt außerhalb der westlichen Welt zu beobachten, die in Theoriebildung und Methoden der Kommunikationsforschung noch zu oft als verbindlicher Maßstab herangezogen wird. Aus Sicht der Zentren kann beispielsweise, was auf dem informellen Sektor (2.1.2; 2.3.3) passiert, ebenso unterschätzt werden wie der (sprachpolitische) Impakt, den internationale Dienste wie BBC, Voice of America oder Radio France Internationale (2.1.4) in verschiedenen ›lokalen‹ Kontexten rund um die Welt besitzen. Meine Arbeit versteht sich als Aufforderung, sich gerade solcher blinder Flecken vermehrt wissenschaftlich anzunehmen.

Aus den in diesem Buch bearbeiteten Beispielen wird erkennbar, dass eine gewisse Tendenz zu einer größeren Sichtbarkeit gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit in Medien besteht. Die Entwicklung multilingualer Formate ist zwar für den Moment v. a. in solchen Situationen zu beobachten, wo bewusste Sprachenpolitik im Medienbereich betrieben wird. Sie kommt aber auch in wenig reglementierten Medienbereichen zum Vorschein und kann von dort langsam in den Mainstream vordringen.

Monolinguale Produktions- und Rezeptionsgewohnheiten

Der monolinguale Habitus, die einsprachige Gestaltung von Medien und Medientexten, ist nicht medieninhärent. Das machen schon ›Ausnahmeerscheinungen‹ wie die in den Luxemburgischen Printmedien übliche dreisprachige Gestaltung deutlich (2.1.1). Wie am Beispiel Madagaskar (2.3.2) zu sehen ist, sind zweisprachige Printmedien auch in afrikanischen Ländern keine Seltenheit. Mehrsprachigkeit ist in der Literatur als wichtiges Stil- und Gestaltungselement verankert. Über Musik- und Werbetexte, die sich redaktionellen Vorgaben und Routinen weitgehend entziehen, hat sie auch Eingang in monolingual orientierte Medien gefunden.

Nicht als Stilmittel, sondern als Ausdruck heteroglossischer Lebenswelten ist Mehrsprachigkeit ein Gut, nach dem offensichtlich Bedarf besteht. Überall, wo in urbanen Räumen wenig reglementierte kommunikative Freiräume, etwa in Form freier Radios, entstehen, wird spontan eine Vielzahl von Sprachen laut, die sonst aus der Öffentlichkeit ausgeblendet sind (2.1.2). Sogar bei kommerziell

ausgerichteten Medien kann sich Mehrsprachigkeit als Erfolgsrezept erweisen, wenn sie es ermöglicht, Reichweiten über eine Sprachgruppe hinaus auszudehnen (2.1.1). Die Annahme, dass die monolinguale Ausrichtung von Medien primär auf Produktionsroutinen und Rezeptionsgewohnheiten beruht, findet ihre Bestätigung schließlich darin, dass sich solche Routinen und Gewohnheiten als veränderbar erweisen. So stieß beispielsweise die englische Untertitelung walisischer Fernsehprogramme in kurzer Zeit auf hohe Zustimmung, obwohl Großbritannien als ›Synchronisationsland‹ gilt, dem die Praxis der Untertitelung fremd ist (2.1.1).

Über Rezeptionsgewohnheiten und deren Veränderbarkeit im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit ist noch zu wenig bekannt. Obwohl die Rezeptionsseite nicht Gegenstand meiner Arbeit war, möchte ich es nicht verabsäumen, auf die Notwendigkeit entsprechender Forschung hinzuweisen. Spätestens mit der Verbreitung des Satellitenfernsehens ist die Verfügbarkeit von medialen Angeboten in einer breiten Palette von Sprachen nahezu unüberblickbar geworden. Über Einzelstudien zu bestimmten Rezipientengruppen oder bestimmten Medien hinaus stellt sich die Frage, welche Faktoren die Nutzung von Angeboten in unterschiedlichen Sprachen beeinflussen. Noch kaum erforscht ist die Frage, wie Rezipienten mit zwei- oder mehrsprachigen Medientexten umgehen bzw. wie entsprechende Techniken oder Strategien erlernt und entwickelt werden. Hier müsste auch Forschung betrieben werden, um mögliche Auswirkungen auf *language awareness*, Sprachenerwerb und interkulturelle Kompetenzen zu untersuchen.

Multimodalität im Dienst der Mehrsprachigkeit

Auf Produktionsseite wird mehrsprachige Gestaltung dadurch begünstigt, dass andere Modi – wie Bild und graphische Elemente, Musik und Töne – in den Vordergrund rücken. Im multimodalen Text entsteht Bedeutung im Zusammenspiel verschiedener Modi, sodass die Sprache ihre dominante Rolle in der Bedeutungsvermittlung tendenziell verliert. Indem beispielsweise Bild und Musik unabhängig von Sprache Bedeutungen anbieten, können sie als ›Brücken‹ auftreten, um welche ein mehrsprachiger Text gruppiert wird. Schließlich können in audiovisuellen Medien zwei oder mehrere Sprachen gleichzeitig in mündlicher und schriftlicher Form

präsent sein, wie das in untertitelten Programmen der Fall ist. Selbst in Audiomedien ist die simultane Präsenz von zwei Sprachen – also nicht das konsequente, sondern das parallele Sprechen von zwei Texten – zu finden. HörerInnen sind also in der Lage, jene Sprache, in der sie dem Text folgen möchten, ›herauszufiltern‹. Selbst in Medien bzw. Programmen, die in ihrer Ausrichtung monolingual sind, kann Zwei- und Mehrsprachigkeit über andere Modi, sozusagen durch die ›Hintertür‹, Eingang in den Text finden. Am offensichtlichsten ist das, wenn Text im Zusammenspiel mit Musik vorkommt.

In der Ausschöpfung multimodaler Möglichkeiten steckt ein innovatives Potential, das noch zu wenig bewusst genutzt wird. Wie Untertitel eingesetzt werden können, um Zweisprachigkeit gesellschaftlich aufzuwerten, zeigt das Beispiel des Waliser Fernsehens (2.1.1). Auf eine breitere Palette von Modi (Musik, körperliche Ausdrucksmittel, graphische Inserts, Untertitel) stützen sich auch einzelne multilingual gestaltete südafrikanische TV-Programme, um Mehrsprachigkeit zu transportieren (2.3.4). Im Bereich der Multimodalität besteht sowohl Forschungsbedarf als auch Bedarf an Erfahrungsaustausch und Entwicklungsarbeit.

Gerade im so genannten Unterhaltungsgenre, das sich keinem Informations- oder Bildungsauftrag verbunden fühlt, ist ein Aufbrechen sprachlicher Normen zu beobachten. Wenn das Bild oder die Musik in den Vordergrund rücken, wird Sprache zum Begleitenden, zu einem Stilelement. Verschiedene Sprachen oder Codes werden dann als ein Ressourcenreservoir, aus dem man sich bedienen kann, betrachtet. Praktiken wie Code-switching, language crossing oder der Einsatz von ›intersprachlichen‹, plakativen Formulierungen, wie etwa in Cartoons, sind in Verbindung mit anderen Modi vermehrt zu beobachten (2.1.1).

Dezentrierung sprachlicher Normen

War der ›korrekte‹ Gebrauch von Standardsprachen die vorherrschende Praxis in Medien, die im Rahmen nationaler Öffentlichkeiten funktionierten, so ist nun ein Vordringen ›unreiner‹ Sprachpraktiken im Medienalltag zu beobachten. Parallel zur Dezentrierung der nationalstaatlich geprägten Medienordnung findet eine

Dezentrierung von Standardsprache statt. Diese Dezentrierung, das Abrücken von Normen, findet auf mehreren Ebenen statt:

■ Supranationale Medien zielen darauf ab, Sprachräume als Kommunikationsräume grenzübergreifend auszureizen. Sie verfolgen verschiedene Strategien der Anpassung gegenüber einer heterogen gedachten Rezipientenschaft. Dazu zählen die verstärkte Verwendung von Internationalismen, das Vermeiden von allzu markierten Ausdrücken bzw. das bewusste Zulassen/Einbauen von Varietäten aus dem gesamten Sprachraum. Ein Beispiel dafür ist das albanischsprachige Programm der BBC, das von einer großen Zahl lokaler Stationen im gesamten Raum übernommen wird. Es orientiert sich zwar primär an der Standardsprache, die auf den südlichen Dialekten fußt, doch wird bewusst darauf Wert gelegt, Elemente der nördlichen Dialekte, die auch in der Diaspora weit verbreitet sind, einfließen zu lassen (2.1.4). Auch im kommerziellen Bereich können, wenn es um eine Maximierung von Reichweiten geht, ähnliche Strategien zum Tragen kommen. Ein besonders anschauliches Beispiel dafür sind kommerzielle Diasporamedien, die Rezipienten aus dem gesamten Raum des früheren Jugoslawien, wo die politische und sprachliche Trennung erst vor kurzem erfolgt ist, anzusprechen trachten (2.2.4).

■ In regionalen und lokalen Medien gewinnen regionale Varietäten und Regionalsprachen an Bedeutung. Dialekte und Regionalsprachen waren zwar schon früher in Nischen präsent, doch oft in Zusammenhang mit Verweisen auf ›Ursprüngliches‹, und sie unterlagen ebenso dem ›Reinheitsgebot‹ wie die dominanten Standardsprachen. In neuen Regionalmedien sind Regionalsprachen und regionale Varietäten in einer umfassenden kommunikativen Funktion präsent. In ihrer Verwendung kann regionales Selbstbewusstsein oder eine Distanz zu Zentren zum Ausdruck kommen wie in Istrien (2.2.2) oder Madagaskar (2.3.3).

■ Ein weiteres Element der Dezentrierung sind urbane Codes, sprachliche Praktiken von Subkulturen, die über die ursprüngliche Gruppe hinausreichen können. Code-switching, language crossing, sprachliche Bricolage kommen auch als Strategien der Aneig-

nung dominanter Sprachen vor, oft in Verbindung mit Ironie als einem Mittel, um herrschende Diskurse zu unterminieren. Solche Bottom-up-Phänomene finden zunächst über entsprechende Medien, verknüpft mit bestimmten Musikstilen, ihre Verbreitung. Sie können aber auch bewusst aufgegriffen werden, um Programme für Jugendliche attraktiv zu machen, wie die Beispiele der Fernsehserien in Südafrika (2.3.4) und in Wales (2.1.1) zeigen. Über Programme hinaus, die auf bestimmte Zielgruppen orientiert sind, können solche Praktiken in einer stilisierten Form für breitere Rezipientenschaften kommerzialisiert werden.

Der Tabubruch mit sprachlichen Normen und die Konstituierung von Codes, die auf einem ›Sprachenmix‹ beruhen, sind Mittel, Gemeinsamkeit jenseits von ethnischen Zugehörigkeiten zu schaffen. Auch wenn ein Entstehungsort lokalisierbar ist, so ist das ›Gemeinsame‹, das konstruiert wird, nicht mehr zwangsläufig territorial definiert. Dadurch, dass die Kommunikationsflüsse vielfältiger und multidirektionaler geworden sind, können sich auch ›Ränder‹ einbringen. So kann etwa eine Diaspora auf das Land der Herkunft zurückwirken, wie z. B. im Fall von Hinglish, einem urbanen Code, der sich gleichzeitig in der Diaspora in Großbritannien und in indischen Großstädten entwickelt hat. Von Medien zunächst in Musik- und Unterhaltungsprogrammen aufgegriffen, findet Hinglish mittlerweile sogar als Nachrichtensprache Verwendung. Durch die Entterritorialisierung und Neukonfiguration von Kommunikationsräumen verlieren die Zentren tendenziell an normativer Definitionsmacht.

Sprachenpolitik zwischen Abgrenzung und Entgrenzung

Medien hatten und haben ebenso wie der Bildungsbereich und der administrative Sprachgebrauch am Prozess der Durchsetzung von Standardsprachen wesentlichen Anteil. Diese Rolle, die ihnen im Rahmen nationaler Öffentlichkeiten zukam, könnte auch ein Grund dafür sein, dass sie einem monolingualen Habitus verhaftet sind. Ein aktuelles, in diesem Buch dargelegtes Beispiel für die Affirmation eines ›neuen‹ Standards ist das Kroatische (2.2.2). Besonders hervorgehoben werden muss die Bedeutung von Medien als Forum für metasprachliche Diskurse. Dabei kommen Strategien der

Abgrenzung nach außen und der Homogenisierung nach innen zum Tragen. Schon Bakhtin (1981: 270 f.) hat darauf hingewiesen, dass *unitary language* nicht etwas Naturgegebenes (dan), sondern etwas Konstituiertes (zadan) ist. Sprachgrenzen erscheinen nicht nur als soziale und politische, sondern auch als diskursive Konstrukte. In diesem Prozess können symbolische Sprachgrenzen zu Kommunikationsgrenzen stilisiert werden. Trotz der bewussten Abgrenzungsstrategien zeigen Untersuchungen, dass sich der tatsächliche Sprachgebrauch in den kroatischen Medien nach mehr als zehn Jahren nicht wesentlich gegenüber früher unterscheidet (2.2.2).

Eine gegenläufige Strategie besteht darin, zu betonen, dass Verständigung trotz Unterschieden möglich ist. Das impliziert ein Öffnen gegenüber Nachbarschaftssprachen und anderen ›fremden‹ Einflüssen, das Zulassen von ›Unreinheit‹. Wie beim Prozess der Konstruktion von Standard kommt auch in seiner Dekonstruktion Medien eine wichtige Rolle zu. In Südafrika, wo Sprachgrenzen von Missionaren gezogen und im Apartheidregime im Sinne einer Ethnisierung akzentuiert wurden, wird jetzt bewusst danach gesucht, Sprachgrenzen auch in der Öffentlichkeit durchlässig zu machen und Gemeinsames über Trennendes zu heben (2.3.4). Ob das langfristig zu einem Zusammenwachsen, einer Harmonisierung von Sprachen führt, die über lange Perioden in der Öffentlichkeit getrennt gehalten wurden, lässt sich im Moment nicht einschätzen und hängt wohl nicht allein von den Medien ab.

Etwas anders verhält es sich mit dem Romani, wo Kodifizierungen regionaler Varietäten erst in jüngerer Zeit erfolgten. Es gibt zwar Versuche einer Top-down-Standardisierung, die normativ auf eine einheitliche Sprache und Verschriftung abzielt, doch wird sie bisher von den Sprechern kaum angenommen. Andererseits kommt durch die zunehmende internationale Vernetzung und die beginnende Entwicklung überregionaler Medien, in welchen dem Romani eine kommunikative Funktion zukommt, ein transregionaler Standardisierungsprozess in Gang. Das Zulassen von Variation, die Anerkennung der Sprecher als Experten im Prozess gegenseitiger Anpassung wird als ein ›postmodernes‹ Projekt der Standardisierung begriffen (2.2.3).

Sprachenpolitik fokussiert traditionell auf den Staat und ihm nahe stehende Institutionen. Mit der Dezentrierung des Staates und seinen Institutionen wächst der Spielraum von Akteuren auf ande-

ren, substaatlichen Ebenen, denen bisher weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das sind beispielsweise Regionen und Stadtverwaltungen, die nolens oder volens sprachenpolitische Kompetenzen wahrzunehmen beginnen. Selbst im Bildungsbereich werden sprachenpolitische Entscheidungen zunehmend auf einzelne Bildungseinrichtungen verlagert. Gewachsen ist auch der Einfluss internationaler Organisationen, die sprachenpolitisch in ›innere‹ Angelegenheiten von Staaten eingreifen (1.2.5). Sie stecken zwar Rahmen – wie beispielsweise die in Konventionen niedergelegten europäischen Standards für Regional- und Minderheitensprachen –, lassen aber den einzelnen Staaten großen Interpretationsspielraum. Medien hatten als staatsferner Sektor traditionell einen größeren sprachenpolitischen Handlungsspielraum, der sich im Prozess der Dezentrierung von Staatlichkeit tendenziell noch ausweitet. Regulierung und Lenkung erfolgen sowohl auf suprastaatlicher als auch auf staatlicher Ebene primär durch indirekte Maßnahmen wie Förderungsinstrumentarien (2.1.1). In diesem Sinn müssen die Rahmen, in denen Sprachenpolitik gedacht wurde, einer Revision unterzogen und neue Konzeptionen abgeleitet werden, die der Vielzahl autonomer gewordener Akteure Rechnung trägt.

Einheit stiften oder Differenzen aushandeln

In mehrsprachigen Situationen ist es von großer Bedeutung, den in der Gesellschaft vertretenen Sprachen Zugang zu den Medien zu gewährleisten. Als mindestens ebenso wichtig wie quantitativ messbare Quoten, die oft im Vordergrund stehen, erweist sich v. a. in asymmetrischen mehrsprachigen Situationen die Frage, welche Diskurse in welchen Sprachen in der medialen Öffentlichkeit präsent sind.

In Medien bzw. in Mediensystemen, die dem klassischen Modell der nationalen Öffentlichkeit verpflichtet sind, besteht, soweit nicht bewusst gegengesteuert wird, die Tendenz, Themen wie internationale und nationale Politik, Wirtschaft und Fortschritt überwiegend in der dominanten Sprache abzuhandeln. Dominierte Sprachen werden vorwiegend auf ›Nebenschauplätze‹ des sozialen und kulturellen Lebens, auf gruppeninterne Fragen und auf Traditionspflege abgedrängt. Formen der Einengung lassen sich in fast allen asymmetrischen Situationen beobachten (1.2.3 und 2.1.1; 2.3.2). Durch diese ungleiche Domänenverteilung wird der Hierar-

chisierung von Sprachen Vorschub geleistet, gleichzeitig bleiben in den zugeständenen Nischenplätzen dominante Diskurse weitgehend unangefochten.

Dieser Ausschluss aus den machthabenden und machtbildenden Diskursen wird von sozialen Bewegungen und sich formierenden Gegeneliten in Frage gestellt. Gelingt es nicht, das traditionelle Mediensystem – insbesondere staatsnahe oder in öffentlichem Auftrag stehende Medien – als Tribüne für widerstreitende Diskurse zu öffnen, kann ein Rückzug in eigene Medien in der dominierten Sprache stattfinden. Die Herausbildung von Medien in solchen Sprachen kann zu einer Bereicherung der Medienlandschaft beitragen und auf andere Medien (in dominanten Sprachen) rückwirken, insbesondere wenn – möglichst von allen Seiten – versucht wird, eine Öffnung zur jeweils anderen Gruppe zu realisieren (Wales 2.1.1). Sie kann gerade dann, wenn die Vorstellung von homogenen oder zu homogenisierenden Rezipientenschaften vorherrscht, in der Folge aber auch zur Herausbildung getrennter Mediensysteme führen, die sich ethnisch definieren, was letztlich, wie in Makedonien, zur Herausbildung einer ethnisch fragmentierten Öffentlichkeit führt und bestehende Polarisierungen verschärft (Makedonien 2.2.3).

Speziell in urbanen Räumen ist das Entstehen von Medieninitiativen zu beobachten, die sich als Ersatztribünen verstehen, um verdrängte Stimmen und Diskurse zu Wort kommen zu lassen, und die darauf abzielen, die Heteroglossie der Gesellschaft zu spiegeln. Sie erheben den Anspruch, die Trennung zwischen Rezipient und Produzent aufzuheben, und legen Wert auf eine interaktive Gestaltung. Innerhalb dieser mehrsprachigen Communitymedien, die v. a. im Radiosektor vertreten sind, steht zunächst das Bestreben im Vordergrund, die »eigene« Sprachcommunity anzusprechen und öffentlich repräsentiert zu sehen. Das Bedürfnis, auch die Mehrheitsbevölkerung einzubeziehen, findet in zwei- und mehrsprachigen Formaten seinen Ausdruck. Dass zwei (oder mehrere) Rezipientenschaften gleichzeitig mitgedacht und angesprochen werden, zeichnet diese Programme aus. Man geht sprachlich und inhaltlich von einer heterogenen Rezipientenschaft aus und ist bestrebt, immer wieder Brücken zu schlagen, ein gemeinsames Terrain zu (er)finden. Einen Schritt weiter gehen solche mehrsprachigen Programme, die nicht im Dienst von Anliegen der einen oder anderen

Gruppe stehen, sondern wo unterschiedliche Gruppen rund um ein Thema zusammengeführt werden. In solchen Formaten werden die unterschiedlichen Rezipientenschaften wechselweise einzeln oder gemeinsam angesprochen. Dies resultiert in einem ständigen Perspektivenwechsel; das ›Wir‹ wird einer laufenden Revision unterzogen und ständig neu definiert. Die Präsenz mehrerer Sprachen hat hier keinen symbolischen Charakter, sondern wirkt transformierend auf den Diskurs (2.1.2).

Auf diese Weise werden Tribünen der Mehrsprachigkeit zu ›Marktplätzen‹, auf denen Beziehungen ausgehandelt werden können. In Südafrika werden multilinguale Sendungen dieser Art bewusst als Gegenstrategie eingesetzt, um ethnische Spaltungen zu überwinden. Ähnliche Initiativen werden in jüngster Zeit in Südosteuropa sichtbar und von internationaler Seite bewusst gefördert (2.2.3). Wie weit solche Strategien greifen, kann noch nicht schlüssig beantwortet werden. Eine wissenschaftliche Evaluierung solcher Projekte im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Zielsetzung wäre wünschenswert.

Öffentlichkeit als transnationale Vernetzung

In dem Maß, in dem die regulative, ausgleichende und einheitsstiftende Funktion des Nationalstaats rückläufig ist, zeichnen sich im Mediensektor Entwicklungen ab, die auf eine Dezentrierung nationaler Öffentlichkeit hinauslaufen:

- Internationale Medien agieren auf einem globalisierten Markt. Sie sprechen Eliten als eine weltweite Zielgruppe an, fassen Sprachräume zu einem Markt zusammen oder handeln multilokal, indem sie ihr Sprachangebot diversifizieren.
- Auf lokaler und regionaler Ebene entsteht eine Vielzahl kommerzieller und nichtkommerzieller Initiativen, die der gesellschaftlichen Heterogenität und Heteroglossie Ausdruck verleihen.
- Der öffentlich-rechtliche Sektor verliert seine Dominanz. Im Wettstreit mit den globalen und lokalen Akteuren nimmt er Anleihen bei beiden und versucht, sich neu zu positionieren.

Die oft geäußerte Annahme, dass Internationalisierung und Globalisierung von Kommunikation notwendigerweise zu einer Vereinheitlichung führen würden, hat sich in den in meinem Buch besprochenen Beispielen nicht bestätigt. Tendenzen großräumigerer Vereinheitlichung jenseits des Nationalstaates stehen kleinräumige Entwicklungen entgegen, die ein Mehr an Vielfalt bringen.

Am Beispiel Europas zeigt sich, dass supranationale, multilinguale Öffentlichkeiten sich weder nach dem klassischen nationalstaatlichen Modell der Vereinheitlichung noch als Addition in sich homogener Teilöffentlichkeiten realisieren lassen. In diesem Zusammenhang gewinnt der ›Dritte Sektor‹ (2.1.3) an Wichtigkeit, der aus der Vernetzung translokaler, transregionaler und transnationaler Initiativen entsteht und sich als Korrektiv gegenüber nationalstaatlichen und marktwirtschaftlichen Interessen versteht. Transnationale Öffentlichkeit ist, so verstanden, nichts Statisch-Institutionelles, sondern sie muss, durch wechselnde Bündnisse und Vernetzungen rund um gemeinsame Themen, ständig neu definiert und zusammengefügt werden.

Transnationale, multilinguale Öffentlichkeiten können nicht auf Ausschlüssen begründet sein. Ein Grund für die Einschränkung von Sprachen auf bestimmte Domänen liegt in der Frage verfügbarer Ressourcen (1.3.3). Medienarbeit in nicht dominanten Sprachen wird dadurch erschwert, dass Ausgangstexte meist nur in anderen Sprachen vorliegen, sodass ein großer Aufwand für Übersetzung und Terminologieentwicklung geleistet werden muss und dass die verfügbaren Mittel, auch auf Grund des geringeren Werbeaufkommens, generell knapp sind. Nach marktwirtschaftlichen Kriterien werden die Kosten mehrsprachiger Medienarbeit nur auf der Sollseite verbucht. Demgegenüber gilt es, den individuellen und gesellschaftlichen Nutzen öffentlicher Mehrsprachigkeit sichtbar zu machen. Auf individueller Ebene stärkt sie kommunikative und interkulturelle Kompetenzen. Auf gesellschaftlicher Ebene erleichtert Mehrsprachigkeit in Medien Zugang zur Information, gewährleistet Partizipation an der Öffentlichkeit und fördert soziale Kohäsion, indem sie der bestehenden Heteroglossie, der Vielfalt an Diskursen und Stimmen, Ausdruck verleiht.

Bibliographie

- Alexander, Neville (1989) *Language Policy and National Unity in South Africa/Azania*. Cape Town: buchu books.
- Alexander, Neville (2001) *Südafrika. Der Weg von der Apartheid zur Demokratie*. München: C. H. Beck.
- Alexander, Neville (2003) New meanings of Panafricanism in the Era of Globalisation. The Distinguished Frantz Fanon Lecture, De Paul University, Chicago, 8. 10. 2003 (Manuskript).
- Ammon, Ulrich (2002) Language and Identity. Implications for National Languages, languages in the European Union, and the Global Languages. Key-note lecture at the World Congress of Applied Linguistics, Singapore, 16.–21. Dezember 2002.
- Ammon, Ulrich; Norbert Dittmar; Klaus J. Mattheier (Hg.) (1987) *Handbuch Soziolinguistik*, Berlin/New York: de Gruyter.
- Anders, Günther (1956) *Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München: Beck.
- Anderson, Benedict (1983) *Imagined communities: Reflections on the origins and spread of nationalism*. London: Verso.
- Androutsopoulos, Jannis (2001) Ultra korred Alder! Zur medialen Stilisierung und Anagnung von »Türkendeutsch«. In: *Deutsche Sprache* 4/2001, 321–339.
- Ang, Ien (1991) *Desperately seeking the audience*. London, New York: Routledge.
- Appadurai, Arjun (1998) Globale ethnische Räume. Bemerkungen und Fragen zur Entwicklung einer transnationalen Anthropologie. In: Ulrich Beck (Hg.) *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 11–41.
- Atton, Chris (2002) *Alternative media*. London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage.
- Bakhtin, Mikhail (1981) *The dialogic imagination*. (Ed. by Michael Holquist). Austin: University of Texas Press.
- Bakker, Peter (2001) Romani in Europe. In: Guus Extra; Durk Groter (Hg.) *The other languages of Europe*. Clevedon, Buffalo, Toronto, Sydney: Multilingual Matters, 293–315.
- Bakker, Peter; Milena Hübschmannová; Valdemar Kalinin; Donald Kenrick; Hristo Kyuchukov; Yaron Matras; Giulio Soravia (Hg.) (2000) *What is the Romani Language?* Paris: Gypsy Research Center. Hatfield: University of Hertfordshire Press.
- Bamgbose, Ayo (1991) *Language and the Nation*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Barber, Karin (1997) Popular Reactions to the Petro-Naira. In: Karin Barber (Hg.) *Readings in African Popular Culture*. London: James Currey, 91–99.
- Barlet, Oliver (2000) *African cinemas: Decolonizing the gaze*. London: Zed Books Ltd.
- Barthes, Roland (1964) *Mythen des Alltags*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Barthes, Roland (1994) Introduction à l'analyse structurale des récits. In: *Roland Barthes. Œuvres complètes. Tome II. 1966–1973*. Édition établie et présentée par Éric Marty. Paris: Éditions du Seuil.

- Bauböck, Rainer (1996) *Nach Rasse und Sprache verschieden. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute*. Wien: Institut für Höhere Studien. Reihe Politikwissenschaft, No. 31.
- Bauman, Zygmunt (1998) *Globalization. The Human Consequences*. Cambridge: Polity Press.
- Bausinger, Hermann (1972) *Dialekte, Sprachbarrieren, Sondersprachen*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Bavoux, Claudine (1996) A propos du caractère interventioniste des politiques linguistiques malgaches. In: Caroline Juillard, Louis-Jean Calvet (Hg.) *Les politiques linguistiques. Mythes et réalités*. Beyrouth: FMA; Montréal: AUPELF-UREF, 49–53.
- Beck, Ulrich (Hg.) (1998) *Politik der Globalisierung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Becker, Jörg (2000) Türkisch-deutsche Medienbeziehungen: Phasen und Systematik. In: Heribert Schatz; Christina Holtz-Bacha; Jörg-Uwe Nieland (Hg.) *Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 106–116.
- Bell, Allan (1997) Language Style as Audience Design. In: Nikolas Coupland, Adam Jaworski (Hg.) *Sociolinguistics. A reader and coursebook*. New York: St. Martin's Press, 240–250.
- Benthalia, Abdelâli; Eirlys Davies (2002) Language mixing in rai music: localisation or globalisation? In: *Language & Communication* 22 (2002), 187–207.
- Berg, Eiki; Oras Saima (2000) Writing post-Soviet Estonia on the world map. In: *Political Geography*, Vol. 19/5.
- Berg, Guy (1993) *Mir wëlle bleiwe, wat mir sin. Soziolinguistische und sprachtypologische Betrachtungen zur luxemburgischen Mehrsprachigkeit*. Tübingen: Niemeyer.
- Besters-Dilger, Juliane; Rudolf de Cillia; Hans-Jürgen Krumm; Rosita Rindler-Schjerve (Hg.) (2003) *Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union*. Klagenfurt: Drava.
- Bhabha, Homi K. (1994) *The location of culture*. London, New York: Routledge.
- Bhatia, Tej K. (2000) *Advertising in rural India: language, marketing communication and consumerism*. Monograph Series No. 36. Tokyo: Tokyo University Press.
- Bhatia, Vijay (1993) *Analysing genre: language use in professional settings*. London: Longman.
- Bloch, Maurice (1998) *How We Think They Think. Anthropological Approaches to Cognition, Memory and Literacy*. Oxford, Boulder: West View Press.
- Blum, Roger; Andrea Ochsner (2003) Switzerland. In: Ana Karlsreiter (Hg.) *Media in Multilingual Societies: Freedom and Responsibility*. Wien: OSCE, Office of the Representative on Freedom of the Media, 131–159.
- Boeckmann, Klaus (1994) *Unser Weltbild aus Zeichen. Zur Theorie der Kommunikationsmedien*. Wien: Braumüller.
- Boeckmann, Klaus-Börge; Ulrike Eder; Elisabeth Furch; Verena Plutzar (2003) Sprich Deutsch und du gehörst zu uns! Deutsch als Zweitsprache bei der Integration von MigrantInnen und in der LehrerInnenaus- und -fortbildung. In: Brigitta Busch, Rudolf de Cillia (Hg.) *Sprachenpolitik in Österreich. Eine Bestandsaufnahme*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 43–62.
- Bourdieu, Pierre (1982) *Ce que parler veut dire. L'économie des échanges linguistiques*. Paris: Fayard.
- Bourdieu, Pierre (1990) *Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches*. Wien: Braumüller.
- Bourgault, Louise M. (1995) *Mass Media in Sub-Saharan Africa*. Indiana and Indianapolis: Indiana University Press.
- Boyd-Barrett, Oliver; Johan Nootens; Anthony Pugh (1996) Multilingualism and the mass media. In: Hans Goebli; Peter Nelde; Zdenek Stary; Wolfgang Wölk (Hg.) *Handbuch der Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*, 1. Halbband. Berlin: de Gruyter, 426–431.
- Bratić, Ljubomir (2000) Soziopolitische Organisation der MigrantInnen in Österreich. In: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*. Heft 1/2000, 6–21.

- Brecht, Bert (1992) Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 21 (Schriften 1914–1933). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Browne, Donald R. (1999) The Snail's Shell: Electronic Media and Emigrant Communities. In: *Communications. The European Journal of Communication Research*. Vol. 24, Nr. 1, 61–84.
- Buchholz, Jürgen (2002) Radio-Regulierung im Sinne der Vielfalt. Referat an der Tagung Medienvielfalt – Radio und Internet zwischen Markt und Bürgerbeteiligung, Renner Institut Wien, 21. 6. 2002.
- Bugarški, Ranko (1995) *Jezik od mira do rata. Drugo dopunjeno izdanje*. Beograd: Slovoğraf.
- Bugarški, Ranko (2002) Language and boundaries in the Yugoslav context. Vortrag am Workshop »Language, discourse and borders« an der Universität Wien, 29.–30. 9. 2002.
- Bugarški, Ranko; Celia Hawkesworth (Hg.) (1992) *Language planning in Yugoslavia*. Columbus, Ohio: Slavica Publishers.
- Burger, Harald (2000) Textsorten in Massenmedien. In: Klaus Brinker, Gerd Antos, Wolfgang Heinemann, Sven Sager (Hg.) *Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*. 1. Halbband. Berlin, New York: de Gruyter, 614–628.
- Busch, Brigitta (1999) *Der virtuelle Dorfplatz. Minderheitenmedien, Globalisierung und kulturelle Identität*. Klagenfurt: Drava.
- Busch, Brigitta (2001) Grenzvermessungen: Sprachen und Medien in Zentral-, Südost- und Osteuropa. In: Brigitta Busch; Brigitte Hipfl; Kevin Robins (Hg.) *Bewegte Identitäten – Medien in transkulturellen Kontexten*. Klagenfurt: Drava, 145–173.
- Busch, Brigitta; Rudolf de Cillia (Hg.) (2003) *Sprachenpolitik in Österreich. Eine Bestandsaufnahme*. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Busch, Brigitta; Helen Kelly Holmes (in Druck) Language boundaries as social, political and discursive constructs. In: Brigitta Busch; Helen Kelly Holmes (Hg.) *Language, discourse and borders*. Clevedon, Buffalo, Toronto, Sydney: Multilingual Matters.
- Busch, Jürgen (1994) *Radio Multikulti. Möglichkeiten für den lokalen Ethnofunk*. Berlin – Deutschland – Großbritannien. Eine Untersuchung im Auftrag der Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Berlin: Vistas.
- Calvet, Louis-Jean (1978) *Die Sprachenfresser: Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus*. Berlin: Arsenal.
- Calvet, Louis-Jean (1999) *Pour une écologie des langues dans le monde*. Paris: Plon.
- Calvet, Louis-Jean (2002) *Le marché aux langues. Les effets linguistiques de la mondialisation*. Paris: Plon.
- Cameron, Deborah (1997) Demythologizing sociolinguistics. In: Nikolas Coupland, Adam Jaworski (Hg.) *Sociolinguistics. A reader and coursebook*. New York, St. Martin's Press, 55–67.
- Castells, Manuel (2002) *Das Informationszeitalter II. Die Macht der Identität*. Opladen: Leske+budrich.
- Castells, Manuel (2003) *Das Informationszeitalter III. Jahrtausendwende*. Opladen: Leske+budrich.
- Cerquiglini, Bernard (1999) Les langues de la France. Rapport au Ministre de l'Éducation Nationale, de la Recherche et de la Technologie, et à la Ministre de la Culture et de la Communication. Avril 1999, <http://dglf.culture.fr/culture/dglf/garde.htm>
- Chambers, James; Peter Trudgill (1980) *Dialectology*. Cambridge: University Press.
- Chaudeson, Robert (2001) *L'Europe parlera-t-elle anglais demain?* Paris: Institut de la Francophonie/L'Harmattan.
- Clignet, Rémi; Bernard Ernst (1995) *L'école à Madagascar: Évaluation de la qualité de l'enseignement primaire public*. Paris: Karthala.
- Clyne, Michael (1996) Sprache, Sprachbenutzer und Sprachbereich. In: Hans Goebel; Peter H. Nelde; Zdenek Stary; Wolfgang Wölck (Hg.) *Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*, 1. Halbband. Berlin: de Gruyter, 12–22.
- Coman, Mihai (2000) Developments in Journalism Theory About Media in »Transition« in Central and Eastern Europe 1990–99. In: *Journalism Studies*, Vol. 1, Nr. 1, 35–56.

- Cormack, Mike (1998) Minority Language Media in Western Europe. Preliminary Considerations. In: *European Journal of Communication*, Vol. 13 (1), 33–52.
- Corvell, Maureen (1995) *Historical dictionary of Madagascar*. Maryland: Scarecrow Press.
- Cottle, Simon (Hg.) (2000) *Ethnic Minorities and the Media*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press.
- Coulmas, Florian (1985) *Sprache und Staat: Studien zur Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin, New York: de Gruyter.
- Coulmas, Florian (1992) *Die Wirtschaft mit der Sprache. Eine sprachsoziologische Studie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Crystal, David (1997) *English as a global Language*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Crystal, David (2000) *Language Death*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dangschat, Jens (2002) Residentielle Segregation – die andere Herausforderung an die Stadtforschung. In: Heinz Fassmann; Josef Kohlbacher; Ursula Reeger (Hg.) *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*. Klagenfurt: Drava, 25–37.
- de Cillia, Rudolf (2003) Braucht Österreich eine Sprachenpolitik? In: Brigitta Busch, Rudolf de Cillia (Hg.) *Sprachenpolitik in Österreich. Eine Bestandsaufnahme*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 9–43.
- de Smaele, Hedwig (1999) The Applicability of Western Models on the Russian Media System. In: *European Journal of Communication*, Vol. 14(2), 173–189.
- De Swaan, Abraham (2001) *Words of the World*. Cambridge: Polity.
- Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPUK) (Hg.) (2001) *Die Mediengesellschaft und ihre Wissenschaft. Herausforderungen für die Kommunikations- und Medienwissenschaft als akademische Disziplin*. München: R. Fischer.
- Dittmar, Norbert (1997) *Grundlagen der Soziolinguistik – Ein Arbeitsbuch mit Aufgaben*. Tübingen: Niemeyer.
- Dixon, Robert M. W. (1997) *The Rise and Fall of Languages*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Domenichini-Ramiaramanana, Bakoly (1977) *Le Malgache. Essai de description sommaire*. Paris: SELAF.
- Downing, John (1996) *Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture*. London: Sage.
- Dragičević-Sešić, Milena (2001) Borders and maps in contemporary Yugoslav art. In: Nada Švob-Đokić (ed.) *Redefining cultural identities*. Zagreb: Institute for International relations, 71–87.
- Dressler, Wolfgang U.; Rudolf de Cillia (in Vorb.) Spracherhaltung – Sprachverfall – Sprachtod. In: Ulrich Ammon, Norbert Dittmar, Klaus-Jürgen Mattheier (Hg.) *Sociolinguistics/Sociolinguistik. Handbücher zur Kommunikationswissenschaft*. 2. überarb. Aufl. Berlin: de Gruyter.
- Dries, Josephine (1995) *Dubbing and subtitling. Guidelines for production and distribution*. Düsseldorf: The European Institute for the Media.
- Duncan, Jane (2002) *Broadcasting and the National Question. South African media in an age of neo-liberalism*. Johannesburg: Freedom of Expression Institute.
- Echchaibi, Nabil (2002) (Be)longing media: minority radio between cultural retention and renewal. In: *javnost/the public*. Vol. 9 (2002) 1, S. 37–51.
- ECRI (2001) Zweiter Bericht über Österreich, verabschiedet am 16. Juni 2000. Dokument ECRI (2201) 3 prov. German version. Strasbourg: Europarat.
- Ehlich, Konrad (2000) Europäische Sprachen im Zeitalter der Postnationalität. In: *Mitteilungen des deutschen Germanistenverbandes*. Heft 2-3/2000. Bielefeld: Aisthesis Verlag, 186–196.
- Ehlich, Konrad; Venanz Schubert (Hg.) (2002) *Sprachen und Sprachenpolitik in Europa*. Tübingen: Stauffenburg.
- El Atia, Samira; Douglas A. Kibbee (2001) Language protection and cultural policy in France. In: Christopher Moseley; Nicholas Ostler; Hassan Ouzate (Hg.) *Endangered Languages and the Media*. Bath: Foundation for Endangered Languages, 29–35.

- Eurobarometer (2001) *Sonderbericht Nr. 54: Die Europäer und ihre Sprachen*. Europäische Kommission, Februar 2001.
- Euromosaic (1996) Produktion und Reproduktion der Minderheiten-Sprachgemeinschaften in der Europäischen Kommission. Luxemburg: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (1996) *Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung*. Luxemburg: Europäische Kommission.
- European Commission (2002) Dubbed or Subtitles? Le cinéma européen vu comme une opportunité de pratiquer les langues étrangères dans le cadre de l'AEL 2001. Note de la Commission, Directorate General for Education and Culture.
- Extra, Guus; Durk Gorter (Hg.) (2001) *The other languages of Europe*. Clevedon, Buffalo, Toronto, Sydney: Multilingual Matters 118.
- Fairclough, Norman (1995a) *Media discourse*. London, New York: Edward Arnold.
- Fairclough, Norman (1995b) *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*. London, New York: Longman.
- Fiske, John (1989/1987) *Television Culture*. London: Routledge.
- Fjelstad, Per (1999) Language »Thickness« and Popular Pride: Tejano Radio. In: *Medienjournal* Nr. 2/1999, 40–48.
- Flockemann, Miki (2000) Watching soap opera. In: Sarah Nuttall; Cheryl-Ann Michael (Hg.) *Senses of culture: south african cultural studies*. Cape Town: Oxford University Press Southern Africa, 141–155.
- Foucault, Michel (1986) La gouvernementalité: texte d'une leçon. In: *Actes. Les Cahiers d'action juridiques*, No. 54.
- Franchon, Claire; Marion Vargaftig (Hg.) (1995) *European Television: Immigration and Ethnic Minorities*. London: Libbey.
- Friedman, Eben (2002) Political Integration of the Romani Minority in Post-communist Macedonia. In: *Southeastern Politics*, November 2002, Vol. III, No. 2–3, 107–126.
- Friedman, Eben (2002) Political Integration of the Romani Minority in Post-communist Macedonia. In: *Southeastern Politics*, November 2002, Vol. III, No. 2–3, 107–126.
- Friedman, Victor A. (1997) Linguistic Form and Content in the Romani-language Press of the Republic of Macedonia. In: Yaron Matras; Peter Bakker; Hristo Kyuchukov (Hg.) *The Typology and Dialectology of Romani*. Amsterdam: Benjamins, 181–196.
- Friedman, Victor A. (1999) The Romani Language in the Republic of Macedonia: Status, Usage and Sociolinguistic Perspectives. In: *Acta Linguistica Hungarica*, Vol. 46, No. 3–4, 31–339.
- Gambier, Yves (Hg.) (1997) *Les transferts linguistiques dans les médias audiovisuels*. Ville-neuve d'Ascq: Presses Universitaires du Septentrion.
- Gerhards, Jürgen (2001) Missing a European public sphere. In: Martin Kohli; Mojca Novak (Hg.) *Will Europe work? Integration, employment and the social order*. London, New York: Routledge, 145–158.
- Gillespie, Marie (1995) *Television, ethnicity and cultural change*. London: Routledge.
- Glück, Helmut (Hg.) (2000) *Metzler Lexikon Sprache*. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Gogolin, Ingrid (1994) *Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule*. Münster/New York: Waxmann.
- Gogolin, Ingrid (1998) Sprache rein halten – eine Obsession. In: Ingrid Gogolin (Hg.) *Über Mehrsprachigkeit. Festschrift zum 60. Geburtstag von Gundula List*. Tübingen: Stauffenburg Verlag, 71–96.
- Grin, François (1996) Plurilinguisme en matière de publicité. In: Handbuch der Kontraktlinguistik. In: Hans Goebel; Peter Nelde; Zdenek Stary; Wolfgang Wölk (Hg.) *Kontraktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*. 1. Halbband. Berlin: de Gruyter, 438–444.
- Grin François; François Vaillancourt (1999) *The cost-effectiveness evaluation of minority language policies. Case studies on Wales, Ireland and the Basque Country*. ECMI Monograph Nr. 2. Flensburg: European Centre for Minority Issues (ECMI).
- Guespin, Luis; Jean-Baptiste Marcellesi (1986) Pour la glottopolitique. In: *Languages*, 21, 5–35.

- Gunner, Liz (2000) Zulu radio drama. In: Sarah Nuttall; Cheryl-Ann Michael (Hg.) *Senses of culture: south african cultural studies*. Cape Town: Oxford University Press Southern Africa, 216–231.
- Haarmann, Harald (1987) Sprachen- und Sprachpolitik. In: Ulrich Ammon; Norbert Dittmar; Klaus J. Mattheier (Hg.) *Handbuch Soziolinguistik*, Berlin/New York: de Gruyter, 1660–1678.
- Haberfellner, Regina; Martina Böse (1999) »Ethnische Ökonomien«. In: Heinz Fassmann; Helga Matuschek; Elisabeth Menasse (Hg.) *Abgrenzen, ausgrenzen, aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*. Klagenfurt: Drava, 75–95.
- Habermas, Jürgen (1990/1962) *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1999) *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hagège, Claude (2000) *Halte à la mort des langues*. Paris: Odile Jacob.
- Halilović, Senahid (1996) *Griježdo lijepih riječi: pravilno – nepravilno u bosanskoj jeziku*. Sarajevo: Baština.
- Hall, Stuart (1980) Encoding/decoding. In: Centre for Contemporary Cultural Studies (Hg.) *Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies 1973–1979*. London: Hutchinson, 128–138.
- Halliday, Michael A. (1973) *Explorations in the functions of Language*. London: Arnold.
- Halliday, Michael A. (1978) *Language as social semiotics. The social interpretation of language and meaning*. London: Arnold.
- Halwachs, Dieter W. (1999) Romani in Österreich. In: Dieter Halwachs; Florian Menz (Hg.) *Die Sprache der Roma. Perspektiven der Romani-Forschung in Österreich im interdisziplinären und internationalen Kontext*. Klagenfurt: Drava, 112–147.
- Halwachs, Dieter W. (2001) Anspruch und Wirklichkeit in der Romani-Sprachplanung. In: Peter H. Nelde; Rosita Rindler-Schjerve (Hg.) *Plurilingua XXII: Minorities and Language Policy – Minderheiten und Sprachpolitik – Minorités et l'aménagement linguistique*, St. Augustin: Asgard, 201–208.
- Hardt, Michael; Antonio Negri (2002) *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt/Main: Campus.
- Hargreaves, Alec G. (2001) Kein monokulturelles Menü: Medienrezeption in Frankreich und Deutschland. In: B. Busch, B. Hipfl, K. Robins (Hg.) *Bewegte Identitäten. Medien in transkulturellen Kontexten*. Klagenfurt: Drava, 128–145.
- Hasebrink, Uwe (2001) Englisch als europäische Mediensprache? Empirische Annäherungen an eine interdisziplinäre Frage. In: Dieter Möhn; Dieter Roß; Marita Tjarks-Sobhani (Hg.) *Mediensprache und Medienlinguistik. Festschrift für Jörg Hemmig*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 225–242.
- Haugen, Einar (1966) *Language Conflict and Language Planning. The Case of Modern Norwegian*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Haut Conseil de la Francophonie (1999) Progression du français en Afrique subsaharienne. In: *Afrique contemporaine* No. 190, 2e trimestre 1999, 81–86.
- Haynes, Jonathan; Onokome Okome (1998) Evolving popular media: Nigerian video films. In: *Research in African literatures*. Indiana University Press. Fall 1998, 106–128.
- Hepp, Andreas (2001) Medienkultur als »Nationalkultur« im Wandel: Cultural Studies und die Perspektive einer transkulturellen Medienforschung im deutschsprachigen Raum. In: Udo Göttlich; Lothar Mikos; Rainer Winter (Hg.) *Die Werkzeugkiste der cultural studies: Perspektiven, Anschlüsse und Interventionen*. Bielefeld: Transcript, 243–282.
- Herbst, Thomas (1994) *Linguistische Aspekte der Synchronisation von Fernsehserien: Phonetik, Textlinguistik, Übersetzungstheorie*. Tübingen: Niemeyer.
- Herczeg, Petra; Andrea Kaiser (1999) *Radio für Kinder und Jugendliche im Burgenland*. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Eisenstadt: Burgenländische Forschungsgesellschaft.
- Hilgendorf, Suzanne; Elizabeth Martin (2001) English in advertising: update for France and Germany. In: Edwin Thumboo (Hg.) *The three circles of English*. Singapore: Uni-Press, 217–241.

- Hinrichs, Uwe (Hg.) (1999) *Handbuch der Südosteuropalinguistik*. Wiesbaden: Harrasowitz.
- Hodžić, Alija (2000) Preoccupation with the »other«. In: Nena Skoplanac Brunner; Stjepan Gredelj; Alija Hodžić; Branimir Krištofić (Hg.) *Media & War*. Belgrad: Argument, 19–41.
- Holly, Werner; Ulrich Püschl (1993) Sprache und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Ulrich Biere; Helmut Henne (Hg.) *Sprache in den Medien nach 1945*. Tübingen: Niemeyer, 128–157.
- Horkheimer, Max; Theodor Adorno (1986) *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Hummel, Roman (2003) Rahmenmodell für eine innovative Kommunikationswissenschaft. In: *MedienJournal* 2/2002, 27–35.
- Husband, Charles (1994) *A Richer Vision: The Development of Ethnic Minority Media in Western Europe*. London: Libbey.
- Husband, Charles (2001) Über den Kampf gegen Rassismus hinaus. Entwurf einer polyethnischen Medienlandschaft. In B. Busch, B. Hipfl, K. Robins (Hg.) *Bewegte Identitäten. Medien in transkulturellen Kontexten*. Klagenfurt: Drava, 9–20.
- Innis, Harold A. (1997) *Kreuzwege der Kommunikation. Ausgewählte Texte*. Hrsg. von Karlheinz Back. Wien, New York: Springer.
- Iveković, Rada (2001) *Autopsie des Balkans. Ein psychopolitischer Essay*. Graz, Wien: Literaturverlag Droschl.
- Jacobs, Sean (2003) Reading Politics, Reading Media. In: Herman Wasserman; Sean Jacobs (Hg.) *Shifting selves. Post-apartheid Essays on Mass Media, Culture and Identity*. Cape Town: Kwela Books, 29–55.
- Jahn, Jens-Eberhard (1999) New Croatian language planning and its consequences for language attitude and linguistic behavior – the Istrian case. In: *Language & Communication* 19 (1999), 329–354.
- Jakobson, Roman (1979) *Poetik*. Frankfurt/Main: Ullstein.
- Jakšić, Božidar (2001) The disintegration of Yugoslavia and the division of language. Unpublished paper presented at the International Conference Language-Society-History: The Balkans. Thessaloniki, 11.–12. November 2001.
- Jaworski, Adam; Virpi Yläne-Mc Ewen; Crispin Thurlow; Sarah Lawson (2003) Social roles and negotiations of status in host-tourist interaction: a view from British holiday programmes. In: *Journal of Sociolinguistics* 7/2, 135–163.
- Jenny, Marcello (2003) Politikinteresse und Bereitschaft zur politischen Partizipation bei MigrantInnen in Wien. In: *Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis*. 1/2003, 127–140.
- Jensdottir, Regina (1999) The Use of Minority Languages in the Media. In: *MedienJournal* 23. Jahrgang, Nr. 2, S. 13–24
- Karlsreiter, Ana (2003) (Hg.) *Media in Multilingual Societies: Freedom and Responsibility*. Wien: OSCE, Office of the Representative on Freedom of the Media.
- Katičić, Radoslav (1992) *Novi jezikoslovni ogledi*. Zagreb: Školska knjiga.
- Kaufman, Edward (2002) A broadcasting strategy to win media wars. In: *The Washington Quarterly*. Spring 2002. The Center for Strategic and International Studies and the Massachusetts Institute of Technology, 115–127.
- Kelz, Heinrich (Hg.) (2002) *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Kerker, Armin (1984) Und sonntags läuft der »Kommissar«... Fernsehen in Madagaskar. In: Rainer Steinweg; Jörg Becker (Hg.) *Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die neue internationale Informationsordnung*. Friedensanalysen 18, Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 186–202.
- Kleinsteuber, Hans (Hg.) (1991) *Radio – Das unterschätzte Medium. Erfahrungen mit nicht-kommerziellen Lokalstationen in 15 Staaten*. Berlin: Vistas.
- Kleinsteuber, Hans (2002) Auslandsrundfunk in der Kommunikationspolitik. Zwischen globaler Kommunikation und Dialog der Kulturen. In: Hepp, Andreas; Martin Löfelholz (Hg.) *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 345–372.

- Kleinstüber, Hans (2001) Habermas and the Public Sphere: From a German to a European Perspective. In: *Javnost/the public*. April 2001, 95–108.
- Knorr-Cetina, Karen; Aron Cicourel (1981) (Hg.) *Advances in Social Theory and Methodology: Towards an Integration of Micro and Macro Sociologies*. London: Routledge.
- Kogoj, Cornelia (1997) *Minderheitenmedien – Medien für Minderheiten. Massenmediale Leistungen und Rahmenbedingungen im europäischen Vergleich*. Dissertation an der Universität Wien.
- Kohn, Romain (2003) Luxembourg. In: Ana Karlsreiter (Hg.) *Media in Multilingual Societies: Freedom and Responsibility*. Wien: OSCE, Office of the Representative on Freedom of the Media, 49–71.
- Kolar-Panov, Dona (1996) *Video, War and the Diasporic Community*. London: Routledge.
- Kolar-Panov, Dona (2002) Troubled multicultural broadcasting in Macedonia. Vortrag am Workshop »Language, discourse and borders« an der Universität Wien, 29.–30. 9. 2002.
- Koolstra, Cees M.; Johannes W. J. Beentjes (1999) Children's Vocabulary Acquisition in a foreign language through watching subtitled TV programmes at home. In: *Educational Technology Research and Development*, 47, 51–60.
- Kosnik, Kira (2000) Building bridges. Media for Migrants and the public service mission in Germany. In: *European journal of Cultural studies*, Vol. 3(3), 321–344.
- Kosnik, Kira (2002) *Reaching beyond the local. A study of Turkish migrant broadcasting in Berlin, Germany*. Dissertation an der New School University USA.
- Kramsch, Claire (2001/1998) *Language and Culture*. Oxford: Oxford University Press.
- Kremnitz, Georg (1990) *Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit. Institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Aspekte*. Wien: Braumüller.
- Kress, Gunther (2002) The Multimodal Landscape of Communication. In: *MedienJournal* 4/2002, 4–19.
- Kress, Gunther; Theo van Leeuwen (1996) *Reading images: The Grammar of Visual Design*. London: Routledge.
- Kress, Gunther; Theo van Leeuwen (1998) On the Semiotics of Taste: Chains of Meaning. In: Anne Piroëlle (Hg.) *La représentation sociale du goût*. Dijon: Prisme.
- Kress, Gunther; Theo van Leeuwen (2001) *Multimodal discourse. The modes and media of contemporary communication*. London: Arnold.
- Kruger, Robert; Abebe Zegeye (Hg.) (2001) *Culture in the New South Africa. After Apartheid – Volume Two*. Cape Town: Kwela Books.
- Kruger, Jan-Louis; Helena Kruger (2001) *Subtitling in South Africa. Summary Report*. Cape Town: PANSALB Occasional Papers, No. 4.
- Krumm, Hans-Jürgen (Hg.) (2003) *Sprachenvielfalt. Babylonische Sprachverwirrung oder Mehrsprachigkeit als Chance*. Innsbruck: Studienverlag.
- Kucher, Primus-Heinz (2003) Literarische Mehrsprachigkeit/Polyglossie in den deutschsprachigen Literaturen des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Allan James (Hg.) *Vielerlei Zungen. Mehrsprachigkeit + Spracherwerb + Pädagogik + Psychologie + Literatur + Medien*. Klagenfurt: Drava, 129–157.
- Kuhn, Raymond (2000) French Television. In: James Curran; Myung-Jin Park (Hg.) *De-westernizing media studies*. London and New York: Routledge, 324–335.
- Kunelius, Risto; Colin Sparks (2001) Problems with a European public sphere. In: *Javnost/the public*, April 2001, 5–21.
- Labrie, Normand (1996) Politique linguistique. In: Hans Goebli; Peter H. Nelde; Zdenek Stary; Wolfgang Wölk (Hg.) *Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung*, 1. Halbband. Berlin: de Gruyter, 826–833.
- Labrie, Normand (2003) Le rôle des langues des pays candidates à l'union européenne. In: Juliane Besters-Dilger; Rudolf de Cillia; Hans-Jürgen Krumm; Rosita Rindler-Schjerve (Hg.) *Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union*. Klagenfurt: Drava, 202–212.
- Lainio, Jarmo (1996) Concepts of wholeness and homogeneity in language and some directions of linguistics. In: Mats Thelander; Lennart Elmevik; Britt-Lousie Gunnarsson;

- Björn Melander (Hg.) *Samspel och variation. Språkliga studier tillägnade Bengt Nordberg på 60-årsdagen*. Institutionen för nordiska språk, Uppsala universitet, 235–249.
- Langston, Keith (1999) Linguistic Cleansing: Language Purism in Croatia after the Yugoslav Break-up. In: *International Politics* 36, 179–201.
- Langston, Keith; Anita Peti-Stantić (in Druck) Attitudes towards linguistic purism in Croatia: Evaluating efforts at language reform. In: Mirjana Dedaic; Daniel N. Nelson (Hg.) *At War with Words*. Berlin: Mouton de Gruyter.
- Larrinaga, Asier (2000) Subtitling on ETB-1. In: *Mercator Media*. Proceedings of Mercator Conference on Audiovisual Translation and Minority Languages. Aberystwyth: University of Wales. 3.–4. April 2000. Aberystwyth: Mercator Media, 34–38.
- Leclerc, Jacques (2000a) La politique des langues régionales et minoritaires. Québec, TLFQ, Université Laval. 06 oct. 2002, http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/france_politik_minorites.htm
- Leclerc, Jacques (2000b) La politique linguistique du français. Québec, TLFQ, Université Laval. 06 oct. 2002, http://www.tlfq.ulaval.ca/axl/europe/france_politik_francais.htm
- Leech, Geoffrey N. (1966) *English in advertising: a linguistic study of advertising in Great Britain*. London: Longmans, Green and Co. Ltd.
- Leitner, Gerhard (1997) The Sociolinguistics of Communication Media. In: Florian Coulmas (Hg.) *Handbook of Sociolinguistics*. Oxford: Blackwell, 187–204.
- Lewis, Desiree (2000) Prized pleasures: TV game shows. In: Sarah Nuttall; Cheryl-Ann Michael (Hg.) *Senses of culture: south african cultural studies*. Cape Town: Oxford University Press Southern Africa, 155–178.
- Löffelholz, Martin; Klaus-Dieter Altmeyden (1994) Kommunikation in der Informationsgesellschaft. In: Klaus Merten; Siegfried J. Schmid; Siegfried Weischenberg (Hg.) *Die Wirklichkeit der Medien*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 570–587.
- Löffelholz, Martin; Andreas Hepp (2002) Transkulturelle Kommunikation. In: Hepp, Andreas; Martin Löffelholz (Hg.) *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 11–37.
- Lüdi, Georges (2002) Zweisprachigkeit ist nicht genug! Mehrsprachige Repertoires als Antwort auf die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. In: Heinrich P. Kelz (Hg.) *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos, 173–191.
- Luger, Kurt; Rudi Renger (1994) *Dialog der Kulturen. Die multikulturelle Gesellschaft und die Medien*. Wien, St. Johann im Pongau: Österreichischer Kunst und Kulturverlag.
- Lutz, Benedikt; Ruth Wodak (1987) *Information für Informierte. Linguistische Studien zu Verständlichkeit und Verstehen von Hörfunknachrichten*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Luyken, Georg-Michael; Thomas Herbst; Jo Langham-Brown; Helen Reid; Hermann Spinhof (Hg.) (1991) *Overcoming language barriers in television. Dubbing and Subtitling for the European Audience*. Manchester: European Institute for the Media, Media Monograph 13.
- Makoni, Sinfree (2002) From Misinvention to Disinvention of Language: Multilingualism and the South African Constitution. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Martin, Elizabeth (1998) The use of English in written French advertising: a study of code-switching, code-mixing, and borrowing in a commercial context. In: *Studies in the Linguistic Sciences*. Volume 28, Number 1, Spring 1998, 159–185.
- Martin, Elizabeth (2002) Mixing English in French advertising. In: *World Englishes*, Vol. 21, No. 3, 375–402.
- Matras, Yaron (1999a) Writing Romani: the pragmatics of codification in a stateless language. In: *Applied Linguistics* 20/4, 481–502.
- Matras, Yaron (1999b) Sprachplanung und Spracheinstellung in Romanes. In: Dieter Halwachs; Florian Menz (Hg.) *Die Sprache der Roma. Perspektiven der Roman-Forschung in Österreich im interdisziplinären und internationalen Kontext*. Klagenfurt: Drava, 95–112.

- Mattelart, Armand (1999) *Kommunikation ohne Grenzen? Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung*. Rodenbach: Avinus Verlag.
- Mattelart, Armand (2003) Arbeitsgruppe dot force. In: *Le monde diplomatique* (deutsche Ausgabe). August 2003, 16–17.
- Mbida, Michel Christian (2000) *Afrika und die internationale Kommunikation. Zu Entwicklungstendenzen der afrikanischen Medien in den 90er Jahren und ihre Lage in der Globalisierung*. Dissertation an der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main.
- McBride, Sean (1980) *Many Voices One World*. UNESCO, Paris.
- Mc Luhan, Marshall; Quentin Fiore (1984/1967) *Das Medium ist Massage*. Frankfurt/Main: Ullstein.
- Mc Quail, Dennis (1987) *Mass Communication Theory: An Introduction*. London: Sage.
- Meinhof, Ulrike (1998) *Language Learning in the Age of Satellite Television*. Oxford: Oxford University Press.
- Menz, Florian; Johanna Laluschek, Wolfgang Dressler (1989) »Der Kampf geht weiter«. *Der publizistische Abwehrkampf in den Kärntner Zeitungen seit 1918*. Klagenfurt: Drava.
- Mercator media (2000) *Proceedings of Mercator Conference on Audiovisual Translation and Minority Languages*. Aberystwyth, University of Wales. 3.–4. April 2000. Aberystwyth: Mercator Media.
- Morley, David (2000) *Home Territories. Media, Mobility and Identity*. London: Routledge.
- Morley, David; Kevin Robins (1996) *Spaces of identity. Global media, electronic landscapes and cultural boundaries*. London, New York: Routledge.
- Muhr, Rudolf; Bernhard Kettemann (Hg.) (2002) *Eurospek. Der Einfluss des Englischen auf europäische Sprachen zur Jahrtausendwende*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Mytton, Graham (2000) From saucepan to dish: radio and TV in Africa. In: Richard Fardon; Graham Furniss (Hg.) *African broadcast cultures: Radio in transition*. Oxford, Harare, Cape Town, Connecticut: James Currey, 21–42.
- N'Diaye, Momar Kebe (1988) West Afrika. In: Manuel Alvarado (Hg.) *Video world-wide. An international study*. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization. Paris: John Libbey.
- Nelde, Peter Hans (2000) Deutsch im Kontext europäischer Mehrsprachigkeit. In: *Mitteilungen des deutschen Germanistenverbandes*. Heft 2-3/2000. Bielefeld: Aisthesis Verlag, 132–142.
- Nelde, Peter Hans (2003) Die Zukunft hat schon begonnen – Minderheiten im werdenden Europa. In: Juliane Besters-Dilger; Rudolf de Cillia; Hans-Jürgen Krumm; Rosita Rindler-Schjerve (Hg.) *Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union*. Klagenfurt: Drava, 28–44.
- Neweklowski (2000) Serbisch, Kroatisch, Bosnisch, Montenegrinisch – Perspektiven. In: Zylbatov, Lew (Hg.) *Sprachwandel in der Slavia. Die slavischen Sprachen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Frankfurt am Main, 543–559.
- Newman, David; Anssi Paasi (1998) Fences and neighbours in the postmodern world: boundary narratives in political geography. In: *Progress in Human Geography*. 22/2, 186–207.
- Ngugi wa Thiong'o (2003) Consciousness and African Renaissance: South Africa in the Black Imagination. Steve Biko Memorial Lecture, University of Cape Town, 12. 9. 2003. <http://www.uct.ac.za>
- Nuttall, Sarah; Cheryl-Ann Michael (Hg.) (2000) *Senses of culture: south african cultural studies*. Cape Town: Oxford University Press Southern Africa.
- Okuka, Miloš (1998) *Eine Sprache, viele Erben. Sprachenpolitik als Nationalisierungsinstrument in Ex-Jugoslawien*. Klagenfurt: Wieser.
- Ong, Walter J. (1982) *Orality and Literacy: The Technologization of the Word*. London, New York: Routledge.
- Österreichische Rektorenkonferenz (1989) *Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich*. Bericht der Arbeitsgruppe der Österreichischen Rektorenkonferenz. Wien: Böhlau Verlag.

- Pennycook, Alastair (1994) *The Cultural Politics of English as an International Language*. London, New York: Longman.
- Perhinig, Bernhard (2001) *Migrantenpolitik europäischer Städte: Strategien gegen soziale Exklusion und Fremdenfeindlichkeit im Vergleich: Amsterdam, Birmingham, Hamburg, Wien*. Endbericht für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Wien.
- Perhinig, Bernhard (2002) Einwanderung und Minderheitenpolitik in Amsterdam 1945–2000. In: Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hg.) *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*. Klagenfurt: Drava, 51–77.
- Petković, Brankica; Močnik, Rastko (1999) Slovenia. In: Ulf Brunnbauer; Hannes Grandits; Siegfried Gruber; Karl Kaser; Robert Pichler; Christian Promitzer (Hg.) *Education and Media in Southeast Europe: Country Reports*. Graz: CSBSC, 61–65.
- Piller, Ingrid (2000) Multilingualism and the modes of TV advertising. In: Friedrich Ungerer (Hg.) *English media texts past and present. Language and textual structure*. Amsterdam, Philadelphia: John Benjamins, 263–279.
- Popov, Njebojša (2002) Media shock and comprehending it. In: Nena Skopljanac Brunner; Stjepan Gredelj; Alija Hodžić; Branimir Krištofić (Hg.) (2000) *Media & War*. Zagreb and Belgrade: Centre for transition and civil society research, Agency Argument, 9–19.
- Popovic, Tanja (2003) The former Yugoslav Republic of Macedonia. In: Ana Karlsreiter (Hg.) *Media in Multilingual Societies: Freedom and Responsibility*. Wien: OSCE, Office of the Representative on Freedom of the Media, 21–45.
- Pruys, Guido Marc (1997) *Die Rethorik der Filmsynchronisation. Wie ausländische Spielfilme in Deutschland zensiert, verändert und gesehen werden*. Tübingen: Günther Narr Verlag.
- Puhovski, Žarko (2000) Hate Silence. In: Nena Skopljanac Brunner; Stjepan Gredelj; Alija Hodžić; Branimir Krištofić (Hg.) *Media & War*. Zagreb and Belgrade: Centre for transition and civil society research, Agency Argument, 41–53.
- Raasch, Albert (2002) Grenzregionen und die Mehrsprachigkeit. In: Heinrich P. Kelz (Hg.) *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos, 193–209.
- Rabenoro Irène; Suzy Rajaonarivo (1997) A l'aube du 21e siècle, quelle politique linguistique pour Madagascar? In: *Mots/Les langages du politique*, Nr. 52, Sept. Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris, 105–119.
- Radojković, Miroljub (2000) Das Rundfunksystem Jugoslawiens (Serbien und Montenegro). In: Hans-Bredow-Institut (Hg.) *Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 2000/01*. Baden-Baden und Hamburg: Nomos, 421–429.
- Raharinjanahary, Solo (2002) Langues, ethnies et dialectes à Madagascar. Vortrag an der madagassischen Akademie der Wissenschaften. Dezember 2002, unveröffentlichtes Manuskript.
- Rajaonarimanana, Narivelo (1995) *Grammaire moderne de la langue malgache*. Paris: L'Asiathèque.
- Rakotoarisoa, Jean-Aimé (2002) Les racines culturelles de la crise malgache. In: *Le monde diplomatique*. März 2002.
- Randriamahaleo, Solo (2002) La politique en matière de langue d'enseignement à Madagascar et les implications sur le développement du pays. Vortrag an der Universität Wien, 18. 11. 2002. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Ranger, Terence (1983) The invention of tradition in colonial Africa. In: Eric Hobsbawn; Terence Ranger (Hg.) *The invention of tradition*. Cambridge: Cambridge University Press, 211–262.
- Regnetto, Marcel (2002) Radio-Regulierung im Sinne der Vielfalt. Referat an der Tagung Medienvielfalt – Radio und Internet zwischen Markt und Bürgerbeteiligung, Renner Institut Wien, 21. 6. 2002.
- Richardson, Kay; Ulrike Meinhof (1999) *Worlds in Common? Television discourse in a changing Europe*. London: Routledge.
- Riggins, Stephen Harold (Hg.) (1992) *Ethnic Minority Media. An International Perspective*. Newbury Park, London, New Delhi: Sage.

- Robins, Kevin (Hg.) (1997) *Programming for People. From Cultural Rights to Cultural Responsibilities*. United Nations World Television Forum. New York.
- Robins, Kevin; Frank Webster (1999) *Times of Technoculture. From the information society to the virtual life*. London, New York: Routledge.
- Robins, Kevin; Asu Aksoy (2001) »Abschied von Phantomen«: Transnationalismus am Beispiel des türkischen Fernsehens. In: Brigitta Busch; Brigitte Hipfl; Kevin Robins (Hg.) *Bewegte Identitäten – Medien in transkulturellen Kontexten*. Klagenfurt: Drava, 71–111.
- Sacks, Harvey; Emanuel Schegloff; Gail Jefferson (1978) A simplest systematics for the organization of turn taking for conversation. In: Jim Schenkein (Hg.) *Studies in the Organization of Conversational Interaction*. New York: Academic Press, 7–55.
- Saikal, Amin (2003) The dimension of state disruption. In: William Maley; Charles Sampford; Ramesh Thakur (Hg.) *From Civil Strife to Civil Society. Civil and military responsibilities in disrupted states*. Tokyo, New York, Paris: United Nations University Press, 71–31.
- Schatz, Heribert; Christina Holtz-Bacha; Jörg-Uwe Nieland (Hg.) (2000) *Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schendl, Herbert; Barbara Seidlhofer; Henry Widdowson (2003) Weltsprache Englisch – Bedrohung oder Chance? In: Hans-Jürgen Krumm (Hg.) *Sprachenvielfalt. Babylonische Sprachverwirrung oder Mehrsprachigkeit als Chance?* Innsbruck: Studienverlag, 181–199.
- Schlesinger, Philip (1991) *Media, the political order and national identity*. In: *Media, Culture & Society*, Vol. 13/3, 297–308.
- Schlesinger, Philip (1993) Wishful thinking: cultural politics, media and collective identities in Europe. *Journal of Communication*, 43(2), 6–17.
- Schmitz, Ulrich (1987) Sprache und Medien. In: Ulrich Ammon; Norbert Dittmar; Klaus J. Mattheier (Hg.) *Handbuch Soziolinguistik*, Berlin/New York: de Gruyter, 820–832.
- Schmitz, Ulrich (in Vorbereitung) Sprache und Medien. In: Ulrich Ammon; Norbert Dittmar; Klaus-Jürgen Mattheier (Hg.) *Sociolinguistics / Soziolinguistik. Handbücher zur Kommunikationswissenschaft*. 2. überarb. Aufl. Berlin: de Gruyter.
- Schramm, Wilbur (1964) *Mass Media and National Development*. Stanford: Stanford University Press.
- Schwittala, Johannes (1993) Textsortenwandel in den Medien nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick. In: Ulrich Biere; Helmut Henne (Hg.) *Sprache in den Medien nach 1945*. Tübingen: Niemeyer, 1–30.
- Seidlhofer, Barbara (2001) Closing a conceptual gap: the case for a description of English as a lingua franca. In: *International Journal of Applied Linguistics*, Vol. 11, No. 2, 133–158.
- Servant, Jean-Christophe (2001) Yizo, Yizo: eine umstrittene Fernsehserie in Südafrika. In: *Le Monde diplomatique*. Juli 2001.
- Siebert, Fred; Theodore Peterson; Wilbur Schramm (1963/1956) *Four Theories of the Press*. Urbana IL: University of Illinois Press.
- Siegert, Gabriele (2003) Im Zentrum des Taifuns: Die Ökonomisierung als treibende Kraft des medialen Wandels? In: *MedienJournal* 1/2003, 20–31.
- Šipka, Milan (1997) *Standardni jezik u Bosni i Hercegovini u dokumentima jezičke politike. Sarajevo*. Manuskript.
- Škiljan, Dubravko (2001) Languages with(out) frontiers. In: Nada Švob-Đokić (Hg.) *Re-defining cultural identities*. Zagreb: Institute for International relations, 87–101.
- Škiljan, Dubravko (2002) *Govor nacije. Jezik, nacija, Hrvati*. Zagreb: Golden marketing.
- Skopljanac Brunner, Nena; Stjepan Gređelj; Alija Hodžić; Branimir Krištofić (Hg.) (2000) *Media & War*. Zagreb and Belgrade: Centre for transition and civil society research, Agency Argument.
- Skopljanac, Nena (2003) Serbia (Serbia and Montenegro). In: Ana Karlsreiter (Hg.) *Media in Multilingual Societies: Freedom and Responsibility*. Wien: OSCE, Office of the Representative on Freedom of the Media, 97–125.

- Skutnabb-Kangas, Tove; Robert Phillipson (1995) Linguistic human rights, past and present. In: Tove Skutnabb-Kangas; Robert Phillipson (Hg.) *Linguistic Human Rights. Overcoming Linguistic Discrimination*. Berlin, New York: Mouton de Gruyter, 71–111.
- Smith, René (2003) Yizo, Yizo and essentialism: representations of women and gender-based violence in a drama series based on reality. In: Herman Wasserman; Sean Jacobs (Hg.) *Shifting selves. Post-apartheid Essays on Mass Media, Culture and Identity*. Cape Town: Kwela Books, 249–267.
- Sparks, Colin (2000) Media theory after the fall of European communism: Why the old models from East and West won't do any more. In: James Curran; Myung-Jin Park (Hg.) *De-Westernizing Media Studies*. London, New York: Routledge, 35–50.
- Stark, Frank (2002) Sprache als Instrument der Außenpolitik. Die Praxis der Bundesrepublik Deutschland. In: Heinrich P. Kelz (Hg.) *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos, 37– 61.
- Street, Nancy Lynch; Marilyn J. Matelski (Hg.) (1997) *Messages from the underground. Transnational radio in resistance and solidarity*. Westport, Connecticut, London: Praeger publishers.
- Tadadjeu, Maurice (2001) The Challenge of Satellite Communication in African Languages. Vortrag am International Symposium on Text in Context: African Languages Between Orality and Scriptuality. University of Zurich, 18.–20. 10. 2001.
- Thomas, George (1991) *Language Purism*. London, New York: Longman.
- Thomas, Nefydd Prys (2000) Subtitles for Welsh Learners. In: *Mercator Media*. Proceedings of Mercator Conference on Audiovisual Translation and Minority Languages. Aberystwyth, University of Wales. 3.–4. April 2000. Aberystwyth: Mercator Media, 111–122.
- Thompson, Mark (1999) *Forging the War. The Media in Serbia, Croatia, Bosnia and Herzegovina*. London: University of Luton Press.
- Thompson, Mark (2000) *Slovenia, Croatia, Bosnia and Herzegovina, Macedonia (FYROM) and Kosovo. International Assistance to Media*. Vienna: OSCE, Office for the Representative on Freedom of the Media.
- Thornberry, Patrick (1992) *International Law and the Rights of Minorities*. Oxford: Clarendon Press.
- Thussu, Daya Kishan (2000) *International Communication. Continuity and Change*. London, New York: Arnold.
- Todorov, Tzvetan (1984) *Mikhail Bakhtin. The dialogical principle*. Manchester: Manchester University Press.
- Todorova, Maria (1999) *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*. Darmstadt: Primus Verlag.
- Tomaselli, Keyan; Arnold Shepperson (1999) Media Studies and Practice Reborn: Recovering African experiences. In: Malegapuru William Makgoba (Hg.) *African Renaissance. The New Struggle*. Cape Town: Mafube Publishing and Tafelberg Publishers, 404–414.
- Tudesq, André-Jean (1983) *La radio en Afrique Noire*. Paris: Editions A. Pédone.
- Tudesq, André-Jean (1992) *L'Afrique noire et ses télévisions*. Paris: Anthropos/INA.
- Tudesq, André-Jean (1998) *L'Espoir et l'illusion. Actions positives et effets pervers des médias en Afrique subsaharienne*. Talence, Maison des sciences de l'homme d'Aquitaine.
- Tzankoff, Michaela (2001) Die deutsche Transformationsforschung nach 1989 – Ein Überblick. In: Barbara Thomaß; Michaela Tzankoff (Hg.) *Medien und Transformation in Osteuropa*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 3–39.
- Valić-Nedeljković, Dubravka (2001) Diversität versus Unitarismus: Medien in der Vojvodina. In: Brigitta Busch; Brigitte Hipfl; Kevin Robins (Hg.) *Bewegte Identitäten – Medien in transkulturellen Kontexten*. Klagenfurt: Drava, 202–225.
- Van Dijk, Teun (1991) *Racism and the Press*. London: Routledge.
- Vertovec, Steven (1996) Berlin Multikulti: Germany, 'Foreigners' and 'Worldopenness'. In: *New Community* 22, Nr. 3, 381–399.
- Vertovec, Steven (2000) Fostering Cosmopolitanisms: A Conceptual Survey and a Media Experiment in Berlin. *Transnational Communities Working Paper Series*, <http://www.transcomm.ox.ac.uk>, Nr. 6 (2002), 1–31.

- Voß, Friedrich (2000) Does ethnic broadcasting have a future? A snapshot from Europe. Paper presented at the Ethnic Community Broadcasters Conference, Sydney 3.-5. November 2000.
- Wakounig, Vladimir (2002) Manjšinsko šolstvo v zrcalu občinskega prebivalstva. Trendi – vprašanja – perspektive. In: Albina Nečak Lük et al. (Hg.) *Medetnični odnosi v slovenskem etničnem prostoru III. Občina Železna kapla – Bela/Eisenkappel – Vellach*. Ljubljana: Inštitut za narodnostna vprašanja, 77–104.
- Walker, Andrew (1992) *A skyful of freedom. 60 years of the BBC World Service*. London: BBC World Service.
- Wasserman, Herman; Sean Jacobs (Hg.) (2003) *Shifting selves. Post-apartheid Essays on Mass Media, Culture and Identity*. Cape Town: Kwela Books.
- Wiener Integrationsfonds (Hg.) (2002) *Wir, die Zugvögel. Zehn Lebensgeschichten der ersten Generation der »GastarbeiterInnen« in Wien*. Klagenfurt: Drava.
- Williams, Colin (2001) Welsh in Great Britain. In: Guus Extra, Durk Gorter (Hg.) (2001) *The other languages of Europe*. Clevedon, Buffalo, Toronto, Sydney: Multilingual Matters, 118, 59–83.
- Wilss, Wolfram (Hg.) (2000) *Weltgesellschaft – Weltverkehrssprache – Weltkultur. Globalisierung versus Fragmentierung*. Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- Wimmer, Andreas; Nina Glick Schiller (2002) Methodological nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences. In: *Global Networks*, Volume 2, Number 4, 301–335.
- Wodak, Ruth; Rudolf de Cillia; Martin Reisigl; Karin Liebhart; Klaus Hofstätter; Maria Kargl (1998) *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Wodak, Ruth; Brigitta Busch (in Druck) Approaches to Media Texts. In: John Dowing; Dennis McQuail; Philip Schlesinger; Ellen Wartella (Hg.) *The Handbook of Media Studies*. Thousand Oaks: Sage.
- Woolard, Kathryn (1988) Code-switching and Comedy in Catalonia. In: Monica Heller (Hg.) *Codeswitching: anthropological and sociolinguistic perspectives*. Berlin, New York: de Gruyter, 53–76.
- Wright, Sue (2000) *Community and Communication. The role of language in the nation state building and European integration*. Clevedon, Buffalo, Toronto, Sydney: Multilingual Matters.
- Wright, Sue (2001) Reconciling Respect for Diversity and the Development of a European Public Sphere. In: Peter H. Nelde; Rosita Rindler-Schjerve (Hg.) *Minorities and Language Policy*. Plurilingua XXII. St. Augustin: Asgard, 77–94.
- Young, Iris Marion (1987) Impartiality and the civic public. In: Drucila Cornell; Seyla Benhabib (Hg.) *Feminism as a Critique*. Cambridge: Polity Press, 56–76.
- Zybatov, Lew (2000) *Sprachwandel in der Slavia. Die slavischen Sprachen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.

Zur Autorin

Brigitta Busch, Mag. Dr. phil. habil., geboren 1955 in Wien. Studium der Slawistik und Kommunikationswissenschaft in Klagenfurt. Expertentätigkeit und Betreuung von Projekten des Europarates zur interkulturellen Vertrauensbildung. Leiterin des Center for Intercultural Studies an der Universität Klagenfurt. Seit 2003 am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien, an der sie sich 2004 mit *Sprachen im Disput* für angewandte Sprachwissenschaft und Soziolinguistik habilitiert. Forschungsaufenthalte in südosteuropäischen und afrikanischen Ländern. Zahlreiche Publikationen zu den Forschungsschwerpunkten Medien, Bildung, Mehrsprachigkeit, Minderheiten und Migration. Im Drava Verlag: *Lepena. Ein Dorf macht Schule* (1996), *Der virtuelle Dorfplatz* (1999), *Bewegte Identitäten* (Mitherausgeberin, 2001).

Weitere Bücher



Brigitte Busch:
Lepena. Ein Dorf macht Schule.
Eine Mikrountersuchung sozialer
und kultureller Gegensätze.
Drava 1996. Br., 192 Seiten
ISBN 3-85435-224-7



Brigitte Busch:
Der virtuelle Dorfplatz.
Minderheitenmedien, Globalisierung
und kulturelle Identität
Drava 1999. Br., 288 Seiten
ISBN 3-85435-300-6



Brigitta Busch / Brigitte Hipfl /
Kevin Robins (Hg.):
Bewegte Identitäten.
Medien in transkulturellen Kontexten
Drava 2001. Br., 240 Seiten
ISBN 3-85435-362-6

**Weitere Bücher
zum Thema Mehrsprachigkeit:**

Allan James (Hg.): **Vielerlei Zungen.** Mehrsprachigkeit + Spracherwerb + Pädagogik + Psychologie + Politik + Literatur + Medien. Drava 2003. Br., 256 Seiten. ISBN 3-85435-380-4

Juliane Besters-Dilger, Rudolf de Cillia, Hans-Jürgen Krumm, Rosita Rindler-Schjerve (Hg./Ed.): **Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union.** Multilingualism in the enlarged European Union. Multilinguisme dans l'Union Européenne élargie. Drava 2003. Br., 336 Seiten. ISBN 3-85435-394-4

**Weitere Bücher
zum Thema Migration:**

**FORSCHUNGSSCHWERPUNKT
FREMDENFEINDLICHKEIT**

Eine Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Heinz Fassmann, Helga Matuschek, Elisabeth Menasse-Wiesbauer (Hg.): **Abgrenzen. Ausgrenzen. Aufnehmen.** Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Bd. 1. Drava 1999. Br., 256 Seiten. ISBN 3-85435-316-2

Ruth Wodak, Teun A. Van Dijk (Ed.): **Racism at the Top.** Parliamentary Discourses on Ethnic Issues in Six European States. Bd. 2. Drava 2000. Br., 392 Seiten. ISBN 3-85435-334-0

Josef Berghold, Elisabeth Menasse-Wiesbauer, Klaus Ottomeyer (Hg.): **Trennlinien.** Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen. Bd. 3. Drava 2000. Br., 272 Seiten. ISBN 3-85435-338-3

Patrik Volf, Rainer Bauböck: **Wege zur Integration.** Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Bd. 4. Drava 2001. Br., 280 Seiten. ISBN 3-85435-363-4

Karin Liebhart, Elisabeth Menasse, Heinz Steinert (Hg.): **Fremdbilder – Feindbilder – Zerrbilder.** Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden. Bd. 5. Drava 2002. Br., 288 Seiten. ISBN 3-85435-371-5

Ingrid Bauer, Josef Ehmer, Sylvia Hahn (Hg.): **Walz – Migration – Besatzung.** Historische Szenarien des Eigenen und des Fremden. Bd. 6. Drava 2002. Br., 304 Seiten. ISBN 3-85435-372-3

Heinz Fassmann, Josef Kohlbacher, Ursula Reeger (Hg.): **Zuwanderung und Segregation.** Europäische Metropolen im Vergleich. Bd 7. Drava 2002. Br., 304 Seiten. ISBN 3-85435-369-3

Heinz Fassmann, Irene Stacher (Hg.): **Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht.** Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen. Drava 2003. Br., 448 Seiten. ISBN 3-85435-408-8

Dietmar Larcher: **Die Liebe in den Zeiten der Globalisierung.** Interkulturelle Partnerschaften in der Risikogesellschaft der Jahrtausendwende. Drava 2000. Br. 288 Seiten. ISBN: 3-85435-331-6

www.drava.at
erkunden – suchen – bestellen

